

J.publ.g.

802

m

J. publ. g.

Tettan

802^m₌

<36639816990013

<36639816990013

Bayer. Staatsbibliothek

L. publ. J. 802 m

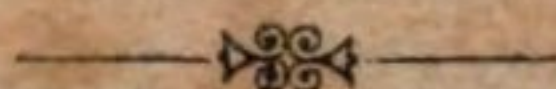
Ueber das
staatsrechtliche Verhältniss von Erfurt
zum Erzstift Mainz.

E i n V o r t r a g

gehalten in der öffentlichen Sitzung der Akademie gemeinnütziger
Wissenschaften zu Erfurt den 15. Oktober 1859

von

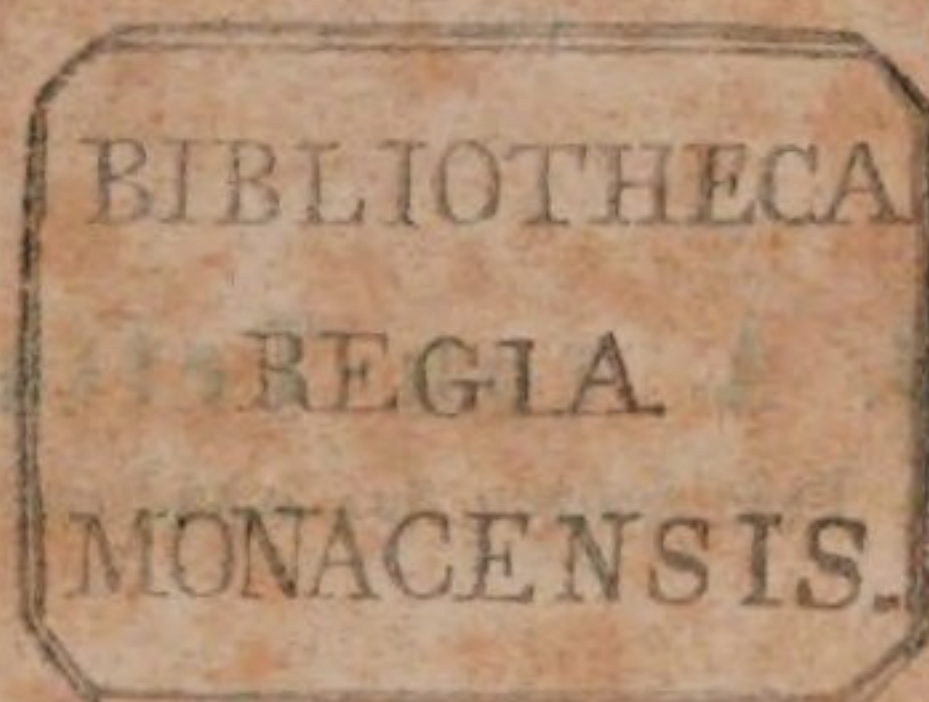
W. J. A. von Tettau,
Vice-Präsidenten der Akademie.



Separat-Abdruck aus den Jahrbüchern der Königl. Akademie gemeinnütziger Wissenschaften
zu Erfurt.

Erfurt 1860.
Verlag von Carl Villaret.

85 B



Erfurt nimmt in der Geschichte des deutschen Territorialstaatsrechts eine höchst eigenthümliche, kaum bei einer der übrigen Städte Deutschlands in ganz gleicher Weise sich wiederfindende Stellung ein, mag man die Verhältnisse zu den Fürsten, die landeshoheitliche Rechte besaßen oder beanspruchten an sich, mag man den Gang, den diese Verhältnisse von dem Eintritt der Stadt in die Geschichte bis zu dem Abschluss, den ihre politische Stellung durch die sogenannte Reduction erhielt, betrachten. Eine nähere Beleuchtung dieser Verhältnisse hat daher, wenn gleich wir uns zunächst dazu aufgefordert fühlen müssen, doch auch ein über die Grenzen unserer Heimath hinausreichendes Interesse. Sie bietet obenein den Reiz, den alles anscheinend Räthselhafte, Ungewisse dem forschenden Geiste gewährt.

Keine Stadt Thüringens, bemerkt Funkhänel, ¹⁾ zeigt eine solche Mannigfaltigkeit und Verwicklung ihrer öffentlichen Verhältnisse im 12. und 13. Jahrhunderte wie Erfurt. Sie erscheint als eine vom Erzstift Mainz abhängige, in anderer Beziehung auch wieder als eine reichsunmittelbare, sodann auch in gewissen Beziehungen zu den Landgrafen Thüringens stehend, endlich im Kampfe gegen Abhängigkeit nach Autonomie strebend. Es ist wohl eine schwierige aber auch höchst interessante Aufgabe, auf Grund der Urkunden und geschichtlichen Ueberlieferung in allseitiger Erwägung dieser Umstände Erfurts ältere Geschichte zu behandeln.

¹⁾ Zur Geschichte alter Adelsgeschlechter in Thüringen. Zeitschr. der Gesellsch. für thüring. Geschichte. Bd. IV. S. 169.

Da dürfte noch manches zu thun sein. In ähnlicher Weise bemerkt Tittmann: ²⁾ Es würde vergeblich sein, die Rechte und Ansprüche, welche zu Erfurt zwischen diesen Gewalten (Kaiser und Reich — Erzbischof von Mainz — Landgraf von Thüringen — Graf von Gleichen) und der städtischen Behörde in Frage und Widerspruch kamen, auf einen allgemeinen Ausdruck zurückführen zu wollen. Die Verworrenheit der Staatsverhältnisse tritt nirgends mehr als hier an das Licht.

So gewappnet auch die Streiter für die Reichsunmittelbarkeit der Stadt, für die Rechte des Erzstifts Mainz, für die Ansprüche der sächsischen Fürsten aufgetreten sind, so erbittert der Kampf geführt worden, so kann man doch nicht sagen: dass derselbe vom wissenschaftlichen Standpunkt aus zu einem entschiedenen Abschluss gebracht sei. Jene Meinungsverschiedenheit findet sich nicht nur im schroffsten Contrast bei früheren Schriftstellern, die bald, wie Gudenus, ³⁾ Falkenstein ⁴⁾ und Colland ⁵⁾ für die Mainzische Landeshoheit, bald, wie Weinrich, ⁶⁾ für die Reichsunmittelbarkeit der Stadt sich erklären, sondern geht bis auf die neueste Zeit herunter, indem Erhard ⁷⁾ und Heinemann ⁸⁾ sich, wenn auch mit gewissen Modalitäten, der letzteren Ansicht anschliessen, und Tittmann ⁹⁾ behauptet: es stehe vieles der Ansicht entgegen, dass Erfurt nicht Reichsstadt gewesen sei, während Michelsen ¹⁰⁾ es als unzweifelhaft ansieht: dass der Erzbischof von Mainz als der Landesherr der Stadt betrachtet werden müsse, und Hüllmann ¹¹⁾ sie eine erzbischöflich mainzische Stadt nennt.

²⁾ Gesch. Heinrichs d. Erlauchten. Thl. I. S. 60.

³⁾ Gudeni Historia Erfurt. Duderst. 1675.

⁴⁾ Civitat. Erfurt. histor. critica et diplom. Erf. 1739.

⁵⁾ Kurze Untersuchungen über einige streitige Materien, das Chur-Mainzische Staats-Recht insonderheit die Stadt Erfurth betreffend. Erfurth 1770. Vierte Untersuchung: Ob die Stadt Erfurth eine freie oder Reichsstadt gewesen sei? S. 50 fg.

⁶⁾ Nachricht von den vornehmsten Begebenheiten der Stadt Erfurt. Frankf. 1713. S. 53, 61 fg.

⁷⁾ Erfurth mit seinen Umgebungen. Erfurt 1829.

⁸⁾ Die statutarischen Rechte für Erfurt und sein Gebiet. Erfurt 1822.

⁹⁾ Geschichte Heinrichs d. Erlauchten. Thl. I. S. 60.

¹⁰⁾ Die Rathsverfassung von Erfurt im Mittelalter. Jena 1855. S. 5.

¹¹⁾ Städtewesen des Mittelalters. Thl. II. S. 483. — Barthold (Geschichte d. deutschen Städte. Thl. IV. S. 89) stellt Erfurt den beiden thüringischen

Eine nochmalige Erörterung dieser Frage, mit möglichster Benutzung der ursprünglichsten und zuverlässigsten Quellen, namentlich der bezüglichen Urkunden, kann daher kaum als etwas Müs-siges erscheinen.

Man hat meistens darin gefehlt: dass man theils die verschiedenen Phasen, welche diese Angelegenheit durchlaufen, nicht gehörig gesondert und was für den einen Zeitpunkt gilt, ohne Weiteres als maassgebend für einen anderen angesehen, theils das Rechtliche und das Thatsächliche nicht immer auseinander gehalten, dass man daraus: dass die Stadt in den Genuss einzelner Rechte, welche im Allgemeinen ein Attribut der Landeshoheit bildeten, gelangte, gefolgert hat: dass die letztere überhaupt keinem Dritten zugestanden, ferner auch dem Umstande nicht gebührende Rechnung getragen hat, dass im Mittelalter alle staatlichen Verhältnisse, insbesondere die, welche sich auf Landeshoheit und Territorialrechte bezogen, keinesweges so fest bestimmt waren, wie in späteren Zeiten, vielmehr mannigfach hin und her schwankten.¹²⁾ Vor allem sind jene Widersprüche, jene Verwirrung aber dadurch herbeigeführt, dass man einmal nicht zwischen der Landeshoheit und der Grundherrlichkeit, dann aber auch nicht zwischen der Stadt selbst und den auswärtigen Besitzungen, die dieser zugehörten, die erforderliche Scheidung hat eintreten lassen. Nimmt man an, dass dem Erzbischof von Mainz grundherrliche Rechte nur über den kleineren Theil der Stadt zugestanden, diese aber ganz und ausschliesslich der Landeshoheit desselben unterworfen gewesen sei, dass dagegen die ihr zugehörigen auswärtigen Orte vor der s. g. Reduction nie

Reichsstädten Mühlhausen und Nordhausen gegenüber, während er gleich auf der nächsten Seite von drei thüringischen Reichsstädten spricht, also Erfurt auch als eine solche ansieht. An einer anderen Stelle (Thl. II. S. 57) sagt derselbe: Wunderlich widerspruchsvollen Verhältnissen, wie sie so eigentlich das Wesen des Mittelalters ausmachen, unterlag Erfurt, die grösste wie die älteste Stadt Thüringens. Kaiser, der Erzbischof von Mainz, der Landgraf, die Grafen von Gleichen, hatten in untrennbaren Kreisen zu Erfurt neben einander zu gebieten. — So in verworrenen schwankenden Verhältnissen vom Kaiser als Stadt des Reichs, vom Erzbischof als unterthänige, vom Landgrafen als thüringische Landstadt, vom Grafen von Gleichen als seiner Reichsvogtei unterworfen betrachtet, drehete und wendete sich Erfurts keckes Bürgerthum, immer gerade derjenigen Macht gefügig, welchen eben zur Stelle drang.

¹²⁾ Tittmann l. c. I. S. 15.

unter Mainzischer Landeshoheit gestanden, dass von diesen Besitzungen wieder ein Theil reichsunmittelbar gewesen, ein anderer unter der Lehnsherrlichkeit der Landgrafen von Thüringen und deren Rechtsnachfolger, der sächsischen Fürsten, ein dritter unter der der Grafen von Gleichen sich befunden hat, dass rücksichtlich dieser Orte, aber auch lediglich in dieser Beziehung, Erfurt also in einem Abhängigkeitsverhältnisse zu den genannten Dynasten stand und dem Erzstift nicht unterworfen war, so hellt sich jenes Dunkel vollständig auf und es löst sich der anscheinend so verwirrte Knoten in einfache Fäden.

Bevor wir jedoch zu der eigentlichen Frage: dem staatsrechtlichen Verhältnisse zwischen dem Erzstift Mainz und der Stadt Erfurt übergehen, scheint es nothwendig, einige allgemeine Bemerkungen über den Gang, welchen die Städte Deutschlands im Mittelalter durchwandert, voraus zu schicken, und sich über den Begriff: Reichsstadt, so wie über die Kriterien, welche dabei zur Anwendung zu bringen sind, zu verständigen.

In den ersten Zeiten des deutschen Königthums, unter den Merowingern und Karolingern, sind die Bewohner von Stadt und Land weder staatsrechtlich noch durch besondere Formen der Rechtsverwaltung unterschieden.¹³⁾ Die persönliche Freiheit war das Gemeingut Aller; der einzige, der unmittelbare Oberherr, war der König; die gesamte Verwaltung war in den Händen der königlichen Beamten. Es waren daher auch alle Städte — wenn man diesen Namen den wenigen römischen Colonien, welche kümmerliche Reste städtischen Wesens aus der römischen Zeit hinüber geflüchtet hatten, aber zu den Gaugrafen völlig in demselben Verhältnisse wie das platte Land standen, beilegen kann — überall königlich.¹⁴⁾

Den Uebergang zur Bildung wirklicher städtischer Gemeinheiten bildet der Umstand, dass man zur Sicherung des Landes gegen feindliche Einfälle einzelne Orte zu befestigen anfang, andere offen blieben, und sich nun in jene eine grössere Menschenzahl zusammenhäufte. Noch wesentlicher war es, dass, als die Landbewohner sämmtlich in Hörigkeit verfielen, in den befestigten Orten ein grösserer oder geringerer Theil der Bewohner frei blieb. Doch findet sich der Unterschied zwischen Freien und Hörigen nicht früher als

¹³⁾ Barthold l. c. I. S. 49.

¹⁴⁾ Barthold l. c. I. S. 75. Gaupp, über deutsche Städtegründung. S. 61 fg.

in dem zweiten Viertel des zehnten Jahrhunderts.¹⁵⁾ Die ersten Spuren von einem inneren, einem auf eine Verschiedenheit der Verfassung begründeten Unterschiede zwischen Städten und platten Lande zeigen sich erst im elften Jahrhunderte; erst im zwölften, nachdem unter den Hohenstaufen die näheren Beziehungen zwischen Italien und Deutschland sich Einfluss zu verschaffen begannen, treten sie deutlich hervor.¹⁶⁾

Schon lange vorher hatte aber der grössere Theil dieser Orte seine Unmittelbarkeit eingebüsst. Vorzüglich war dies bei denjenigen eingetreten, die der Sitz eines Bischofs waren. Diese waren nothwendiger Weise wenigstens zum Theil herrschaftliche Orte; denn der Grund und Boden, auf dem die bischöfliche Kirche stand mit den Wohnungen der Geistlichkeit und ihres Gesindes, mussten stets zum Vermögen der Kirche gehören. Bei Gründung eines Bisthums wurde immer ein schon vorher bedeutender Ort zum Sitz auserwählt, und da fand sich auch meistens eine freie selbstständige Gemeinde neben dem zur Dotation des neuen Stifts verfügbaren Grund und Boden, oder auch ansehnliches Besitzthum anderer Herrschaften. Die Könige erweiterten nun die herrschaftlichen, namentlich geistlichen Herren, zustehenden Rechte dahin: dass eine lediglich herrschaftliche (bischöfliche) Localobrigkeit das Regiment überkam, welches bisher zwischen einer rein herrschaftlichen Ortsbehörde (dem Schultheiss, Vogt) und einem königlichen Beamten, unter dem die bisher völlig freien Bewohner gestanden hatten (dem Grafen, Centgrafen und Decanus) getheilt gewesen war. Erweiterung also der bestandenen herrschaftlichen Exemption oder Immunität bis zu dem Grade: dass diese alle Gewalt der Grafen und ihrer Unterbeamten absorbirte, ist Anfangspunkt der abgeschlossenen Localverfassung, welche Stadtrecht oder Weichbild genannt ist, und zugleich die Veranlassung zur Entstehung von Mediatstädten.¹⁷⁾ Dass am frühesten zu Gunsten einzelner Bischöfe eine solche Erweiterung der alten herrschaftlichen Freiheit oder Immunität Seitens der Könige bewilligt worden, kann als unzweifelhaft angesehen werden. Das Streben der geistlichen Herren nach einer Ver-

¹⁵⁾ Montag, Geschichte der deutschen staatsbürgerlichen Freiheit. Zweiten Bandes I. Thl. S. 190 fg. Gaupp l. c. S. 67.

¹⁶⁾ Gaupp l. c. S. 72 fg. S. 143. Barthold l. c. I. S. 79.

¹⁷⁾ Lanzizolle, Grundzüge der Geschichte des deutschen Städtewesens, S. 22 fg. Barthold l. c. I. S. 77.

mehrung ihres Besitzthums und einer Ausdehnung und Erhöhung ihrer Gerechtsame musste sehr natürlich in ihnen den Wunsch erwecken, von aller Einwirkung des Grafen und seiner Unterbeamten auf ihren Grundbesitz und auf ihre freien und unfreien Hintersassen vollständig entbunden zu werden. Wenn ihnen ferner, nächst der gänzlichen Exemption ihres bereits zugehörigen Grundbesitzes, eine Erweiterung ihres herrschaftlichen Gebietes, selbst auch ohne Erwerbung des Eigenthums an Grund und Boden, erwünscht sein musste, so trat dieser Fall besonders in gemischten Orten, in der obigen Bedeutung dieses Ausdrucks, ein, zu allernächst aber da, wo sie selbst ihren Wohnsitz hatten. Bei den Conflicten, die sich in vielfachen Beziehungen, namentlich für Rechtspflege und Polizei, in gemischten Orten täglich ereignen konnten, und durch den so überaus häufigen Antagonismus zwischen den geistlichen und weltlichen Machthabern ganz besonders genährt wurden, musste eine solche Vereinfachung der Ortsverfassung, wie sie oben angedeutet worden, für die betheiligte Herrschaft und vielleicht in nicht minderem Grade auch für die Eingesessenen vortheilhaft erscheinen, für die erstern aber besonders da wichtig sein, wo sie in Folge der persönlichen Anwesenheit durch Collisionen und Misshelligkeiten, die eintreten mochten, unmittelbar selbst berührt wurden. Es gelang nun einzelnen Bischöfen und Aebten schon unter den letzten Karolingern, durch königliche Privilegien eine solche Erweiterung ihrer obrigkeitlichen Gewalt, insbesondere da wo sie ihren Sitz hatten, sich zu verschaffen, und sehr vielen andern Prälaten (wohl sämtlichen Bischöfen) wurde das Gleiche in der nächstfolgenden Zeit, namentlich von Seiten der Könige des sächsischen Hauses, die ihr vorzügliches Wohlwollen gegen die Geistlichkeit insbesondere auch durch dergleichen Bewilligungen bethätigt haben, gewährt. ¹⁸⁾ Man nimmt an, dass Erzbischof Bruno von Cöln, der Bruder Kaiser Otto's I., der erste Kirchenfürst gewesen sei, welchem landesherrliche Gewalt in seinem Sprengel zustand. ¹⁹⁾

Sobald die Grafenwürde aufhörte ein persönlich übertragenes Amt zu sein und erblich ward, trat hier derselbe Fall ein wie bei

¹⁸⁾ Lanzizolle l. c. S. 23. 24. Hüllmann l. c. II. S. 14. u. 313 fg. Zöpfl, deutsche Rechtsgesch. 3. Aufl. S. 503. Note 17. Dessen, Alterthümer des deutschen Reichs und Rechts. Bd. I. S. 73.

¹⁹⁾ Barthold l. c. I. S. 155.

den in geistlichen Gebieten gelegenen Orten. Die Städte zerfielen seitdem in königliche, bischöfliche und fürstliche. Die Verhältnisse waren in allen drei Gattungen ziemlich dieselben, nur dass dort königliche, hier bischöfliche oder fürstliche Beamte die öffentlichen Angelegenheiten verwalteten, dort der König es war, welcher die Regalien ausübte, während sich hier der Territorialherr in deren Besitz befand.²⁰⁾ Als unmittelbare Glieder des Reichs wurden die einen eben so wenig wie die andern angesehen und behandelt. Auch war die Ueberlassung der Immunität und der Regalien an die Bischöfe und Fürsten keinesweges überall eine vollständige gewesen, vielmehr hatten sich die Könige fast überall wenigstens ursprünglich einzelne Rechte vorbehalten, auch wohl für denselben Ort das eine Regale dem einen Territorialherrn, ein anderes einem anderen verliehen. Wir stossen daher häufig auf sehr complicirte und gemischte Verhältnisse; es ist nicht selten, in einem und demselben Orte einen königlichen, einen bischöflichen und fürstlichen Beamten neben einander zu finden.²¹⁾ Schon dies macht es sehr bedenklich, aus der staatsrechtlichen Stellung, die eine Stadt in späterer Zeit einnahm, auf die frühere und umgekehrt Schlüsse zu ziehen. In der That sind nicht wenige Orte, welche in dem in Rede stehenden Zeitraum dem Könige unmittelbar untergeben waren, in einem folgenden in den Besitz eines Territorialherrn gelangt, während umgekehrt viele Orte, welche lange Zeit der Gewalt eines geistlichen oder weltlichen Herrn untergeben gewesen sind, demnächst zur Reichsunmittelbarkeit gelangten. So sind von den späteren Reichsstädten beispielsweise Cöln, Augsburg, Speier, Constanz, Strassburg, Worms, Bremen, Soest, Basel ursprünglich bischöfliche, Lübeck, Hamburg, Bern, Freyburg im Uechtlande weltfürstliche Städte gewesen, während eine grosse Zahl von königlichen Städten dieser Periode, wie Bamberg (bis zu seiner Erhebung zum Bisthumssitz 1007 — 1015 kaiserliche Pfalz), Koblenz, Gelnhausen, Duisburg, Eger, Rheinfelden, Schaffhausen, Breisach, Boppard, Neuenburg, Feuchtwangen u. a. m. später in die Eigenschaft der Landstädte hinabsanken.

²⁰⁾ Eichhorn, deutsche Staats- und Rechtsgesch. Thl. II. §. 243. 310. Thl. III. §. 431.

²¹⁾ Hüllmann l. c. II. S. 373 fg. S. 397 fg.

Will man also ermitteln: ob in dem in Rede stehenden Zeitabschnitte eine Stadt königlich, bischöflich oder fürstlich gewesen ist, so muss man untersuchen, durch welche Beamte die Ortsangelegenheiten verwaltet wurden und wer die ersteren einsetzte, ²²⁾ da die Selbstwahl der Obrigkeit durch die Gemeinde, wie weiter unten dargethan werden wird, erst einer späteren Zeit angehört. Königliche Beamte nun waren die Grafen und deren Unterbeamte, die Centgrafen und Decane. Dagegen waren die Vögte und Schultheisse herrschaftliche Beamte für die nicht unmittelbaren Orte. Sie hatten die Rechtspflege, die Polizei, das Kriegswesen, auch meist die Finanzangelegenheiten, namentlich die Erhebung der Steuern, sowie die Verwaltung der unmittelbar für Rechnung der Herrschaft bewirthschafteten Ländereien zu besorgen. Doch gab es für einzelne Zweige der Verwaltung, besonders der finanziellen, auch besondere Beamte, so: Münzer, Zöllner, Forst- und Jagdbediente. ²³⁾ — Der Vogt hatte die Gerichtsbarkeit über Civilsachen und geringere peinliche Fälle. ²⁴⁾ Wichtigere Criminalfälle gehörten überall zur Competenz der Grafen. ²⁵⁾ Die Vögte übten ihr Amt lediglich als Ausfluss der ihnen von dem Territorialherrn übertragenen Befugniss aus, und unterschieden sich dadurch wesentlich von den Burggrafen, die, selbst wenn sie gleichfalls von diesem beliehen waren, doch so angesehen wurden, als wenn sie ihr Amt im Namen des Königs verwalteten. Es änderte hierin auch nichts, wenn eine Familie erblich mit der Vogtei beliehen war, ein Fall, der nicht selten vorkam, so in Cöln, wo die Familie von Eppendorf, in Erfurt, wo die Grafen von Gleichen die Vogtei inne hatten. ²⁶⁾ In unmittelbaren Städten fanden sich zwar auch zuweilen Vögte, sie führten dann aber den Namen: Reichsvögte und standen unter den Landvögten oder den mit der Landvogtei beliehenen Fürsten. ²⁷⁾

Ein zweites eben so entscheidendes Criterium darüber, wem die Herrschaft in einer Stadt zustand, bildet der Genuss der Regalien. Diejenigen von diesen, welche hier namentlich in Betracht

²²⁾ Eichhorn l. c. III. §. 431.

²³⁾ Lanzizolle l. c. S. 14 u. 26.

²⁴⁾ Gaupp l. c. S. 176.

²⁵⁾ Gaupp l. c. S. 294 fg.

²⁶⁾ Gaupp l. c. S. 291 fg.

²⁷⁾ Hüllmann l. c. Thl. II. S. 341.

kommen,²⁸⁾ waren: das Mauthzoll- und Münzrecht,²⁹⁾ das Judenschutzrecht und die Erhebung der Judenschutzgelder,³⁰⁾ das Recht der Befestigung durch Mauern, Thürme und Gräben, was gleichfalls ursprünglich den Königen vorbehalten war, aber zugleich mit den gewerblichen Nutzungen auf die Stände überging,³¹⁾ und erst vom Schlusse des zwölften Jahrhunderts ab als den Städten unmittelbar zuständig angesehen wurde;³²⁾ — die Heeresfolge, die für Stadtbewohner jedoch ursprünglich auf die Vertheidigung ihrer Heimath, ihres Grund und Bodens beschränkt war,³³⁾ und selbst bei der Gründung neuer Städte nicht weiter als auf die Entfernung einer Tagereise ausgedehnt zu werden pflegte — ferner die Mühlengerichtigkeit.³⁴⁾ — Städte, in denen sich die voraufgeführten Rechte in dem Besitze eines geistlichen oder weltlichen Territorialherren befanden, können unbedingt als bischöfliche oder fürstliche bezeichnet werden, während als königliche Städte die anzusehen sind, in denen diese Rechte den Königen verblieben waren.

Ein etwas weniger zuverlässiges Merkmal bildet das Besteuerungsrecht, wenigstens kann sein Mangel nicht unbedingt als ein Beweis gegen die Landesherrlichkeit angesehen werden, denn in dem früheren Mittelalter bestanden die Einkünfte der Fürsten noch allein in dem Ertrage ihrer Rentländereien, in den hoheitlichen Nutzungsrechten und in den Gefällen vom Handel; davon bestritten sie

²⁸⁾ Henrici V. mandatum ap. Dodechin append. ad Mar. Scot. a. 1110 et ap. Siegbert. Gembl. a. 1111. Hüllmann, Gesch. des Ursprungs der Regalien S. 16 u. 22.

²⁹⁾ Hüllmann, Städtewesen II. S. 8 fg. S. 33. Dessen Regalien S. 41 fg. S. 58 fg.

³⁰⁾ Hüllmann, Städtewesen II. S. 59. Regalien S. 51 fg. Häberlin, Handbuch des deutschen Staatsrechts Th. III. S. 158.

³¹⁾ Hüllmann, Städtewesen II. S. 165 fg.

³²⁾ Barthold l. c. II. S. 47. Noch in der Zeit Kaiser Friedrich I. durften selbst Städte, wie Cöln und Basel nicht ohne ausdrückliche Genehmigung ihrer Bischöfe ihre Orte befestigen. Barthold l. c. S. 48. Landesherren, die nicht mit diesem Rechte besonders beliehen waren, mussten noch unter Rudolph I. specielle königliche Genehmigung einholen, wenn sie ihre Städte befestigen wollten (Bodmann, Codex epistolaris Rudolphi I. p. 155. 189), während in den Königlichen Städten die Sorge für die Befestigung den Ortsobrigkeiten unter Concurrenz königlicher Beamten oblag (Bodmann l. c. p. 161. 162).

³³⁾ Hüllmann l. c. S. 189.

³⁴⁾ Hüllmann l. c. S. 269.

die Kosten der Hofhaltung und sämtliche Landesbedürfnisse. Traten aussergewöhnliche Fälle ein, wo diese laufenden Einnahmen nicht ausreichten, so wurden die Unterthanen um ausserordentliche Beihülfe angesprochen. Aus den letzteren, die ursprünglich mit voller Wahrheit den Namen: Bitten oder Hülfen führten, hat sich nur sehr allmählig die Steuererhebung als ein Recht und ein System ausgebildet.³⁵⁾

Das Recht der Steuererhebung Seitens der Bürgerschaften Behufs Bestreitung der Gemeindebedürfnisse war zwar von Anfang an ein vorbehaltenes Recht der Landesherren, und die Verleihung kann daher als ein Zeichen der Landeshoheit angesehen werden,³⁶⁾ dieselbe kommt jedoch erst in einer Zeit vor, wo sich die Fürsten schon überall in den Besitz der Besteuerung als eines ihnen zustehenden Rechtes gesetzt hatten.

Die dritte Periode in der Geschichte der deutschen Städte, die, wo die Klasse der königlichen Städte verschwindet und an deren Stelle die reichsunmittelbaren oder reichsfreien — die Reichsstädte — treten, beginnt in dem letzten Drittheil des dreizehnten Jahrhunderts, in der Zeit des Interregnums. Ihr Entstehen war erst möglich, seit es den Städten gelungen war, die herrschaftlichen Beamten zu beseitigen und zur Selbstverwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten zu gelangen, was meistens im Laufe des dreizehnten Jahrhunderts geschehen war. Nun erst konnten die bisher bischöflichen oder fürst-

³⁵⁾ Hüllmann l. c. S. 111 fg. Pütter, hist. Entwicklung der heutigen Staatsverfassung des teutschen Reichs. Thl. I. S. 209. Noch zur Zeit der Abfassung des Sachsenspiegels (vergl. Buch III. Art. 91) galt der Rechtsgrundsatz: dass kein Richter (Graf — die Grafen waren es, welche ursprünglich die Abgabe erhoben, daher der Name: Grafenbede, Grafenschat oder Grafenschoss) ohne Genehmigung der Unterthanen eine Bede auf das Land setzen dürfe, doch war diese damals schon fast überall ständig (*petitio annua* oder *consueta*, die Jahrbede): neben ihr wurde aber bei besonderem Bedrängniss die s. g. Nothbede (*petitio violenta* oder *inconsueta*) erhoben, wer zu der Jahrbede berechtigt war, der machte auch vorkommenden Falls auf die Nothbede Anspruch (Gräser, die Domainengeschosse in der Provinz Sachsen, Eisleben 1860, S. 16). Wo die Könige die unmittelbare Hand, die das Reich an den ursprünglich freien Wehren überall gehabt, zu bewahren vermocht hatten, wie in den Reichsdomainen und in den königlichen Städten, waren sie es, die sowohl die eine wie die andere Bede bezogen. (Hüllmann l. c. S. 136. Gräser l. c.)

³⁶⁾ Hüllmann l. c. S. 124.

lichen Städte sich ganz freimachen, die wenigen königlich gebliebenen zur vollen Unabhängigkeit gelangen. Erst von dieser Zeit ab finden sich Beispiele: dass eine Stadt ausdrücklich von den Königen für eine *civitas Imperii Rom. Germanici* erklärt wurde.³⁷⁾ Seit dem grossen Städtekriege 1388—89 hörte auch die Unsitte der Verpfändung der Reichsstädte an Territorialherren auf, deren Folge meist die Mediatisirung gewesen war, da die Könige selten die zur Wiedereinlösung erforderlichen Mittel flüssig machen konnten, auch sich meist mehr die Vermehrung ihrer Hausmacht wie die Stärkung der kaiserlichen Rechte angelegen sein liessen.

Das ausgedehnteste Beispiel für das Auftreten jener neuen Kategorie von Städten bieten die Herzogthümer Schwaben, Franken und das Elsass. Die dortigen Städte hatten sich ursprünglich unter der Landeshoheit der Hohenstaufen als Herzöge von Schwaben und Franken befunden. Als Kaiser Friedrich II. diese Herzogthümer unmittelbar zum Reiche zog (1235), wurden sie aus fürstlichen königliche Städte und durften als keinem Territorialherren unterthänig nach dem Sturze ihres schwäbischen Herrschergeschlechtes Reichsfreiheit gleich den auf des Reiches unmittelbaren Boden erwachsenen alten königlichen Gemeinwesen ansprechen und behaupten.³⁸⁾

Das staatsrechtliche Verhältniss der Reichsstädte, d. i. solcher Städte, die nicht unter der Landeshoheit irgend eines Reichsstandes stehen, die vielmehr gleich den übrigen Reichsständen selbst Hoheitsrechte ausüben können,³⁹⁾ war eben so verschieden von dem der königlichen Städte, wie sie in der vorhergehenden Periode bestanden, wie von den nicht zur Reichsunmittelbarkeit gelangten Landstädten. Das wesentlichste Recht, was sie auszeichnete, war die Befugniss in der Versammlung der Reichsstände sich vertreten zu lassen, ursprünglich eine Errungenschaft der Städtebündnisse,⁴⁰⁾ obwohl allerdings nicht alle Städte, welche an diesen Bündnissen Theil genommen, zur Reichsunmittelbarkeit gelangt sind. In den Besitz

³⁷⁾ Bodmann, Codex epostol. Rudolphi I. p. 104.

³⁸⁾ Barthold l. c. Th. II. S. 113. III. S. 86. Pütter l. c. I. S. 222.

³⁹⁾ Häberlein, Handbuch des Deutsch. Staatsrechts, Thl. I. S. 336 fg. II. S. 119 fg. Man hat unter den Reichsstädten noch einen Unterschied zwischen freien und blossen Reichsstädten gemacht, allein dieser ist so wenig bedeutend, dass man nicht einmal mit Sicherheit sagen kann, worin er besteht. Eichhorn l. c. III. §. 341.

⁴⁰⁾ Barthold l. c. Thl. II. S. 205. 210.

des Rechtes, zu den Reichstagen berufen zu werden, traten die Reichsstädte gleich unter Rudolf von Habsburg, ⁴¹⁾ doch wurde ihnen anfangs nur eine gutachtliche (Votum consultativum) keine entscheidende (decisivum) Stimme eingeräumt; die von ihnen schon unter Kaiser Carl V. auf letztere erhobenen Ansprüche gelangten erst durch den westphälischen Friedensschluss zur vollen Anerkennung. ⁴²⁾ Als eigener Stand erscheinen sie aber bereits viel früher, ⁴³⁾ wie sie denn schon 1474 in zwei Bänke, die schwäbische und rheinische, sich theilten. ⁴⁴⁾

Eine Folge der Reichsunmittelbarkeit ist: dass die Reichsstädte ihren Gerichtsstand bereits in erster Instanz vor den Reichsgerichten haben, während die letzteren zur Entscheidung von Klagen gegen mittelbare Städte in der Regel nur dann competent sind, wenn die Sache in der Appellationsinstanz an sie gelangt. ⁴⁵⁾

Diesen Rechten gegenüber unterlagen die Reichsstädte den jährlichen bestimmten Reichssteuern und der Verpflichtung zum Reichsheerdienste. ⁴⁶⁾ Die Aufführung in der Reichsmatrikel — der Rolle, in welcher angegeben war, wie viel ein jeder Reichsstand an Reichssteuern zu entrichten und an Mannschaft zum Reichsheere zu stellen habe — ist daher auch das wesentlichste Criterium zur Entscheidung der Frage über die Qualität einer Stadt als Reichsstadt. Ein grosser Theil der Reichsstädte hatte übrigens ausser den matrikelmässigen Reichssteuern noch besondere Nebensteuern an den Kaiser zu entrichten. ⁴⁷⁾

Als Kennzeichen der Reichsunmittelbarkeit kann ferner angesehen werden, dass sowohl die Obrigkeit als die Bürgerschaft und die Besatzung der Stadt jedem neuen Könige den Huldigungseid abzuleisten hatte, während bei den mittelbaren Städten der Landesherr zugleich für seine Unterthanen den Homagialeid leistete, ⁴⁸⁾ de-

⁴¹⁾ Barthold l. c. Thl. III. S. 56.

⁴²⁾ Pütter l. c. Thl. II. S. 88.

⁴³⁾ Häberlin l. c. Thl. I. S. 260.

⁴⁴⁾ Pütter l. c. Thl. I. S. 306.

⁴⁵⁾ Kammer-Gerichts-Ordn. Tit. 15. Häberlin l. c. Bd. II. S. 422. 459. Lisch, Lehrbuch des deutsch. Staatsrechts, S. 445 fg.

⁴⁶⁾ Barthold l. c. Thl. III. S. 8. 9.

⁴⁷⁾ Pütter l. c. Thl. II. S. 211. Häberlein l. c. Bd. II. S. 252.

⁴⁸⁾ Pütter l. c. Thl. II. S. 211.

nen ihrerseits die Eidesleistung bei jedem Wechsel in der Person des Territorialherren oblag.⁴⁹⁾

Endlich unterlagen die Mediatstädte dem landesherrlichen Besatzungsrechte, während die Reichsstädte selbst nicht einmal verpflichtet waren, Reichstruppen bei sich aufzunehmen.⁵⁰⁾ Der Erwerb dieses Besatzungsrechtes ist es vor allem gewesen, der über das Geschick der Städte entschieden hat. In den bischöflichen Städten, bemerkt Eichhorn,⁵¹⁾ trat der Umstand: dass die Vogtei und die Regalien dem geistlichen Herren überlassen waren, allgemein ein, und sonach sprachen also freilich die Bischöfe auch durchgängig die wahre Landeshoheit über ihre Städte an; aber so lange die Bürgerschaft sich bei dem Rechte erhalten konnte, ihre Stadt selbst zu bewahren und wohl ihren Bischof mit seiner Geistlichkeit, aber keine von ihm abhängige Besatzung in ihre Mauern aufnahm, hing es von ihr ab, bei dem ursprünglichen Verhältnisse stehen zu bleiben. Und da dieses von dem Verhältnisse der Reichsstädte gar nicht verschieden war, die bischöflichen Vögte auch ursprünglich, wie andere Reichsvögte, ihren Bann unmittelbar von dem Kaiser empfangen hatten, so rechneten sich die meisten bischöflichen Städte zu den Reichsstädten; doch wurden einige von ihnen schon in dieser Periode (1272—1517) in wahre Landstädte verwandelt, weil sich der Herr des Besatzungsrechtes zu bemächtigen wusste.

Dieser Kampf zwischen den Bischöfen und ihren nach völliger Unabhängigkeit strebenden Städten, ist fast keiner der letzteren erspart gewesen, meist mit grosser Erbitterung durchgekämpft und hat oft, wenn auch mit längeren oder kürzeren Unterbrechungen Jahrhunderte ausgefüllt. Einzelne Städte, wie Mainz und Münster, waren schon an dem erstrebten Ziele angelangt, wurden aber durch einen plötzlichen Umschlag um alle Früchte ihres Sieges gebracht und für immer der Unabhängigkeit beraubt. Wo aber dies auch nicht das Endergebniss war, da hat doch die Waage lange hin- und her geschwankt, ehe sie entschieden zum Vortheil der Stadt sich geneigt hat. Zum völligen Abschluss gelangte bei mancher diese Frage erst durch den westphälischen Frieden. Wie derselbe überhaupt die staatsrechtlichen Verhältnisse des deutschen Reichs und

⁴⁹⁾ Vitriarius, Instit. jur. publ. et Pfeffinger ad eas. Lib. I. Tit. 18. (z) (b) pag. 779.

⁵⁰⁾ Pütter, l. c. Thl. III. S. 107.

⁵¹⁾ Rechtsgeschichte, Thl. III. §. 431.

seiner einzelnen Glieder festgestellt hat, so galt seitdem auch namentlich der Grundsatz unwandelbar, dass nur solchen Städten Reichsunmittelbarkeit zustehe, welche an dem Abschluss des Traktates Theil genommen und im Friedensinstrument genannt waren. Für die, bei denen dies nicht der Fall war, wenn sie sich auch bisher in einer Zwitterstellung befunden, wie Magdeburg, Braunschweig, Osnabrück, blieb kein anderer Platz auf dem Gebiete des deutschen Staatslebens, als der einer blossen Landstadt.

Wenden wir nun die vorstehend entwickelten Grundsätze auf Erfurt und sein politisches Verhältniss zum Erzstift Mainz an.

Abgesehen von der ältesten Zeit, wo alle Orte, also auch Erfurt, keinen andern Landesherrn hatten, als den König,⁵²⁾ so dass es dann auch ohne allen Einfluss auf die nachfolgende Untersuchung bleibt, dass Karl der Grosse dort einen Grafen, Madalgaudus, eingesetzt hatte, der übrigens blos zur Beaufsichtigung des Handels und zur Aufrechthaltung des Stapelrechtes bestimmt war, so müssen wir auch hier jene zwei Perioden, die, wo die Städte in königliche, bischöfliche und fürstliche, und die, wo sie in Reichs- und Landstädte zerfielen, abgesondert betrachten, da die Kriterien, nach denen sich die Entscheidung richtet, nicht übereinstimmen.

Nun ist es unzweifelhaft und wird auch von den eifrigsten Vertheidigern der reichsstädtischen Qualität Erfurts⁵³⁾ anerkannt: dass Erzbischof Wilhelm von Mainz um 960 einen Beamten für die Verwaltungsangelegenheiten (Vicedom) dort gehabt hat, dass die Beamten für die Rechtspflege — der Vogt und der Schultheiss — erzbischöflich waren,⁵⁴⁾ und dass dem Erzbischof bereits damals

⁵²⁾ Nic. de Siegen (Chronic. ecclesiast. S. 8.) berichtet zwar: dass schon der Frankenkönig Dagobert die Stadt Erfurt (totam urbem Erfordiam, quae tunc Merwigesburg dicebatur, cum omnibus suis pertinentibus) dem Peterstift zum Eigenthum verliehen habe, einer ausführlichen Widerlegung dieser Nachricht wird es aber um so weniger bedürfen als die Gründung dieses Stifts unzweifelhaft einer viel späteren Zeit, wahrscheinlich erst der Mitte des elften Jahrhunderts angehört. Erhard in Höfers Zeitschrift für Archivkunde, Bd. I. S. 53—75. Wegele zum Nic. de Siegen, S. XIII. u. S. 137.

⁵³⁾ Heinemann l. c. S. 7. Dominikus Erfurt und das Erfurtische Gebiet. I. S. 255. Tittmann l. c. S. 63.

⁵⁴⁾ Hüllmann l. c. Thl. II. S. 372. Barthold l. c. S. 113. Falkenstein l. c. S. 63, vergleiche auch die unten näher zu erwähnende Urkunde König Wenzels über die Jurisdictionsverhältnisse von Erfurt vom Jahre 1381.

das Zoll-, Wasser-, Münz-, Markt- und Judenschutzrecht ⁵⁵⁾ zugestanden hat. Erzbischof Wilhelm vervollkommnete denn auch die Befestigung der Stadt, ⁵⁶⁾ deren erste Anlage bereits in die Zeit König Heinrich I. fällt, ⁵⁷⁾ bedeutend. Erzbischof Siegfried setzte

⁵⁵⁾ Wenn in einer Urkunde König Wenzels d. Nürnberg, Donnerstag vor Judica 1391 (im Provinzial-Archiv zu Magdeburg. — Falkenstein l. c. S. 279) die Stadt von allem Anspruch des Kaisers der Juden halber losgesprochen und erklärt wird: dass die Kaiserliche Kammer sich deshalb nur an den Erzbischof zu halten habe, so setzt dies nothwendig voraus: dass der letztere sich damals im Besitz der Erhebung der Judensteuern befunden. Nach einer Urkunde vom 10. Juni 1209 bei Gudenus Cod. diplomat. T. I. p. 419, hat bereits Kaiser Otto das Erzstift Mainz mit den Beden, welche die in Erfurt vorhandenen Juden zu entrichten hatten, beliehen. In des Schreibers Bartholomäus Nachweis aller Renten und Rechte seines Herrn des Erzbischoffen Sigfried zu Mainz 1230—49 (Prov.-Arch. zu Coblenz) kommt bei Erfurt vor: Distribui etiam libr. V. iudeorum et V quos dedit uxor magistri iudeorum. Es ergiebt sich hieraus nicht nur, dass die Judengefälle dem Erzbischoff zuflossen, sondern auch: dass die Judenschaft in Erfurt ihren eigenen Vorsteher hatte. — Die Kaiser gingen übrigens von der Ansicht aus, dass wenn auch die gewöhnlichen Judengefälle den Territorialherren überlassen worden, sie doch berechtigt wären, ihrer Seits noch eine ausserordentliche Judenschatzung zu erheben, stiessen dabei aber auf Widerspruch. Als Kaiser Sigismund 1416 zur Bestreitung der Kosten seines Aufenthalts im Auslande eine Erhebung des dritten Pfennigs von dem Vermögen aller Juden im Reiche angeordnet, forderte der Provisor zu Erfurt, Adolf Graf von Nassau, dass die auf die Erfurter Judenschaft fallenden 6000 Fl. als dem Erzbischof von Mainz zustehend, ihm überantwortet würden. Da der Rath sich dessen weigerte, so wurde vom Graf Adolf die Acht über die Stadt und die Erfurter Judenschaft verhängt. Der Rath appellirte deshalb an den Kaiser (Notariats-Instrument über des Raths zu Erfurt, Appellation an den Kaiser Sigismund gegen den Mainzischen Provisor, Grafen Adolph von Nassau, der ihm eine Judensteuer abfordert. d. Erfurt, 16. Juli 1416 im Prov.-Arch. zu Magdeburg), der den Bann aufhob, und den Rath gemessenst anwies jene 6000 Fl. nicht an die Mainzische Behörde, sondern an den von ihm bestellten Erheber Nicol. Bunzlau zu zahlen (Urkunde d. Calis. Samstag vor St. Mathäus 1416 *ibid.*), was denn auch geschah (Nic. Bunzlau, Bürgers zu Breslau, Quittung für Joh. von Apolda, Priester, der Stadt Erfurt obersten Schreiber, über 6000 Fl. rhn. wegen der Judenschatzung d. Frankf. am St. Calixttage 1416 *ibid.*).

⁵⁶⁾ Falkenstein l. c. S. 33 nach handschriftl. Quellen. Paul Lange Chronic. Citiz. p. m. 1133.

⁵⁷⁾ Dominikus l. c. I. S. 70.

1070 an die Stelle der bisherigen Erdumwallungen Mauern und Warten.⁵⁸⁾ Erzbischof Adalbert fügte 1124⁵⁹⁾ noch ein festes auf dem Severiberge belegenes Schloss hinzu. Wenn ferner berichtet wird, dass Erzbischof Conrad in den Jahren 1163 und 1164 die Mauern von Erfurt habe errichten lassen,⁶⁰⁾ so ist dies dahin zu verstehen, dass die Bevölkerung sich so vermehrt und die bebaute Fläche so erweitert hatte, dass die früheren Mauern nicht mehr ausreichten, und das Bedürfniss sich geltend machte, neue zu errichten.

Diesen Verhältnissen der Stadt zu den Erzbischöfen von Mainz entspricht es vollkommen, wenn Landgraf Ludwig der Eiserne von Thüringen die ihm aufgetragene Vollstreckung der Reichsacht gegen Erzbischof Conrad damit begann: dass er die Stadtmauern von Erfurt schleifen liess,⁶¹⁾ und dessen Nachfolger, Erzbischof Christian, liess sich 1169 vor Allem deren Wiederherstellung angelegen sein⁶²⁾ und legte, um ähnlichen Unfällen vorzubeugen, eine Besatzung hinein. Denn in einer Urkunde von 1170 bemerkt er: dass er, um der ihm obliegenden Fürsorge gemäss, seiner Landstadt Erfurt (*Erfur-densi municipio*),⁶³⁾ nachdem sie zur Beschützung des Erzstifts Mainz mit einer Mauer versehen worden, eine hinreichende Sicherheit zu gewähren, in dieselbe Kriegersleute, die in der umliegenden Gegend zusammengebracht worden, hineingelegt und dort mit Wohnungen sässig gemacht, damit sie stets zum Schutz und zur Vertheidigung dieser seiner gedachten Landstadt bereit und zur Hand waren. Da aber die ihm unmittelbar zugehörigen Räumlichkeiten zur Unterbringung der Truppen nicht ausgereicht hätten, so habe er mit Zustimmung der Geistlichkeit und seiner Unterthanen mit dem

⁵⁸⁾ Dominikus l. c. I. S. 70. Gudenus l. c. p. 21. Das Chronic. Erfurtense Handschr. der k. k. Hofbibliothek zu Wien f. 25 b setzt die Sache in das Jahr 1064.

⁵⁹⁾ oder 1123 wie die obenerwähnte Handschr. angiebt.

⁶⁰⁾ Falkenstein l. c. S. 67 et scriptt. ibi citati. Rothe, Thüringisch. Chron. herausgeg. v. Liliencron S. 294.

⁶¹⁾ Chronic. Erfurt. Handschr. zu Wien f. 14a. Dominikus l. c. I. S. 260.

⁶²⁾ Nic. de Siegen Addit. ad Lambert. Schafnab bei Pistorius-Struve script. p. 429. Gudenus l. c. p. 37.

⁶³⁾ Municipium oder civitas municipalis ist im Gegensatz gegen die civitas imperialis eine Landstadt oder civitas, qui territoriales suos dominos habet, quibus homaginem praestare tenetur nec immediate Imperatori et imperio subest. Vitriarius inst. jur. publ. et Pfeffinger ad eas. Lib. I. Tit. 18. (z) (b). p. 719. Lehmann Speyersche Chronik. Lib. IV. c. 4. p. 245.

Probst und den Stiftsgeistlichen der Marienkirche einen Grundstücks-
tausch vorgenommen. ⁶⁴⁾

Wie sich aus dem Vorstehenden ergibt, haben sich nun die
Erzbischöfe von Mainz in dem in Rede stehenden Zeitabschnitt im
Besitze der Ansetzung der obrigkeitlichen Beamten, der Regalien,
des Befestigungs- und des Besatzungsrechtes befunden; es kann da-
her keinem Zweifel unterliegen, dass Erfurt damals keine königliche,
sondern eine erzbischöflich-mainzische Stadt gewesen ist. Es be-
darf hiernach kaum noch der Beibringung anderweitiger Zeugnisse
für diese Annahme. Doch mag beispielsweise hier noch erwähnt
werden, dass Erzbischof Adalbert, als er (seit 1120) die bisherigen
Leibeigenen in und um Erfurt zu freien Leuten und die von ihnen
bearbeiteten Grundstücke zu freiem Eigenthum machte, der Ursprung
der s. g. Freizinsen, ⁶⁵⁾ sagte: dass dies zur Erhöhung des Erpes-
furte genannten Ortes und wegen der Liebe und Treue seiner Un-
terthanen geschehe. ⁶⁶⁾ So nennt Graf Heinrich der Aeltere von
Schwarzburg in einer Urkunde von 1233, ⁶⁷⁾ als er sich verpflich-
tete, für den dem Erzbischof und der Stadt durch seinen Sohn zu-
gefügt Schaden durch den Flecken Eichelberg und ein Lehn in
Daberstedt Ersatz zu leisten, Erfurt ausdrücklich die Stadt des Erz-
bischofs (*civitatem suam*), eben so wie Herrmann von Vippach in
gleichem Jahre wegen einiger in der Stadt von ihm erworbenen

⁶⁴⁾ — qualiter nos ex debito speculationis nostrae, Erfurdensi municipio,
postquam ad firmamentum Moguntinae Metropolis muro munitum fuerat,
sufficienter custodiam providere cupientes, milites de adjacente provincia
introducimus et mansionibus et beneficiis ibi eos stabilimus, ut ad defen-
sionem et protectionem praenominati municipii nostri prompti semper
essent et parati; sed quia areas ad locandos milites pro nobis sufficientes
non habuimus, pro executione laudabilis nostri propositi, consensu cleri
et populi nostri cum Praeposito et fratribus ecclesiae B. M. Virginis in
Erffurd commutationem fecimus etc. Falkenstein, Thüring. Chron. II. S.
531; dess. Historie v. Erf. S. 92 — 94.

⁶⁵⁾ Ein Verhältniss wie das so gebildete: eine Gemeinde von freien Leuten
auf herrschaftlichen Grund und Boden ist für jene Zeit, wo der Rechts-
satz galt: die Luft macht eigen, gewiss sehr selten, doch nicht ohne
Beispiel; so kommt es z. B. zu Freiburg im Breisgau vor. Gaupp l. c.
S. 173.

⁶⁶⁾ Pro honore et exaltatione hujus loci, qui Erpèsfurte vocatur, pro dilec-
tione et fidelitate civium meorum. Urkunde von 1025 bei Falkenstein
l. c. S. 56 und sonst.

⁶⁷⁾ Gudenus, Cod. Dipl. I. p. 520.

Grundstücke sich als erzbischöflichen Vasallen bekannte, ⁶⁸⁾ und als Graf Meinhard von Mühlberg 1236 einen Bürger Erfurts gefangen genommen, der Erzbischof diese Angelegenheit als die seine betrachtete und Meinhards Vorladung vor das Reich und demnächstige Aechtung auswirkte. ⁶⁹⁾

Es kann nun die Frage entstehen: wann und auf welche Veranlassung Erfurt, das doch schon unter den Karolingern als nicht ganz unbedeutender Ort existirte, also ursprünglich königlich gewesen sein muss, und nicht erst von den Erzbischöfen gegründet sein kann, in den Besitz der letzteren gelangt ist. Hierüber geben die Quellen keine ganz bestimmte Auskunft. Jedenfalls ist der Streit, ob Hugo, Albolt und die übrigen thüringischen Herren, welche, wie Otto in dem Leben des h. Bonifacius berichtet, ⁷⁰⁾ bedeutende Landdotationen zur Gründung des Bisthums Erfurt hergegeben, diesem damit nur die geistliche oder die weltliche Hoheit übereignet hätten, ein völlig müssiger, denn sie besaßen die eine so wenig wie die andere, konnten sie also auch nicht verleihen; vielmehr bestand die Dotation offenbar nur in Grundstücken, deren Ertrag zum Unterhalt des Bischofs dienen sollte. Ebenso enthält, wie sich aus dem Obigen ergibt, die Nachricht einer alten, von Falkenstein l. c. S. 20 erwähnten Chronik: A. 724 Erphordia cum jure territorii per donationem transit ad S. Bonifacium, eine offenbare Unrichtigkeit. Dagegen ergibt das früher Angeführte unzweifelhaft, dass unter Erzbischof Wilhelm Erfurt bereits bischöflicher Ort gewesen ist. Hüllmann ⁷¹⁾ behauptet: dass Otto I. bei Erhebung seines unehelichen Sohnes Wilhelm auf den erzbischöflichen Stuhl ihm und seinen Nachfolgern die Stadt Erfurt mit aller Gerichtsbarkeit und mit dem umliegenden Gebiete verliehen habe; obwohl er sich nur auf Falkenstein Hist. v. Erf. S. 33 als Quelle beruft, der dies nicht einmal sagt, auch füglich nicht sagen konnte, da er die bischöfliche Landeshoheit für eben so als wie die Gründung des Bisthums Erfurt ansah, sondern nur, die übrigens auch, trotz der vielen, S. 37 flg.,

⁶⁸⁾ Gudenus l. c. pag. 521, dipl. 207.

⁶⁹⁾ Chronic. Erfort. zu Wien. f. 17 c. Rothe, Thüring. Chron. S. 396. Tittmann l. c. I. S. 27 u. 63.

⁷⁰⁾ Falkenstein l. c. S. 12. Colland Untersuchungen über einige streitige Materien des Churmainzische Staatsrecht betreffend, S. 49.

⁷¹⁾ Städtewesen II. S. 372.

von ihm angeführten Gewährsmännern, entschieden unrichtige ⁷²⁾ Notiz mittheilt: dass Otto dem Erzbischof und seinem Erzstifte das Land Thüringen erb- und eigenthümlich übergeben habe, und wenn Hüllmann mit dem umliegenden Gebiete das meint, was man gewöhnlich unter Erfurter Gebiet versteht, er jedenfalls zu weit geht, so hat jene Annahme doch grosse Wahrscheinlichkeit für sich. Es lag nahe: auf Erfurt, das einst vom h. Bonifacius zum Bischofssitz erwählt war, auch wenn es keinen eignen Oberhirten mehr hatte, doch die Grundsätze anzuwenden, welche sich in Betreff der Städte, wo Bischöfe ihren Wohnsitz hatten, geltend gemacht. Dass vorzugsweise unter den Ottonen die Bischöfe die Landeshoheit über ihre Sitze erlangt haben, ward schon oben erwähnt. Dazu kam das nahe Verwandtschaftsverhältniss zwischen Otto I. und Erzbischof Wilhelm, welches den ersteren doppelt geneigt gemacht haben wird, den Wünschen des letzteren zu willfahren. ⁷³⁾ Auch die oben mitgetheilte Nachricht, dass Otto I. die Erzbischöfe von Mainz mit den Judengefällen in Erfurt beliehen habe, stimmt hiermit überein.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass auf dem Reichstage zu Arnstadt 954, wo Wilhelm mit dem Erzstifte belehnt wurde, ⁷⁴⁾ ihm auch gleichzeitig die landeshoheitlichen Rechte über Erfurt übertragen sind. Denn wäre eine spätere besondere Verleihung erfolgt, so würde sich wohl eine Nachricht davon erhalten haben. Vorher schon ist die Stadt aber wohl auf keinen Fall bischöflich gewesen. Von einer politischen Beziehung des Erzbischofs Friedrich, des Vorgängers Erzbischof Wilhelms, zu Erfurt findet sich keine Spur, wozu seine vielen Kämpfe mit Kaiser Otto sonst gewiss Gelegenheit

⁷²⁾ Voigtel, Gesch. d. deutsch. Reichs unter Otto d. Grossen. S. 188.

⁷³⁾ Auch die Angaben der *Historia de Landgrav. Thuringiae* (Cap. X.) Otto filius Henrici Ducis Saxoniae et Thuringiae et imperatoris post mortem patris etiam factus imperator, civitatem Magdeburgensem et ecclesiam cathedralem fundavit, et Wilhelmum filium suum Archiepiscopum Moguntinum fecit, quo factus Wilhelmus archiepiscopus quartus decimus Thuringiam intravit: et in Erfordia multos nobiles pro defensione terrae locavit, quibus multa bona in Thuringia largitus est, lassen kaum eine andere Auffassung zu, als dass Wilhelm der erste Erzbischof von Mainz gewesen sei, dem landeshoheitliche Rechte über Erfurt verliehen worden.

⁷⁴⁾ Marian. Scotus *Chronic* ad an. 954 in *Pistorii Script.* I. p. 448. Ruotger, *vita Brunii archiep.* Colon. apud *Leinitz script.* I. 284. *Cont. Regin.* ad 954. Ranke, *Jahrb. des deutsch. Reichs.* I. Abth. III. S. 41. Vehse, *Kaiser Otto d. Grosse.* S. 230.

geboten haben würden. Die Feindschaft zwischen beiden lässt es auch undenkbar erscheinen, dass Otto zu Gunsten Friedrichs auf seine Rechte über Erfurt Verzicht geleistet haben werde. Wenn die erste Anlage der Mauern dieser Stadt sich, wie oben erwähnt, aus der Zeit König Heinrich I. herschreibt, so ist um so mehr anzunehmen, dass dieser es selbst gewesen, dem Erfurt, wie so viel andere Städte, seine Befestigung verdanke, als das Herzogthum Thüringen bis zu dessen Thronbesteigung zu den eigentlichen Besitzungen Heinrichs gehört hatte, ⁷⁵⁾ ihm das Interesse für die Stadt also nahe lag, und er hier auch 932 eine allgemeine Synode hat abhalten lassen. ⁷⁶⁾ Die Stadt würde also mindestens damals noch königlich gewesen sein. Mag nun der Zeitpunkt des Uebergangs zur bischöflichen Landeshoheit auch zweifelhaft sein, so steht das doch fest: dass sie sich unter solcher zur Zeit des Erzbischofs Wilhelm befunden, worauf es hier allein ankommen kann.

Bevor wir zu einer ähnlichen Untersuchung für den folgenden Zeitabschnitt übergehen, scheint es nöthig, noch einige Umstände, welche die Verfechter der Reichsunmittelbarkeit Erfurts besonders für sich geltend machen zu können geglaubt haben, einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen.

Hierhin gehört zunächst der: dass neben den erzbischöflichen Beamten ein königlicher Burggraf in Erfurt seinen Sitz gehabt habe. Dieser Umstand ist aber, weit davon entfernt das Gewünschte darzuthun, ein neuer Belag dafür, dass die Stadt bischöflich gewesen ist. Denn als königliche Stadt hätte sie dessen nicht bedurft, wie denn in Mühlhausen und Nordhausen dergleichen Beamte nicht existirt haben; als bischöfliche Stadt konnte Erfurt ihn dagegen nicht entbehren. Denn es herrschte in jener Zeit die Vorstellung: dass ein mit der Sorge für das geistliche Wohl der Menschen Beschäftigter sich nicht mit Strafurtheilen befassen dürfe durch welche auf den Tod erkannt werde. Wenn also einem Bischofe landeshoheitliche oder Königsrechte (Regalia) insgesamt entweder zu Lehn gegeben, oder unter anderen Bedingungen abgetreten wurden, war doch in der Uebertragung, die auf ihn persönlich geschah, das Recht über Leben und Tod nicht mitbegriffen. ⁷⁷⁾ Zu dessen Ausübung wurden

⁷⁵⁾ Voigtel l. c. S. 188.

⁷⁶⁾ Heine, Collect. Synodor. Erford. Erford. 1792. S. 1.

⁷⁷⁾ Hüllmann l. c. II. S. 360. Märker, das Burggrafenthum Meissen S. 122.

Anm. 14. Gaupp l. c. S. 66. 176. 178.

nun die Burggrafen eingesetzt. Die geistlichen Herren konnten, wie Gaupp ⁷⁸⁾ bemerkt, die Grafschaft (die Landesherrlichkeit) so gut wie die weltlichen erwerben, aber sie konnten den Blutbann nicht selbst ausüben, weil dies als unverträglich mit ihrem geistlichen Amte angesehen wurde. Daher mussten sie weltliche Beamte haben, von denen sie in der Ausübung der Gerichtsbarkeit vertreten wurden. Als solche finden wir Vögte und Grafen. Dieselben wurden allerdings von jenen geistlichen Fürsten ernannt, wurden aber anfänglich gar nicht als bischöfliche, sondern als königliche Beamte angesehen. Man nahm nämlich an: das Blutgericht, als etwas der geistlichen Würde Widersprechendes, komme durch die Verleihung der Grafschaft gar nicht in die Hände des geistlichen Fürsten, sondern werde vom Könige an seiner Statt gleich unmittelbar an den Vogt oder Grafen verliehen. ⁷⁹⁾ Mögen nun die Grafen von Kevernburg und von Gleichen, denen gemeinschaftlich das Burggrafenamt zu Erfurt zugestanden haben soll, auch wirklich dies unmittelbar vom Kaiser oder mögen sie es gleich dem Burggrafen von Cöln ⁸⁰⁾ von dem Erzbischof zu Lehn getragen, oder mag, was das Wahrscheinlichste ist, das Burggrafenamt zu Erfurt sich gar nicht im erblichen Besitz einer Familie befunden haben, vielmehr jeder einzelne Burggraf vom Erzbischofe besonders ernannt sein, so ist doch jedenfalls gewiss, dass die Burggrafen seit Erlöschen der Gauverfassung lediglich richterliche Beamte waren, die mit der Verwaltung und der Ausübung eigentlicher landeshoheitlicher Rechte nichts zu thun hatten. ⁸¹⁾ Auch die Etymologie des Wortes rechtfertigt diese Annahme. Burgum ist in der Sprache jener Zeit der Name für einen befestigten Ort, also Stadt, ⁸²⁾ daher burgenses (Bürger), deren Bewohner — Burgbann: der Stadtfriede, das städtische Weichbild. ⁸³⁾

⁷⁸⁾ l. c. S. 178 fg.

⁷⁹⁾ Auch Barthold l. c. I. S. 145 bemerkt: dass der Bischof als geistliche Person den Blutbann gar nicht habe vom Kaiser zu Lehn empfangen, dagegen im Namen des Kaisers durch seinen Burggrafen habe ausüben können. Vergl. auch Eichhorn, deutsch. Staats- und Rechtsgeschichte. Thl. II. §. 300. Not. d. Ders. Ueber den Ursprung der städtischen Verfass. in Deutschl. Zeitschr. für gesch. Rechtswissensch. Bd. I. S. 22.

⁸⁰⁾ Gaupp l. c. S. 296.

⁸¹⁾ Hüllmann l. c. II. S. 343.

⁸²⁾ Barthold l. c. I. p. 4. Gaupp l. c. S. 53.

⁸³⁾ Stolle, Gesch. d. deutschen Rechtsquellen. Braunschweig 1860. Abthl. I. S. 483.

Burggrafen (comites civitatum) sind also die für solche Orte bestellten landesherrlichen Beamten, im Gegensatz gegen diejenigen Gaugrafen, deren Bezirk blos offene Orte enthielt (comites pagorum). An Burgen im heutigen Sinne ist bei jenem Worte durchaus nicht zu denken. Eine solche hiess damals castellum oder castrum, nicht burgum.⁸⁴⁾ So erklärt es sich auch, dass so viele Städtenamen auf Burg endigen, dass man namentlich den meisten noch aus der Römerzeit herstammenden Städten, als man ihren Namen germanisirte, das Wort Burg beigefügt hat, so Augsburg, Regensburg, Strassburg, Salzburg u. s. w.,⁸⁵⁾ und dass dies auch bei vielen Orten geschehen ist, die nicht zum Gränzschutz, sondern als Stapelplätze für den Handelsverkehr angelegt worden sind, so Hamburg, Lüneburg, Magdeburg, Würzburg u. s. w.⁸⁶⁾

Als Beispiele anderer bischöflichen Städte, in denen es gleichfalls dergleichen Burggrafen gab, mögen hier noch angeführt werden, und zwar von solchen, die nicht zur Reichsunmittelbarkeit gelangt sind: Meissen,⁸⁷⁾ Trier,⁸⁸⁾ Magdeburg,⁸⁹⁾ Mainz,⁹⁰⁾ Corvey⁹¹⁾ und Costnitz,⁹²⁾ von solchen aber, die später Reichsstädte wurden, Cöln, Strassburg, Regensburg,⁹³⁾ Worms,⁹⁴⁾ Augsburg⁹⁵⁾ u. a. m.

Wie Falkenstein (l. c. S. 42) und Hüllmann (l. c. II. S. 372) behaupten, hat sich übrigens die Gerichtsbarkeit des Erfurter Burggrafen, der von seiner Amtswohnung auf dem Severihofe zugleich die Benennung Schultheiss zum Severus trug, auf den Theil der

⁸⁴⁾ Castrum et burgum Stade in einer Urkunde Kaisers Friedrich I. v. 1180 (Lünig Spic. Eccl. Tom. 1. Cont. Append. p. 106) ist daher Schloss und Stadt Stade. Denselben Ursprung hat das französische Bourg — Faubourg, die uneigentliche Stadt, der Stadtheil, der zwar zum städtischen Weichbild gehörte, aber des charakteristischen Merkmals der Städte, der Mauern, entbehrte — das englische burgh, das italienische borgo.

⁸⁵⁾ Gaupp l. c. S. 52 fg. S. 259 fg.

⁸⁶⁾ Lanzizolle l. c. S. 31.

⁸⁷⁾ Märker das Burggrafenthum Meissen. Leipzig 1842.

⁸⁸⁾ Barthold l. c. I. S. 121.

⁸⁹⁾ Hüllmann l. c. II. S. 344. 356. 359. Barthold l. c. S. 128.

⁹⁰⁾ Hüllmann l. c. S. 347. 349. Barthold l. c. S. 245.

⁹¹⁾ Montag, Gesch. d. deutsch. staatsbürgerl. Freiheit. Thl. II. p. 495.

⁹²⁾ Hüllmann l. c. S. 368.

⁹³⁾ Barthold l. c. I. S. 146.

⁹⁴⁾ Hüllmann l. c. II. S. 364 fg.

⁹⁵⁾ Gaupp l. c. S. 288.

Stadt, welcher den Namen von dem heiligen Andreas führte, beschränkt, eine Angabe, die nach dem Vorangeführten wenig Wahrscheinlichkeit für sich hat.

Darüber, wann und auf welche Weise das Burggrafenamt in Erfurt in Abgang gekommen, fehlen alle Nachrichten. Wahrscheinlich wurde es, seit durch die Dekretale Bonifacius VIII. cap. Ne clerici vel Monachi saecul. negotiis se immiscuant in 6to die Ansichten über das Verhältniss der Bischöfe zur Strafrechtspflege sich geändert, eingezogen, wobei die Geschäfte, ähnlich wie dies in Cöln geschah, mit denen des Vogts, später des Schultheiss vereinigt wurden.⁹⁶⁾ Von den drei erzbischöflichen peinlichen Hals- und Achtgerichten, die noch in späterer Zeit (bis in den Anfang des siebzehnten Jahrhunderts) in Erfurt gehalten wurden — dem auf dem Fischmarkte, dem in der Futterstrasse und dem auf dem Severihofe — ist wahrscheinlich das letztere aus dem Burggrafengericht entstanden,⁹⁷⁾

⁹⁶⁾ Nach dem s. g. Bibrabüchlein (Beschreibung aller und jeden des Stifts Mayntz in Thüringen habender Gerechtigkeit de 1332. Falkenstein l. c. S. 189—212) führte das Gericht auf dem St. Severshofe, obwohl seine Competenz auf 7 ländliche Ortschaften beschränkt war, und der Schultheiss im Brühl ihm vorstand, noch damals den Namen des Burggrafengerichts (l. c. S. 206) auch bestand noch das Amt des Knechts des Burggrafen auf dem Severhofe (l. c. S. 210). Auch in den s. g. Concordat Gerhardi Archiepiscopi v. 1289, ist bei der Aufzählung der Personen, denen Zollfreiheit bewilligt sei, der Leute des Grafen, nicht aber des letzteren selbst, gedacht (Falkenstein l. c. S. 134). Dagegen scheint zur Zeit Erzbischof Siegfried III. (1230—1244) das Burggrafenamt noch existirt zu haben, denn in des Schreibers Bartholomäus Nachweis von allen Renthen und Rechten seines Herrn des Erzbischofs Siegfried zu Mainz (Handschr. des Prov.-Arch. zu Coblenz) kommt in dem Abschnitt: *Ista debita non sunt expedita Erphurdiae* unter andern vor: *Burgravio manr. III. soluto loto*, und in dem Abschnitt: *Isti census spectant ad officium magistri fori ad ecclessiam mercatorum: Burgravius de curia 1 sol.* Es wäre aber nicht unmöglich, dass Burgravius hier nicht ein Amt sondern ein Name wäre, wenigstens hat in Erfurt in älterer Zeit eine Familie Burggraf existirt. (vid. Heinrich Grafen zu Schwartzburg und der Vierstädte Arnstadt, Greussen, Blankenburg und Ilmen wiederkäufliche Verschreibung über 800 Rhfl. und 100 Mark löthigen Silbers Heinrich Borggrefen, Burgern zu Erfurth ausgehändigt d. a. 1455. Alenstein index über die Urkunden in dem Kurfürstl. Maynztl. Archiv zu Erfurt — Handschr. des Regier.-Archivs zu Erfurt — S. 1092.)

⁹⁷⁾ In den Verrechten findet sich nach einer Mittheilung des Herrn Bernh. Hartung die Notiz: Doctor Thomas Selge, Burg- und Churfürstl. Main-

und der Umstand, dass sein Bezirk den gegen das Andreasthor belegenen Theil der Stadt umfasste, hat zu der Annahme Veranlassung gegeben, dass auch das ursprüngliche Amt des Burggrafen hierauf beschränkt gewesen sei.

Auffallend erscheint es, dass auch nicht einer der Erfurter Burggrafen seinem Namen nach bekannt ist, oder in einer Urkunde jener Zeit als Zeuge erscheint, was doch bei den übrigen Beamten, dem Vogt, den Schultheissen, dem Vicedom, dem Stadtpräfecten u. s. w. so häufig geschieht. Es scheint darauf zu deuten, dass die Burggrafen in Erfurt keine sehr hervorragende Stellung eingenommen. Erhard ⁹⁸⁾ giebt noch an, dass die Burggrafen auf einer kaiserlichen Burg ihr Amt verwaltet hätten, die noch zu Anfange des 13. Jahrhunderts existirt habe. Woher er diese Nachricht entnommen, ist nicht zu ersehen, da sie sich bei keinem früheren Erfurter Geschichtsschreiber findet. Sie ist sehr unwahrscheinlich, da die deutschen Könige, wenn sie in Erfurt eine Burg besessen, bei ihren mehrfachen Anwesenheiten in dieser Stadt gewiss in jener ihren Aufenthalt genommen, wo aber ihrer Wohnung Erwähnung geschieht, stets das Marienstift oder das Peterskloster genannt wird, und sich sonst von der Existenz einer solchen Burg sicher eine Spur finden würde, es auch undenkbar erscheint, dass sich bei den vielen bis zu dem angegebenen Zeitpunkte stattgefundenen kriegerischen Vorfällen auch nicht einmal ihrer zu gedenken Gelegenheit geboten, und sich jede Erinnerung, sogar der Stelle, an der sie gestanden, verloren haben sollte. ⁹⁹⁾ Es ist sehr wahrscheinlich, dass jene Nachricht, theils in einem Missverstehen der Bezeichnung: Burggraf, und der Annahme, dass zu einem solchen nothwendig eine Burg gehöre, theils in einer Vewechselung mit der vorerwähnten Amtsstätte des Burggrafen auf dem Severihofe, die ein stattliches Gebäude gewesen

zischer Schultes in Erffurdt hat 1 Leibhaus am Petersberge, was gleichfalls darauf deutet, dass eine Vereinigung der Aemter des Burggrafen und des Schultheiss stattgefunden hat.

⁹⁸⁾ l. c. S. 15.

⁹⁹⁾ Auf dem Petersberge, wie Erhard u. Barthold (l. c. I. 302), der offenbar hier bloß jenem folgt, thun, sie zu suchen ist gewiss unrichtig, da der Amtssitz der Burggrafen unzweifelhaft auf dem Seversberge sich befand. Letzterer ist aber viel zu beschränkt, als dass auf ihm, ganz abgesehen davon, dass auch ein erzbischöfliches Schloss dort gestanden haben soll, neben der Kirche und den Wohnungen der Stiftsgeistlichen, noch eine förmliche Burg hätte Raum finden können.

sein mag, ihren ersten Ursprung habe. Dergleichen Amtssitze (domus Burggravii) gab es in allen Orten, in denen sich Burggrafen befanden.¹⁰⁰⁾

Eben so einflusslos auf die Frage über Erfurts Reichsunmittelbarkeit, wie die Existenz eines Burggrafen, ist der Umstand, dass die Ausübung der niederen Gerichtsbarkeit, das s. g. Vogtsgeding, sich im Besitze der Grafen von Gleichen befunden hat.

Es traten nämlich, wie bereits erwähnt worden, bei dem Amte des Vogts (Advocatus) ähnliche Verhältnisse wie bei denen des Burggrafen ein.¹⁰¹⁾ Beide unterscheiden sich aber, wie schon bemerkt ist, wesentlich darin, dass der Burggraf, da er über Fälle richtete, die man für ausserhalb der Sphäre der Rechtsbefugnisse eines Geistlichen hielt, seinen eignen Bann hatte, während der Vogt den letzteren nicht besass, und das, was von ihm als Vorsitzender des Gerichts über niedere peinliche Sachen geschah, vermöge des ihm vom Bischofe übertragenen Amtes that. Er war also in der That in nicht königlichen Städten nichts als ein landesherrlicher Beamter. Dass diese Funktion erblich einer Familie übertragen war, ein Fall, der, wie schon früher erwähnt ist, nicht selten vorkommt, ändert hierin nichts, eben so wenig wie z. B. der Vicedom in Erfurt um deshalb aufhörte, ein erzbischöflicher Beamter zu sein, dass die Familie von Apolda sich erblich im Besitze dieser Stelle befand. In Erfurt nun fand jener Fall rücksichtlich der Grafen von Gleichen statt. Dass diese aber das Vogtsgedinge lediglich in Folge einer Belehnung durch den Erzbischof besessen haben, ist — obwohl Tittmann (l. c. S. 61) kurzweg angiebt: es liege in der Sache, dass der Grafen vogteiliches Recht vom Reiche gewesen sei, und auch Barthold (l. c. II. S. 57) sagt: der Kaiser habe eine niedere Gerichtsbarkeit, ein Vogtding, ausüben lassen — unzweifelhaft. Gudenus (l. c. p. 52) berichtet, unter Berufung auf das Chronic. Sancti Petri¹⁰²⁾ und archivalische Urkunden, dass bis dahin (zur Zeit Erzbischof Siegfried III. 1233) die Grafen von Gleichen lehnsweise die Vogtei zu Erfurt besessen hätten. Der Erzbischof habe aber

¹⁰⁰⁾ Gaupp l. c. S. 285.

¹⁰¹⁾ Eine specielle Darlegung des Competenzverhältnisses zwischen beiden Behörden würde hier zu weit führen. Es mag genügen, auf die ausführlichen Untersuchungen bei Gaupp l. c. S. 255—302 zu verweisen.

¹⁰²⁾ (cf. dasselbe ad an. 1234 in Menken Scriptor. pag. 255.)

damals aus Besorgniss, dass der Landgraf von Thüringen, der die Achtserklärung gegen den Grafen Heinrich von Gleichen erwirkt hatte, darauf Anspruch machen werde, dies Lehn eingezogen, später aber den Grafen aufs Neue damit beliehen. ¹⁰³⁾ Dominicus (l. c. Thl. II. S. 20) sagt: „Das Schloss Gleichen und die Schutzvogteigerechtigkeit von Erfurt waren ein Mainzisches Lehen und der Erzbischof war feodalis dominus principalis, Oberlehnsherr. Dieses besagen alle Originalurkunden hiesiger Regierung vom Jahre 1283 bis 1299.“ Ganz unzweideutig ergibt sich die Richtigkeit dieser Angabe aus den auf den Ankauf des Vogtgedinges Seitens der Stadt bezüglichen Urkunden, d. Erfordiae XII. Kal. Julii 1283, ibid. V. Idus Febr. 1290 und ibid. XVI. Kal. Febr. 1299. ¹⁰⁴⁾ Die Grafen gestehen hierin zu: dass sie es in der letzten Zeit unterlassen haben, sich die erzbischöfliche Belehnung über die Vogtei ertheilen zu lassen, erkennen aber ihre Verpflichtung hierzu und dass der Erzbischof ihr Lehnsherr sei (nostrum feudalem dominum principalem), und dass daher der Verkauf der Vogtei an die Stadt auch erst durch die erzbischöfliche Bestätigung Gültigkeit erlange, an. Diese Bestätigung ist denn auch ertheilt worden. ¹⁰⁵⁾

Wenn übrigens die Grafen von Gleichen sich neben der Vogtei auch im Besitze des Oeffnungsrechtes bei einem der Thore der Stadt, dem Löwenthore, befanden, ¹⁰⁶⁾ so ist darunter zu verstehen, dass ihnen der Zoll für die durch das Löwenthor eingehenden Waaren als pars salarii verliehen war; keinesweges kann aber hieraus auf eine Beschränkung der Landeshoheit des Erzbischofs geschlossen werden. In ganz ähnlicher Weise war den Burggrafen von Cöln von den dortigen Erzbischöfen die Porta Agrippina zu Lehn gegeben. ¹⁰⁷⁾ Wenn jenes Recht nichts anderes in sich enthalten ha-

¹⁰³⁾ Falkenstein l. c. S. 83.

¹⁰⁴⁾ Im Prov.-Archiv zu Magdeburg. Lünig, Reichsarchiv P. spec. Cont. 4. Abth. 2. S. 433. Michelsen l. c. S. 3—5.

¹⁰⁵⁾ Erhard l. c. S. 21.

¹⁰⁶⁾ Ob dies Recht von Anfang an ein Pertinenz der Vogtei gewesen, oder ob es besonders verliehen worden, will Gudenus (l. c. p. 52) unentschieden lassen. Nach Dominicus (l. c. II. S. 24) ist es ein Pertinenz der gräflichen Schirmvogtei über das Peterskloster, neben dem das Thor allerdings lag, gewesen.

¹⁰⁷⁾ Urkunde von 1169 in Apologie des Erzst. Cöln. Beilagen S. 331. Gaupp l. c. S. 281.

ben sollte, als dass es den Grafen von Gleichen zugestanden, zu jeder Zeit durch das genannte Thor in die Stadt zu gelangen, so hätte es gar keinen Sinn gehabt, da ihnen als Vögten und grossen städtischen Grundbesitzern wohl auch an den anderen Stadtthoren der Eingang nicht gewehrt werden konnte; auch würde die Stadtgemeinde dann gar keine Veranlassung gehabt haben, eine erhebliche Summe Geldes hinzugeben (1233 ¹⁰⁸), um dies Recht käuflich an sich zu bringen.

Jenen urkundlichen Zeugnissen gegenüber steht auch nicht eine quellenmässige Angabe für die königliche Belehnung (die Reichsvogtei), die vielmehr erst in ganz späten Compilationen und Parteischriften behauptet wird. Wie wenig Glauben dieselben verdienen, ergibt z. B. Jovius, nach dessen handschriftlicher Gleichischer Chronik ¹⁰⁹) Karl der Grosse es bereits gewesen sein soll, der die Grafen mit der Vogtei und dem Burggrafthum zu Erfurt begnadigt hat, und Weinrich, welcher (l. c. S. 32) erzählt: Kaiser Otto I. habe eine Vogtei zu Erfurt angelegt und deren Administration den damals schon mächtigen und berühmten Herren von Gleichen, weil sie ohnedies einen grossen Strich Landes in Erfurt besessen, anbefohlen. Denn wie von Wolf ¹¹⁰) dargethan ist, hat es vor der Mitte des 12. Jahrhunderts, also noch zwei Jahrhunderte nach Otto I. gar keine Familie gegeben, die den Namen Herrn oder Grafen von Gleichen geführt hat. Erst gegen 1162 ist das Schloss Gleichen von dem Erzbischof von Mainz dem Grafen Erwin von Tonna zu Lehn gegeben, der hierauf den Namen eines Grafen von Gleichen annahm. Unter diesem erscheint er zuerst 1168. ¹¹¹) Aber auch die Familie von Tonna lässt sich mit Zuverlässigkeit nicht vor der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts nachweisen. Der erste Graf von Tonna, der in Urkunden erscheint, ist Erwin, der 1116 sich in das Kloster Reinhardsbrunn begab, und sicher damals schon bejahrt gewesen ist, also wohl um 1050 geboren sein mag. ¹¹²) In einer Urkunde von 1104 ¹¹³) heisst er blos Erwinus comes, und ebenso

¹⁰⁸) Oder 1308 wie Sagittarius, Hist. d. Grafsch. Gleichen S. 94, angiebt.

¹⁰⁹) Hellbach, Archiv für die Geograph., Gesch. und Statistik der Grafschaft Gleichen. Thl. II. S. 11.

¹¹⁰) Polit. Gesch. des Eichsfeldes. Thl. I. S. 145 fg.

¹¹¹) Hellbach l. c. S. 22. Dominikus l. c. II. S. 21.

¹¹²) Wolf, pol. Gesch. d. Eichsfeldes. Thl. II. S. 146.

¹¹³) Gudenus, cod. diplom. Thl. I. p. 36. Schannat Vindem. II. p. 112.

noch in einer Urkunde von 1109, ¹¹⁴⁾ wogegen er in einer solchen von 1110 ¹¹⁵⁾ den Namen Comes de Tonna führt. Zuerst 1124 erscheint ein Mitglied der Familie, Ernst, als Advocatus Erpesfurtensis, ¹¹⁶⁾ da derselbe in einer Urkunde von 1123 ¹¹⁷⁾ blos Comes Ernestus de Tonna genannt wird, so möchte man sich zu der Annahme geneigt fühlen, dass die Familie erst in der zwischen beiden Urkunden liegenden Zeit mit dem Vogtsgeding beliehen worden sei. ¹¹⁸⁾

Man hat wohl Anstoss daran genommen, dass ein so bedeutendes Dynastengeschlecht, wie die Grafen von Gleichen, von einem

¹¹⁴⁾ Schultes hist. statist. Beschr. der Grafschaft Henneberg. Bd. II. Abth. II. S. 43. Hesse, Ruinen thüring. Klöster und Burgen. Urk. p. 2. Nr. II.

¹¹⁵⁾ Tenzel, Suppl. II. histor. Goth. S. 420. Schannat Vindem. I. S. 111. Thuring. sacra. S. 68.

¹¹⁶⁾ Gudenus l. c. I. p. 63.

¹¹⁷⁾ Scheid mantissa document. p. 306.

¹¹⁸⁾ Dominikus l. c. II. S. 21 sagt: dass der Erzbischof 1234 das Vogtsgedinge dem Grafen Heinrich von Vieselbach abgenommen und anderweit verliehen habe. Er führt zwar keine Quelle an, unmöglich erscheint die Sache aber nicht, denn wie die Confirmation Erzbischofs Heinrich von Mainz über die Schenkung Dietrichs von Kirchberg an das Petersstift zu Erfurt von 1134 (Avemann, Burggrafen von Kirchberg. Urkund. S. 1. Gudenus, Cod. dipl. nov. IV. p. 112) desselben Bestätigungsbrieфе der Schenkung Volrads und Hertags von Kirchberg an das nämliche Stift von 1146 (Avemann l. c. S. 2. Schannat, Vindem. T. II. p. 3) des Ministerialen Dimno an dasselbe von 1144 (Schannat l. c. I. p. 183. Falkenstein, Thür. Chron. p. 503. Guden. Cod. dipl. I. p. 150. Schöttgen, Leb. Conrads Magn. p. 291), desgleichen die Urkunde des Abts des Petersklosters Wernher, über die dem Kloster von dem Erfurter Bürger Sigefried geschenkten drei Häuser zu Bechstedt von 1236 (Schannat Vind. T. II. p. 1) dathun, war Graf Ernst Vogt des Petersstiftes zu Erfurt (Advocatus dicti coenobii — Advocatus S. Petri) und etwas anders hat vielleicht auch mit der Bezeichnung: Advocatus Erfurtensis in der Urkunde von 1124 nicht gesagt werden sollen. Schon Dominikus l. c. II. S. 24 bemerkt: dass die den Grafen von Gleichen zuständig gewesene Schutzvogteigerechtigkeit über das Peterskloster von den Schriftstellern sehr oft mit dem Stadtvogteigeding verwechselt sei. Es muss daher auch unentschieden bleiben, ob der Ernestus Advocatus in der Urkunde Erzbisch. Adalberts von 1120 (nicht 1125 wie Falkenstein, Thür. Chron. II. 484. Hist. v. Erf. S. 56, angiebt, cf. Schultes, Director. dipl. I. p. 260) Stiftsvogt oder Stadtvogt gewesen sei. Nach der Stellung seines Namens unter den Zeugen kann er eben so die Reihe der Geistlichen schliessen, wie die der Weltlichen eröffnen. Wenn Graf Ernst noch in Urkunden

andern als dem Könige selbst die Erfurter Vogtei zu Lehn empfangen haben solle. Dies Bedenken wird aber schwinden, wenn man sich überzeugt, dass nicht der Graf von Gleichen Vogt von Erfurt, sondern vielmehr der Vogt von Erfurt Graf von Gleichen geworden ist. Wenn die Familie von Tonna dem Erzbischofe von Mainz die Grafschaft Gleichen zu danken hatte, so wird ihr wohl nicht zu nahe getreten, wenn man annimmt, dass sie von diesem auch mit der Vogtei zu Erfurt beliehen worden sei.

In einer Urkunde von 1277 in festo beati Michaelis ¹¹⁹⁾ erklärt Graf Albert von Gleichen selbst, dass er als städtischer Bürger aufgenommen sei (quia Consules, cives et universitas Erffordensis nos et nostros haeredes in eorum familiares pariter et concives favorabiliter receperunt — nos et nostri haeredes eorum Burgenses dici perpetuo volumus et concives), was jedenfalls die Annahme einer Oberherrlichkeit des Grafen über die Stadt ausschliesst. Graf Lambert, welcher 1212 als Advocatus Erfordensis einen Revers über die zwischen der Stadt Erfurt und dem Kloster Pforta entstandenen Streitigkeiten ausstellte, ¹²⁰⁾ wird in der Urkunde über die erzbischöfliche Confirmation der Michaelskirche zu Erfurt 1217 als Erfurter Bürger aufgeführt (et alii quam plures cives Erfordienses). ¹²¹⁾

Darüber, dass den Grafen von Gleichen nie eine Landeshoheit über Erfurt zugestanden, kann eine einigermaassen genaue und unbefangene Prüfung der Quellen für dessen ältere Geschichte keinen Zweifel übrig lassen. Zwar sollen nach Tittmann (l. c. I. S. 61)

von 1133 (Lindner, *Analect. Paulino-Cellens.* Part. I. p. 5. Schöttgen und Kreysig diplom. T. I. p. 151) und 1137 (Sagittarius, *Gesch. der Grafsch. Gleichen.* S. 40. Schöttgen und Kreysig l. c. T. III. p. 558. Kuchenbecker, *Annal. Hass. Coll.* XII. p. 302) blos als Comes de Tunna (Tonnaha) ohne den Beisatz: Advocatus Erfurtensis vorkommt, so scheint auch dies dafür zu sprechen, dass seine Belehnung mit der Stadtvogtei erst später stattgefunden hat. Endlich muss aber noch bemerkt werden, dass ein Zweig der Grafen von Gleichen, den Namen Grafen von Viselbach geführt hat, möglicher Weise also jener Graf Heinrich von Viselbach, dem nach Dominikus Angabe, die Vogtei 1234 abgenommen wurde, schon dem Geschlechte von Tonna angehört haben kann.

¹¹⁹⁾ Falkenstein, *Histor. v. Erf.* S. 119. Menken, *script.* I. p. 539.

¹²⁰⁾ Falkenstein l. c. S. 72. Sagittarius l. c. S. 46. Lünig, *Part. spec. Cont.* IV. Tom. II. Von Städten. S. 426.

¹²¹⁾ Würdtwein, *Thuringia et Eichsfeldia medii aevi ecclesiastica* p. 210.

die Grafen sich in einer Urkunde von 1272, ¹²²⁾ wegen ihres vogteilichen Rechts Herren der Stadt genannt haben; es steht davon aber kein Wort in dieser Urkunde, dieselbe enthält vielmehr ein Anerkenntniss über ein zwischen beiden Theilen gegen jeden, welcher die Stadt belästigen sollte, mit Ausnahme des Erzbischofs (Rev. Dominum nostrum Archiepiscopum Moguntinum) abgeschlossenes Schutzbündniss. Die Worte, deren sich der Graf Albrecht von Gleichen dabei bedient (quod eam dilectis fidelibus nostris, Consulibus et civibus nec non cum tota Universitate Erphordiensi simus amabiliter complanati pariter et uniti), sind nichts als eine damals in Verträgen zwischen Städten und Fürsten allgemein gebräuchliche Formel. In der Urkunde von 1277 in festo B. Michael. wird dies Bündniss lediglich erneuert. Wenn die darin vorkommende Stelle: quia progenitores nostri Erffordensis civitatis usque ad haec tempora Domini exstiterunt, wirklich so gelautet hat, und nicht, wie in dem Exemplare, was Gudenus (l. c. S. 63) vorlag, anstatt: domini, zu lesen ist: cives, so kann sich jener Ausdruck immer nur auf die Stellung, welche die Grafen in ihrer Eigenschaft als Vögte den Bürgern gegenüber einnahmen, beziehen. In diesem Sinne war der Graf der Vorgesetzte der Bürger, konnte sich also ohne grosse Anmaassung ihren Herrn nennen. So lautete der Eid, welchen die Schultheissen abzuleisten hatten, dahin: dass sie ihrem gnädigsten Herrn zu Mayntz, dieser Stadt Erbherrn, ihrem Herrn dem Grafen, ihrem Herrn dem Vitzdom, der Stadt Erfurt und den Bürgern ihr Recht behalten wollten u. s. w. ¹²³⁾ Auch war der Graf Lehnsherr der Stadt in Betreff eines sehr grossen Theils der auswärtigen Besitzungen derselben, ¹²⁴⁾ mehr als 24 Dörfern und einer zahllosen Menge von Gütern, wie Dominikus (l. c. Th. II. S. 22) sagt, so der Herr-

¹²²⁾ Menken, script. I. p. 539.

¹²³⁾ Falkenstein S. 47. Weinrich S. 55.

¹²⁴⁾ Vertrag zwischen den Grafen zu Gleichen und der Stadt Erfurt d. Mühlberg am Sonnabend vor Ostern 1533. — Kaiser Karl V. Bestätigung der Verträge zwischen den Grafen von Gleichen und der Stadt Erfurt zur Beilegung der Streitigkeiten über die Gleichischen Lehne von den Jahren 1370 und 1533, d. Speyer, 26. April 1544. — Hans Ludwig Grafen zu Gleichen, Vertrag mit der Stadt Erfurt wegen der Lehne und anderer gegenseitigen Forderungen, d. Ohrdruff, 7. Februar 1622. Sämmtlich im Prov.-Archiv zu Magdeburg.

schaft Vieselbach, ¹²⁵⁾ Gispersleben, ¹²⁶⁾ Büssleben, ¹²⁷⁾ Slotewyn, Elxleben, Walschleben, Münstergehofen, ¹²⁸⁾ Marbach, Schaderode. ¹²⁹⁾

Hätte Graf Albrecht in der vorher erwähnten Urkunde eine seinen Vorfahren zugestandene Landeshoheit gemeint, so würde er, der an demselben Tage für sich und seine Nachkommen das Erfurter Bürgerrecht erwarb, sicher nicht zugesetzt haben: usque ad haec tempora.

Wenn endlich Graf Lambert von Gleichen in einer Urkunde von 1222 Comes de Erphordia genannt wird, so hat bereits Wolf ¹³⁰⁾ dargethan, dass er und sein Bruder Ernst sich zur Unterscheidung, einer damals allgemein üblichen Sitte gemäss, nach ihren Wohnorten, jener Comes de Erphord oder de Thanna, dieser Comes de Velseke genannt hätten. In der That war Lambert es, dem die Vogtei zugefallen war. Eine in Erfurt 1212 ausgestellte Urkunde ¹³¹⁾ beginnt: Lambert durch die göttliche Gnade und Güte Graf von Gleichen und Vogt von Erfurt u. s. w. In ähnlicher Art nannte sich

¹²⁵⁾ Consens zu dem Kaufcontract vom 16. Juni 1286. Nothwend. Gegenanz. Beil. — Lünig, P. spec. Cont. 10. Thl. II. von Städten. S. 433. Falkenstein, Thür. Chron. II. S. 917.

¹²⁶⁾ Consens und Lehnbrief. Gr. Albrechts v. 30. April 1291. Sagittarius l. c. S. 77.

¹²⁷⁾ Consens vom 21. April 1333. Sagittarius l. c. S. 106. Lünig, Corp. jur. feud. III. S. 32. — Consens vom 2. Sept. 1335. Sagittarius l. c. S. 107.

¹²⁸⁾ Lehnbrief von Heinrich Grafen zu Gleichen 1430, Freitags nach Martini. — Philips Grafen zu Gleichen für sich und seine Brüder, Lehnbrief für den Rath zu Erfurt über die Dörfer Walschleben, Elxleben und Münstergehofen mit Zubehör, desgleichen über die Wüstung Schmidtstedt, die Gerichte zu Schwerborn und Atzmannsdorf mit den dazu gehörigen Zinsen, Gütern und Gerechtigkeiten, über die Warte zu Osthausen, den Keller am St. Petersberge mit dem Weingarten darüber, das Gericht, das die von Utensberg in dem Dorfe Utensberg gehabt haben, mit allen Rechten, Nutzen und Zubehör, über die Hälfte des Dorfes Gispersleben Kiliani, drei Viertel von der Hälfte des halben Dorfes Gispersleben Viti, drittelhalb Viertel des Dorfes Marbach, einen Siedelhof mit zugehörigen Gütern zu Ollendorf samt dem Kirchlehn der oberen Kirche, einen Hof nebst Länderei zu Atzmannsdorf, die Hälfte des Gerichts zu Mannzimmern nebst Länderei, Weingarten zu Marbach und die Hälfte des Dorfes Ermstädt. 1534 Montags nach Jacobi. — Lehnbriefe gleichen Inhalts v. 1570, 1571, 1604, 1621. Sämmtlich im Prov.-Archiv zu Magdeburg.

¹²⁹⁾ 1497 wird Asmus Schade vom Grafen Sigismund von Gleichen damit beliehen; 1605 wird es vom Rath erkauft.

¹³⁰⁾ Polit. Gesch. des Eichsfeldes. Bd. I. S. 149.

¹³¹⁾ Lünig, Reichsarchiv. P. spec. Cont. IV. Abth. II. S. 426.

ein anderer Zweig dieser Familie, der die Grafschaft Vieselbach besass, Grafen von Vieselbach.

Wenn Funkhänel (l. c. S. 170 Anm. 2) das Bedenken erhebt, wozu es noch erzstiftischer Vicedomini bedurft habe, wenn die Vögte erzstiftische Beamte gewesen wären, so muss entgegnet werden: dass der Vicedominus im Allgemeinen der Verwaltung und Cameraljustiz, der Vogt der eigentlichen Rechtspflege, namentlich der peinlichen, vorstand, beide Beamten-Kategorien also nicht nur nicht collidirten, sondern neben einander bestehen mussten. In dem schon erwähnten s. g. Bibrabüchlein sind die Kompetenzverhältnisse beider sehr ausführlich angegeben. Wenn dort bemerkt wird: ¹³²⁾ der Vogt hat zu richten Blutsachen, sitzt mit den Schultheissen im Gerichte, und dies mit dem Obenangeführten über die Kompetenzverhältnisse zwischen dem Burggrafen und dem Vogt nicht übereinzustimmen scheint, so darf nicht übersehen werden, dass zu jener Zeit beide Aemter bereits verschmolzen waren. Bibra klagt sogar darüber: dass zu seiner Zeit das Vogtsgericht — es war damals schon durch Kauf an die Stadt gelangt — in Verfall gerathen, und dem Stift an Herrlichkeit und Gütern merklicher Abbruch dadurch geschehe, dass es nicht immer regelmässig gehalten werde. Ueber die Obliegenheiten des Vicedoms enthält auch eine Ordnung von den zweien vornehmsten Aemtern, als des Vitzdoms und des Grafen Vogt, auch denen unterschiedlichen Schultheissen und Gerichten, die noch älter ist als das Bibrabüchlein, specielle Bestimmungen. Es heisst dort; *Pertinet ad Vicedominum conferre officium forense, monetam, officium villicationis in Brulo et officium cellerarii, qui omnes tenentur astare iudicio coram eo, ut custodem lignorum debet ponere, etiam Fribotho habebit respondere ad Vicedominum et stabit jure corum eo. Quando pro utilitate Dni Episcopi vel civitatis aliquid est tractandum, juris est Vicedominum iudicibus et burgensibus intimare, qui omnes in curiam suam convenire debent, quidquid decuerit ibi tractare, officia quae dicuntur Innungen debent esse sub Vicedomino et Sculteto civitatis, qui quid de molen-
dinis sub officio villicationis in Brulo constitutum fuerit iudicandum sive intra muros sive extra, tenetur Vicedominus cum Sculteto iudicare et tertiam partem lucri accipere etc.* ¹³³⁾

¹³²⁾ Falkenstein l. c. p. 47. p. 207.

¹³³⁾ Falkenstein l. c. S. 46. — Soweit dieser Ort es gestattet, glauben wir in dem Vorstehenden Funkhänels Bemerkung: es sei sehr zu wünschen,

Am wenigsten berechtigt endlich der Umstand, dass die Grafen von Gleichen viele zum Theil ansehnliche Gebäude eigenthümlich in der Stadt besessen, zu dem Schlusse, dass ihr Verhältniss zu derselben mit der Annahme erzbischöflicher Landeshoheit unvereinbar sei. Es existirt gewiss nicht eine unter den bedeutenderen Städten Deutschlands, in der nicht im Mittelalter benachbarte Reichsstände Grundstücke und selbst das Bürgerrecht besessen, ohne dass dies auf die staatsrechtliche Stellung des Orts den mindesten Einfluss geübt. In Erfurt trat jener Fall unter andern auch in Betreff der Grafen von Orlamünde ein.¹³⁴⁾ Was die Gräflich Gleichenschen Besitzungen in Erfurt betrifft, so gehörten solche nach der Urkunde vom 5. Februar 1269,¹³⁵⁾ in welcher Graf Heinrich den Predigermönchen zu Erfurt eine Gasse und ein Haus schenkt, in die Kategorie der s. g. Freiheiten, d. h. der von der Aufsicht der gewöhnlichen Localbehörden eximirten und von den sonst üblichen Lasten befreiten Grundstücke.¹³⁶⁾ An eine Reichsunmittelbarkeit ist hierbei aber noch nicht zu denken.¹³⁷⁾

Heinemann (l. c. S. 7) will ferner diejenigen, welche aus der Dotation des Bisthums Erfurt die Landeshoheit des Erzbischofs herleiten, durch die Bemerkung widerlegen: dass weiter nichts feststehe, als dass dem Bisthum sowohl Güter mit dazu gehörigen Dienstleuten, als auch öffentliche Gefälle sowohl überhaupt wie insbesondere in Erfurt überwiesen waren, in diesem Orte aber sich jene Besitzthümer meist auf den Theil der Stadt, der den Namen: der Brühl führt, beschränkt, der Ueberrest derselben aber den Familien von Tonna (später unter dem Namen der Grafen von Gleichen bekannt), von Mühlhausen, von Apolda und Droste gehört habe. Insoweit muss Heinemann vollkommen beigestimmt werden, als mit der ersten Dotation des Bisthums gewiss noch keine landes-

dass das Verhältniss der Grafen von Gleichen als Vögte zu dem Erzstift, ihre Berechtigung gegenüber den Vicedominis — nach zuverlässigen Quellen gehörig geprüft und einer eingehenden Darstellung unterworfen werde, entsprochen zu haben.

¹³⁴⁾ Urkunde vom 30. Juli 1280. Falkenstein l. c. p. 119.

¹³⁵⁾ Menken l. c. S. 538. Sagittarius l. c. S. 64.

¹³⁶⁾ Lanzizolle l. c. S. 31.

¹³⁷⁾ Dass wenigstens viele den Grafen gehörige Grundstücke in der Stadt der erzbischöflichen Kammer rentepflichtig gewesen sind, geht aus des Schreibers Bartholomäus mehrfach erwähnten Nachweis hervor.

hoheitlichen Rechte über die Stadt, welche als eine solche damals noch gar nicht existirte, verbunden gewesen sind, dass diese Ausstattung sich vielmehr auf die Ueberlassung des Eigenthums von Grundstücken beschränkt habe (ob auch von öffentlichen Gefällen ist sehr zu bezweifeln), aber der Umstand, dass einzelne Familien auch Grundbesitz in Erfurt gehabt, oder vielmehr dass ihnen eine eigne Gerichtsbarkeit zugestanden ¹³⁸⁾ (denn andere Umstände, die auf besondere Rechte über einzelne Stadttheile schliessen liessen, sind nicht bekannt), ist auf die vorliegende Frage ohne den mindesten Einfluss. Bestanden diese Besitzverhältnisse schon in der ältesten Zeit, was sehr unwahrscheinlich ist, so standen sie natürlich ebenso, wie die erzbischöflichen Diener, unter den königlichen Beamten. In späterer Zeit, wo an die Stelle der letzteren erzbischöfliche Beamte getreten waren, hätten jene Besitzungen, wenn sie nicht diesen unterworfen sein sollten, reichsunmittelbar sein müssen, was schwerlich jemand annehmen wird.

Von dem in der Stadt belegenen Grundbesitz der Herren von Tonna (Grafen von Gleichen) und der ihnen zuständigen Gerichtsbarkeit, dem Vogtsgeding, ist schon oben gehandelt. ¹³⁹⁾

Von der Familie von Apolda hat Funkhänel (l. c. S. 172 fg.) dargethan, dass sie nicht vor dem 12. Jahrhundert in Erfurt erscheine, und ihre Angehörigen stets Ministerialen des Erzbischofs gewesen waren. Eine eigne Gerichtsbarkeit stand dieser Familie nie zu, vielmehr war sie nur mit dem erzbischöflichen Vicedomante erblich beliehen.

Das Mühlhausen'sche Gericht, von der Familie von Mühlhausen, der es ursprünglich zugestanden haben soll, so genannt, ¹⁴⁰⁾ (später

¹³⁸⁾ Heinemann l. c. S. 39.

¹³⁹⁾ Auch andere benachbarte Dynasten besaßen die Lehnsherrlichkeit über einzelne in der Stadt belegene Grundstücke, so die Grafen von Rabenswald, von Kefernburg (des Rathes zu Erfurt Bekenntniss über die von den Grafen Albert von Rabenswald, Günther und Günther, Gebrüdern, von Kefernburg empfangenen Lehne über die Hälfte der Mühle auf der langen Brücke 1268. Prov.-Arch. zu Magdeburg) und von Orlamünde (Hermann sen. Grafen zu Orlamünde Lehenbriefe für die Stadt Erfurt über einen Hof am Johannesthore. d. Erford. III. Kalend. Majc. 1292. *ibid.*).

¹⁴⁰⁾ Eine Urkunde im Mühlhäuser Stadtarchiv (G. N. d. Henricus praepositus sanctimonialium ecclesiae novi operis in Erford recognoscit quod Johannes de Molhusen civis Erford. ex parte consulum de Molhusen ipsi pagavit XIV. marcas puri argenti de 1379) deutet darauf: dass die in Rede stehende Familie in einer gewissen Beziehung zur Stadt

an die Grafen von Gleichen gelangt, dessen Bezirk den nordöstlichen Theil der Stadt zwischen der St. Georgskirche und dem Andreasthore umfasste, beruhte jedenfalls auf einer Verleihung durch den Erzbischof, da von ihm ein Zins an den Mainzischen Hof zu entrichten war.¹⁴¹⁾ Zu seiner Competenz gehörten peinliche Fälle, die nur mit einer Geldstrafe geahndet wurden. Ihm scheint hierin das Drostengericht — von der Familie von Trosten oder von Droste, die sich im Besitz befand, so genannt — dessen Sprengel die Löbervorstadt umfasste,¹⁴²⁾ und das noch im Jahre 1342 erwähnt wird,¹⁴³⁾ gleich zu stehen. Die Nachrichten von diesen Gerichten sind so mangelhaft und beruhen auf so wenig zuverlässigen Quellen,¹⁴⁴⁾ dass es unmöglich ist, einigermaassen sichere Folgerungen daraus zu ziehen. Ein Beweis gegen die erzbischöfliche Landeshoheit über Erfurt kann aber gewiss daraus nicht hergeleitet werden. Denn der Fall, dass in demselben Orte neben der Gerichtsbarkeit, welche von landesherrlichen Beamten ausgeübt wird, noch Gerichtsbarkeiten existiren, welche Privatpersonen, namentlich bestimmten Familien, erblich zustehen, ohne dass dies auf die staatsrechtliche Stellung des Orts den mindesten Einfluss ausübte, kommt in jener Zeit sehr häufig vor.¹⁴⁵⁾ Barthold (l. c. I. S. 116) behauptet sogar, dass gefreite mit eigener Gerichtsbarkeit versehene Häusermassen, ja ganze Strassenviertel, bald geistlichen, bald welt-

Mühlhausen stand und wohl von dieser ihren Namen hatte. Wahrscheinlich findet eine Verbindung zwischen ihr und dem altadlichen Geschlecht Sulker von Mühlhausen (Grashof comment. de civit. Mühlhausen pag. 15 not.) die in der Gegend von Mühlhausen Grundbesitz hatte, der unmittelbar vom Reich zu Lehn ging (Urkunde vom 11. September 1221 in Schöttgen und Kreyssig dipl. T. I. p. 757) statt. Die Uebersiedlung nach Erfurt muss aber mindestens im Anfange des 13. Jahrh. stattgefunden haben, denn in dem mehrerwähnten Nachweis des Schreibers Bartholomäus (1230—49) wird unter den Erfurter Bürgern, welche Renten an die Erzbischöfliche Kammer zu zahlen haben, ein Berthous de Mulhusen genannt. Sifridus de Mulhusen war 1281 Mitglied des Erfurter Rathes. vid. Falkenstein l. c. S. 114. Nach Dominikus l. c. I. p. 213 ist das Mühlhäuser Gericht im Jahre 1580 dem städtischen Gerichte einverleibt worden.

¹⁴¹⁾ Falkenstein l. c. S. 35.

¹⁴²⁾ Falkenstein l. c. S. 42. Dominikus II. S. 213.

¹⁴³⁾ Falkenstein l. c. S. 220.

¹⁴⁴⁾ Falkenstein l. c. S. 36.

¹⁴⁵⁾ Hüllmann l. c. II. S. 253. Lanzizolle l. c. S. 31.

lichen Personen zugehörig, in keiner königlichen oder bischöflichen Stadt gefehlt hätten. Auch in Erfurt stand dem Peterskloster und dem Severistifte eine derartige Gerichtsbarkeit zu, ohne dass es diesen deshalb in den Sinn gekommen wäre, die Landeshoheit eines Andern für unvereinbar mit dem ihnen zustehenden Rechte zu erklären. Heinemann hat, als er das oben erwähnte Bedenken aufstellte, sich offenbar den Unterschied zwischen Landesherrlichkeit und Grundherrlichkeit nicht klar gemacht. Allerdings war, obwohl, wie die grosse Anzahl von in den rechts der Gera belegenen Stadtbezirken befindlichen Grundstücken, von denen die erzbischöfliche Kammer schon in sehr früher Zeit Renten zu erheben hatte, ¹⁴⁶⁾ darthut, nicht ausschliessend, aber doch vorzugsweise der Theil der Stadt, welcher den Namen: der Brühl führt, erzbischöfliche Domaine (burgherrlich), und nur hier waren die Bewohner ursprüngliche Hörige, und nachdem sie seit 1120 persönlich gefreit wurden, doch noch allen im Mittelalter üblichen persönlichen Verpflichtungen und Leistungen dem Erzbischofe gegenüber unterworfen. Landesherrliche Rechte übte derselbe dagegen auch über die anderen Stadttheile aus. ¹⁴⁷⁾

Bei weitem weniger einfach wie in dem bis jetzt besprochenen Zeitabschnitt stellt sich die Frage über das staatsrechtliche Verhältniss von Erfurt in dem folgenden, dem wo die deutschen Städte in Reichsstädte und Landstädte zerfallen; denn abgesehen davon, dass die Entscheidungsmerkmale nicht mehr so klar und einfach sind und die bisher maassgebend gewesenen nur noch sehr bedingt zur Anwendung gebracht werden können, weil die mehr oder weniger in beständigen Geldverlegenheiten sich befindenden Territorialherren, sich genöthigt gesehen hatten, den zu Wohlstand gelangten Bürgern einen grossen Theil der nutzbaren Regalien pfandweise oder käuflich zu überlassen, so weicht auch der rechtliche Zustand oft so sehr von dem faktischen ab, dass es nicht selten sehr schwer ist, durch die lebendigen und in die Augen fallenden Farben des

¹⁴⁶⁾ Vid. des Schreibers Bartholomäus Nachweis aller Renthn und Rechte seines Herrn des Erzbischofen Sigfried von Mainz 1230—49 (im Provinzial-Archiv zu Coblenz).

¹⁴⁷⁾ Ueber den Unterschied zwischen den blos der Landesherrlichkeit und den zugleich der Grundherrlichkeit der Territorialherren unterworfenen Bürgern vid. Hüllmann l. c. II. S. 250 fg. Lanzizolle l. c. S. 12. 31. Trotha, die Entwicklung der Städte im Mittelalter. Halle 1855. S. 14.

letzteren hindurch noch die fast unscheinbar gewordenen Linien des ersteren zu erkennen.

Unter den bedeutenderen Städten Deutschlands ist auch nicht eine, welche in diesem Zeitraume nicht Kämpfe über ihre politische Stellung geführt; die bisherigen unmittelbaren, um sich den Annexionsgelüsten benachbarter Territorialherren, gegen welche die zu Zeiten auf ein Minimum reducirte königliche Macht sie zu schützen ausser Stande war, zu erwehren, die mittelbaren, um die bisherige Landeshoheit abzustreifen und sich unabhängig zu machen. Das endliche Ergebniss dieses Kampfes hat über die fernere staatsrechtliche Stellung jeder einzelnen Stadt entschieden.

Was Erfurt betrifft, so werden wir weiter unten Gelegenheit nehmen, diesen Kampf und die verschiedenen Phasen, die er durchlaufen, näher zu schildern, hier werden wir nur die rechtliche Seite der vorliegenden Frage ins Auge fassen, von der die thatsächliche sich freilich oft ziemlich weit entfernt hat. Es wird dabei aber weniger auf das Gewicht zu legen sein, was von Seiten der Stadt behauptet, wie auf das, was von Seiten des Reichs und des Erzbischofs als rechtlich begründete Forderung anerkannt ist.

Es ist nun nicht zweifelhaft, dass Erfurt sich nie in dem Besitze des Rechts, sich auf den Reichstagen vertreten zu lassen, was oben als das erste Merkmal der Reichsunmittelbarkeit angegeben wurde, befunden hat. In einer handschriftlich im Erfurter Magistratsarchive befindlichen, zwar nicht datirten, aber unzweifelhaft lange vor der Reduction auf Veranlassung des Raths Seitens einer zu diesem Zwecke niedergesetzten Commission angefertigten: Relatio über etliche verglichene puncten Erffurth belangend Ob Erffurth eine Reichsstadt seye, und was die Reichsstädte vor Commoda haben, ist gleich die erste Frage: was Erfurt für eine Stadt sei, ob es eine Reichs- oder Fürsten- oder eine freie Stadt sei, dahin beantwortet: Nach itziger gelegenheit der Stadt ist Erfurth für keine Reichs Stadt zu achten, Sintemal allein dieselben Reichs Stette sein, so Königl. Maj. und sonst niemand anders für ire Obrigkeit erkennen, der Reichs Matricul einverleibt sein, uff Reichstag beschrieben werden auch darauff erscheinen, und ire sessionem undt Stimme haben, deren aber keines bey Erffurth zu befinden. Bei Beantwortung der zweiten Frage wird dann weitläufig auszuführen gesucht: dass es für die Stadt gar nicht einmal vortheilhaft sein werde, wenn sie in die Klasse der Reichsstädte aufgenommen würde, da sie dann erheblichere Lasten

als bisher zu tragen haben werde. Allerdings geht die Haupttendenz der Relation dahin, darzuthun, dass Erfurt zwar keine Reichs-, aber auch keine gewöhnliche fürstliche Stadt sei, vielmehr zwischen beiden in der Mitte stehe. So genannte civitates mixtae, d. h. Städte, die in gewissen Beziehungen unmittelbar unter dem Reichsoberhaupt, in anderen unter Territorialherren standen, hat das deutsche Staatsrecht aber nicht anerkannt.¹⁴⁸⁾ Dagegen ist in älterer Zeit der Fall nicht selten gewesen, dass die Könige sich in Städten, über die sie die Landeshoheit Bischöfen oder Fürsten verliehen, einzelne Rechte vorbehielten. Derartige Beispiele bieten unter andern Cöln und Regensburg.¹⁴⁹⁾

Die voraufgestellte Behauptung: dass Erfurt nicht das Recht der Vertretung auf den Reichstagen besessen, verliert dadurch nichts an ihrer Richtigkeit, dass Kaiser Sigismund den Rath desselben aufgefordert hat, durch Bevollmächtigte das Concilium zu Costnitz zu beschicken, und dass derselbe auch dieser Aufforderung nachgekommen ist; denn diese Versammlung war keineswegs ein Reichstag, hatte vielmehr zunächst den Zweck, die kirchlichen Wirren zu beseitigen. Auch deutet der Schluss des Einberufungsschreibens, d. Costnitz Dienstag nach St. Dorothea 1417,¹⁵⁰⁾ darauf hin, dass die Einladung an den Rath vorzugsweise in seiner Eigenschaft als unmittelbarer Lehnsträger des Reichs (wegen Capellendorf) ergangen sei. Aehnliche Gründe wie bei dem Concil zu Costnitz veranlassten Kaiser Sigismund, den Rath aufzufordern, den 1421 wegen der Hussitischen Unruhen in Nürnberg angesetzten Reichstag zu beschicken. In dem Einberufungsschreiben, d. Brux. Montag nach dem Christtage 1421,¹⁵¹⁾ sagt der Kaiser: Nun haben uns des heiligen Reichs Churfürsten umb rath und hülfe zugesagt, und haben uns auch gerathen, sintemal solche Sachen die gemeine Christenheit anrühret und auch das heilige Reich und die Krone zu Böhmen, die ein merklich und würdig Glied des Reichs ist, dass wir alle Fürsten, geistlich und weltlich, Grafen, Herren, Ritter, Knechte und Städte, zu dem heiligen Reich gehörende, auf einen gelegenen Tag besenden wollten, solche sachen für sich zu nemen, und den nach zu folgen nach ihrem und unsern Rathe. Und darum so ermahnen

¹⁴⁸⁾ Vitriarius, Institut. jur. publ. T. II. p. 779.

¹⁴⁹⁾ Hüllmann l. c. II. S. 373 fg. S. 397 fg.

¹⁵⁰⁾ Im Prov.-Archiv zu Magdeburg.

¹⁵¹⁾ Herrmann'sches Copialbuch Nr. 65.

wir euch aller trewe, das wir uns zu euch versehen, und der ihr uns und dem heiligen Reich pflichtig seyd, dass ihr nach Ostern über drey Wochen, das ist auf den Sonntag als man singet Jubilate, gegen Nürnberg mit allem gewalt eure freunde zu uns senden wollet, uns in den sachen wieder die Ungläubigen zu rhaten, und was wir da mit Churfürsten, Fürsten, Grafen, Herren und Städten zu rhate und eins werden, das ihr das aufnehmen und uns auch hülffe zusagen könnet und uns nicht noth sey wieder hinter sich zu bringen, als sich das zu solchen grossen und merklichen sachen gebühren wird, Gott dem Allmächtigen zu lobe, der Christenheit zu trost und zu Behärtung und uns zu sonderlichen Danke. — Hienach war nicht Theilnahme an der Fassung der Beschlüsse, sondern Beschleunigung der Ausführung des Beschlossenen der Zweck, welcher die Einberufung von Abgeordneten der Stadt Erfurt veranlasst hatte.

Aehnliche Verhältnisse walteten ob, als Kaiser Sigismund den Rath von Erfurt aufforderte, ¹⁵²⁾ den wegen der gegen die Hussiten zu ergreifenden Massregeln auf Antrag der Reichsstände nach Nürnberg auf den Sonntag Oculi 1430 ausgeschriebenen Gemeinentag ¹⁵³⁾ zu beschicken, sowie als er jenen 1431 und 1435 zu gleichem Zwecke nach Frankfurt einlud. Auch der nach Nürnberg auf den St. Veits-tag 1467 ausgeschriebene Convent, welchen zu beschicken die Stadt vom Kaiser Friedrich ¹⁵⁴⁾ aufgefordert wurde, war kein eigentlicher Reichstag, sondern zur Insverksetzung der im nächst vorhergegangenen Jahre zur Abwendung der Türkengefahr zu Nürnberg beschlossenen Massregeln bestimmt.

Dass Abgeordnete von der Stadt zu denjenigen Reichstagen gesendet wurden, wo über deren eigne Angelegenheiten, namentlich die Streitigkeiten mit den Erzbischöfen und den sächsischen Fürsten verhandelt werden sollte, wie unter andern zu dem Reichstage zu Speier 1309 und dem zu Augsburg im Jahre 1516, hat mit dem Recht auf Sitz und Stimme in den reichsständischen Versammlungen nichts zu thun. ¹⁵⁵⁾

¹⁵²⁾ Presburg, am Sonntage vor St. Thomas 1430. Herrm. Copialbuch Nr. 75.

¹⁵³⁾ Nürnberg, am Sonntag nach St. Bartholom. 1431. *ibid.* Nr. 78. Presburg, Sonntag vor Valentin 1435. *ibid.* Nr. 83.

¹⁵⁴⁾ Linz, Freitag vor Reminiscere 1467. *ibid.* Nr. 99.

¹⁵⁵⁾ In einem handschriftlich im städtischen Archive zu Erfurt befindlichen, zwar undatirten aber anscheinend gleichzeitigen Aufsätze wird zwar be-

In den mit dem Erzbischof von Mainz über die ihm zustehende Landeshoheit geführten Streitigkeiten hat der Rath besonders den Umstand geltend zu machen gesucht, dass er nach einem von König Ruprecht, Heidelberg am St. Thomastage 1403 ertheilten Privilegium, seinen Gerichtsstand unter den Reichsgerichten habe.

Nach einer alten im städtischen Archive zu Erfurt befindlichen Abschrift lautet dieses Privilegio folgendermassen:

Wir Ruprecht von Gottes Gnaden, Römischer König, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, bekennen und thun kund offenbar mit diesem Brieffe allen den, die ihn sehend oder hörend lesen; Dass wir durch getreuer und Nutzlicher Dienste willen, die wir an dem Rathe und Bürgern Gemeiniglich der Stadt Erffurth, unsere Lieben Getreuwen, stetiglich erfunden haben und umb deswillen, dass wir Sie hinfüro zu Unsern und des heil. Reichs Sachen und Diensten desto williger und getreuer haben und finden Mögen, So haben wir Ihn und der Stadt Erffurth mit rechter wissen Rathe Unsers Raths, fürsten und getreuwen, von Römischer königl. Machtsvollkommenheit diese nachgeschriebne Gnade und freyheit, die Ihn doch vormals von Unsern vorfahren an dem Reiche gegeben und verliehen worden seyn befestiget, verneuwert, confirmiret und ge-

richtet, dass der Kaiser auf dem stattgefundenen Reichstage zu Augsburg den Erfurtischen Abgeordneten verheissen: dass die Stadt Erfurt mit Capellendorf belehnt werden und eine Bestätigung ihrer Privilegien erhalten solle, und ihnen ein fernerer Bescheid durch Herrn Zasius zu Theil werden werde, es ist aber nichts davon erwähnt, dass die Abgeordneten an den Reichstagsverhandlungen Theil genommen. Offenbar waren es städtische Deputirte, die lediglich um die gedachte Angelegenheit zu betreiben an den Kaiser, als er, des Reichstags wegen, in Augsburg verweilte, geschickt worden waren. Es muss dies übrigens der Reichstag von 1566 gewesen sein, wie die Erwähnung des Joh. Ulrich Zasius, der damals Vicekanzler bei Kaiser Max II. war, darthut. Auch ist wirklich Augsburg, 8. März 1566 die Lehnserneuerung und die Bestätigung der städtischen Privilegien erfolgt. — Dass Erfurt den Reichstag zu Augsburg von 1530, auf dem die Confession übergeben wurde, nicht beschickt habe, ergiebt sich unzweifelhaft aus dem bei Coelestinus (*Historia Comitior. A. 1530 Augustae celebratorum*, T. IV. p. 134 fg.) befindlichen namentlichen Verzeichnisse sämmtlicher in Augsburg anwesend gewesener städtischer Abgeordneten und aus den daselbst, sowie bei Facius (*Geschichte des Reichstags zu Augsburg*, Leipzig 1830) und bei Förstemann (*Urkundenbuch zur Geschichte des Reichstags zu Augsburg im Jahre 1530*. 2 Bände. Halle 1833 — 35) abgedruckten Reichstagsverhandlungen.

klähret: verneuwen, confirmiren und klähren Ihn die, in krafft diess brieffs als hernach geschrieben steht mit Nahmen: ob jemand, wer der wäre an einzeling Bürger oder Persohnen der ehegenandten Stadt Erffurth, ichts zu klagen oder zu sprechen hätte, dass der dieselben an Unser königlich Hoffgerichte, an Unser Landgericht zu Rotweil oder an keinerley anders landgerichte, oder gerichte, wo die seyn nit fürheischen oder laden solle, in keinerley weise, sondern Er soll das Rechte von denselben fordern und nehmen für dem Provisore und den Gerichte zu Erffurth, dazu so bestätigen, befestigen, verneuwen und confirmiren wir Ihn in krafft diess brieffs von rechter wissen und Römischer Königl. Mächte vollkommenheit, alle und iegliche Ihre und der Stadt Erffurth Rechte, gnade, freyheit, guthe Gewohnheit und gesetze, die Sie von Seeliger gedächtnuss unser Vorfahren an dem Reiche, Römischen Kaysern und Königen, und auch von Churfürsten oder andern fürsten, redlichen erworben und hergebracht haben und auch alle ihre Privilegia handvesten und brieffe, die Sie darüber haben: alsz dass Sie, Ihre Nachkommen und die Brieffe, alsz dieselben in Ihren Punkten, Artikeln, Meynungen und Stücken von Wort zu Wort begriffen sind, Ewiglich verbleibend sollen, von Unss Unsern Nachkommen an dem Reiche und allen Manniglichen ungehindert, und gebiethen hierum allen und jeglichen Fürsten, Geistlichen und Weltlichen, Graffen, freyen, Herren, Dienstleuthen, Rittern, Knechten, Gemeinschaften der Städte, Märkte und Dörffer, und allen andern Unsern und des Reichs unterthanen und getreuen, dass Sie oder Ihrer Keiner, wieder die obgenandt unser bestetigung und Gnade nunmehr in keinen Zeiten kommen oder thun solln in keine Weise. Wer aber freventlich darwieder thäte, der soll in unsere und des heil. Reichs Ungnade sicherlichen verfallen seyn, und darzu eine Pöne zwanzig Pfundt löthiges Geldes, die halb in unser und des Reichs Cammer, und das andere halbe theil der obgenandten Stadt Erffurth und Ihren Bürgern, die überfahre worden, ungeminnert und gänzlichen zufallen soll. Urkundt diess brieffs, versiegelt mit Unser königlichen Mayst. anhangenden Insiegel, der gegeben ist zu Heydelberg uff S.-Thomas des heil. bishofs und Märtelers Tag, in dem Jahr, als man zählt nach Christi gebuhrt 1403 unsers Reichs in dem Vierten Jahre. Ad mandatum domini Regis, Johannes Windheim.

In der vorstehenden Fassung enthält nun diese Urkunde offenbar weiter nichts als eine Erneuerung des *jus de non evocando*, von dem

weiter unten ausführlich gehandelt werden wird, und eine Bestätigung aller bisher der Stadt ertheilten Privilegien. In einem Abdruck derselben, den der Rath zu Erfurt in seinem Ohnumgänglichen Gegenbericht auf den bei jetziger zu Osnabrück und Münster noch wender Versammlung im Namen des Hochlöblichen Ertz-Stiffts überreichten Summarischen Bericht etc., Erf. 1646 Num. XXXII. p. 31, hatte besorgen lassen, findet sich nun aber nach den Worten: dem Provisore und dem Gerichte zu Erfurt, noch das Einschiebsel: „Hätte aber jemand an die gemeine Stat Erffurt icht zu sprechen, der mag sins rechten von yn bekommen und sie darumb vor unser kuniglich Hoffgericht oder auch unser Landtgericht zu Rotweil laden, daselbst sie yn auch des Rechten gehorsam syn sollen.“ Dieser Satz nun ist es, auf den der Rath im Westphälischen Friedenscongresse ganz besonders seinen Widerspruch gegen die Mainzischer Seits behauptete Landeshoheit über Erfurt hat begründen wollen. Die wesentlichen Bedenken, zu denen derselbe Anlass giebt, haben den Verfasser der historischen Relation von der Stadt Erfurt ¹⁵⁶⁾ veranlasst das in Rede stehende Diplom überhaupt für untergeschoben zu erklären. Aber an sich ist dasselbe wohl ächt. Im Allgemeinen erregt der Inhalt nicht das mindeste Bedenken, da die Stadt sich eben so gut von König Ruprecht, wie von seinen Vorgängern und seinen Nachfolgern im Reiche eine Bestätigung des Privilegii de non evocando und ihrer sonstigen Privilegien wird haben ertheilen lassen. Dagegen erscheint es unbedenklich, die auf den Gerichtsstand des Rathes bezügliche Stelle für untergeschoben zu erklären. Zunächst spricht der Umstand dafür, dass Exemplare vorhanden sind, worin sie sich nicht findet, und zwar im Besitze des Rathes, dessen Interesse einer absichtlichen Auslassung widersprochen haben würde; sodann der: dass der Jurisdictionsbezirk des Hofgerichtes zu Rotweil, dessen Entstehung dadurch herbeigeführt wurde, das die deutschen Könige seit Friedrich II. die Herzogthümer Franken und Schwaben unbesetzt gelassen und unmittelbar an das Reich gezogen, auf den schwäbischen, fränkischen, chur- und oberrheinischen Kreis beschränkt gewesen ist, ¹⁵⁷⁾ und dass zur Zeit König Ruperts und bis zur Errichtung des Reichskammergerichts, das eigentliche kaiser-

¹⁵⁶⁾ Vid. Falkenstein l. c. S. 285 — 289.

¹⁵⁷⁾ Ordnung des Rotweilschen Hofgerichtes v. 1572 in Schmauss Corp. jur. publ. Nr. 43. S. 281 fg. Mauritius, de judicio Rothwilensi in ej. opusc.

liche Hofgericht gar keinen festen Sitz hatte, sondern dem Kaiser stets an seinen jedesmaligen Aufenthalt folgte, ¹⁵⁸⁾ dass das Privilegium König Ruprechts, was sich doch nur als eine Bestätigung der früheren Privilegien giebt, dann entschieden diesen, namentlich dem weiter unten näher zu erwähnenden König Wenzels, von 1381 widersprechen würde, dass sich ferner auch nicht eine Spur davon findet, dass je bei dem Hofgerichte zu Rotweil eine Klage gegen die Stadtgemeinde Erfurt anhängig gemacht wäre, und dass endlich, wenn diese nun einmal einem stehenden Reichsgerichte zugewiesen werden sollte, jedenfalls das Landgericht zu Nürnberg dazu bestimmt worden sein würde. ¹⁵⁹⁾ Am wichtigsten erscheint es aber, dass auch nicht ein Fall bekannt ist, wo der Rath zu Erfurt das Mainzische Gericht perhorrescirt und verlangt hätte, dass eine bei diesem gegen ihn angebrachte Klage auf Grund jenes Privilegii König Ruprechts an die Reichsgerichte verwiesen wurde, dass aber in sehr vielen Fällen das Gegentheil geschehen und bei den Reichsgerichten

p. 588. H. B. Blum de iudicio curiae imp. Rothwilensi in append. comment. de iudicio curiae imp. germ. S. 137. Leist, deutsches Staatsrecht. S. 443.

¹⁵⁸⁾ H. B. Blume, de iudicio curiae imperial. German. Francof. 1745. Pütter, hist. Entwicklung d. heutig. Staatsverfass. d. Teutsch. Reichs. I. S. 212.

¹⁵⁹⁾ In der That ergiebt eine Urkunde Kaiser Sigismunds d. Eger, Freitag nach St. Petrus 1437, dass von dem Landgerichte zu Nürnberg eine von Hans von Kotzau gegen den Bürgermeister und den Rath zu Erfurt angebrachte Klage angenommen, auch (1431) eine dem letzteren ungünstige Entscheidung erlassen ist, gegen welche der Rath die Appellation an den Kaiser ergriffen hatte. Letzterer sistirte hierauf die Verhandlungen bei dem Landgericht und trug dem Bischof Johann von Würzburg auf, an seiner Statt in der Sache zu befinden. (Das Commissorium an den Bischof und die Benachrichtigung an den Landrichter in Franken, Kurfürst Friedrich von Brandenburg, und dessen Vertreter, den Grafen Truchses, sowie an den Kläger in Herrm. Copialbuch Nr. 77.) Wie weit dies Verfahren den vorhergegangenen Kaiserlichen Erlassen entsprach, lässt sich nicht sicher beurtheilen, da der Gegenstand der Klage und ob diese sich etwa auf auswärtige Besitzungen der Stadt bezogen hat, nicht bekannt ist. Von einer anderen beim Kaiserlichen Hofgericht anhängig gewesenen Klage gegen die Stadt, der Conr. Güldenens (Citation Kaiser Sigismunds an den Rath d. Presburg, Freitag vor St. Philippi 1435. *ibid.* Nr. 84) ist es bekannt, dass sie sich auf das Reichslehn Capellendorf bezog, also jedenfalls nicht vor das mainzische Gericht zu Erfurt gehört hat.

gegen die Stadtgemeinde Erfurt angebrachte Klagen an die mainzischen Gerichte zu Erfurt als die zur Cognition in der Sache competente Behörde gewiesen sind. Dergleichen finden sich sowohl vor der Zeit, wo das Privilegium König Ruprechts ergangen sein soll, das doch, wie es dies selbst ausspricht, nichts Neues einführen, sondern nur die Begnadigungen und Freiheiten, so der Stadt von den früheren Königen verliehen worden, befestigen, erneuen und confirmiren will, als nach derselben.

Was jene betrifft, so gehören dahin nachstehende Fälle:
König Wenzel, d. Prag, Sonnabend nach Maria Geburt 1390, weist Bursabo von Sevenar und Johann Rost von Waldesburg, die gegen die Stadt Erfurt beim kaiserlichen Hofgerichte geklagt hatten, an den Erzbischof und das Kapitel zu Mainz. ¹⁶⁰⁾ Ein Gleiches geschah 1392 in der Klagesache des Grafen Berthold von Henneberg und 1393 in der Hermann Röders wider die Stadt, ¹⁶¹⁾ obwohl die letztere anfänglich vom Hofgerichte angenommen war. ¹⁶²⁾ Im Jahre 1395 wurde in dem Lengefeldschen Handel von dem königl. Hofgericht eine Klage gegen die Stadt angenommen. Obwohl letzteres deshalb geschah, weil das Fundament des Rechtsstreites eine Handlung des erzbischöflichen Gerichtes bildete, die Sache also nicht füglich an dieses gewiesen werden konnte, so protestirte der Rath doch gegen die ihm zugegangene Vorladung, und erlangte auch einen Revers dahin: dass das hier beobachtete Verfahren ihm nicht zum Präjudiz gereichen solle. ¹⁶³⁾ — 1396 wurde vom königlichen

¹⁶⁰⁾ Die Urkunde im Prov.-Archiv zu Magdeburg.

¹⁶¹⁾ Allenstein, Index. pag. 543.

¹⁶²⁾ Citation des Rathes zu Erfurt und Conrads vom See, Schultheissen daselbst, vor das Kaiserl. Hofgericht auf die Klage Herrmann Roders, d. Prag, Freitag nach Walburgis 1393. — König Wenceslaus Verweisung der Klage Herm. Roders gegen die Stadt Erfurt vom Königlichen Hofgerichte an den Provisor und Vicedom zu Erfurt, d. Prag, am St. Lorenz-Abend 1393. (Beide im Prov.-Archiv zu Magdeburg.)

¹⁶³⁾ Des kurmainzischen weltlichen Gerichts zu Erfurt Todesurtheil gegen Heinrich und Hans von Lengefeld und Andreas Jans wegen des an Dietrich Goldschmidt von Arnstadt verübten Raubes, 1394, am Abend St. Jacobi. — Bolkos, Herzogs zu Oppeln, Königlichen Hofrichters, Citation an den Rath zu Erfurt zur Verantwortung über eine Klage des Markgrafen Wilhelm zu Meissen (wegen der Lengefeldschen Handel), d. Prag, Mittwoch nach Judica 1395. — Des Rathes zu Erfurt Protestation gegen die geschehene Vorladung vor das Kaiserliche Hofgericht auf Klage des Markgrafen Wilhelm v. Meissen 1395, Sonnabend nach Cantate. — Jo-

Hofgericht ein an dasselbe gekommener Prozess gegen den Rath zu Erfurt um deshalb cassirt, weil jener nicht dorthin, sondern vor die churmainzischen Gerichte zu Erfurt gehöre. ¹⁶⁴⁾

Von nach dem Jahre 1403 vorgekommenen derartigen Fällen mögen folgende hier Erwähnung finden.

Im Jahre 1418 wurde die Klage Conrad Toppelreis gegen die Stadt an das erzbischöfliche Gericht zu Erfurt verwiesen. ¹⁶⁵⁾ Dasselbe geschah 1418 in der Klagesache Hans Rüdigers, 1419 in der Heinze Schneiders, ¹⁶⁶⁾ in welcher letzteren der Rath zu Erfurt ausdrücklich erklärte, dass er seinen Gerichtsstand vor dem mainzischen Gerichte habe, ¹⁶⁷⁾ und in der das Hofgericht erst in zweiter Instanz Entscheidung traf, nachdem der Kläger gegen das Urtheil des mainzischen Gerichts appellirt hatte, ¹⁶⁸⁾ ferner 1434 in der Klage-

hanns Marggrafen zu Brandenburg und Herzog zu Görlitz, Königlichen Hofrichters; Revers: dass die früher in der Klagesache des Marggrafen Wilhelm zu Meissen ergangene Vorladung vor das Königliche Hofgericht dem Rathe zu Erfurt nicht zum Nachtheil gereichen soll. 1396 (ohne Tag). (Prov.-Arch. zu Magdeburg). Uebrigens wurde trotz dieses Reverses in der erwähnten Sache (d. Frankfurt, Freitag nach St. Anton 1398) auf den Antrag Heinrich, Niclas und Fritsche von Lengefeld über die Stadt die Reichsacht verhängt, welche erst vom König Ruprecht, d. Nürnberg, Donnerstag nach Laetare 1401, wieder aufgehoben ward. (Prov.-Archiv zu Magdeburg.)

¹⁶⁴⁾ Alenstein, Index S. 544.

¹⁶⁵⁾ Citation des Rathes zu Erfurt etc. vor das Königliche Hofgericht auf die Klage Conrad Toppelreis, d. Constanz, Montag vor Pauli Bekehrung 1415. — Günthers, Grafen von Schwarzburg, Königlichen Hofrichters abermalige Verweisung der Klage Conrad Toppelreis gegen den Rath zu Erfurt an das kurmainzische weltliche Gericht zu Erfurt, d. Constanz, Donnerstag vor Oculi 1418. Prov.-Arch. zu Magdeburg.

¹⁶⁶⁾ Johann von Lupfen, Landgrafen von Stühlingen, königl. Hofrichters, Verweisung der Klage Heinze Snyders, Bürgers zu Leipzig, gegen den Rath zu Erfurt an das kurmainzische weltliche Gericht daselbst d. Montags vor S. Anton. 1419. (das.)

¹⁶⁷⁾ Attestatum des Churmainz. Vitzthums und Schultheissen zu Erfurt bei dem Königlichen Hofgericht, dass der Rath daselbst declarirt, dass er wegen der Schneiderschen Sache vor dem Churmainzischen Gericht zu stehen schuldig sei, d. 1419. Alenstein Index p. 545.

¹⁶⁸⁾ Johann von Lupfen, Landgrafen zu Stühlingen, königl. Hofrichters Urtheil in Sachen Heinze Snyders gegen den Rath zu Erfurt, worin das Urtheil des Kurmainzischen Gerichts zu Erfurt in dieser Sache bestätigt wird. Nürnberg, Dienstag nach Mariä Himmelfahrt 1422. (Prov.-Archiv zu Magdeburg.)

sache Bernhardt von Crawinkel, ¹⁶⁹⁾ endlich 1455 in der Klagesache Hans Krappenbergs. Die damals ergangene Entscheidung lautet: Wir Friedrich etc. erbieten dem Ehrwürdigen Dietterichen, Erzbischofen zu Mentz, des h. röm. Reichs in Germanien Erzkanzlern, unserm lieben Neffen und Kurfürsten, unsere gnad und alles gut. Ehrwürdiger lieber Neffe und Kurfürst. Als uns dein Lieb yetzt in der Sach unser und des Reichs lieben Getreuen Bürgermeister und Rathe der Stadt zu Erfford an einem und Hansen Crapemberg am andern tail geschrieben und an uns begert hat, denselben Hansen Crapemberg gen den vorgenannten von Erffordt nach lautt Deiner freiheit für dich zu weisen, haben wir vernommen. Also angesehen solcher Deiner Lieb bitte und begerung, so weisen wir die sach für Dich zu Recht, in solcher mass, dass du dem vorgenannten Hansen Crapemberg gen den vorgenannten Burgermeister und Ratte der Stadt zu Erffordt fürderliche und unverzogentliche Recht ergenn lassen sollt, in sechs wochen und dreien tagen, den nechsten nach dem tag, wo Du von im oder seinenwegen darum erfordert würdest, und im und denen so er zu solchen Rechten mit im pringen oder von seinenwegen schicken werde, dartzu zu kommen, dabey sein notdurft fürzubringen und wider von dann biss an ir yedes sicher gewarsam, dem verschriben sicherheit und glaitt zu schickest und gebest nach notdurfft, und dich in den Dingen auch also beweisen, damit im nit notdurfft werde unb der sach halb, ferner um recht anzurufen. Daran tut Dein Lieb unser ernstlich maynung, denn wo der also nit bescheh und der benannte Crapemberg uns darüber ferner umb recht anrufen werde, verstet Dein Lieb wol, dass wir im Recht darüber ferner nicht gewaigern möchten, sondern wir werden im darumb ergen lassen, so vil und sich durch recht gepurt. Geben in der Neunstadt am Montag nach dem heiligen Palmsonntag 1455. ¹⁷⁰⁾

Allen diesen urkundlichen Nachweisungen gegenüber kann wohl kaum noch davon die Rede sein, dass König Ruprecht dem Rath zu Erfurt das Privilegium ertheilt habe, dass sein Gerichtsstand nicht

¹⁶⁹⁾ Friedrichs Grafen von Helfenstein, Kaiserl. Hofrichters, Abweisung einer Klage Bernhards von Crawinkel gegen die Stadt Erfurt und Verweisung derselben vor das kurfürstl. mainzische Gericht zu Erfurt, d. Ulm, Diens- tags nach Kiliani 1434. (ibid.)

¹⁷⁰⁾ Orig. im Prov.-Archiv zu Magdeburg.

vor dem erzbischöflichen Gerichte zu Mainz, sondern vor den Reichsgerichten, namentlich dem Landgerichte zu Rotweil, sein solle.

Ein nicht weniger entscheidender Beweis gegen die Reichsunmittelbarkeit Erfurts ergiebt sich aus dessen Nichterwähnung in der Reichsmatrikel von 1521, ¹⁷¹⁾ die für alle nachfolgenden Zeiten maassgebend und das wesentlichste Criterium in der in Rede stehenden Beziehung blieb. Dass diese Aufnahme nicht erfolgt ist, hat die Stadt durch ihre hin- und herschwankende Politik und durch ihr Sträuben gegen die Uebernahme der mit der Reichsunmittelbarkeit verbundenen Lasten, während sie der Vortheile theilhaft werden wollte, wesentlich selbst verschuldet. Es war eine Zeit lang der kaiserliche Hof sehr geneigt gewesen, die so reiche und mächtige Stadt unmittelbar zum Reichsheerbann und zu den Reichssteuern heranzuziehen; hätte sie damals sich dies zu Nutze gemacht und den kaiserlichen Anforderungen entsprochen, so würde höchst wahrscheinlich das Endergebniss ihres Kampfes für die Unabhängigkeit gegen Mainz ein anderes gewesen sein.

Als Kaiser Sigismund, wie vorher erwähnt, 1421 Erfurt aufforderte, zu den Verhandlungen über die gegen die Hussiten zu gewährende Beihülfe, Abgeordnete nach Nürnberg zu senden, leistete die Stadt keine Folge, verweigerte die Hülfe und bat den Erzbischof, sie in dieser Beziehung dem Reiche gegenüber zu vertreten, was denn auch von dessen Seite geschah. ¹⁷²⁾ Eben so nahm die Stadt die Vertretung des Erzbischofs Adolph gegen das Reich in Anspruch, als Kaiser Friedrich sie 1474 bei dem bevorstehenden Kriege gegen Herzog Karl von Burgund zur Reichsanlage heranziehen wollte. ¹⁷³⁾ Dasselbe wiederholte sich 1478, als der Kaiser wegen des Krieges gegen den König von Frankreich ein ähnliches Verlangen stellte. ¹⁷⁴⁾ Ein Gleiches geschah 1480, als

¹⁷¹⁾ Falkenstein l. c. S. 579.

¹⁷²⁾ Falkenstein l. c. S. 300.

¹⁷³⁾ Falkenstein l. c. S. 340.

¹⁷⁴⁾ Falkenstein l. c. S. 342. 360. Darinnen ist ausgedrückt die Gerechtigkeit etc. fol. bij. v. Unser unterthäniger williger Dienst ewr Gnaden bereit. Ehrwürdigster Fürst in Gott Vater, gnädiger lieber Herr, der allerdurchlauchtigst Fürst unnd Herr, Herr Friedrich, Römischer Kaiser, unser allergnädigster Herr, hat uns geschrieben gebietlich, seiner Kaiserlichen Majestat und dem Reich wider den König von Frankreich Hülfe zu thun, als ewer gnadn das in der ingelegten Copeien eigentlicher vernemen

ein Kriegszug gegen die Türken beschlossen war. Zu den vom

würdet. Solcher wir ewern Gnaden zu wissen nicht verhalten, nachdem wir uns in vergangenen zeiten auff dergleich erfordern in ander hindern ewern gnaden Vorfarn und dem Stifft darin sondern oder scheiden lassen wollen, des auch hindern ewern gnaden dem Capitel und Stifft so zu thun noch in meinung sind, bitten in fleis, ewer gnaden wollen uns gegen der Kaiserlichen Majestat verantworten und verbitten solch sonderliche ersuchung und gebot gegen uns abzustellen, uns bei ewern gnaden und Stifft zu bleiben lassen, inmassen vorge-schehen ist, oder uns geraten zu sein, gnediglich, wie wir uns ewern gnaden, dem Stifft und uns zu gute darinn bequemlich gehalten, damit wir in einem solchen bei ewer gnaden vnd dem Stifft vngesondert bleiben und des inbruchs entledigt werden mögen unbeschwert, das wollen wir uns ewer gnade williglich und gern verdienen, bitten ewer gnädige beschrieben antwort-Geben unter unsern Secret. am Mittwoch nach Quasimodogeniti anno lxxviij. Ewer gnaden Unterthanen der Rath zu Erfurt. Der Erzbischof antwortete hierauf: Unsern grus zuvor; Ersame lieben Getrewen, wie jr uns itzo geschrieben und Abschrift des allerdurchlauchtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Friedrich, Römischer Kaiser, unsers allergnedigsten Herrn Brieff, auch zugesandt verschlossen mitgetheilt habt, inhaltende seiner Kaiserlichen Majestat und dem Reich wider den König von Frankreich hülfe zu thun, unnd meldend in ewerer Schrift, nachdem jr in vergangen zeiten auff dergleichen erfordern in ander hinder unsere Vorfahren und Stifft dem Reich in besondern Dienst nicht geben haben, noch auch vom Stifft darinn sondern oder scheiden lassen wöllet, des auch hinder uns, unserm Capitel und Stifft, so zu thun noch in meinung seid, So habt jr uns zu wissen nicht verhalten wollen, bittende, euch gegen der Kaiserlichen Majestat zu verantworten und zu verbitten, auch bei uns und unserm Capitel in massen vorbleiben zu lassen oder geraten zu sein, wie jr auch uns und unserm Stifft zu gute, damit jr bei uns und unserm Stifft ungehindert bleiben, darinn gehalten mögend etc. Haben wir verstanden, und so jr uns und unserm Stifft onmittel als unterthan mit pflichten bewand seid, und zu unserm Stifft behörend auch in anderm dergleichen gesinnen das erlassen worden, also bei unsern Vorfaren und Stifft ungehindert bleiben, und so ein gemein zug durch das Reich für-genommen, als auch am nechsten bey unserm Vorfahren Erzbischoff Adolff seligen, dem Gott genade beschehen ist mit unsern Vorfaren und Stifft als ewern rechten Herrn gezogen seid, zweiveln wir nicht, jr hinfüro wollen und bequemlich dabey bleiben, und auch damit gegen der Kaiserlichen Majestat, so dergleichen mehr gesunnen würde, wol verantworten könnend, hernach wissend euch zu richten. Geben zu Aschaffenburg am Donnerstag nach Misericordias. Domini anno etc. lxxviij.

Reichstage zu Nürnberg bewilligten 15,000 Mann, sollte Erfurt 3 Mann zu Ross und 6 Mann zu Fuss stellen. ¹⁷⁵⁾

Noch in den Jahren 1481, 1486, 1489 und 1501 wurde Erfurt von Seiten des Reichs, wenn auch nicht als Reichsstand, so doch auch nicht als ganz gewöhnliche Landstadt behandelt, und daher zwar in dem dem Erzstift Auferlegten mitbegriffen, aber doch besonders erwähnt. ¹⁷⁶⁾ Aber auch dies Verfahren musste der kaiserlichen Regierung verleidet werden, da die Stadt über die Höhe der auf sie treffenden Quote mit dem Erzbischof in Hader gerieth, indem dieser das volle Drittheil dessen, was ihm im Ganzen auferlegt war, forderte, die Stadt sich aber nur zu einem Fünftheil (anfangs sogar nur zu einem Funfzehnthel) verstehen wollte, so dass erst der Kaiser mittelst Mandats vom 4. September 1487 ihr anbefehlen musste, den Forderungen des Erzbischofs zu entsprechen. ¹⁷⁷⁾ So

¹⁷⁵⁾ Anschreiben des Kaiserlichen Anwalts Grafen Haug zu Werdenberg d. Nürnberg, Freitag nach Martini 1480. Herrmannsch. Copialb. Nr. 106.

¹⁷⁶⁾ Anschreiben Kaiser Friedrich III. an den Rath zu Erfurt d. Wien, 8. December 1481: Nachdem uns durch unsern Churfürsten, Fürsten und gemeinen Versammlung des nächstgehaltenen Tages zu Nürnberg eine gemeine Hülffe auss dem heiligen Reich zu thun beschlossen und zugesagt, und dem Ersamen unserm und des heiligen Reichs lieben getreuen Bürgermeister, Rath und gemeinde der Stadt Erffurt in derselben hülff ein anzal volks zu Ross und Fuss mit Ertzbischoven Diethern zu Mainz zu schicken aufgelegt ist, und aber die gemelten von Erfurdt uns und dem heiligen Reich ohn alles mittel nit (d. h. nicht unmittelbar) unterworfen u. s. w. (Herrm. Copialb. Nr. 112). Auf die Bitten der Stadt wurde ihr aber auch diese Hülfe, die aus 70 Mann zu Ross und ebensoviel zu Fuss bestehen sollte, demnächst erlassen, Anschreiben Kaiser Friedrichs, d. Wien, 16. August 1482 — dass wir darauf mit wolbedachtem mute, gutem zeitigen rathe aus uerklichen Ursachen uns darzu bewegende dieselben von Erffort der gemelten hilff gantzlich zu erlassen und begeben haben. Erlassen und begeben Sy auch der von Römischer Kaiserlicher wissentlich in crafft diss Brifs und sollen noch wollen wir noch unnser nachkommen am Reiche, darumb in ewig Zeit noch vorderung noch ansprach haben (ibid. Nr. 117). Schreiben des Kaisers v. 18. August 1482 gleichen Inhalts (ibid. 118). cf. Falkenstein l. c. S. 418 u. 370. Extractus aus nachbeschriebenen Verzeichnissen der alten Reichsanlagen wegen, die Stadt Erfurt betreffend 1489: Churfürsten zu Fuss: Mentz und darunter sollen die von Erdfurth haben. I. C. xxxij. v. cxxxii. Fl. — 1501. Mentz mit dessen Stetten und Schlössern, so der von Isenburg in hat und Ertfurt xxxj. Fr. Lxxxvij. zu Fuss.

¹⁷⁷⁾ Falkenstein l. c. S. 419 fg. cf. ibid. 501. Dominikus l. c. S. 365.

kam es denn, dass die Stadt in der Reichsmatrikel von 1521 gar nicht mehr erwähnt ward. Obwohl die Sache hierdurch zu Erfurts Nachtheil, wenn auch dessen Gebahren vollkommen entsprechend, entschieden war, so wollte dasselbe doch noch in späterer Zeit das erzbischöfliche Jus subcollectandi nicht anerkennen, und brachte die Angelegenheit sogar vor die Reichsgerichte. Als die Stadt so auch dem Erzbischof Brendel zu Homburg jeglichen Beitrag zu der ihm auferlegten Reichshülfe weigerte, erwirkte dieser, ¹⁷⁸⁾ 28. Febr. 1558, ein scharfes kaiserliches Mandat, das aber nur eine unvollständige Wirkung hatte, indem die Stadt bei der neuen Ausschreibung im Jahre 1566 immer noch mit einem Theile der ihr auferlegten Summen im Rest war. Es erging hierauf am 7. Novbr. 1570 ein neuer kaiserlicher Erlass, in welchem es unter andern heisst: Wenn dan nit billich und uns gar beschwerlich wehr, dass wir umb eurer Verwaigerung oder Ungehorsams willen mit der völligen Erlegung der Churfürstl. Lbt. ausständigen Gebür auffgehalten werden sollen, zumahl, weil wir eigentlich berichtet, dass ihr die Stadt Erfurt ohne Mittel enig und allein vor wolgedachts Churf. Lbt. zugehörig, inmassen wir uns dann nit zu erinnern, noch auf beschehne Nachsuchen befunden werden kann, dass ihr als ein sonderer Stand des Reichs in der Reichsmatrikul einverleibt wehret u. s. w. ¹⁷⁹⁾ — Die Stadt erhob zwar Einspruch gegen das dem Erzbischof ihr gegenüber zuerkannte Jus subcollectandi und bezog sich darauf, dass über diese Angelegenheit ein Rechtsstreit bei dem Reichskammergerichte anhängig sei, erklärte sich schliesslich aber doch bereit, freiwillig einen Beitrag zu zahlen, ¹⁸⁰⁾ worauf ihr kaiserlicher Seits (6. Septbr. 1574) ¹⁸¹⁾ ein Revers dahin ausgestellt ward, dass diese Zahlung kein Präjudiz für die künftige Zeit, namentlich auch bei dem anhängigen Prozesse, bilden solle. Dieser Revers hat der Stadt aber keinen weiteren Vortheil gewährt, da jener Rechtsstreit unterm 15. Septbr. 1585 und 9. April 1605 zu ihrem Nachtheile entschieden wurde. ¹⁸²⁾

¹⁷⁸⁾ Falkenstein l. c. S. 636—638.

¹⁷⁹⁾ Falkenstein l. c. S. 641.

¹⁸⁰⁾ Schreiben des Raths an den Kaiser vom 11. Juni 1572. Falkenstein l. c. S. 643—45 und vom 5. Mai 1574. *ibid.* S. 647—49.

¹⁸¹⁾ Falkenstein l. c. S. 650.

¹⁸²⁾ Falkenstein l. c. S. 676, 678—80.

Des Eides, welcher von Seiten der Stadt dem Erzbischof geleistet worden ist, ward schon oben gedacht. Es hat dieser Gegenstand, wie weiter unten erwähnt werden wird, mehrfach Veranlassung zu Streitigkeiten zwischen beiden Theilen gegeben, dieselben haben sich aber nicht sowohl auf die Frage der Eidesleistung überhaupt, wie auf die Fassung der Eidesformel bezogen. Wenn Erfurt es auch hin und wieder versucht hat, die Leistung des Eides von Bedingungen abhängig zu machen, so hat es doch niemals behauptet, dass es dem Erzbischof gar nicht zu schwören habe. Dagegen ist keine Spur davon zu entdecken, dass je einem neuen Reichsoberhaupte Seitens der Stadt unmittelbar gehuldigt sei.

Was endlich das Besatzungsrecht anbelangt, so ist es allerdings entschieden, dass sich Jahrhunderte hindurch das Erzstift thatsächlich nicht in dessen Besitz befunden, aber nicht, weil es anerkannt hätte, dass ihm dies Recht nicht zustehe, sondern weil ihm die vielen Kriegshändel in der Nähe des erzbischöflichen Sitzes, die entfernte Lage Erfurts, der Umstand, dass die Fürsten, welche die zwischen beiden belegenen Länder beherrschten, meist wenig geneigt waren, bewaffnete Durchzüge zu gestatten, endlich die unzureichenden finanziellen und militärischen Mittel des Erzstifts es unmöglich machten. Es ist dies derjenige Punkt der vorliegenden Frage, wo das Faktische und Rechtliche am weitesten auseinander liegen, und der es erklärlich macht, dass so entgegengesetzte Ansichten über die staatsrechtlichen Verhältnisse der Stadt zum Erzstift haben obwalten können. Bei der weiter unten folgenden Darstellung des Ganges, welchen jenes thatsächlich genommen, wird sich mehrfach Gelegenheit bieten, auf diesen Gegenstand zurückzukommen.

Auch hier muss wieder die wahre Bedeutung einiger Umstände, aus denen man die Reichsunmittelbarkeit Erfurts herleiten zu können geglaubt hat, näher geprüft werden.

Hierhin gehört zunächst dessen Erwähnung in der goldenen Bulle Kaiser Karl IV. (1356). Dieses Gesetz hat jedoch überhaupt nicht die Absicht gehabt, Bestimmungen über Reichsstandschaft und Reichsunmittelbarkeit zu treffen. Am wenigsten ist dies hinsichtlich Erfurts der Fall gewesen. Erwähnung geschieht dieser Stadt in dem ersten Capitel, welches darüber Bestimmungen enthält, wie es gehalten werden solle, wenn die Kurfürsten sich zur Königswahl nach Frankfurt begeben. Unter denen, welche bei dieser Gelegenheit den Herzögen von Sachsen und den Markgrafen von Brandenburg Geleit

zu gewähren haben, ist denn auch Erfurt aufgeführt, ¹⁸³⁾ offenbar, weil es eben so wie die Besitzungen der neben ihm Erwähnten auf dem Wege lag, den die genannten Fürsten einzuschlagen hatten, wenn sie von ihren Residenzen aus sich nach Frankfurt begeben wollten. Eine gleiche Verpflichtung wurde andern Orten auferlegt, von denen es feststeht, dass sie zu jener Zeit nicht reichsunmittelbar waren, z. B. der Stadt Mainz. Aber selbst abgesehen hiervon und wenn man auch annimmt: dass der Kaiser eine solche Verpflichtung nur von ihm selbst belehnten Ständen habe auferlegen können, würde ein Schluss auf die Reichsunmittelbarkeit der Stadt Erfurt nicht gerechtfertigt sein, da der Rath derselben zu jener Zeit die Herrschaft Capellendorf unmittelbar vom Reiche zu Lehn trug.

Ebensowenig entscheidet der Umstand, dass Erfurt eine Zeitlang dem Bunde der Hanse angehört hat (seit 1430, ¹⁸⁴⁾ für dessen Reichsfreiheit, da die letzteren keinesweges eine Bedingung der Zulassung war und sogar die Mehrzahl der Städte, welche den Bund bildeten, der Klasse der Mediatstädte angehörte. ¹⁸⁵⁾

Ein nicht viel grösseres Gewicht ist dem Umstande beizumessen, dass mehrfach Fürsten- und Reichstage in Erfurt abgehalten sind. Zwar beruft sich Barthold (l. c. II. S. 57) als auf einen Beweis von den widerspruchsvollen Verhältnissen Erfurts darauf, dass der Kaiser Fürstentage und noch spät Reichsversammlungen, von denen die Sitte Städte unter landesherrlicher Hoheit, ja selbst Bischofssitze ausschloss, wenn sie eigen waren, in Erfurt abgehalten, und wir stehen nicht an ihm in Beziehung des Letztgesagten beizupflichten, nur können wir nicht zugeben, dass noch spät, d. h. nach der Zeit, wo diese Sitte festen Bestand gewonnen, in Erfurt Reichstage abgehalten worden sind.

¹⁸³⁾ Aur. Bulla Cap. I. p. 14. Ducem vero Saxoniae, Archimareschallum sacri Imperii, tenebitur conducere Rēx Bohemiae, Moguntinensis et Magdeburgensis Archiepiscopi: Item Bambergensis et Herbipolensis Episcopi, Marchio Misnensis, Landgravius Hassiae, Item Fuldensis et Hersfeldensis Abbates; Burggravii Nurembergenses. Item illi de Hohenlohe, de Wertheim, de Brunecke, de Hanau, de Falkenstein. Item civitus Erfordia, Muhlhusen, Nuremberg, Rotenberg et Windesheim. p. 15. Et hi omnes proxime nominati Marchionem Brandenburgensem sacri Imperii Archicamerarium similiter conducere tenebantur.

¹⁸⁴⁾ Dominikus l. c. S. 354.

¹⁸⁵⁾ Lanzizolle, Grundzüge S. 70.

Die Erfurter Chronisten berichten zwar von einer grossen Anzahl derartiger Versammlungen, die daselbst abgehalten wären, die meisten derselben sind aber mehr als apokryphisch. So der 1151 angeblich von König Conrad III. abgehaltene, der schon Falkenstein (l. c. S. 66, Anm. e) etwas zweifelhaft schien. Denn wie die diplomatische Nachweisung über den Aufenthalt der deutschen Könige und Kaiser von Heinrich V. bis Rudolph I. in Raumers Geschichte der Hohenstaufen (II. S. 517 fg. und VI. S. 620 fg.) und Böhmer Regesta reg. a Conrad. I. ad Henric. VII. (pag. 114—121) ergeben, hat Conrad sich weder in dem genannten Jahre noch überhaupt im Laufe seiner ganzen Regierung in Erfurt befunden. Eben so wenig hat der angebliche Reichstag Kaiser Friedrich I. von 1160 existirt, wie auch bereits Falkenstein (l. c. S. 68) darthut. Friedrich befand sich während dieses ganzen Jahres in Italien, konnte also unmöglich einen Reichstag in Deutschland halten.

Eine schreckliche Verwirrung herrscht über den Reichstag, den der genannte Kaiser im Anfange der achtziger Jahre des zwölften Jahrhunderts in Erfurt abgehalten. Dass ein solcher wirklich stattgefunden, ist nicht zweifelhaft, nicht nur dass die wichtige Begebenheit, die sich auf ihm zutrug, die Unterwerfung Herzog Heinrich des Löwen, vielen gleichzeitigen Geschichtsschreibern Gelegenheit bot seiner zu gedenken, sondern es ist auch die Urkunde über die Verleihung von Stade an den Erzbischof von Bremen, die weiter unten näher erwähnt werden wird, ausgestellt zu Erfurt: in solenni curia. Aber über das Jahr, in welchem dies geschehen, weichen die Angaben sehr ab. Erhard (l. c. S. 13) nennt das Jahr 1176. Das Chroni. civitat. Erford. (bei Menken script. T. II. p. 561), der Monachus Weingartensis Chroni. de Guelphis (in Leibnitz Script. Brunsv. T. I. p. 793) und Gudenus (l. c. p. 37) geben 1180, wogegen nach Godefried Monachus ad an. 1181 und Heinecc. Ant. Gosl. (in dess. Script. rer. Germ. pag. 181) die Sache in das Jahr 1181 fallen soll. Arnold von Lübeck, derjenige gleichzeitige Geschichtsschreiber, dem wir den vollständigsten Bericht über diese Begebenheit verdanken, nennt zwar keine Jahreszahl ausdrücklich, der Zusammenhang ergiebt jedoch, dass auch er sie in 1181 setzt.¹⁸⁶⁾ Falkenstein (l. c. 69), der aber bei dieser Gelegenheit einen schlagenden

¹⁸⁶⁾ Die Chronik Arnolds von Lübeck, übersetzt von Laurent, S. 66.

Beweis von seiner Flüchtigkeit giebt, ¹⁸⁷⁾ will, dass der Kaiser 1180 nur das Weihnachtsfest in Erfurt gefeiert, den Reichstag dagegen erst 1181 abgehalten habe, wobei er sich auf die *Histor. de Landgrav. Thuring. c. 25. p. 1317* und den *Erphord. Antiquit. Variloquus p. 479* beruft. Wenn es hier aber heisst: *Imperator rediens de Saxonia generalem curiam circa festum S. Mariae Erfordiae indixit et servavit*, so macht schon dies die Sache sehr zweifelhaft, weil, wie aus Raumer (*l. c. II. S. 545*), sich ergibt, Friedrich in der Zeit, die der Anwesenheit in Erfurt vorhergegangen sein müsste, nicht in Sachsen, sondern in Oberdeutschland (August in Nürnberg, September in Regensburg, October in Augsburg) sich befunden hat. Auch Kortüm ¹⁸⁸⁾ nennt das Jahr 1182 als das, wo Heinrich der Löwe gestürzt wurde, welches Jahr auch die *Annal. Bosov. ¹⁸⁹⁾* und die handschr. Chronik von Erfurt in der Wiener k. k. Hofbibliothek fol. 14 ¹⁹⁰⁾ angeben. Sifr. Presbyt. ad an. 1184. Alzreiter *Annal. Boj. gent. P. I. Lib. XXIII. c. 4.* Albert Stad. *Chronie ad an. 1183* setzen jenen Reichstag in das Jahr 1183. Büнау ¹⁹¹⁾ nimmt, da er in einer seiner Quellen beim Jahre 1180, in einer andern beim Jahre 1182 einen in Erfurt gehaltenen Reichstag erwähnt gefunden hatte, keinen Anstand, zwei verschiedene Reichstage, die 1180 und 1182 abgehalten wären, aufzuführen. Das Richtige ist unzweifelhaft: dass der Reichstag, auf dem sich Heinrich der Löwe dem Kaiser unterworfen, im Jahre 1181 stattgefunden hat, wie auch Raumer (*l. c. Th. II. S. 271*), Pfister (*Gesch. d. Deutschen II. S. 421*), Luden (*l. c. S. 441*) annehmen; nur dies ist dem ganzen Gange der Begebenheiten entsprechend. Jede andere Annahme führt zu nicht zu lösen-

¹⁸⁷⁾ Er erzählt: Anno 1180 feyerte der Kayser Fridericus I. das Weihnachtsfest in Erffurt. Bei dieser Gelegenheit schlug er den Landgrafen Ludovicium V. oder Pium zum Ritter und erklärte dessen Bruder Hermannum zum Pfalzgrafen in Sachsen — und wenige Zeilen später: Anno 1182 hielte der Kaiser Friedericus I. einen Reichstag zu Erffurth, auf welchem er unter andern Hermannum, Landgrafen Ludovici V. in Thüringen Bruder, zum Pfalzgrafen in Sachsen erklärte.

¹⁸⁸⁾ Kaiser Friedrich I. S. 192.

¹⁸⁹⁾ cf. Luden, *Geschichte d. teutsch. Volks. XI. S. 687.*

¹⁹⁰⁾ Anno Domini MCLXXXII. Imperator Fridericus curiam suam circa festam sancti martini erfordia tenuit ubi comes Hermannus frater Ludewici lantgravis comes palatinus efficitur saxonie.

¹⁹¹⁾ *Leben Friedrich I. S. 269 u. 276.*

den Widersprüchen. ¹⁹²⁾ Für die vorliegende Frage ist dieser Gegenstand übrigens ohne wesentliche Bedeutung, da das als feststehend angesehen werden kann, dass Friedrich I. nur einen Reichstag in Erfurt abgehalten hat.

Die durch den Einsturz eines Saales in dem Marienstiftsgebäude so verhängnissvoll gewordene Fürstenzusammenkunft im Jahre 1184 war kein Reichstag, wie unter andern Büнау (l. c. S. 282) sie nennt, sondern eine Versammlung einiger Thüringischer Dynasten, die König Heinrich (nicht Kaiser Friedrich selbst, wie Gudenus l. c. p. 39 und einige spätere Chronisten angeben) bei Gelegenheit seiner Rückkehr von dem Zuge nach Polen veranstaltet hatte, um eine Aussöhnung zwischen Erzbischof Conrad und Landgraf Ludwig herbeizuführen. ¹⁹³⁾

Gudenus (l. c. p. 235) und Falkenstein (hist. S. 650) behaupten endlich: dass noch 1567 wegen der Grumbachschen Händel und anderer Angelegenheiten ein Reichstag in Erfurt abgehalten worden sei, es ist dies aber keinesweges ein Reichstag, sondern ein s. g. allgemeiner Kreistag gewesen, der sich von dem ersteren sehr wesentlich unterscheidet, da theils sein Zweck nicht dahin ging, über die Angelegenheiten des Reiches im Allgemeinen Beschlüsse zu fassen, sondern auf einem solchen nur Gegenstände vorkamen, welche in einem vorher stattgefundenen Reichstage zur Separatverhandlung verwiesen waren, theils die allgemeinen Kreistage nicht von allen

¹⁹²⁾ Raumer ist jedoch noch der Ansicht: dass Kaiser Friedrich sich ausser im Jahre 1181 auch 1180 und 1182 zeitweise in Erfurt aufgehalten habe; er hat sich hierzu durch das schon gedachte Diploma Friderici I. Imp. quo Archiepiscopo Bremensi castrum et borgum Stade cum pertinentibus donavit. Datum apud Herbsfordium in solenni curia, was in den vorhandenen Abdrücken (Lünig Spic. Eccles. Tom. I. Cont. Append. p. 106. Staphorst hist. eccles. Hamburg. dipl. I. a. 588. Lindenbrog Script. Sept. pag. 168. Westphalen monum. III. p. 1030. Orig. Guelf. III. p. 552) das Datum vom 16. Cal. December 1680 trägt, und die Urkunde über den zwischen Landgraf Ludwig von Thüringen und dem Abt Siegfried von Hersfeld abgeschlossenen Vergleich in dem Abdruck bei Wenck (Hessesch. Landesgesch. II. Urkund. S. 15) in civitate Erfordie, 30. November 1182 bestimmen lassen. Böhmer l. c. S. 141 nimmt jedoch, und jedenfalls mit Recht an, dass Friedrich I. blos 1181 in Erfurt anwesend gewesen sei, und dass die beiden obenerwähnten Urkunden gleichfalls in dies Jahr fallen.

¹⁹³⁾ Falkenstein l. c. S. 70. Rothe, Thür. Chron. S. 303.

Reichsständen persönlich oder durch Vertreter, wie die Reichstage, beschickt, sondern die Versammlungen auf ihnen nur durch Deputirte der Kreise gebildet wurden.¹⁹⁴⁾ Die allgemeinen Kreistage verhielten sich zu den Reichstagen etwa, um einen Vergleich aus modernen Zuständen herzunehmen, wie Ministerconferenzen zu Fürstencongressen. Seit der Reichstag in Regensburg permanent wurde, kamen die allgemeinen Kreistage ab. Bei dem 1567 zur Ausführung der auf dem nächstvorhergegangenen Reichstage in Regensburg gefassten Beschlüsse abgehaltenen, wurde Erfurt um deswillen als Ort der Zusammenkunft bestimmt, weil es dem Schauplatze der Grumbachschen Händel benachbart war, und die Aufbringung der durch diese herbeigeführten Kosten den Hauptgegenstand der Verhandlung bilden sollte.¹⁹⁵⁾

In der früheren Zeit hing die Auswahl des Ortes, wo ein Fürsten- oder Reichstag gehalten werden sollte, lediglich von den Bestimmungen des Königs ab, der zuweilen, wenn sie ihm gerade gelegen waren, ganz unbedeutende Orte wählte. Um bei Thüringen stehen zu bleiben, mag nur an den bereits erwähnten Reichstag zu Arnstadt 954, und an die Reichstage zu Berka und Gerstungen 1084¹⁹⁶⁾ erinnert werden. Erst nach Errichtung der goldnen Bulle entstand die Ansicht, dass der Kaiser vor Ansetzung des Reichstages mit den Reichsständen eine Vereinbarung zu treffen habe; festen Bestand erhielt dieselbe aber erst seit es üblich wurde, in den Wahlkapitulationen den Kaiser zu verpflichten, sich mit den Kurfürsten wegen der eigentlichen Wahlstatt, d. h. des Orts der Reichsversammlung jedesmal zu vergleichen. Erst in einer noch späteren Zeit fing man an daran festzuhalten, dass ein Reichstag nur in einer Reichsstadt gehalten werden dürfe. Da aber von den Reichsstädten auch wieder nur solche für dazu tauglich erachtet wurden, in welchen die verschiedenen in Deutschland gleichberechtigten Religions-

¹⁹⁴⁾ Häberlin, Handbuch d. Teutsch. Staatsrechts. Thl. I. S. 575. Moser von der teutsch. Kreisverfass. Cap. 9.

¹⁹⁵⁾ Erfurtischer Kreisabschied, d. 27. Sept. 1567 in der N. Samml. d. Reichsabschied. P. III. p. 15. p. 263 fg. Häberlin, Neuste Teutsch. Reichsgeschichte. Thl. VII. p. 308. p. 318 — 364.

¹⁹⁶⁾ Annalista Saxo bei Eccard. Corp. hist. med. aevi. T. I. p. 564. Chronic. Abb. Usperg.

parteien öffentliche Religionsübung hatten, ¹⁹⁷⁾ so ergibt sich, dass die ganze Einrichtung jünger sein muss, als die Reformation.

Der letzte in Erfurt abgehaltene Reichstag ist aber der im Jahre 1290 unter Rudolph von Habsburg. Dass damals Erfurt erwählt ward, erklärt sich sehr einfach dadurch, dass der Kaiser sich zu jener Zeit dort befand, wohin er sich zur Unterdrückung innerer Zwistigkeiten begeben, und wo er behufs Herstellung des Landfriedens in Thüringen seine Anwesenheit noch für einige Zeit nöthig hielt.

Die Zahl der wirklich in Erfurt gehaltenen Reichstage reducirt sich hiernach auf alles in allem drei, den unter Ludwig dem Deutschen im Jahre 852 ¹⁹⁸⁾ und die beiden erwähnten von 1181 und 1290.

Dass in dem Zeitraume, auf dem es hiernach bei der vorliegenden Frage allein ankommt, dem der Hohenstaufen und der ersten Kaiser nach dem Interregnum, sehr häufig Reichstage in Orten gehalten sind, die sich damals nicht im Besitze der Reichsunmittelbarkeit befunden haben, ist unzweifelhaft; die letztere kann also aus dem Umstande, dass in einer Stadt ein Reichstag abgehalten worden, durchaus nicht gefolgert werden.

So sind namentlich Reichstage gehalten zu Andernach 1215 ¹⁹⁹⁾, Aschaffenburg 1447, ²⁰⁰⁾ Bacharach 1351, Bamberg 1138, ²⁰¹⁾ Besançon 1157, Fulda 1190, ²⁰²⁾ und 1306, ²⁰³⁾ Halberstadt 1208, ²⁰⁴⁾ Merseburg 1152, ²⁰⁵⁾ Milbenstadt 1468, ²⁰⁶⁾ Spremberg 1350, Toul 1299, ²⁰⁷⁾ Wienerisch Neustadt 1460, Würzburg 1138, 1142, ²⁰⁸⁾

¹⁹⁷⁾ Häberlin, Handbuch d. deutsch. Staatsrechts. Thl. I. S. 478.

¹⁹⁸⁾ Nicht 850 wie Falkenstein l. c. S. 28 angiebt, vid. Annal. Francor. Pitthoei (Annal. Fuldens.) bei Freher-Struve script. II. p. 19.

¹⁹⁹⁾ Chronic. Mogunt. ad. an. 1215.

²⁰⁰⁾ Leibnitz, Cod. dipl. P. I. p. 771.

²⁰¹⁾ Otto Freising, Chronic. Lib. VII. c. 22. 23.

²⁰²⁾ Arnold Lubec. Chronic. Slav. Lib. IV. c. 3.

²⁰³⁾ Struve, Corp. Period. IX. Sect. III. p. 11.

²⁰⁴⁾ Gedofred monach. ad an. 1208.

²⁰⁵⁾ Otto Freising, L. II. de gest. Freder. c. 4. Annal. Paderb. Lib. VIII. p. 790.

²⁰⁶⁾ Müller Reichstagstheatr. IV. Vorst. 41. E. p. 291. — Datt de pace publ. c. 50.

²⁰⁷⁾ Hist. Austral. ad h. ann. — Chronic. Clanstro — Neoburg. col. 474 ap. Pez. Script. T. I.

²⁰⁸⁾ Dodechin Append. ad Chronic. Marian. Scot. in Pistorii script. ad ann. 1142.

1153, ²⁰⁹⁾ 1157, ²¹⁰⁾ 1164, ²¹¹⁾ 1168, ²¹²⁾ 1180, 1229, 1275, ²¹³⁾ 1285, ²¹⁴⁾ endlich 1290. ²¹⁵⁾

Noch weniger begründet ist es, wenn man, wie Tittmann (l. c. I. S. 88), aus dem Umstande, dass die Kaiser sich ab und zu in Erfurt aufgehalten, dessen Reichsunmittelbarkeit herleiten will. Rudolph I., auf den er sich hierbei namentlich beruft, hat allerdings längere Zeit in Erfurt verweilt; die Veranlassung hierzu ist schon oben angedeutet. ²¹⁶⁾ Die andern Kaiser haben nur selten und vorübergehend in Erfurt ihren Aufenthalt genommen, die meisten niemals.

Die Streiter für die Reichsfreiheit Erfurts haben sich ferner darauf berufen, dass die Stadt von der Gerichtsbarkeit der Thüringischen Landgrafen eximirt gewesen ist. Es ist schwer zu begreifen, wie man zu verkennen vermocht hat, dass dieser Umstand gerade für das Gegentheil von dem spricht, was er beweisen soll. Er könnte wohl den Ansprüchen der Landgrafen, nicht aber denen der Erzbischöfe entgegengestellt werden. Eben weil Erfurt mainzische Stadt war, konnte die Appellation von den dortigen Gerichten nicht an das den Landgrafen zuständige Landgericht gehen.

Wie wenig gerade die Jurisdictionsverhältnisse geeignet sind, die behauptete Reichsunmittelbarkeit zu unterstützen, ergiebt am deutlichsten das der Stadt von den Kaisern ertheilte Privilegium *de non evocando*, d. h. des Rechts, dass weder der Rath noch ein Bürger verpflichtet sein sollte, sich auf unmittelbar beim Kaiser oder dessen Hofgericht angebrachte Klagen einzulassen, und dass alle, die etwa hier Klage erheben, an das erzbischöfliche Gericht zu Erfurt verwiesen werden müssten.

Die erste Verleihung dieses Privilegiums erfolgte durch Kaiser

²⁰⁹⁾ Otto Freising, Lib. II. de gest. Fridr. c. 7.

²¹⁰⁾ Dlugoss. hist. Polon. ad ann. 1158.

²¹¹⁾ Concil. Labb. T. II. p. 1438. Guill. Neub. XI. c. 16.

²¹²⁾ Annal. Paderb. ad an. 1168.

²¹³⁾ Antiq. Goslar. ad an. 1275.

²¹⁴⁾ Chronic. Blg. p. 266.

²¹⁵⁾ Dumont Corps diplomat. T. I. P. I. p. 273.

²¹⁶⁾ Die Regesten von Böhmer ergeben, dass Rudolf I. sich auch in anderen Städten, die in staatsrechtlicher Beziehung sich höchstens in gleichem Verhältniss wie Erfurt befanden, öfters und zum Theil längere Zeit aufgehalten hat, so in Mainz (1275, 1276, 1282, 1285, 1286, 1287, 1288), in Würzburg (1274, 1287), in Wesel (1274) u. s. w.

Rudolf I., ²¹⁷⁾ der in dem zu Boppard am 22. Sept. 1282 ausgestellten Diplom ²¹⁸⁾ den Erfurtern das Recht bewilligte: dass sie weder gemeinsam noch einzeln vor fremde Gerichte gefordert werden sollten, so lange sie vor ihrem ordentlichen und gewöhnlichen Richter Folge leisteten, jedoch in der Art, dass bei Klagen über Rechte an Liegenschaften unter fremder Gerichtsbarkeit das Recht vor dem dortigen Ortsrichter zu suchen sei, wobei zugleich die herkömmlichen Gewohnheiten, Freiheiten und Rechte der Stadt bestätigt werden. ²¹⁹⁾ Das Privilegium de non evocando ist der Stadt

²¹⁷⁾ Falkenstein l. c. S. 279 giebt an, dass es zuerst von Kaiser Adolf 1375 ertheilt sei; dass dies unrichtig sein muss, ergibt sich schon daraus, dass Kaiser Adolf in dem genannten Jahre beinahe schon 80 Jahre todt war.

²¹⁸⁾ Lünig XIV. 432. Originale im Geh. Staatsarchiv zu Berlin und im Prov.-Archiv zu Magdeburg. Michelsen l. c. S. 7. Falkenstein S. 235.

²¹⁹⁾ Rudolffus Dei gratia Rom. Rex semper Augustus. Universis Sacri Imperii Romani fidelibus praesentes literas inspecturis gratiam suam et omne bonum. Volentes mediatione pervigili jugiter commoditatibus intendere subditorum, prudentibus viris, civibus Erffordens. dilectis nostris fidelibus, hanc gratiam duximus faciendam, quod ipsi universaliter ant singulariter, communiter vel divisim extra civitatem Erfordien. super causis vel quaestionibus quibuscunque ad iudicium alienum trahi non debeant, quam diu stare et parere juri voluerunt coram suo iudice Civitatis, et etiam ipse iudex de ipsis paratus fuerit quaerelandi justiciam exhibere. Praetera si quisque forinsecus alicui civi civitatis praedictae super bonis aliquibus sitis in iudicio alieno, reali actione movere voluerit quaestionem vel e converso, si aliquis civium praedictorum forinsecum convenire voluerit super bonis hujusmodi actionem suam coram iudice sub quo jacent bona de quibus est questio, prosequatur. Ceterum volumus quod iidem cives suis consuetudinibus, libertatibus et juribus, quibus hactenus sunt gavis omnimodo gaudeant libere et fruantur. In cujus rei testimonium praesens scriptum exinde conscribi et Majestatis nostrae sigillo fecimus communiri. Datum Bopardiae X. kal. October. Ind. X. Anno Domini MCCLXXXij. Regni nostri Anno nono. Wenn der Verfasser der hist. Relation von Erfurt angiebt: dass das vorstehende Privilegium sich nur auf die auswärtigen Besitzungen der Stadt bezogen, und sich auf eine Bestätigung der ihr bereits von den Landgrafen von Thüringen ertheilten, denselben Gegenstand betreffenden Privilegien beschränkt habe (Falkenstein l. c. S. 160), so liegt hier sehr wahrscheinlich eine Verwechselung mit König Rudolfs Bestätigung zweier 1282 ausgestellten Privilegien und Schutzbriefen Landgraf Alberts von Thüringen für die Stadt Erfurt, d. Erford. IX. Kal. Mart. 1290 (im Geh. Staatsarchiv zu Berlin und im Prov.-Arch. zu Magdeburg) zu Grunde.

demnächst von den nachfolgenden Kaisern bestätigt, so von Kaiser Carl IV., von Wenzel im Jahre 1381. Der letztere erklärt hierbei: Wir freyen den Rath und Stadt zu Erffurth, dass sie oder die Ihrigen, oder keine der Ihrigen sammetlichen oder sonderlichen um keinerley Sache, Schulden oder Zusprache, welcherley die ist oder würde oder entstünde, in künftigen Zeiten niemand, was Wesens, Würdigkeit der oder die auch ist oder seynd, vor uns und unsere Nachkommen, oder vor das Reichs Hof Gerichte fürbass nicht mehr laden oder heischen solle oder heischen lassen, und ob das von jemanden geschehe, wissens oder unwissens, so soll man sie wieder weisen mit der Sache gen Erffurth vor des Ertzbischofs zu Mayntz Gericht und dann schuldigen Rechtens pflegen sollen, und soll man das thun, als dick das Noth geschicht, alsdann vor Alters Herkommens ist. ²²⁰⁾

Es war dies lediglich die Anwendung eines schon in der goldenen Bulle (Tit. XI. Von Freyheit der Churfürsten) im Allgemeinen ausgesprochenen, für die Besitzungen der Erzbischöfe von Mainz in den Privilegien König Albrechts von 1298 Idus Sept., König Heinrich VII. 1310 IV. Idus Jun. und König Ludwig 1334 XIII. Kal. Januar schon vorher anerkannten und durch Kaiser Friedrich 1459 Montag nach St. Lucien und Ottilien noch besonders bestätigten Rechtsgrundsatzes, ²²¹⁾ der, wie eine grosse Anzahl vorgekommener Fälle darthut, besonders gegen die heimlichen Gerichte in Westphalen gerichtet war, auf einen einzelnen Ort.

Des Diploms König Ruprechts, d. Heidelberg am St. Thomas-tage 1403, wodurch das Jus de non evocando gleichfalls bestätigt wurde, ist bereits oben gedacht. Eine fernere Bestätigung ertheilte Kaiser Sigismund der Stadt d. Presburg am Tage S. Petri ad vincula 1429. ²²²⁾

Wie wenig das Privilegium de non evocando mit der staatsrechtlichen Stellung der Stadt zu thun gehabt hat, ergiebt sich unter andern auch daraus: dass dieselbe sich ein solches auch von

²²⁰⁾ Falkenstein l. c. S. 279. 280.

²²¹⁾ Bulla Pap. Pii II., nach welcher der Schotten-Abt (zu Erfurt) erkündigen soll: ob in Kaiser Karl IV. aurea bulla Ursachen, dass die Unterthanen der drei geistlichen Churfürsten nicht vor fremde Gerichte gezogen werden sollen, d. 1469. — Mathiae Abts zu Schotten Attestatum, dass Aurea bulla solches disponiren, d. 1470. Alenstein, Index. pag. 158.

²²²⁾ Im Prov.-Archiv zu Magdeburg.

den Päpsten ²²³⁾ und selbst vom Concilium zu Basel ²²⁴⁾ hat bestätigen lassen, und dass sogar die Erzbischöfe von Mainz ²²⁵⁾ der Stadt dasselbe Privilegium: dass die Bürger nicht vor auswärtige Gerichte sollten gezogen werden dürfen, ertheilt haben.

Noch mag bemerkt werden, dass das gleiche Privilegium sich vielfach namentlich bischöfliche Städte von den Kaisern haben ertheilen lassen, so Mainz, Osnabrück, Eger u. s. w. ²²⁶⁾

Endlich haben die, welche Erfurt als reichsunmittelbar angesehen haben wollten, sich darauf berufen, dass der Stadt von deutschen Kaisern und Königen vielfach Privilegien ertheilt worden. Dass die Erlangung irgend eines Gnadenbriefs des Reichsoberhauptes an sich schon die Reichsunmittelbarkeit begründet habe, wird Niemand behaupten; es kommt daher wesentlich auf den Inhalt dieser Privilegien an. Wir werden uns daher nicht entbrechen können, hier auf den derjenigen, welche der Stadt Erfurt von Königen und Kaisern ertheilt worden, näher einzugehen.

Das älteste derselben ist, so weit die vorhandenen Nachrichten reichen, ²²⁷⁾ das von Kaiser Friedrich II. im Juli 1234 zu Reate ausgestellte. ²²⁸⁾ Der Kaiser besagt darin: dass, nachdem seine getreuen Erfurter Bürger ihn unterthänigst gebeten, dass er sie unter seinen Schutz nehme und die Gebräuche, Gewohnheiten und alten Rechte, deren sie bisher genossen, ihnen und ihren Erben gnädigst bestätige, er ihre Bitten gütigst angenommen und in Anbetracht der reinen Treue und der aufrichtigen Ergebenheit, welche sie stets unerschüttert zu ihm und dem Reiche getragen, und zu hegen nie aufhören würden, die vorgedachte Stadt Erfurt und deren Bürger mit allem ihren Gute unter unmittelbaren kaiserlichen Schutz und

²²³⁾ Von Paul II. d. Romae Id. Nov. 1469, von Sixtus IV. ib. IV. Kal. Jul. 1480, von Pius III. ibid. VIII. Idas 1503 (Prov.-Archiv zu Magdeburg).

²²⁴⁾ D. Basil. VII. Kal. Febr. 1437. (ibid.)

²²⁵⁾ Erzbischof Gerlach, 1349, d. Sabatho ante St. Margaretham und 1. Nov. 1359. — Erzbischof Johannes, d. Erfordiae fer. II. post dom. Oculi 1398. Erzbischof Conrad, d. Erfor. fer. V. post diem b. Lamperti 1420. Erzbischof Adolph, d. Mogunt. 26. Juli 1468. Erzbischof Berthold ibid. 8. April 1497 (sämmtlich im Prov.-Archiv zu Magdeburg).

²²⁶⁾ Barthold l. c. I. S. 191. cf. Bodmann, cod. epistol. Rudolphi I. p. 184. Petzel, Kaiser Karl. Th. I. p. 57.

²²⁷⁾ Erhard l. c. S. 15.

²²⁸⁾ Lünig XIV. 427. Falkenstein l. c. S. 87. Das Orig. im Prov.-Archiv zu Magdeburg.

Schirm nehme und alle guten Gebräuche und nachgewiesenen Gewohnheiten, sowie auch die alten Rechte, deren die genannten Bürger bis dahin rechtlich und frei genossen, in der vorgenannten Stadt gedachten Bürgern von Erfurt und ihren Erben aus Gnaden für alle Zeit bestätige, wobei zugleich auf das Strengste angeordnet und bestimmt werde, dass Niemand es wagen solle, die genannten Bürger, seine Treuen, oder deren Erben dem Inhalte dieses Schutz- und Bestätigungsbriefes entgegen zu beschweren oder in dem Genuss zu stören.

Darüber, was zur Ertheilung dieses Gnadenbriefes Veranlassung gegeben, kann kein Zweifel obwalten. Erfurt war damals mit Erzbischof Siegfried III., der Forderungen an die Stadt gestellt hatte, zu deren Leistung sie sich nicht verpflichtet glaubte, in Zwist gerathen.²²⁹⁾ Der Erzbischof wendete sich an König Heinrich, der

²²⁹⁾ J. M. Gudenus, hist. Erf. p. 51 sagt: Propter bella Saracenica aliasque turbas Moguntinum aerarium erat exhaustum: cui ut succurerent Erfurtenses a Sigefrido III. imperatum. Cunctati illi nec praesentis Domini auctoritatem satis respexerunt. Subfuit aemulatio quaedam, vel invidia, videturque malum illud, quod postea Rudolphus Caesar cum rebellium capitibus succidit, jam initium sumpsisse. Insuper Friederico Caesari, quem a Papa excommunicatum Sigefridus persequi debebat, Erfordia, sicque partibus Gibellinorum adhaesit: ideo confirmatis privilegiis specialiter in protectionem suam Caesar urbem receperat sed haec eidem cum Caesare banno innodata. Es hat aber eben so wenig der Umstand: dass die Stadt zur gibellinischen Partei stand, die Veranlassung zu jenem Privilegium gegeben, wie sie den Bann ihres Beschützers, des Kaisers Friedrich zu theilen gehabt hat. Der Letztere befand sich damals gar nicht im Bann. Er hatte sogar gerade, als er das Erfurter Privilegium erliess, mit dem Papste Gregor IX. eine Zusammenkunft zu Rieti (Funk, Geschichte Kaiser Friedrich II. S. 167), um mit diesem gemeinschaftliche Massregeln zur Wiederunterwerfung der empörten päpstlichen Unterthanen zu vereinbaren, auch stand der Papst, wie Raumer (Hohenstaufen III. S. 393) dargethan hat, in dem Streite zwischen dem Kaiser und seinem Sohne, König Heinrich, auf der Seite des Ersteren. Selbst mit Erzbischof Siegfried stand der Kaiser damals noch auf gutem Fusse. Der Bann über Erfurt war speciell über dieses und zwar vom Erzbischoff verhängt. Val. Fried. de Gudenus, Cod. dipl. I. S. 335 giebt als Ursache des Zwistes an: Quoniam anno praeterito dum (Archiepiscopus) in regis quadam fuisset expeditione, ab ipsis (Erfordiensibus) in curribus et militibus juvamen petierat et subsidium, quod iam ipsi renuebaut dominum suum graviter exacerbarunt. Falkenstein, der sich auch hier wie so oft begnügt, urtheillos die Nachrichten seiner Quellen hinter einander aufzu-

damals in Stelle seines zur Zeit in Italien weilenden Vaters die Reichsverwaltung in Deutschland führte, und dieser suchte auf dem Reichstage zu Frankfurt 1234 beide Theile zu versöhnen. Die Erfurter verwarfen aber das königliche Schiedsgericht, worauf der Erzbischof sie in den Bann that und der König während seiner Anwesenheit in Altenburg Anfang Juli 1234 die Reichsacht über sie verhängte. Die Stadt recurrirte hierauf an den Kaiser selbst, der, schon längere Zeit mit dem Verfahren seines Sohnes unzufrieden, mehrfach von diesem ohne vorherige Rückfrage abgemachte Sachen, sobald sie an ihn gelangt waren, in entgegengesetztem Sinne entschieden hatte.²³⁰⁾ Dies geschah nun auch in der Erfurter Angelegenheit durch das schon erwähnte Privilegium vom Juli 1234. Heinrich sah sich hierdurch genöthigt, durch eine zu Boppard am 11. September 1234 ausgestellte Urkunde²³¹⁾ die Acht wieder aufzuheben und den von kirchlichen Strafen Befreiten ihre Privilegien zu bestätigen und zu gewährleisten.²³²⁾ Erfurt erlangte auf diese Weise durch das in Rede stehende Privilegium Kaiser Friedrich II. allerdings einen wesentlichen Vortheil, von einer Reichsunmittelbarkeit ist darin aber auch nicht im Entferntesten die Rede, sowie es überhaupt nicht in der Absicht lag, dadurch neue Rechte zu verleihen, vielmehr nur der Kränkung der bisherigen entgegengetreten werden sollte.

Friedrich II. hat noch ein zweites Mal Veranlassung gehabt, Erfurt in seinen besonderen Schutz zu nehmen. Erzbischof Siegfried, dem der Kaiser vielfache Wohlthaten erwiesen, der sein Gefährte in dem Kampfe gegen die Lombarden gewesen, zu dem er so hohes Vertrauen gehegt, dass er ihn seinem Sohn Conrad, als dieser 1237 zum deutschen König gewählt worden, an die Seite gegeben,²³³⁾ der Conrad noch 1240 auf dem Zuge nach Eger be-

führen, erzählt die Sache sehr verwirrt, und macht aus einem Vorfall zwei, deren ersten er in das Jahr 1232, den zweiten in das Jahr 1234 setzt (l. c. S. 80 und 82). Da das Chron. Sampetrinum, pag. 256, auf das er sich beruft, die Zeit, in welcher die Stadt sich unter erzbischöflichem Interdict befunden, in den Zeitraum a quarte feria ante palmas usque III. Calendas Augusti setzt, so liegt dieser nicht hinter dem, wo die Stadt in der Reichsacht war, sondern fällt mit ihm zusammen.

²³⁰⁾ Raumer l. c. III. S. 686.

²³¹⁾ Im Geh. Staatsarchiv zu Berlin. Lünig, XIV. 427. Falkenstein l. c. S. 81.

²³²⁾ Barthold l. c. II. S. 105. 106.

²³³⁾ Pfisters Gesch. d. Teutschen. II. S. 556.

gleitet hatte, ²³⁴⁾ fiel, nachdem von Neuem der päpstliche Bann über Friedrich verhängt war, von diesem ab. Die gegen ihn von dem Abgeordneten des Papstes Albert von Beham verhängte Excommunication ²³⁵⁾ scheint den Erzbischof zu diesem Schritte geführt zu haben, denn er wendete sich gleich darauf an diesen, um durch seine Vermittelung mit dem Herzoge Otto von Bayern, damals dem Hauptgegner Friedrichs in Deutschland, ein Bündniss abzuschliessen. ²³⁶⁾ Siegfried war denn auch der erste, der den Bannspruch des Papstes im Reiche bekannt machte, ²³⁷⁾ und der, welcher es sich am meisten angelegen sein liess, die Wahl eines Gegenkaisers herbeizuführen. ²³⁸⁾ In Folge dessen sammelte 1243 der König von Böhmen ein Heer, um im Interesse Friedrichs den Erzbischof feindlich zu überziehen. ²³⁹⁾ Dieser hielt auch seine Sicherheit für dermassen gefährdet, dass er Geld und Lehen an Eberhard von Bremberg gab, damit er ihn gegen jeden, besonders gegen Friedrich II. und dessen Anhänger schütze. ²⁴⁰⁾ In diesem Kampfe zwischen dem Papst und dem Kaiser standen nun die deutschen Städte überall auf der Seite des letzteren. Selbst die dem Kaiser abgeneigten rheinischen Prälaten erklärten auf Alberts Aufforderung: sie dürften nichts gegen den Kaiser unternehmen, weil ihnen die Bürger für solchen Fall den Tod angedroht hätten. ²⁴¹⁾ So stand denn auch bei dieser Gelegenheit die Stadt Erfurt zum Kaiser und musste daher nothwendig mit dem Erzbischof in Zwiespalt gerathen. In der Besorgniss, dass dieser daraus Veranlassung nehmen könnte, sie in den bisher besessenen Rechten zu kränken,

²³⁴⁾ Albert von Beham. Herausgeb. v. Höfler. Stuttg. 1846. S. 5.

²³⁵⁾ Alb. v. Beham l. c. S. 19. 21.

²³⁶⁾ Alb. v. Beham l. c. S. 30.

²³⁷⁾ Pfister l. c. S. 572 sagt: „Die Bischöfe gingen einer nach dem andern (zur päpstlichen Partei) über; zuerst der Erzbischof Siegfried von Mainz, der, wie es scheint, schon früher den Kaiser mit dem Banne bedrohte, weil er den Erfurtern, mit welchen er in Streit lag, beistand.“ Das Privilegium Friedrich II. von 1242 ergiebt aber deutlich: dass der Kaiser sich erst, nachdem der Abfall Siegfrieds bereits erfolgt war, der Erfurter gegen ihn angenommen hat.

²³⁸⁾ (Funk), Gesch. Kaiser Friedrich II. S. 329.

²³⁹⁾ Alb. v. Beham l. c. S. 31.

²⁴⁰⁾ Bremberg dipl. Urk. 1.

²⁴¹⁾ Aventin. ann. Boj. VII. 4. 29—33. v. 1. Aventin excerpta ex Albert. 787. 796. Raumer, Gesch. d. Hohenstaufen IV. S. 87.

wandte sie sich an den Kaiser, der ihr 1242 aus seinem Feldlager (in castris) denn auch nachstehenden Gnadenbrief ertheilte:

In Anbetracht der reinen Treue und aufrichtigen Ergebenheit, welche die Bürger von Erfurt, unsere Getreuen, zu uns und dem Reiche stets gehegt haben und hegen, so wie auch der guten und willkommenen Dienste, welche sie uns und dem Reich fortwährend leisten, indem wir auch in Betracht ziehn, wie die genannten Bürger sich gegen Siegfried, den Erzbischof von Mainz, als er sich gegen uns und das Reich verrätherisch empörte, unserer Partei angeschlossen und uns tapfer gegen denselben beigestanden, ihre Stadt, ihre Personen, so wie ihr Habe und Gut unserem Dienst und Willen zur Verfügung stellend, wollen wir die gedachte Stadt Erfurt und alle ihre Bürger, hohe und geringe, mit ihren Familien, Besitzungen, Ländereien, allem ihren Habe und Gut, liegendem und fahrenden, welches sie sowohl in der Stadt als ausserhalb derselben besitzen, unter unsern und des Reiches Schutz, Schirm und Gnade nehmen. Deshalb befehlen wir hierdurch männiglich: dass Niemand die gedachten Bürger von Erfurt, unsere Getreuen, in ihren Personen, Familien, Ländereien und sowohl beweglichen als unbeweglichen Gütern, welche sie sowohl in der Stadt selbst als ausserhalb derselben inne haben, zu belästigen irgend wie sich herausnehme. Wer dies dennoch wagen sollte, der mag wissen, dass ihn unsere höchste Ungnade treffen werde. ²⁴²⁾

Die Dienste, deren hierin gedacht wird, sollen nach Falkensteins, ²⁴³⁾ aber durch nichts näher begründete Angabe, in einem Präsent von einer ziemlichen Summe Mark Silbers, das die Bürgerschaft dem Kaiser gemacht, bestanden haben.

Die Fassung des vorstehenden Gnadenbriefs kann keinen Zweifel darüber lassen: dass es sich nicht um die Verleihung neuer, sondern um den Schutz gegen die Beeinträchtigung bereits bestehender Rechte gehandelt habe. Von einer Reichsunmittelbarkeit, einem Begriffe, den auch, wie oben ausgeführt worden, diese Zeit noch gar nicht kannte, ist darin nicht im Entferntesten die Rede.

Wenn es auch bei den beiden ersten Erfurt zu Theil gewordenen kaiserlichen Privilegien nöthig schien, die Veranlassung zu deren Ertheilung ausführlich zu besprechen, so wird dies doch bei

²⁴²⁾ Prov.-Arch. zu Magdeburg. Lünig XIV. 428. Falkenstein I. c. S. 86.

²⁴³⁾ I. c. S. 87.

den übrigen entbehrlich sein. Denn von der Zeit an, wo der Kampf der mittelbaren Städte mit ihren Landesherren über den Umfang der gegenseitigen Rechte begann, also seit dem zwölften Jahrhunderte, wurde es besonders bei den bischöflichen Städten Sitte, sich von jedem neuen Kaiser eine Bestätigung ihrer Rechte ertheilen zu lassen. „Es kann auffallen,“ bemerkt Stobbe, ²⁴⁴⁾ „dass immer von Neuem dieselben Privilegien und die bereits von den Vorgängern ertheilten Rechtssätze anerkannt und bestätigt werden. Diese Erscheinung erklärt sich dadurch, dass es im Mittelalter an einer richtigen Würdigung des Wesens der Staatsgewalt fehlte. Wenn man auch im Allgemeinen wusste, dass Handlungen des Kaisers oder Landesherren, sofern sie staatliche Verhältnisse betrafen, auch von den Nachfolgern unangetastet bleiben mussten, so war man doch nie sicher, dass eine solche Anerkennung auch thatsächlich erfolgen würde; man suchte sich daher durch immer neue Bestätigungen gegen einen unberechtigten Angriff zu schützen.“ — Gaupp ²⁴⁵⁾ sagt: „Die Kaiser suchten dem faktischen Zustande, wie er sich in den Unruhen der vorigen Zeiten gebildet hatte, auch eine rechtliche Grundlage zu geben. So erklärt sich die grosse Menge von Urkunden, die von ihnen herrühren, durch die kein neues Verhältniss geschaffen, sondern nur dasjenige bestätigt werden sollte, was sich schon früher von selbst gebildet hatte. Das aber gehört zum Tone des Mittelalters, dass bei jeder Gelegenheit Bestätigung aller möglichen Rechte von neuem nachgesucht wird, und in dieser Hinsicht scheinen die alten Zeiten beinahe noch schreibseliger als die unsern gewesen zu sein.“

Eine besondere Veranlassung liegt daher in der Regel diesen Urkunden nicht zum Grunde, eben so wie ihre Fassung fast stereotyp ist, und sie sich nur auf die Erklärung beschränken, dass die Stadt, deren Namen die Urkunde aufweist, in den bisherigen Rechten verbleiben und darin vom Kaiser geschützt werden solle. Da der bei Extrahirung solcher Privilegien verfolgte Zweck vorzugsweise darin bestand, einen Schutz gegen das Streben der Territorialherren auf Erweiterung ihrer Rechte zu erlangen, so ist es erklärlich, dass gerade die mittelbaren Städte sich vorzugsweise haben angelegen sein lassen, dergleichen Privilegien zu erhalten. Aner-

²⁴⁴⁾ Gesch. d. deutschen Rechtsquellen. I. S. 486.

²⁴⁵⁾ Ueber deutsche Städtegründung. S. 70.

kannt reichsunmittelbare Orte bedurften dessen viel weniger. Der Umstand, dass einer Stadt der Reihe nach von allen Kaisern, oder doch von vielen derselben, solche Gnadenbriefe ertheilt worden, spricht daher nicht für, sondern gerade gegen ihre Reichsunmittelbarkeit.

Die Reihe der der Stadt Erfurt ertheilten Diplome, die sich lediglich auf Bestätigung der bisherigen Privilegien beschränken, eröffnet das von Kaiser Rudolph I. vom 10. Novbr. 1279 zu Linz, ²⁴⁶⁾ das sich von dem erwähnten Kaiser Friedrich II. von 1234 im wesentlichen nur darin unterscheidet, dass die Worte: Privilegia, gratias, commoda noch hinzugefügt sind. Hierauf folgt das von König Adolf von Nassau, d. Eisenach XVI. Calend. Febr. (17. Januar) 1293, ²⁴⁷⁾ in das abermals drei pleonastische Worte: indulta, immunitates et gratiae universae quocunque nomine censeantur eingeschoben wurden. Dessen Nachfolger Albrecht I. fügte bei der von ihm ertheilten Bestätigung d. Nürnberg XVII. Kal. April 1304 ²⁴⁸⁾ zwar noch das Wort: concessionones, aber auch die Maassgabe hinzu: dass die Bestätigung nur auf die Privilegien Anwendung finden solle, welche rite et rationabiliter concedirt wären. In dem Privilegium Heinrich VII. d. Cöln IV. Non. (2.) Febr. 1309 ²⁴⁹⁾ wird der Stadt eine Bestätigung aller ihrer Privilegien, Freiheiten und Rechte, wie sie in den Briefen der vorhergehenden Könige und Kaiser enthalten waren, ertheilt. Auch in der Urkunde d. Rotenburg XV. Kal. August 1309, ²⁵⁰⁾ die sich auf die Hülfe, welche Erfurt in dem Kriege gegen Markgraf Friedrich dem Könige zugesagt, bezieht, bestätigte dieser gelegentlich die Privilegien der Stadt. Dass hierbei besonders die, welche ihr von den Landgrafen von Thüringen verliehen worden, hervorgehoben werden, findet darin seine Erklärung: dass deren Fortbestand durch die damals obwaltenden politischen Verhältnisse gefährdet schien.

Bei der demnächst eingetretenen Doppelregierung hielt die Stadt es für das Rathsamste, sich von beiden Königen eine Bestätigung ihrer Privilegien ertheilen zu lassen. Friedrich der Schöne erneuerte

²⁴⁶⁾ Im Prov.-Arch. zu Magdeburg. Lünig, XIV. 431. Falkenstein l. c. S. 113.

²⁴⁷⁾ Im Prov.-Arch. zu Magdeburg. Lünig, XIV. 440. Falkenstein l. c. S. 169.

²⁴⁸⁾ Ebendas. cf. Falkenstein, S. 171. Michelsen, Rathsverfassung S. 7.

²⁴⁹⁾ Ebendas. cf. Michelsen l. c.

²⁵⁰⁾ Herrmannsch. Copialbuch Nr. 4.

denn auch d. Baden IV. Idus (9.) Oct. 1326 ²⁵¹⁾ die von seinen Vorfahren im Reich ertheilten Gnadenbriefe, und Ludwig der Baier bestätigte d. München dominic. Invocavit (25. Febr.) 1330 ²⁵²⁾ der Stadt die Privilegien, welche sie von seinem Grossvater dem Kaiser Rudolf und andern Kaisern und Königen erhalten habe. Es ist hier noch das Wort: consuetudines hinzugefügt. — Eine zweite Bestätigung der früheren Privilegien ertheilte Kaiser Ludwig der Stadt d. Frankfurt in crastino S. Viti 1337, ²⁵³⁾ mit der Maassgabe: dass niemand befugt sein solle, wegen Anforderungen an das Reich oder an das Erzstift Mainz oder dessen Erzbischof die Stadt Erfurt oder einen Bürger derselben zu pfänden, anzugreifen oder sonst zu beschweren. Obwohl die Stadt vorzugsweise durch dies demnächst von Karl IV. d. Norimb. X. Kal. Januar 1355 ²⁵⁴⁾ bestätigte Privilegium den Beweis ihrer Reichsunmittelbarkeit zu führen versucht hat, so geht doch gerade umgekehrt daraus hervor: dass der Erzbischof damals als Landesherr von Erfurt angesehen ward, indem es sonst Niemandem hätte einfallen können, sich wegen Forderungen an diesen an die Stadt zu halten. Die entgegengesetzte Schlussfolgerung würde zu der Annahme führen, dass Erfurt auch für unabhängig von Kaiser und Reich habe erklärt werden sollen.

Kaiser Ludwig hat der Stadt demnächst noch d. Würzburg am St. Nicolaus Abend 1342 ²⁵⁵⁾ ein Privilegium dahin ertheilt: „dass sie allermenlichen undt Alle Lüte, wie die genant oder wo sie gesessen sind, die zu in in ir Stadt zu Erffurdt faren und darinen bey ihnen sitzen und wohnen wollen, zu ihren Bürgern nehmen und empfahren sollen — ohne allein eigene leute und die unvorrechnete Ambtlute.“ Es war dies ein Privilegium, was sich zu jener Zeit alle einigermaassen erhebliche Städte ertheilen liessen, und das in dem allgemeinen Rechtsgrundsatz: die Luft macht frei und die Luft macht eigen, ²⁵⁶⁾ seinen Grund hatte.

Das Privilegium Kaiser Karl IV. d. Speier Non. Januar 1348 ²⁵⁷⁾ zeichnet sich durch noch grösseren Wortreichthum so wie dadurch

²⁵¹⁾ Im Geh. Staats-Arch. zu Berlin. Baumann, Voluntar. Consort. 78.

²⁵²⁾ Im Prov.-Archiv zu Magdeburg. Baumann l. c. 108.

²⁵³⁾ Im Geh. Staatsarch. zu Berlin und im Prov.-Arch. zu Magdeburg.

²⁵⁴⁾ Herrmannsch. Copialbuch Nr. 27.

²⁵⁵⁾ Ebendasselbst Nr. 12.

²⁵⁶⁾ Gaupp, Städtegründung. S. 173.

²⁵⁷⁾ Im Prov.-Archiv zu Magdeburg. cf. Falkenstein l. c. S. 237.

aus, dass darin, wenn auch nur nebenher des Verhältnisses der Stadt zum erzbischöflichen Stuhl gedacht wird. Der langen Rede kurzer Sinn ist aber doch nur der, dass keinesweges neue Rechte verliehen, sondern nur die bestehenden bestätigt werden. ²⁵⁸⁾ Auch von den späteren Kaisern hat sich bis zur Reduction Erfurt dergleichen Bestätigungen seiner Privilegien ertheilen lassen, da sie aber sämmtlich keine neuen materiellen Bestimmungen enthalten, so sind sie ohne allen Einfluss auf die vorliegende Frage. ²⁵⁹⁾

Stellen wir die Beziehungen Erfurts in dem in Rede stehenden Zeitraume denen der beiden thüringischen Städte, die sich unbestritten im Besitze der Reichsfreiheit befanden, Mühlhausen und Nordhausen, gegenüber, so ergeben sich neue Gründe gegen die Reichsunmittelbarkeit des ersteren.

Von keinem der gleichzeitigen Chronisten wird Erfurt je als königliche Stadt bezeichnet, was doch in Betreff der beiden andern

²⁵⁸⁾ Aehnlichen Inhalts sind zwei andere von Karl IV. ertheilte Bestätigungen der städtischen Privilegien, d. Nürnberg am St. Stephanstage 1355 (im Geh. Staats-Arch. zu Berlin) und d. München II. Non. Januar 1355 (d. i. 4. Jan. 1356 da man das Jahr damals mit dem März anfang). Des von demselben Kaiser der Stadt wegen des Besitzes der Herrschaft Capellendorf ertheilten Privilegiums wird weiter unten gedacht werden.

²⁵⁹⁾ König Wenzeslaus Bestätigung des Schutzes und der Freiheiten der Stadt Erfurt, d. Frankfurt, Mittwoch nach St. Margarethen 1382. — Privilegium König Ruprechts d. d. Heidelberg feria V. post B. Luciae virg. 1401. Von dessen Privilegium von 1403, in welchem gleichfalls eine Bestätigung der Rechte der Stadt enthalten ist, ist bereits oben die Rede gewesen. — König Sigismunds Bestätigung der Privilegien der Stadt Erfurt, d. Constanx, Montag nach Judica 1415. — Von König Friedrich IV. d. Frankfurt, Donnerstag nach S. Kilian 1442 und d. Augsburg, Freitag vor Cantate 1473. Von Karl V., d. Worms d. 15. April 1521 und Augsburg 28. März 1548 (gleichzeitig mit einem Revers: dass der der Stadt ertheilte Gnadenbrief den Rechten des Erzbischofs von Mainz und dem Erzstift keinen Eintrag thun sollte; Falkenstein l. c. S. 625 fg.), von Kaiser Ferdinand I., d. Augsburg 12. März 1559, von Kaiser Maximilian II., d. Augsburg 8. März 1566 (mit Beifügung der Clausel: doch dem Erzbischof von Mainz an seinen Rechten unvorgriffen, gegen welche aber Seitens des Raths Protestation eingelegt wurde, Alenstein, Index S. 555), von Kaiser Rudolph II., d. Breslau den 4. Juni 1577, von Kaiser Mathias, d. Prag den 23. October 1612, von Kaiser Ferdinand II. d. Wien den 9. October 1620, von Kaiser Ferdinand III., d. 27. October 1651 (sämmtlich Voraufgeführte im Prov.-Archiv zu Magdeburg), von Kaiser Leopold I. 1659. (Alenstein Index p. 877.)

genannten Orte sehr häufig geschieht. ²⁶⁰⁾ Als Kaiser Rudolf I. ²⁶¹⁾ die Herzöge von Braunschweig und Sachsen zu Verwesern über die Reichsstädte und über alle königlichen Vesten, Schlösser, Städte, Dörfer, Ministerialen, Vasallen und sonstigen kaiserlichen Rechte in den Landen Sachsen, Thüringen und Slavien einsetzte, wird unter den ersteren nur Lübeck, Goslar, Mühlhausen und Nordhausen, nicht aber Erfurt aufgeführt. So flossen in Nordhausen die Erträge von den Juden unmittelbar dem Könige zu. ²⁶²⁾ Ein Reichsschultheiss stand dort an der Spitze der Verwaltung. ²⁶³⁾ In peinlichen Sachen führte der kaiserliche Reichsgerichtsvogt den Vorsitz. ²⁶⁴⁾ Erst von Karl VII. wurde unterm 14. August 1743 die Stadt selbst mit dem Reichsschultheissen – und Reichsvogteiämte belehnt, und diese Belehnung demnächst von jedem neuen Kaiser wiederholt. Das Recht der Befestigung war der Stadt vom Kaiser unmittelbar verliehen; ²⁶⁵⁾ Kaiser Sigismund ertheilte derselben die Erlaubniss, auch die Vorstädte zu befestigen. ²⁶⁶⁾

Der Stadt Mühlhausen wurde von Kaiser Konrad III. 1251 ein Privilegium dahin ertheilt: dass sie nie Seitens der Könige verpfän-

²⁶⁰⁾ So beispielsweise im Chronic. Sampetr. Menken script. III. 239. 264 und in einer Urkunde: Datum et actum in castris prope Sebecke 1307 VIII. Kal. August. Ulricus inferioris Alsatie Lantgravius notum facit ad quaestionem Regis Romanorum Alberti, an ex quo Albertus Thuringiae Lantgravius Landgraviatum suum Regi Adolpho pro certa summa pecuniae venditum, pro cuius summae parte ipsi civitates imperii Mulhusen et Northusen obligatae fuissent, ab imperio alienasset et aliis tradidisset, hae civitates in ejus potestatem manere deberent, judicatum esse per principes et nobiles: civitates illas imperio reddendas esse nisi Lantgravius Lantgraviatum imperio restitueret. (Mühlhausen. Stadt-Arch. A. Nr. 86.)

²⁶¹⁾ Urkunde von 1280 in Riedel, Cod. diplom. Brandenb. Hauptth. II. Bd. I. S. 14. — Barthold l. c. III. S. 76. 106.

²⁶²⁾ Urkunden von Kaiser Ludwig, d. Arnstadt 1323. (Förstemann, urkundliche Geschichte von Nordhausen, Urk. Nr. 14), vom 24. Octob. 1337 (ibid. Nr. 18). Kaiser Karl IV. trat die Judengefälle demnächst an die Stadt ab. Urkunde vom 22. Juli 1350 (ibid. Nr. 20).

²⁶³⁾ Protokoll über ein Zeugenverhör vor dem Reichsschultheissen Heinrich von Wenden in Sachen der Stadt Nordhausen wider die Grafen Heinrich von Schwarzburg und Heinrich von Hohenstein (im Nordhäuser Stadt-Archiv).

²⁶⁴⁾ Urkunde Kaiser Karls V., d. Regensburg, 6. Juli 1532 (daselbst).

²⁶⁵⁾ Urkunde Kaiser Karl IV., d. Prag 28. März 1368 (Förstemann l. c. Nr. 31).

²⁶⁶⁾ Urkunde, d. Prag 13. December 1436 (Nordh. Stadt-Archiv).

det, noch eine ummauerte Burg darin errichtet werden solle; ²⁶⁷⁾ die Stadt war also offenbar königlich, eben so wie die oberen Beamten und die Regalien es waren. Denn Kaiser Konrad überliess in demselben Jahre die Besetzung des Schultheissenamtes, so wie die Einkünfte vom Zoll und der Münze der Bürgerschaft, ²⁶⁸⁾ und Berthold Graf von Henneberg bekennt (d. Arnstadt 1323), dass er das Schultheissenamt, das ihm Kaiser Ludwig verliehen, den Bürgern überlassen habe. ²⁶⁹⁾ Kaiser Ludwig versetzte (d. München 1337) der Stadt Mühlhausen für 1000 Mark löthigen Silbers, welche sie ihm zur Einlösung der Reichsgüter zu Nürnberg von der Gräfin von Nassau gegeben, dafür alles, was das Reich in Mühlhausen hatte, in der Stadt, den Dörfern und auf dem Felde, namentlich das Gericht zu Mühlhausen. ²⁷⁰⁾ Diese Verpfändung wurde von Karl IV. d. Prag 1348 erneuert. Dass die Judengefälle in Mühlhausen eben so wie in Nordhausen, den Königen zugestanden haben, ergibt sich unter andern aus Urkunden Kaiser Karl IV. d. Viennae 21. Juli 1349 ²⁷¹⁾ und d. Speyer 1349, ²⁷²⁾ so wie Kaiser Friedrichs d. Neuenstadt 1454. ²⁷³⁾

Die vorstehenden Beläge könnten leicht vermehrt werden, sie werden aber bereits genügen, um darzuthun, in welcher ganz andrer Stellung Mühlhausen und Nordhausen sich dem Kaiser und Reich gegenüber befanden als Erfurt.

Wenn aber in dem Bisherigen der vollständige Beweis geliefert sein dürfte, dass, so weit man bei der rechtlichen Seite der Frage

²⁶⁷⁾ Im Mühlhäus. Stadt-Archiv. A. Nr. 1. Grashoff, Comment. pag. 174.

²⁶⁸⁾ Mühlhäus. Stadt-Arch. A. Nr. 78.

²⁶⁹⁾ Daselbst Nr. 79.

²⁷⁰⁾ Das. Nr. 81. Grashoff, Comment. p. 203. Kaiser Ludwigs Vollmacht für seinen Heimlichen, den Grafen Berthold zu Henneberg mit denen von Mühlhausen wegen des Gerichts daselbst sich in des Kaisers Namen zu einigen, d. München 1337 (das. Nr. 82. Grashoff l. c. S. 203). — Urkunde gleichen Inhalts in Betreff der Verpfändung des Schultheissenamts, d. Nürnberg 1337 (das. Nr. 83. Grashoff p. 204). Schon vorher hatte Ludwig die dem Reiche aus Mühlhausen zustehenden Einkünfte dem Markgrafen Friedrich von Meissen für die Morgengabe seiner Tochter Mechtildis verpfändet. Urkunden, d. Bibrach an dem Montag nach dem 8. Tag nach Kreutzeserfind. 1332 (das. Nr. 88) und d. München Freitag nach Ostern 1332 (das. Nr. 89).

²⁷¹⁾ Mühlhäuser Stadt-Arch. N. Nr. 2.

²⁷²⁾ Daselbst. N. Nr. 5 und 6.

²⁷³⁾ Daselbst. N. Nr. 7 und 12.

stehen bleibt, Erfurt niemals eine Reichsstadt gewesen, und sich seit der Zeit der sächsischen Könige unter der Landeshoheit der Erzbischöfe von Mainz befunden, so bezieht sich doch alles Gesagte nur auf die Stadt selbst. Ganz anders stellt sich die Sache rücksichtlich der auswärtigen Ortschaften, welche ihr zugehörten. In Betreff dieser war Erfurt theils reichsunmittelbar, theils wenigstens nicht von Mainz abhängig. Dieser Umstand ist es besonders, der die Zwitterstellung, in der sich die Stadt Jahrhunderte lang befunden, herbeigeführt hat, aber auch vollständig den Schlüssel zu derselben bietet.

Reichsunmittelbar war die Stadt wegen des Besitzes der Herrschaft Kapellendorf, denn dass diese ein Reichslehn war und sich im Besitze der Regalien, wie namentlich des Münzrechts befand, ist unzweifelhaft. Auf die Angaben von Gudenus (l. c. p. 104), nach welchem diese Besitzung der Stadt vom Erzbischof geschenkt sein soll, und von Falkenstein (l. c. S. 225), demzufolge der erzbischöfliche Coadjutor, Cuno von Falkenstein, sie an die Stadt verkauft hat, braucht hier nicht weiter eingegangen zu werden, nachdem von Erhard ²⁷⁵⁾ unwiderleglich dargethan worden, dass die Erzbischöfe von Mainz niemals Kapellendorf besessen, dass dasselbe Seitens des Bischofs Heinrich von Constantia von dem Burggrafen Hartmann von Kirchberg käuflich erworben und demnächst 1348 von ersterem an die Stadt Erfurt, indem er ihr aus sonderlicher Liebe und Freundschaft die eine Hälfte schenkte, für 50 Mark löthigen Silbers, womit der Rath zu Erfurt gewisse Schulden für ihn bezahlt hatte und für eine jährliche Rente von 15 Mark löthigen Silbers verkauft ist. ²⁷⁶⁾ Burggraf Hartmann gab seine Einwilligung zu diesem Verkaufe und reichte die verkauften Güter, so weit er sie von anderen Herren zu Lehn gehabt, den Erfurtern wieder zu Lehn, so lange, bis sie beim Oberlehnsherrn die unmittelbare Belehnung ausgewirkt haben würden, wo er sie dann ihnen auflassen wollte. ²⁷⁷⁾ Direkt vom Burggrafen Hartmann erkaufte die Stadt hierauf noch die Dörfer Hohlstädt, Hammerstädt, Hausdorf, Ditterstedt, Schwabhausen, Koppanz, Ingau und Willgenau mit allen Gütern und Gerichten, ferner von dem Burggrafen Albert zu Kirchberg 1350 am Martinsabend die

²⁷⁵⁾ Geschichte des Schlosses und der Herrschaft Capellendorf in dessen Ueberlieferungen zur vaterländischen Geschichte. Heft I. S. 108. 136.

²⁷⁶⁾ Die Urkunde bei Erhard l. c. S. 130.

²⁷⁷⁾ Urkunde v. 1348, Sonnabend in der Gemeyntwochen, bei Erhard l. c. S. 131.

Dörfer Frankendorf, Stobra und Hermannstadt, sowie in demselben Jahre am Christabend von Hartung von Isserstedt das Dorf Schlotwin. Aus allen diesen Orten wurde nun die Herrschaft Kapellendorf gebildet. Allerdings ging dieselbe theilweise bei andern Herren zu Lehn, so Ingau und Willgenau beim Abte zu Hersfeld, Schlotwin bei den Grafen von Gleichen, Stobra und Hermannstadt bei dem Erzbischofe von Mainz, dagegen waren Schwabhausen und Koppanz unmittelbare Reichslehne, Kapellendorf aber, Frankendorf, Hammerstadt, Hohlstadt und Hausdorf freies Eigenthum. Die Stadt erwirkte nicht allein die Belehnung mit jenem Reichslehen, sondern trug auch Kapellendorf mit Zubehör dem Kaiser zu Lehn auf. Den ersten Lehnbrief erhielt sie von Karl IV., d. Prag am St. Martinsabend 1352.²⁷⁸⁾ Der Kaiser belehnt darin die Stadt Erfurt mit dem Hause Kapellendorf, der Münze, dem Wochenmarkt und mit einem Marktzoll, und mit den beiden Dörfern Schwabhausen und Koppanz, nebst allen Gerichten, Eigenthum, Lehenschaften, Burglehn, Rechten, Nutzungen, Freiheiten, Gewohnheiten und anderem Zubehör, bestätigt den Kauf dieser Güter und alle darüber ausgestellten Briefe, und adelt die Rathsmeister zu Erfurt so weit, um die Burglehne und anderen Lehne des Hauses Kapellendorf verleihen zu können, wie vormals die Burggrafen, ohne dass diese Belehnung den Empfängern in ihrem Adel oder sonst nachtheilig sein solle, und da die Erfurter das Haus Kapellendorf, welches von Alters her ein eigenes Haus gewesen, dem Reiche zu Ehren von diesem zu Lehn empfangen, so verspricht der Kaiser dagegen alle Reichslehen der Stadt auch ewiglich bei dem Reiche zu behalten und nie an andere Personen kommen zu lassen, erklärt auch Alles, was diesen Lehen, Bestätigungen, Gnaden und Freiheiten zuwiderlaufe, für nichtig und setzt auf deren Verletzung eine Strafe von 100 Mark löthigen Goldes.

Diese Belehnung wurde nicht nur von Karl IV. selbst 1355 am St. Stephanstage wiederholt, sondern auch von den nachfolgenden

²⁷⁸⁾ Erhard l. c. S. 133. Falkenstein l. c. S. 338. Avemann, d. Burggrafen von Kirchberg. Anh. S. 159. Das Origin. im Prov.-Arch. zu Magdeburg. Unter demselben Tage stellte der Kaiser noch eine zweite Urkunde aus, die sich gleichzeitig auf die Lehngüter und die sonstigen Handvesten und Gnadenbriefe der Könige bezog (Prov.-Archiv zu Magdeburg) und eine dritte, in welcher die Stadt im Besiz aller von ihr erworbenen Lehne und sonstigen Güter bestätigt, und die ihr ertheilten Freiheiten auch auf ihre ausserhalb wohnenden Bürger ausgedehnt wurden (daselbst).

Kaisern, so von Kaiser Sigismund, d. Costnitz am Montage nach Judica 1415, von Kaiser Friedrich d. Frankfurt am St. Margarethentage 1442, von Maximilian I. d. Mastricht am 24. Juli 1494, von Karl V. d. Worms 24. März 1521, von Maximilian II. d. Augsburg 8. März 1566, von Rudolph II. d. Breslau 4. Juli 1577, von Mathias d. Prag 24. Okt. 1612, ²⁷⁹⁾ von Kaiser Ferdinand II. 9. Okt. 1621, von Kaiser Ferdinand III. 1651. ²⁸⁰⁾

Aber schon 1446 hatte Erfurt die Herrschaft Kapellendorf wiederkäuflich auf 21 Jahre an Axel Vitzthum zu Rosla überlassen, gelangte jedoch, nachdem Herzog Wilhelm von Sachsen in der Fehde gegen die Vitzthume das Schloss erobert, durch Vertauschung gegen Wachsenburg, 10. April 1452, wieder in den Besitz. Welchen verhängnissvollen Einfluss die Verpfändung der Herrschaft an die sächsischen Fürsten im Jahre 1508 gehabt, und wie dieselbe die nächste Veranlassung zu den Ereignissen des s. g. tollen Jahres (1510) gegeben, ist bekannt.

Obwohl, wie die erwähnten kaiserlichen Lehnserneuerungen darthun, Erfurt auch noch ferner als Eigenthümerin von Kapellendorf angesehen wurde, so ist es doch zu einer Wiedereinlösung nie gekommen, theils weil es der Stadt an den erforderlichen Mitteln fehlte, theils weil sächsischer Seits alle mögliche Hindernisse entgegengestellt wurden. Die wirkliche Eigenthumsabtretung an Sachsen und die Ausstellung eines förmlichen Verzichtbriefes Seitens der Stadt hat jedoch erst unterm 10. Mai 1667, also nach der s. g. Reduction, stattgefunden. In rechtlicher Beziehung ist daher der Rath zu Erfurt in seiner Eigenschaft als Lehnsträger von Kapellendorf mehr als 300 Jahre hindurch, thatsächlich aber, nur mit geringer Unterbrechung, mehr als 150 Jahre lang reichsunmittelbar gewesen. Man darf übrigens nicht glauben, dass ein Widerspruch darin liege, dass eine mittelbare Stadt gleichzeitig unmittelbar sein solle, dass vielmehr Alles, was sie erwerbe, von selbst in das staatsrechtliche Verhältniss trete, in dem sie sich selbst befindet. Dergleichen Fälle, wie der hier vorliegende, wo Jemand gleichzeitig unmittelbar vom Reich und von einem Territorialherrn Besitzungen zu Lehn trug, sind in jener Zeit ungemein häufig. ²⁸¹⁾

²⁷⁹⁾ Die Voraufgeführten sämmtlich im Erfurter Stadtarchive.

²⁸⁰⁾ Alenstein, Index pag. 659.

²⁸¹⁾ Tittmann, Heinrich d. Erlauchte. I. S. 25.

Die übrigen auswärtigen Güter, welche die Stadt Erfurt im Laufe der Zeiten erworben, waren zwar, höchstens mit Ausnahme von Vargula, sämmtlich nicht reichsunmittelbar, doch auch meist nicht von den Erzbischöfen von Mainz abhängig. Abgesehen von denjenigen Orten, die niemals der Stadt, sondern unmittelbar dem Erzstift gehört haben, und daher auch nicht von den eigentlichen städtischen Behörden, sondern von einer besonderen mainzischen Domainen - Rentkammer, dem Küchenmeisteramte, verwaltet wurden, und theils, soweit die Nachrichten reichen, stets erzbischöflich waren, wie Hochheim, Bindersleben, Ilversgehofen, Melchendorf, Daberstädt und Dittelstedt, ²⁸²⁾ und wahrscheinlich mit einzelnen Stadttheilen, namentlich dem Brühl, die ursprüngliche Ausstattung des Bisthums Erfurt gebildet haben, theils später erworben sind, wie das 1233 Seitens des Erzbischofs Siegfried von den Grafen von Gleichen erkaufte Witterda, waren nur wenige Orte des Erfurter Gebietes vor der Reduction von Mainz abhängig. Es waren dies nur: Möbisburg, Willrode (womit die Grafen von Gleichen von den Erzbischöfen beliehen waren), Azmansdorf (mainzisches Lehen der Burggrafen von Kirchberg, nach dem Heimfalle 1320 der Stadt von den Erzbischöfen zu Lehn gegeben), Meckfeld (gleichfalls als mainzisches Lehn von der Stadt besessen), Hermannstadt und Stobra, die zur Herrschaft Capellendorf gehörten, ²⁸³⁾ endlich Mühlberg, das, 1111—1137 Lehn des Erzstifts, später von diesem eingezogen, so weit es mainzisch geblieben war, 1357 nebst der Herrschaft Tondorf von Erzbischof Gerlach der Stadt überlassen worden war.

Alle übrigen der Stadtgemeinde zugehörigen, von der Reduction mit betroffenen auswärtigen Besitzungen hatten nicht in der mindesten politischen Beziehung zu dem Erzstift gestanden.

Die meisten derselben hatten früher den Grafen von Gleichen zugehört. Der Güter, welche die Stadt von diesen zu Lehn getra-

²⁸²⁾ Vide die von Faber Abhandl. v. Freigütern in Erfurt S. 72 und von Dominikus l. c. II. S. 159 mitgetheilte Urkunde Erzbischof Arnolds von 1157. In des Schreibers Bartholomäus Nachweis aller Renten und Rechte seines Herrn, des Erzbischofen Sigfried zu Mainz 1230—49 (im Prov.-Archiv zu Coblenz) sind als ländliche Ortschaften in denen die Erzbischöfliche Kammer Renten zu erheben hatte, genannt: Hochheim, Bindersleben, Eilbrechtsgehofen, Tutelstete, Mirchendorf, Taberstete.

²⁸³⁾ Erzbischof Gerlachs zu Mainz Lehenbrief für die Stadt Erfurt über die Dörfer Hermannstadt und Stobra, d. Erfurt am Freitage vor Pauli Bekehrung 1356. (Prov.-Archiv zu Magdeburg.)

gen, ward schon oben gedacht. Mit dem Erwerb der Grafschaft Viselbach kam die Stadt zugleich in den Besitz der Dörfer Linderbach, Kerspleben, Töttleben, Kleinmölsen, Hopfgarten, Ulla, Nohra, Bechstedtstrass, Uzberg, Sohnstedt, Oberrnissa, Münchenholzhausen, Windischholzhausen, Büssleben, Urbich, Rödchen.²⁸⁴⁾ Andere zur Grafschaft Gleichen gehörige Orte, die die Stadt erworben hat, sind Schwerborn, Gleichenscher Antheil, Zimmern supra, Marbach, Neuses.²⁸⁵⁾

Von den Landgrafen von Thüringen trug die Stadt namentlich Vargula²⁸⁶⁾ und Frienstädt zu Lehn. Die Herrschaft Vippach erkaufte sie 1387 von Otto von Vippach mit Einwilligung des Lehnsherrn, des Landgrafen Balthasar, von dem ihr auch 1391 die Belehnung ertheilt ward. Ueber die erst 1393 von Graf Heinrich von Hohenstein, Herrn von Klettenberg, als Vormund Konrad des Aelteren und Jüngerer von Tannrode und Stuffart angekauften Güter der letzteren wurde 1395 vom Landgrafen die Belehnung ertheilt. In Stotternheim, das die Stadt 1266 durch ein unter Vermittelung des Landgrafen getroffenes Abkommen von Ludwig von Stotternheim erwarb, war jener Lehnsherr des einen Gutes, der Graf von Schwarzberg des andern. Ermstädt hatte Landgraf Albert 1305 einigen Bürgern von Erfurt verkauft, die es demnächst dem Rathe überliessen. Zimmern infra, ursprünglich eine Orlamündische Besitzung, wurde 1345 als Lehn für ihm geleistete Dienste vom Landgrafen an die Stadt abgetreten. Ueber die Grafschaft Viselbach besaßen die Landgrafen die Oberlehnsherrlichkeit. Hermann von Husingerode, von dem die Stadt zuerst 1282 diese Besitzung erkaufte hatte,²⁸⁷⁾ war Afterlehnsträger der Grafen von Gleichen. Der Lehnsnexus aller

²⁸⁴⁾ Dominikus l. c. Thl. II. S. 247. 195. 198—228.

²⁸⁵⁾ Concordata und Verträge zwischen Grafen zu Gleichen etc. mit der Stadt Erfurt. — Dominikus l. c. I. p. 205. II. S. 103.

²⁸⁶⁾ Erkauft 1383 von Dietrich Schenk von Tautenburg (Nic. de Siegen, Chron. eccles. p. 403). Nach einer Urkunde Kaiser Friedrich III., d. Wien Freitag nach St. Lucien 1459 (Herrmannsch. Copialbuch Nr. 97), wurde Vargula Kaiserlicher Seits als unmittelbares Reichslehn angesehen. Das deshalb zwischen dem Kaiserlichen Kammerprocurator und der Stadtgemeinde Erfurt beim Reichskammergerichte anhängige Verfahren, sollte nach jener Urkunde so lange ausgesetzt werden, bis die dem Erzbischof Diether zu Mainz zur Nachsuchung der Belehnung mit den Regalien bewilligte Frist abgelaufen sei.

²⁸⁷⁾ Lünig l. c. S. 433. Falkenstein l. c. p. 121. Dominikus l. c. II. S. 246.

vorstehend aufgeführten Orte mit dem Hause Sachsen, das an die Stelle der Landgrafen von Thüringen getreten war, ²⁸⁸⁾ der in dem weimarischen Vertrage vom 3. Decbr. 1483 noch besonders anerkannt wurde, ²⁸⁹⁾ dauerte bis über die Reduction hinaus, und wurde erst durch den Leipziger Recess vom 29. Januar 1666 gelöst. Nach dem Artikel V. desselben sollte das Haus Sachsen an Churmainz das Dominium directum über die 17 Dörfer, die in den Viselbacher und Gispersleber Lehnbriefen genannt werden, abtreten, sowie Ollendorf, Schmira, Udestedt, Waltersleben und die Hälfte des Gerichts zu Gispersleben.

Kirchheim, Werningsleben und Bechstedtwagd hatten ursprünglich den Grafen von Henneberg gehört, von denen die Stadt sie (1355, 1414) erkaufte. Egstedt war früher eine Besitzung der Grafen von Kefernburg, von welchen der Rath auch 1379 Schellrode und Willrode erkauft hat, ²⁹⁰⁾ dann des Klosters zu Ichtershausen gewesen.

Lehnsherr eines Theiles von Schwerborn, der einen Hälfte von Stotternheim, sowie von Tröchtelborn waren die Grafen von Schwarzburg. Schmira, Ollendorf, Udestedt und Oltstedt waren schwarzburgische Afterlehne unter der Oberlehnsherrlichkeit des Hauses Sachsen. Nottleben war, bis es die Stadt 1562 erwarb, schwarz-

²⁸⁸⁾ Lehenschein für den Rath zu Erfurt über die auf der Burg zu Leipzig, Montags nach Allerheiligen 1441, von Seiten Herzogs Friedrich von Sachsen, in seinem und seines Bruders Namen, geschehenen Belehnung mit den Stücken, welche der Rath vormals von den Landgrafen zu Lehn getragen und die nunmehr den Herzögen zu Sachsen angefallen (Prov.-Archiv zu Magdeburg).

²⁸⁹⁾ Falkenstein l. c. S. 411. Des Rathes zu Erfurt Lehnrevers auf die von Kurfürst Friedrich und Herzog Johann zu Sachsen geschehene Belehnung mit dem zerbrochenen Hause zu Viselbach, den Dörfern Linderbach, Kerspleben, Töttleben, Wenigen-Mühlhausen, Viselbach, Hopfgarten, Ulla, Nohra, Bechstedt, Utensberg, Sohnstedt, Ober-Nisses, Mönchen-Holzhausen, Hochstedt, Windisch-Holzhausen, Büssleben, Urbich, Nieder-Nisses, Rödchen und Zimmern, ingleichen Vippach, Berlstatt und verschiedenen Getreidezinsen, namentlich dem Meissen-Korn zu Hohlstedt, alles von den Landgrafen in Thüringen herrührend. Freitag nach Simonis et Judae 1521. — Lehnbriefe der sächsischen Fürsten über denselben Gegenstand, d. Dresden, Montags in der Pfingstwoche 1540. Weimar, 3. Febr. 1576. 17. Febr. 1588. Dresden, 23. Oct. 1658 (Prov.-Archiv zu Magdeburg).

²⁹⁰⁾ Alenstein, Index. pag. 1083.

burgische Besetzung gewesen. Waltersleben wurde von den Grafen von Beichlingen, von denen der Rath es 1467 erkaufte, als schwarzburgisches Lehen besessen, während das Amt Sömmerda, das Erfurt 1388 und 1418 von den Grafen von Schwarzburg erwarb, von diesen nur als Lehn der Abtei Fulda besessen wurde, die auch ihre Einwilligung zur Veräusserung ertheilte. ²⁹¹⁾

Rohrborn, das die Stadt zuerst versatzweise 1466 von Hans von Huysburg erwarb, ging bei den Grafen von Beichlingen zu Lehn. ²⁹²⁾

Salomonsborn endlich war ein Lehn der Freiherrn von Bibra. ²⁹³⁾

Wir haben uns in dem Vorstehenden auf die Orte beschränkt, welche noch zur Zeit der Reduction der Stadt gehörten; gleiche Verhältnisse haben aber bei denen stattgefunden, welche sich nur vorübergehend in deren Eigenthum befunden haben, so namentlich bei denen, welche Erfurt von den Landgrafen erworben hatte, wie die kleine Comitie zu Mittelhausen (1270), ²⁹⁴⁾ Ringleben, Hassleben, Werningshausen, die s. g. Grafschaft an der schmalen Gera (Mittelhausen, Riednordhausen), Apfelstädt, Bischleben, Kornhochheim und Dietendorf, so bei den früher Fuldaischen, Ramstedt, Ober- und Nieder-Marbach ²⁹⁵⁾ und den Hersfeldschen Alendorf und Pfeddingsleben.

Das Verhältniss der Stadt zu den Landgrafen mag hier noch eine nähere Erörterung finden. Wenn diese auch niemals Landes-

²⁹¹⁾ Hermanns Abts zu Fulda Lehenbrief über die Dörfer Grossen Sömmerda und Schallenburg, Nieder-Marbach, ganz Ober-Marbach und Ramstedt dem Rath zu Erfurt ertheilt, d. 1440. Alenstein, Index. pag. 241. Aehnliche Lehenbriefe von den späteren Aebten zu Fulda. Zuletzt: Bischof Heinrich von Fulda, Lehenbrief für den Rath zu Erfurt über Gross-Sömmerda, Schallenburg, Nieder-Marbach und andere Fuldaische Lehenstücke, d. Fulda 5. Sept. 1761 (Prov.-Archiv zu Magdeburg).

²⁹²⁾ Hansen, Grafen und Herren zu Beichlingen, Lehenbrief für den Rath zu Erfurt über das Dorf Rohrborn 1468 am Dienstag nach St. Thomasabend. Gleicher Lehenbrief von Adam, Grafen und Herrn zu Beichlingen, Dienstag nach Oculi 1487 (Prov.-Archiv zu Magdeburg).

²⁹³⁾ Lehenbrief für den Rath zu Erfurt über das Dorf Salomonsborn mit den Gerichten daselbst und andern Zubehör von Georg von und zu Bibra, Rossrieth und Schwabheim, 7. Juli 1608 u. s. w. (Das.)

²⁹⁴⁾ Lünig l. c. S. 383. Menken, script. III. 2060. Falkenstein, Thüring. Chron. II. 793.

²⁹⁵⁾ Friedrich, Abt zu Fulda, Lehenbrief über das Dorf Nieder-Marbach, ein Drittel der Dörfer Ober-Marbach und Ramstedt u. s. w. der Stadt Erfurt ertheilt. A. 1388. Alenstein, Index. p. 241.

hoheit über Erfurt besessen haben, letztere vielmehr zur Zeit, als die Landgrafschaft eine bestimmte Form annahm und einen festen Bestand gewann, seit ihrer Verleihung an Ludwig den Bärtigen, bereits den Erzbischöfen zugestanden hat, so ist doch nicht in Abrede zu stellen, dass ein gewisses Abhängigkeitsverhältniss auch damals obwaltete. Die Landgrafen waren, namentlich in Betreff der Rechtspflege, die Vertreter der Könige für das ganze Thüringerland; sie waren es, denen es oblag, auf die Bewahrung des Landfriedens zu wachen. Von dem Landgedinge zu Mittelhausen, dem sie vorstanden, ist ohne Zweifel ursprünglich Erfurt ebensowenig wie die übrigen Städte, ²⁹⁶⁾ eximirt gewesen, wie denn überhaupt in dieser Zeit die Jurisdictionsverhältnisse sehr unbestimmt und schwankend waren. Dass Erfurt nicht ausser aller Beziehung zu dem Landgedinge zu Mittelhausen gestanden, darauf deutet auch der Umstand, dass dem Propste des Peterklosters die Verpflichtung oblag, Rücken- kissen und Behänge für die Sitze des Richters und der Beisitzer des Landgedinges zu beschaffen. ²⁹⁷⁾ Der eine der vier Dingstühle, in welche der Sprengel des Landgerichts zu Mittelhausen zerfiel, der zu Buttstedt, umfasste die Grafschaft Kevernburg und den Synodalbezirk Erfurt. ²⁹⁸⁾

Bekannt ist, dass noch später die Stadt Erfurt mehrfach vor das Landgeding vorgeladen ist, und wenn sie auch thatsächlich der Verpflichtung: diesen Vorladungen Folge zu leisten, sich zu entziehen gesucht hat, so ist doch das Recht des Landgrafen dazu von ihr nie in Abrede gestellt. Diese Umstände mögen die Hauptveranlassung dazu gegeben haben, dass die Stadt sich das schon früher erwähnte Privilegium de non evocando von den Königen hat ertheilen lassen.

Da nun ferner die Landgrafen wegen des ihnen für Thüringen zustehenden Geleitsrechts und als mächtigste Nachbarn die mannigfachste Gelegenheit hatten, den Erfurtern nützlich zu werden oder zu schaden, so war es sehr natürlich, dass diese sich angelegen sein liessen, von jenen ausdrückliche Schutz- und Gnadenbriefe sich ertheilen zu lassen. Das erste bekannte derartige Privilegium ist von Theodorich (dem weisen, dem Sohne Heinrich des Erlauchten)

²⁹⁶⁾ Tittmann l. c. I. S. 143.

²⁹⁷⁾ Legenda Bonifacii in Menken script. I. p. 846.

²⁹⁸⁾ Galletti, Gesch. Thüringens. Thl. II. S. 530 fg. Grashoff, Comment. de Mühlhausen. p. 83 fg.

VI. Nov. 1261 (im Geh. Staatsarch. zu Berlin) und enthält eine Bestätigung des *jus de non evocando* für die Stadt Erfurt, ist also offenbar von dem Landgrafen in seiner Eigenschaft als königlicher Landrichter ertheilt. Das zweite Privilegium ist von Landgraf Albrecht im Jahre 1282 ²⁹⁹⁾ ausgestellt, also in demselben Jahre, wo die Landgrafen in Folge des Ankaufs der Grafschaft Viselbach Seitens der Stadt in eine oberlehnsherrliche Stellung zu derselben getreten waren. Doch deutet der Hauptinhalt jenes Privilegiums, der der Stadt das Recht beilegt, sich gegen Befehder zu wahren, auch dahin: dass der Landgraf es zunächst deshalb ertheilt habe, weil die Aufrechthaltung des Landfriedens in Thüringen zu seinem Bereiche gehörte. Unterm XIV. Kalend. Aug. 1282 (im Geh. Staatsarchiv zu Berlin) ertheilte Landgraf Albrecht der Stadt gleichfalls eine Bestätigung des *jus de non evocando*, sowie ihrer Rechte überhaupt. Auch Landgraf Friedrich (der Freudige oder mit der gebissenen Wange), d. Erford XV. Kal. Jan. 1284 und Landgraf Friedrich III. (der Ernsthafte), d. Gotha am Tage nach dem Zwölften 1327 (beides im Geh. Staatsarch. zu Berlin), haben demnächst der Stadt Schutzbriefe und Bestätigung der Privilegien ertheilt. Es kann dies um so weniger Anstoss erregen, als sie wirklich die Oberlehnsherren des Rathes waren. Dieser Umstand genügt auch, um es zu erklären, dass die Landgrafen hin und wieder ³⁰⁰⁾ gelegentlich

²⁹⁹⁾ Im Geh. Staatsarch. zu Berlin. Lünig l. c. S. 439. Es ward bestätigt von König Rudolf Erfordia IX. Calend. Mart. 1290 (ibid.). Das Reichsstaatsrecht der damaligen Zeit hielt wenigstens theoretisch an dem Grundsatz fest: dass die Privilegien der Reichsstände zur vollen Gültigkeit der Genehmigung des Reichsoberhauptes bedürften. Unter Heinrich VII. wird 1310 auf dem Hoftage zu Speier erkannt: *quod nullus princeps aut dominus potest alicui oppido conferre vel concedere aliquas libertates, vel etiam privilegiare eisdem absque manu vel expreso consensu regis in cujus regnum ipsius domini situm exstitit.* (Monument. Germ. Legg. II. p. 500. cf. Stoppe, Gesch. d. Deutsch. Rechtsquellen. I. S. 487.) Von Seiten der sächsischen Fürsten wurde dies so wenig in Abrede gestellt, dass Kurfürst Ernst und Herzog Albrecht in einer Urkunde d. Weimar am Sonntage Laetare 1483 (im Geh. Staatsarchiv zu Berlin) der Stadt Erfurt noch besonders die Zusicherung ertheilten: dass der etwanige Mangel Kaiserlicher Bestätigung bei den von ihren Vorgängern ertheilten Privilegien, ihr nicht nachtheilig sein solle.

³⁰⁰⁾ Addit. ad Lambert. Schaffnaburg in Pistor-Struve Script. I. 429. Erphord. Antiq. Variloq. in Menken Script. II. 479. cf. Tittmann l. c. I. p. 67. 68.

als Herren von Erfurt bezeichnet werden, und man ist durchaus nicht zu der Annahme genöthigt, dass den Landgrafen Rechte über die Stadt selbst, die mit der Voraussetzung einer Landeshoheit der Erzbischöfe unvereinbar sein würden, zugestanden hätten.³⁰¹⁾ Wenn aber Barthold (l. c. II. S. 57) angiebt: dass der Landgraf von Thüringen als Träger der höchsten Schirmgewalt seiner Provinz und Schutzvogt einzelner geistlicher Stifter eine anmassungsvolle aber unfruchtbare Herrschaft über Erfurt in Anspruch genommen habe, so ist dies nur bedingt richtig, denn ganz unfruchtbar blieben diese Ansprüche keinesweges, da die Stadt für den ihr gewährten Schutz, namentlich das Geleitsrecht, Jahrgelder, die für die damalige Zeit ziemlich erheblich waren und im Laufe der Zeiten immermehr gesteigert wurden, zu zahlen hatte.

In dem Vorstehenden ist die den Hauptgegenstand dieser Untersuchung bildende Frage, das staatsrechtliche Verhältniss Erfurts zum Bisthum Mainz, vorzugsweise vom rechtlichen Standpunkt aus behandelt. Etwas anders stellt sich aber, wie schon mehrfach angedeutet worden, allerdings die Sache, wenn man das Thatsächliche ins Auge fasst. Man wird hierbei zu dem Ergebniss gelangen, dass beides keinesweges immer übereingestimmt hat, zeitweise sogar sehr

³⁰¹⁾ Auch Mühlhausen, obwohl unzweifelhaft keine landgräfliche Landstadt, befand sich doch in einem ähnlichen Verhältnisse zu den Landgrafen. cf. Alberti Thur. Landgrafii testimonium, quod telonum et moneta cum aliis juribus ad Senatum Mulhusanum pertineat. d. 1277 (Mühlhäuser Stadtarchiv. A. Nr. 11. Grashoff comment. p. 215). — Albertus Thuringiae Lantgravius promittit litteram patentem Alberti Rom. regis procurare civibus suis in Molhusen, continentem: quod idem rex infra annum unum nullas petitiones aut exactiones requirere debet. d. Wartburg. in octav. b. Michael. 1298 (das. A. Nr. 87). Albertus Thuringiae Lantgravius promittit: cives in Mulhusen, qui ipsi pro officio sculteti, pro moneta et theloneo, pro pensione quae Rente dicitur in vulgare, similiter pro pensione regia uffe der Hö, nec non pro petitione ipsum in Mulhusen contingente et pro omnibus aliis singulis annis, quamdiu ab ipso non absolvantur, ducentas marcas, mediatatem in festo beatae Walpurgis et mediam partem in festo beati Michaelis dare debent, ad ulteriora munera et exactiones non compellere. d. Wartburg in crastino Epiphaniae 1300. (Das. A. Nr. 91.) — Wenceslaus Rom. Rex verordnet Landgraf Balthasar zu einem Landrichter der Stadt Mühlhausen, d. 1385 (das. D. Nr. 16). Auch Mühlhausen wurde vom Kaiser Rudolf das Recht verliehen: dass ihre Bürger nur bei verweigerter Rechtshülfe, sonst aber nicht, vor das Landgericht sollten gezogen werden können. (Grashoff Comment. p. 83.)

weit auseinander gegangen ist, und dass der faktische Zustand einem durch Jahrhunderte sich hinziehenden Schwanken und Hin- und Herwogen unterlegen hat. Dieses nun durch die verschiedenen Zeiträume hindurch zu verfolgen, zu zeigen, welche Mittel die Stadt angewendet hat, um die Unabhängigkeit vom Erzstift zu erringen, welche Erfolge ihr hierbei zu Theil geworden sind, durch welche Umstände sie zuletzt doch, schon dem Ziele nahe, um den Preis aller ihrer Anstrengungen gebracht ist, wird der Gegenstand des nun folgenden zweiten Hauptabschnitts dieser Untersuchung sein.

Es ist oben dargethan, dass etwa von der Mitte des zehnten Jahrhunderts ab die Erzbischöfe von Mainz sich in Betreff Erfurts im unbeschränkten Besitze aller der Rechte und Nutzungen befunden haben, welche nach den damaligen Begriffen die Territoriallandeshoheit bildeten. Dies Verhältniss dauerte mehr als zwei Jahrhunderte unangefochten fort. Von da ab wurde aber auch Erfurt von der allgemeinen Bewegung, welche die städtischen Gemeinden aller Länder des romanischen und germanischen Europa ergriffen hatte, mit erfasst.

Es bildet diese Zeit einen sehr entschiedenen Wendepunkt in der Geschichte der Städte. Bis dahin war das, was das Ausscheiden einer Stadt aus dem sie umgebenden platten Lande herbeiführte, sie zu einer städtischen Gemeinde nach den damaligen Begriffen machte, das Immunitätsprivilegium, durch welche der bischöfliche oder fürstliche Ort von der Grafschaft exemirt und die gräfliche Gewalt auf von dem Territorialherren eingesetzte Beamte, namentlich den Vogt, übertragen wurde, gar nicht den Bürgern, sondern dem Herrn der Stadt ertheilt. Da die wesentlichste Veränderung darin bestand, dass die Rechte, welche der König bis dahin unmittelbar ausgeübt, auf einen Reichsstand übergingen, so war die Ertheilung von dergleichen Privilegien mehr dem Interesse der Städte entgegen, als ihm förderlich. Die letzteren konnten dies nicht verkennen und sie strebten daher dahin, Privilegien zu erlangen, welche nicht ihrem Herren, sondern ihnen selbst ertheilt würden. Ihre Bemühungen waren nicht erfolglos. Seit dem Anfange des zwölften Jahrhunderts ³⁰²⁾ kommen dergleichen bald von dem Reichsoberhaupt, bald von den Landesherren zum Besten der Städte selbst und ihrer Einwohner ertheilte Gnadenbriefe vor, welche zwar vor-

³⁰²⁾ Stobbe, Gesch. d. deutsch. Rechtsquellen. I. S. 485.

zugsweise den bereits bestehenden Rechtszustand anerkannten, zum Theil aber auch die Absicht zeigten, die städtische Einwohnerschaft zu heben. Diese Erfolge reizten zu weiteren Schritten. Noch im Laufe des zwölften Jahrhunderts tritt das Streben der Städte, besonders der ältesten und bedeutendsten hervor, nicht nur der ferneren Erweiterung der herrschaftlichen Gerechtsame entgegenzutreten, sondern auch die Befugnisse des Oberherrn einzuschränken oder ganz zu beseitigen, überhaupt aber möglichste Unabhängigkeit und Selbstständigkeit zu erringen. Die Geschichte des zwölften und dreizehnten Jahrhunderts ist erfüllt von merkwürdigen Beispielen dieses Kampfes. Die Städte folgten hierbei nur dem Beispiele, was ihnen die Herrschaften selbst gaben, indem diese, die bisher ihre Rechte mehr in der Eigenschaft königlicher Beamten ausgeübt, anfangen, sich selbsteigene landesherrliche Rechte beizulegen.³⁰³⁾

Die Städte Italiens waren es, in denen jene Bewegung ihren Anfang nahm und von wo aus sie sich auf die übrigen Länder des Abendlandes ausbreitete. Auf die Geschehnisse Deutschlands ist dieser Umstand von sehr wesentlichem Einfluss geworden. Denn da es dort die Kaiser selbst waren, gegen welche die Freiheitsbestrebungen gerichtet wurden und da diese in den lombardischen Städten gerade ihre mächtigsten und hartnäckigsten Gegner fanden, so wurde bei ihnen die unbefangene Anschauung getrübt und eine ungünstige Stimmung gegen diese Bewegung im Allgemeinen hervorgerufen.

So ist es erklärlich, dass, so nahe auch das Beispiel Frankreichs lag, wo (seit 1120) das Anschliessen an die Städte das wesentlichste Mittel geworden war, durch welches die Könige wieder zur vollen Landeshoheit über die landsässigen Grafen und Dynasten gelangten,³⁰⁴⁾ die deutschen Kaiser es unterlassen haben, durch ein staatskluges Benehmen sich dieses Mittels zu bedienen, um ein Gegengewicht gegen die ihrer Macht so gefährlichen Fortschritte der Territoriallandeshoheit zu erlangen und in Deutschland in den aufstrebenden Städten ihre natürlichen Verbündeten zu sehen.³⁰⁵⁾

Allerdings konnte ein so begabter Fürst, wie Kaiser Friedrich II., diesen Umstand auf die Dauer nicht verkennen; er musste die Ueberzeugung gewinnen, dass ein enger Verein des Reichsoberhauptes

³⁰³⁾ Tittmann, Heinrich d. Erlauchte. I. S. 49 fg.

³⁰⁴⁾ Hüllmann, Städtewesen. III. S. 9. 12.

³⁰⁵⁾ Eichhorn, deutsche Staats- und Rechtsgesch. Thl. VI. p. 246. Lanzizolle l. c. S. 49.

und der städtischen Gemeinheiten das einzige Mittel sei, die gesunkene kaiserliche Autorität zu erneuen, ³⁰⁶⁾ er war aber nicht immer im Stande, diese Politik consequent durchzuführen. Genöthigt nach den verschiedensten Richtungen hin feindlichen Angriffen entgegenzutreten, musste er sehr oft die als richtig erkannten Grundsätze, dem was die augenblicklichen Zeitumstände erheischten, zum Opfer bringen. Er hat sich daher vielfach genöthigt gesehen, in den Streitigkeiten der Städte mit ihren Territorialherren, namentlich den Bischöfen, sich auf die Seite der letzteren zu stellen, um so deren Beistand in dem Kampfe mit dem Papste und seinen Gegenkaisern zu erkaufen. ³⁰⁷⁾ Es wird sich später noch Gelegenheit bieten, auf dies Hin- und Herschwanken der Politik Friedrich II. in Betreff der Freiheitsbestrebungen der Städte zurückzukommen.

An jener Bewegung nun hat auch Erfurt Theil genommen. Als einer der Hauptstapelplätze zwischen dem adriatischen Meere einerseits, der Nord- und Ostsee andererseits ³⁰⁸⁾ war es zu einem bedeutenden und wohlhabenden Orte herangewachsen. Schon während des romanisch-germanischen Frankenreichs war Erfurt nebst Halastatt der bedeutendste Handelsplatz gegen die serbischen Gränzen gewesen. ³⁰⁹⁾

Im eigentlichen Mittelalter war es Erfurt, das mit Halle und Leipzig zu einer Gruppe vereint, dem deutschen Handel von der Donau wie vom oberen Rheingebiete her einen Ruhepunkt bot, und ihn dann theils in kleineren Radien über die umliegenden Gegenden ausstrahlte, theils in nordöstlicher und nordwestlicher Richtung weiter führte. Erfurt hatte früh in seinen Mauern Tuchmacher- und Lohgerberinnungen, die wieder dem Ausfuhrhandel neue Nahrung boten und gewann durch den Handel mit Waid, der damals viel gesuchten und in Erfurts Umgebung vielgebauten Farbpflanze, grossen Ruf. Die Strassen, welche durch Erfurt von Süddeutschland über Braunschweig, in den Nordosten, nach Schlesien und nach

³⁰⁶⁾ Trotha, die Entwicklung der Städte im Mittelalter. S. 4. Löher, Fürsten und Städte zur Zeit der Hohenstaufen dargestellt an den Reichsgesetzen. Halle 1846.

³⁰⁷⁾ Eichhorn, Ueber den Ursprung der städtischen Verfassung in Deutschland. Zeitschr. für gesch. Rechtswissen. Bd. II. S. 172. Not. 170.

³⁰⁸⁾ Hüllmann, Städtewesen. I. S. 391. C. v. Dalberg, Beiträge zur Gesch. d. Erfurter Handlung. S. 4—7—16.

³⁰⁹⁾ Falk, Gesch. d. deutsch. Handels. I. S. 44.

Preussen die italienisch-morgenländischen Handelsartikel führten, machten dasselbe früh zu einem wichtigen Stapelorte. Eine bestimmte Zeit mussten die durchgehenden Waaren im öffentlichen Lagerhause feilgeboten werden, wodurch den Bürgern in Erfurt ein gewisses Vorkaufsrecht gesichert blieb. Zugleich war die Stadt für die Erzeugnisse des Thüringerlandes, für Korn, Holz, Kohlen u. dgl. m. die Hauptniederlage. ³¹⁰⁾

Erfurt, bei weitem der bedeutendste Ort in den thüringischen und obersächsischen Landen, ³¹¹⁾ war von einer zahlreichen und streitbaren Bürgerschaft bewohnt, welche nicht selten bei den vielen Fehden, die damals die thüringischen Lande in steter Bewegung hielten, insbesondere bei den Kriegen zwischen den Erzbischöfen von Mainz und den thüringischen Landgrafen ein entscheidendes Gewicht in die Wagschale geworfen. Schon hatte der Ort bei der Zunahme der Bevölkerung in eine Anzahl von Pfarrsprengeln getheilt werden müssen; ³¹²⁾ ausser dem Hause der Tempelherren umschloss es noch sieben Mönchs- und vier Nonnenklöster, ³¹³⁾ die nebst der Marien- und der Severischule für die wissenschaftliche Bildung Sorge trugen. Schon enthielt die Stadt eine erhebliche Zahl grosser kirchlicher und weltlicher Bauwerke, schon waren die Wasserleitungen angelegt, die noch jetzt Erfurt vor so vielen anderen Städten auszeichnen. ³¹⁴⁾

Es war natürlich, dass unter diesen Umständen die Stadt sich zu fühlen begann. Dazu kam, dass die Entlegenheit des landesherrlichen Wohnsitzes es hier leichter als irgendwo zu machen schien, zur Unabhängigkeit zu gelangen; auch hatten die Erzbischöfe selbst so manchen Anlass gegeben, welcher solche wünschenswerth erscheinen liess. Das bei der Wahl 1200 eingetretene Schisma musste das Ansehen der Erzbischöfe tief erschüttern. Es begann damals die Zeit der allgemeinen Unsicherheit. Die Stadt konnte, wenn ihr Gebiet oder einer ihrer Bürger von dem Raubgesindel, das Thüringen in jener Zeit in so grosser Zahl beherbergte, beunruhigt wurde, auf Schutz Seitens des Erzbischofs nicht rechnen; sie war auf ihre

³¹⁰⁾ Falk l. c. S. 134.

³¹¹⁾ Tittmann l. c. I. S. 361.

³¹²⁾ Nic. de Siegen, Chronic. ecclesiast. p. 339.

³¹³⁾ Falkenstein l. c. S. 77. Berthold l. c. I. S. 302.

³¹⁴⁾ Erhard l. c. S. 17.

eigne Kraft verwiesen und musste diese gebrauchen, wenn sie nicht schutzlos allen Anfällen preisgegeben sein wollte. Die Bürger bewaffneten sich. Als Führer wurden benachbarte Dynasten in Sold genommen. So gewöhnte man sich des erzbischöflichen Schutzes sich zu entrathen und zu der Ueberzeugung zu gelangen, dass man diesen füglich entbehren könne und mit ihm nur Lasten, aber keine Vortheile verbunden wären.

Zum offenen Bruch kam es zwischen beiden Theilen, als Erzbischof Siegfried III. bei der Erschöpfung der landesherrlichen Kasse zu Mainz von der Stadt einen Beitrag zur Deckung ihm auferlegter Zahlungen verlangte und diese sich dessen weigerte. Dass sie hierauf von König Heinrich, an den sich der Erzbischof gewendet, mit der Acht belegt, dagegen von Kaiser Friedrich in Schutz genommen wurde, ist bereits oben erwähnt. Der endliche Ausgang war aber doch für die Stadt kein ganz günstiger, indem sie sich, um vom Bann frei zu werden, zuletzt dem Verlangen des Erzbischofs fügte, wogegen dieser die Zusicherung ertheilte, dass die diesmalige Leistung ohne Consequenz für die Zukunft bleiben solle. ³¹⁵⁾

Einen sehr wesentlichen Schritt zu einer freieren Stellung machte die Stadt aber bald darauf dadurch, dass sie vermittelst der 1255 zu Stande gekommenen neuen Regimentsverfassung ³¹⁶⁾ zur Selbstverwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten gelangte. Dass innere Streitigkeiten, namentlich das Uebergewicht, welches die Patrizier (die wehrständigen Bürger — die Geschlechter) den niederen Bürgerstand (die Gewerbtreibenden — die Zünfte) hätten fühlen lassen, hierzu Veranlassung gegeben und eine Beschränkung der Rechte der ersteren hierbei Zweck gewesen sei, wie nach dem Vorgange späterer Chronisten ³¹⁷⁾ Erhard (l. c. S. 18) behauptet, ist entschieden unrichtig. Innere Streitigkeiten wären sicher das ungeeignetste Mittel gewesen, eine Erweiterung der Freiheit vom Landesherrn zu erlangen. Höchstens mit der Ausnahme, dass die Gerichtsbeisitzer zumeist aus ihnen genommen sein werden, hatten sich die wehrständigen Geschlechter bis dahin aber auch gar nicht in dem Be-

³¹⁵⁾ Falkenstein l. c. S. 78.

³¹⁶⁾ Erphord. Antiq. Variloquus bei Menken, Script. II. 486. Chronic. Erford. civit. ibid. 563. Chronic. Sampetrin. ibid. III. p. 261. Hist. de Landgrav. Thur. in Eccard. hist. geneal. p. 429.

³¹⁷⁾ Hartung Kammermeister, Erf. Chron. (Handschr. im Besitze des Verfassers dieses Aufsatzes). Fol. 69 fg. u. a. m.

sitze von Rechten befunden, welche zu beschränken möglich war, oder die den Neid der übrigen Bürger hätten erregen können, vielmehr war es erst jene Aenderung der bisherigen Verfassung, durch welche ihnen die Stellung und die Vorrechte zu Theil wurden, welche späterhin die Missgunst der anderen Stände hervorriefen. Der Kampf zwischen den wehrständigen und gewerbständigen Bürgern, herbeigeführt durch den von den letzteren geforderten Antheil an der Gemeindeverwaltung, findet sich in der Geschichte fast aller grösseren Städte Deutschlands, trat aber überall erst später, nirgends vor dem Anfange des vierzehnten Jahrhunderts ein. In der Mitte des dreizehnten Jahrhunderts hat der niedere Bürgerstand noch nirgends daran gedacht, dergleichen Ansprüche zu erheben.³¹⁸⁾ Auch

³¹⁸⁾ In Nürnberg trat erst 1378 der Gewerbestand in die Verwaltung ein (Joh. ab Indagine [Falkenstein] Beschr. d. Reichsstadt Nürnberg. S. 809 fg.), in Aachen begannen die Kämpfe 1428 und erreichten 1450 ihren Abschluss; in Regensburg kam es 1334 zum Ausbruch; in Augsburg 1360 (Langenmantel, Hist. d. Regiments in Augsburg S. 21 fg. Stetten, Gesch. d. Reichsst. Augsb. Thl. I. S. 87. 113 fg.), in Costnitz 1342, in Basel sollen die Zünfte zwischen 1323 und 1354 in den Rath sich eingedrängt haben (Ochs, Gesch. v. Basel. Thl. II. S. 226). In Strassburg geschah dies 1332 (Jac. v. Königshoven, Elsass. Chron. S. 504 fg.). In Speier war zwar bereits 1304 auf friedlichem Wege den Zünften eine, übrigens nur beschränkte, Theilnahme an der Gemeindeverwaltung eingeräumt, doch traten später wieder Streitigkeiten ein, die erst 1327 zum Austrag kamen (Lehmann, Speiersche Chron. L. IV. c. 1—7. S. 597—605). In Zürich trat der Umschwung 1335 ein (Joh. v. Müller, Schweizergesch. Thl. II. S. 122 fg.). In Mainz begannen die Kämpfe zwischen den Alten (dem Herrenstande) und den Gewerken 1332 (Voigt, Abriss der Gesch. von Mainz. S. 118 fg.) in Cöln ernstliche Bewegungen gegen die Alleinherrschaft der Geschlechter erst 1370 (Chron. v. Cöln. Fol. 273 b fg.), vollständig erreichten die Zünfte ihren Zweck sogar erst 1396 (das. Fol. 284 a fg.). In Frankfurt erscheint zuerst 1325 ein Gewerbetreibender als Mitglied des Rathes (Lersner, Chron. von Frankf. I. 269). In Magdeburg fand die Erhebung 1330 statt (Rathmann, Gesch. v. Magdeburg. VI. 263 fg. 489). Erfurt, wo, wie weiter unten erwähnt werden wird, diese Reibungen schon in die erste Hälfte des 14. Jahrhunderts fallen, ist also immer noch einer der Orte, wo sie am frühesten erscheinen, wenn auch die 1255 in der Gemeindeverwaltung eingetretene Veränderung ausser allem Zusammenhang damit steht. Ueber diesen Gegenstand überhaupt cf. Eichhorn, deutsch. Staats- u. Rechtsgesch. Thl. III. §. 432. Gaupp, über deutsche Städtegründung. S. 148 fg. Hüllmann, Städtewesen. Thl. III. S. 534 fg. Barthold, Gesch. d. deutsch. Städte. Thl. III. S. 114 fg. 162. Thl. IV. S. 1 fg.)

enthält in der That die Verfassung Erfurts, wie sie 1255 eingerichtet wurde und bis in das 14. Jahrhundert bestand, nicht die mindeste Spur demokratischer Elemente.

Dagegen sind die Anfänge der Bemühungen der Städte, die selbstständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten (das Gemeinderecht) den Landesherren abzurufen, schon in das Ende des zwölften, für das östliche und nördliche Deutschland in das dreizehnte Jahrhundert, aber auch nicht früher, zu setzen.³¹⁹⁾

³¹⁹⁾ Barthold l. c. I. S. 79. Gaupp l. c. S. 91. 146. Michelsen, die Rathsverfass. S. 1. Selbst in Cöln, der ältesten eigentlichen Stadt Deutschlands, einzig in Ansehung ihrer staatsrechtlichen Verhältnisse, fällt erweislich die erste Spur einer Rathsverfassung in das Jahr 1120 (Hüllmann l. c. II. S. 448) und auch hier gingen mehr als hundert Jahre hin, bevor die Einrichtung zur Festigkeit gelangte; noch um die Mitte des 13. Jahrh. wollte der Erzbischof nichts davon wissen. Erst 1321 gelangte die Sache zum Abschluss. Hüllmann l. c. S. 449. Worms gewann 1136, als Friedrich I. ihm einen aus Ministerialen und Bürgern gebildeten Stadtrath und städtisches Gericht, dem aber bischöfliche Beamte vorstanden, bewilligte, die erste Grundlage zur politischen Freiheit (Barthold l. c. I. S. 283). Aber noch lange Zeit verging, bis sie diese vollständig erlangte. Noch in dem am 27. Febr. 1233 zu Oppenheim mit dem Bischofe abgeschlossenen Vergleiche wurde der Gemeinde nur ein beschränktes Wahlrecht zugestanden und die städtische Verwaltung zwischen ihr und dem Bischofe getheilt (Barthold, II. S. 101 fg.). — In Strassburg kommt zuerst 1284, in Basel 1253 ein Rath vor (Hüllmann l. c. S. 466). — Regensburg erlangte 1245 das Gemeinderecht (Barthold, II. 159). — Diese Beispiele werden genügen um die ausgesprochene Behauptung über den Zeitpunkt des Anfangs der Selbstverwaltung der städtischen Gemeinden zu rechtfertigen. — Den übrigen thüringischen Städten ist das Gemeinderecht noch später, als in dem für Erfurt angegebenen Zeitpunkt (1255), meist erst gegen das Ende des 13. Jahrh. zu Theil geworden, so Gotha, wo die älteste von einem Rath und Rathmännern ausgestellte Urkunde von 1299 ist (Sagittar. hist. Gotha. 102) während alle früheren nur landgräfliche Beamte (den Schultheiss, Villicus, Schöffer) und die Gesamtheit der Bürger erwähnen (Thuring. sacra. S. 487. 491. 492. 516. 523. 524. Sagittar. hist. Goth. 73. 76. 79. 85. 321. 390. Tenzel suppl. II. ad Sagittar. hist. Goth. p. 45. 604. cf. Göschel, Chron. v. Langensalza I. S. 150). In Eisenach sollen sich zuerst 1279 Rathmänner finden (Schannat vind. litt. I. p. 124. Märker, d. Burggrafenschaft Meissen. S. 122), doch wird diese Annahme durch den gebrauchten Ausdruck: Consules et scabinos nicht unterstützt, da Consules in der Sprache jener Zeit nicht städtische Verwaltungsbeamte, sondern die vom Landesherrn eingesetzten Stadtrichter bezeichnet (Hüllmann l. c. II. S. 293), deren Beisitzer die

Die Territorialherren und besonders die Bischöfe sahen aber das hierauf gerichtete Streben als Beeinträchtigung ihrer Rechte an und widersetzten sich auf das ernstlichste, erhielten bei diesem Widerstande auch die Unterstützung der Könige, ³²⁰⁾ denen, wie schon oben angedeutet, durch die Vorfälle in Italien, wo sie in den Städten ihre hartnäckigsten und gefährlichsten Widersacher gefunden, ein Misstrauen gegen die Städte überhaupt eingeflösst, die Fähigkeit geraubt war, die Bewegung in Deutschland mit vorurtheilsfreiem, staatsklugen Blick zu betrachten und im Interesse der kaiserlichen Autorität auszubeuten. Kaiser Friedrich II. liess sich durch die Bischöfe daher bestimmen: durch das Edikt von Ravenna 1232 ³²¹⁾ den städtischen Gemeinden alle derartigen eigenmächtigen Einrichtungen bei strenger Strafe zu untersagen und sogar die mit kaiser-

Scabini — Schöffen — waren. In Mühlhausen fällt der Anfang der selbstständigen Gemeindeverwaltung zwischen 1274 und 1290, wie die beiden Diplome König Rudolf I. d. Gelnhausen 20. März 1274 und vom 16. April 1290 darthun, indem das erstere an den Reichsschultheiss, Vogt, die Schöppen und die gesammte Bürgerschaft, das letztere dagegen an die Rathsmeister und Bürger der Stadt Mühlhausen gerichtet ist (Grasshof Comment. Cap. III. §. 3. Altenburg, topogr.-hist. Beschreib. der Stadt Mühlhausen S. 284). — In Nordhausen lassen sich erst von 1290 ab urkundlich Rathsmeister nachweisen; doch kann möglicher Weise diese Einrichtung bis auf das Jahr 1279 zurückgehen (Lessers histor. Nachrichten v. Nordhausen, umgearb. u. fortges. v. E. G. Förstemann. Nordhaus. 1860. S. 198). — Der Stadt Eisenberg wurde 1274 vom Landgraf Albrecht das Stadtschultheissenamt überlassen (Geschwend, Eisenberger Chron. S. 77. Schultes Nachr. v. Eisenb. S. 202). In Arnstadt gaben 1266 anscheinend ähnliche Verhältnisse und Vorfälle wie in Erfurt Veranlassung zur Einsetzung eines Stadtraths (Olearius, Hist. Arnst. p. 122). Bei den übrigen Städten Thüringens hörte die Verwaltung durch landesherrliche Beamte noch später auf. — In Betreff Langensalza's steht der Zeitpunkt, wo dies geschah, zwar nicht fest, doch fällt er jedenfalls erheblich später, als die 1212 erfolgte Verleihung des Stadtrechts an diesen Ort. (Göschel, Chron. d. Stadt Langensalza. I. S. 151.)

³²⁰⁾ Urkunde des König Heinrich bei Schannat VI. 109. Quod nulla civitas, nullum oppidum, communiones, constitutiones, confoederationes vel conjunctiones aliquas, quocunque nomine censeantur facere posset, et quod nos sine domini sui assensu civitatibus seu oppidis in regno nostro constitutis auctoritatem faciendi communiones — non poteramus nec debebamus impartiri.

³²¹⁾ Schannat, VI. 110.

licher Genehmigung, aber ohne Zustimmung der Bischöfe getroffenen für ungültig zu erklären. Die allgemeine Stimme forderte aber diesen Fortschritt in der Gestaltung des Gemeindewesens zu gebieterisch, als dass dergleichen Befehle im Stande gewesen wären, sie zum Schweigen zu bringen, und schliesslich gelangten auch alle die Städte, welche zum Erlass des Edicts von Ravenna Veranlassung gegeben, an das angestrebte Ziel.³²²⁾ Auch konnte Kaiser Friedrich II. auf die Länge den augenfälligen Vortheilen, welche aus einer Kräftigung des städtischen Gemeindewesens für das kaiserliche Ansehn gezogen werden konnten, seinen Blick nicht verschliessen. Dazu kam, dass, wie bereits früher erwähnt, in seinem Kampfe mit dem Papste die Städte meist zu ihm, die Bischöfe zu seinem Gegner standen und eine Begünstigung der ersteren ihm daher zugleich ein Mittel gewährte, ungetreue Reichsstände zu züchtigen. Er hat daher auch, namentlich gegen das Ende seiner Regierung, sich den Freiheitsbestrebungen der Städte viel geneigter gezeigt und denselben oft Rechte zugestanden, die er sich von den rebellischen Lombarden nicht hatte wollen abtrotzen lassen.³²³⁾

Was insbesondere Erfurt betrifft, so ist es unzweifelhaft, dass es bis zum Jahre 1255 keinen Rath, also auch keine Selbstverwaltung seiner Angelegenheiten gehabt hat, vielmehr lediglich von erzbischöflichen Beamten — dem Vogt, dem Vicedom, den Schultheissen für die Stadt und für das Land, dem Marktmeister und Münzmeister — regiert worden ist.³²⁴⁾ Es hatte sich dem entsprechend auch nicht in dem Besitze eines Rathhauses befunden. Das Haus des Vicedoms war vielmehr der Amtssitz der städtischen Behör-

³²²⁾ Hüllmann l. c. VI. S. 472.

³²³⁾ Barthold l. c. I. S. 270.

³²⁴⁾ In des Schreibers Bartholomäus Nachweis aller Renten und Rechte seines Herrn des Erzbischofen Sifried zu Mainz 1230 — 49 (Prov.-Arch. zu Coblenz) werden folgende mainzische Beamte in Erfurt genannt: Vicedominus, Scultetus in brulo, magister fori, 2 monetarii, villicus, carnifices, calificus. Die Rentenerhebung erfolgte theils durch den Scultetus in brulo, theils durch den magister fori ad ecclesiam mercatorum. Dem letzteren lag auch die Erhebung der Abgaben vom Verkauf ob, so wie derjenigen, welche von den Handwerkern zu entrichten waren, und derjenigen, welche von den Verkaufsbänken gezahlt werden mussten. Der Vicedominus und der Scultetus bezogen bestimmte Quoten dieser Einnahmen.

den.³²⁵⁾ Darüber, dass bis zu dem erwähnten Zeitpunkt ein Rath, d. h. eine von der Bürgerschaft für die Verwaltung des Gemeinwesens gewählte Obrigkeit, nicht bestanden habe, kann durchaus kein Zweifel obwalten. In den oben erwähnten Privilegien Kaiser Friedrich II. ist immer nur von den Bürgern, nie von einem Rathe die Rede. Die aus jener Zeit auf uns gekommenen, in Erfurt ausgestellten Urkunden beginnen in der Regel: Wir Richter und gesammte Bürgerschaft zu Erfurt (Nos iudices et universi cives Erphordenses),³²⁶⁾ oder es werden die einzelnen Beamten, vor denen die öffentliche Verhandlung erfolgte, namentlich aufgeführt,³²⁷⁾ wie in der für das Kloster Pforte 1212 ausgestellten Urkunde, welche beginnt: Lambert durch die göttliche Gnade und Güte Graf von Gleichen und Vogt von Erfurt, so wie dessen Bruder Dieterich, Kämmerer, und die (hier einzeln namentlich gemachten) Burgmänner (unter ihnen der Münzmeister und der Marktmeister), denen die Verwaltung der Stadt Erfurt anvertraut ist u. s. w.³²⁸⁾

³²⁵⁾ Gudenus Lib. I. §. XXII. p. 59. Wenn ein späterer Chronist erwähnt: dass 1175 die Stadt bis an das Rathhaus abgebrannt sei (Cassel, das alte Erfurter Rathhaus S. 9), so hat damit jedenfalls nur das Haus, in welchem die öffentlichen Angelegenheiten besorgt wurden und sich vorkommenden Falls die Gemeinde versammelte, was in der Sprache jener Zeit: curia hiess (Gaupp l. c. S. 293), bezeichnet werden sollen. Dergleichen Gebäude gab es noch vor Einführung des Gemeinderechts in jeder grösseren Stadt; so bestimmte bereits das alte Stadtrecht von Strassburg von 982, obwohl damals dort die strengste Unterwerfung unter die bischöfliche Landeshoheit stattfand, eine Stätte am Markte neben St. Martin, wo die öffentlichen Angelegenheiten erledigt werden sollten (Barthold I. S. 145); so bestand in Köln ein zu gleichem Zweck bestimmtes Haus (ib. S. 157) und in Soest lange vor Einführung des Gemeinderechts ein Rathhaus (ib. S. 277).

³²⁶⁾ Falkenstein l. c. S. 92.

³²⁷⁾ Sehr bezeichnend ist eine Urkunde von IV. Kal. Sept. 1217, in welcher Lambert Graf von Gleichen, Dieterich Vicedom v. Apolda, der Schultheiss Friedrich, der Richter und die gesammten Burgmänner zu Erfurt bekunden: dass der Abt Eberhard von Georgenthal mit ihrer und derjenigen, qui in nostra civitate consiliarii vocantur, Zustimmung einen Hof im Brühl gekauft habe (Menken, script. II. p. 533); diese Ausdrucksweise hätte unmöglich gebraucht werden können, wenn es damals schon einen förmlichen Rath in Erfurt gegeben hätte.

³²⁸⁾ Lünigs Reichsarchiv, P. spec. Cont. 4. Abth. 2. S. 426. Michelsen l. c. S. 12.

Zwar kommen in der Bulle des Papstes Innocenz vom Jahre 1250 die Worte: *dilectis filiis consilio et universitati Erphordiensi* ³²⁹⁾ vor, aber *consilium* ist hier offenbar nur das, was in den erwähnten Urkunden von 1212 und 1217 durch *qui in nostra civitate consilarii vocantur*, und die Burgmänner, denen die Verwaltung anvertraut ist, ausgedrückt wurde. Der Papst mag bei dem von ihm gebrauchten Ausdrucke allerdings die Verhältnisse der italienischen Städte, die sich damals schon längst in dem Besitze des Gemeinde-rechts befanden, im Sinne gehabt haben, schwerlich wird aber Jemand annehmen, dass er mit dem Detail der Erfurter Gemeinde-verfassung so vertraut gewesen sei, dass seiner Redeform ein grösseres Gewicht beigelegt werden könnte, als der, welcher sich die einheimischen Urkunden bedienen.

Es ist wohl kaum einem Zweifel unterworfen, dass in Erfurt, nächst der allgemeinen Strömung der Zeit, Beschwerden der Bürgerschaft über die erzbischöflichen Beamten und Irrungen zwischen beiden, wie dies in glaubwürdigen Berichten erwähnt wird, ³³⁰⁾ die Veranlassung zu der Aenderung der städtischen Verfassung gegeben haben. Man sendete Abgeordnete nach Mainz, die dem Erzbischof jene Beschwerden vortrugen ³³¹⁾ und ihn darum angingen, der Stadt die Befugnis zuzugestehen, sich durch eine selbstgewählte Obrigkeit regieren zu lassen. Es lag das Beispiel von Mainz nahe, wo im Jahre 1244 ein Gleiches von den Bürgern dem Erzbischofe abgenöthigt war. ³³²⁾ Der Erzbischof, der um so mehr Veranlassung hatte, die Unzufriedenheit der Erfurter Bürgerschaft zu beschwichtigen, als er sich damals zum Kriege gegen Herzog Albert von Braunschweig rüstete und Erfurt aufgefordert hatte hierbei Heeresfolge zu leisten, ³³³⁾ liess sich denn auch, wie ein älterer Geschichtsschreiber ³³⁴⁾ sich ausdrückt, bewegen: unter der Stadt Erfurt ein sonderbahr bürgerliches Regiment fürzunehmen, derentwegen er denn einen Rath von 12 Personen und darüber zween Rathsmeister abgeordnet, auch der gantzen Stadt Regierung in zwey Theile abgetheilet, also dass er die Verwaltung der hohen Obrigkeit, der

³²⁹⁾ Falkenstein l. c. S. 41.

³³⁰⁾ Falkenstein l. c. S. 93.

³³¹⁾ Dominikus l. c. S. 284.

³³²⁾ Hüllmann l. c. II. 483. Barthold l. c. II. 156. Michelsen l. c. S. 12.

³³³⁾ Falkenstein l. c. S. 91.

³³⁴⁾ Relation von der Stadt Erfurt, v. Falkenstein l. c. S. 96.

Regalien und das Gerichte bei seinen und des Erzstifts Amtleuten gelassen, aber die Verwahrung der Stadt, Ufnehmung und Sicherung der Bürger, Erhaltung der Polizey und des gemeinen Wesens, die Hülff oder Handreichung Execution und Vollziehung der Gerichte und Gerechtigkeit denen Rathmeistern der Stadt anbefohlen, ihnen auch das gemeine Stadtsiegel, so da bevor in der Mayntzischen Beamten Händen gewesen, zugeeignet, und damit dieser bürgerliche Magistrat und die gemeinen Bürger sich solcher eingeräumten Verwesung und Administration nicht übernehmen und den Mayntzischen Amtleuten in denen vorbehaltenen Rechten eingreifen oder was entziehen thäten, sondern das Ertzstift und das Amt bei dem ihrigen vielmehr erhalten hülffen, und ihrem Amte, der gemeinen Stadt und Bürgerschaft treulich vorständen, so hat er ihnen einen gleichmässigen Eyd, wie vor uralten Zeiten des Ertzstifts Amtleute und insonderheit der Schultheiss zu schwören gepflegt, mit folgenden Worten vorgeschrieben: dass wir unserem Herrn dem Erzbischof zu Mayntz, unserm Herrn dem Grafen, unserm Herrn dem Vitzdom der Stadt Erfurt und deren Bürger, Reichen und Armen ihr Recht behalten, ohne alle Uebellist, also fern als wir wissen und vermögen etc. ³³⁵⁾

Alle diese von dem Erzbischof, als er der Stadt das Gemeindefrecht gewährte, angewendeten Vorsichtsmassregeln, um weitere Uebergriffe zu verhindern; scheinen aber den beabsichtigten Erfolg nicht erreicht zu haben. Schon im Jahre 1262 ³³⁶⁾ musste Erzbischof Werner eine scharfe Mahnung an den neuen Rath erlassen, weil er sich bei der Ansetzung von Hausgenossen, d. h. der Personen, welchen die Verfertigung der Mütze und das Wechselgeschäft übertragen war, ³³⁷⁾ Eingriffe in die vorbehaltenen landesherrlichen Rechte erlaubt hatte. Der Erzbischof verweist denselben

³³⁵⁾ cf. Gudenus, Lib. I. §. XXII. p. 59. Die in Erfurt verfassten Urkunden nehmen von dieser Zeit ab eine andere Form an; so beginnt die erste bekannte v. II. Kal. Mart. 1262 über den vorbehaltenen Wiederkauf eines Zinses auf der Krämer Laden: Hugo Scultetus et Guntherus dictus Rabenot, Magistri, Consilium et Scabini civitatis Erphordiensis. (Falkenstein l. c. S. 100.)

³³⁶⁾ Mogunt. VIII. Kal. Januar. Im Prov.-Arch. zu Magdeburg.

³³⁷⁾ Fritsch, Teutsches Wörterbuch h. v. et scriptor. ibi citati. Hüllmann, Städtewesen. II. S. 22 fg. und insbesondere in Bezug auf Erfurt. S. 27 und 29.

dabei auf die ihm und dem heiligen Martin (dem Erzstift) schuldige Unterthanenpflicht. Der Rath fügte sich damals und stellte 1263 III. Idus Januar. einen den Forderungen des Erzbischofs entsprechenden Revers aus, in dessen Schlusse er Erfurt ausdrücklich als die Stadt des Erzbischofs, die er durch dessen und des heiligen Martin Gnade besitze, bezeichnet. ³³⁸⁾

Aber schon das nächste Jahr führte neue Irrungen herbei. Der Rath wollte zum Vorthail der städtischen Gewerbtreibenden alle Auswärtigen vom Brod- und Fleischhandel ausschliessen. Der Erzbischof, dessen Einkünfte durch diese Maassregel beeinträchtigt wurden, sah sich hierdurch veranlasst (1264 IX. Kal. Junii), die städtischen Innungen aufzuheben, und zu bestimmen: dass jeder Auswärtige, welcher die bestimmte Abgabe an seinen Schultheiss entrichte, befugt sein solle, Brod und Fleisch in der Stadt zu verkaufen. Auch diesmal endigte die Sache mit einem Revers des Rathes. Der Eingang desselben zeigt, wie weit die Stadt damals noch von jedem Gedanken an Reichsunmittelbarkeit entfernt war, und wie wenig daher die Bemerkung Bartholds (l. c. II. S. 57): der Kampf zwischen Friedrich II. und dem päpstlichen Stuhle habe unter kirchlichen Donnerschlägen den Erfurtern Freiheit von dem Stuhle zu Mainz gebracht, zutrifft. „Ihrem verehrten Herren dem Herrn Werner von Gottes Gnaden Erzbischof von Mayntz, Erzkanzlern des Reichs für Deutschland, und dessen Mayntzer Kapitel, die Rathsheister und die gesammte Bürgerschaft von Erfurt gebührende Treue und stets bereiten Gehorsam.“ Im weiteren Verfolg werden die Bewohner Erfurts auch hier wieder als Unterthanen des Erzbischofs bezeichnet. ³³⁹⁾

Nicht günstiger liefen für den Rath im nächstfolgenden Jahre neue Eingriffe in die erzbischöflichen Rechte ab: die Errichtung von Häusern auf dem Erzstift unmittelbar zugehörigen Grund und Boden — die Stadt sah sich genöthigt, durch nach Mainz entsendete Abgeordnete Verzeihung sich zu erbitten und volle Entschädigung zu gewähren ³⁴⁰⁾ — und die Beeinträchtigung der unter dem erzbischöflichen Schutze stehenden Juden in ihren Rechten. ³⁴¹⁾

³³⁸⁾ Civitatis vestrae, quam beati Martini et vestra gratia possidemus. Falkenstein l. c. S. 100 fg.

³³⁹⁾ Falkenstein l. c. S. 104.

³⁴⁰⁾ Begnadigungsbrief. VIII. Calend. Maji 1265.

³⁴¹⁾ Urkunde vom XIII. Kalend. Jan. 1266. Falkenstein l. c. S. 107.

Als die Stadt sich überzeugte, dass sie auf diesem Wege nicht zu ihrem Ziele gelangte, versuchte sie es auf einem andern. Da sie von den Kaisern keine Unterstützung erwarten konnte — es war damals die Zeit des Interregnums — so näherte sie sich den Landgrafen von Thüringen, die es schon längst mit scheelen Augen ansahen, dass sich im Besitze eines fremden Fürsten die Hauptstadt des Landes befinde. Diese gingen denn auch bereitwillig auf die Seitens der Stadt gemachten Anträge ein, gewährten derselben (1265) eine Anerkennung und Bestätigung ihrer Rechte und vermehrten dieselben durch neue Zugeständnisse.

Die Stadt kam aber auch noch in unmittelbare Beziehung zu dem Landgrafen, als sie, wie schon oben erwähnt, durch ein unter dessen Vermittelung 1266 abgeschlossenes Abkommen von Ludwig von Stotternheim das Dorf Stotternheim und 1270 die Comite Mittelhausen erwarb, die, sowie manches andere, was später in den Besitz Erfurts gelangte, so namentlich die Grafschaft Viselbach, der Landeshoheit des Landgrafen unterworfen war oder von ihm doch zu Lehn ging. Erfurt trat auf diese Weise in Betreff seiner auswärtigen Besitzungen in ein Abhängigkeitsverhältniss zu jenem, wie solches rücksichtlich der Stadt selbst zum Erzbischofe bestand. Es war so in ein doppeltes staatsrechtliches Verhältniss getreten, und wenn auch weder das eine noch das andere eine Reichsunmittelbarkeit in sich schloss, so war es doch wenigstens in gewisser Beziehung unabhängig von Mainz. Es konnte seit dieser Zeit sich berechtigt glauben, eine selbstständige politische Rolle zu spielen und aus eigener Machtvollkommenheit in die staatlichen Verhältnisse Thüringens einzugreifen, dem entsprechend auch auf eigne Hand Fehden zu führen und Bündnisse mit den benachbarten Territorialherren zu schliessen. Zuerst ³⁴²⁾ geschah dies durch einen mit dem Landgrafen selbst auf fünf Jahre geschlossenen Vertrag zu gegenseitiger Hülffleistung. Ausdrücklich ausgenommen wurde hierbei aber der Erzbischof, da die Stadt gegen diesen, als ihren Landes-

³⁴²⁾ Es kann nicht als ein blosser Zufall angesehen werden, dass der Zeitpunkt, wo Erfurt anfang auswärtige Verträge einzugehen, genau mit dem zusammenfällt, wo es zuerst nicht unter der Landeshoheit des Erzstifts befindlichen Grundbesitz erwarb. Es erhält hierdurch das oben über die staatsrechtliche Stellung der Stadt Ausgeführte eine sehr wesentliche Bestätigung.

herrn, keine Fehde führen konnte.³⁴³⁾ Zu diesem 1272 und 1277 erneuerten Bündnisse gesellte sich 1272 IV. Idus Martii³⁴⁴⁾ und 1277 in festo beati Michaelis³⁴⁵⁾ ein ähnliches mit dem Grafen von Gleichen, der sich verpflichtete, die Stadt nicht nur gegen männiglich, den Erzbischof von Mainz ausgenommen, im Falle eines Angriffs Beistand zu leisten, sondern auch keinen Krieg ohne Zustimmung der Stadt zu unternehmen, sowie 1280, 30. Juli, ein Bündniss mit dem Grafen Otto von Orlamünde.³⁴⁶⁾ Der politischen Stellung, die Erfurt auf diese Weise eingenommen, entsprach es nur, wenn es sich bei Vernichtung der Raubritter sehr wesentlich betheiligte. Es unterstützte Kaiser Rudolf von Habsburg bei seinen desfallsigen Bemühungen so kräftig, dass es den Namen der Friedensstadt erhielt.

Inzwischen erneuerten sich die Streitigkeiten mit Mainz über die gegenseitigen Befugnisse, namentlich über die Competenz der erzbischöflichen Beamten, unausgesetzt. Die Stadt musste auch diesmal wieder (1273), um von dem über sie verhängten Banne frei zu werden, nachgeben. Es wurde bestimmt: dass sowohl die städtischen Behörden in Beziehung auf das Marktmeisteramt, die Münze, die Gerichte, die des Stadtschultheiss und des Villicus, als auch die erzbischöflichen Beamten in den bisherigen Befugnissen bleiben und die Bürger keine den Rechten und der Ehre des Erzbischofs zuwiderlaufenden Statuten machen sollten.³⁴⁷⁾ Doch hat das getroffene Abkommen schon nicht mehr die Form des Erlasses eines Landesherrn an seine Unterthanen, sondern einer Abkunft zwischen Gleichstehenden. Auch scheint das von Mainz bisher angewendete Mittel die Stadt zur Unterwerfung zu bringen, der Bann, allmählig an seiner Wirksamkeit verloren zu haben, wenigstens vergingen, als Erzbischof Werner 1279 wegen der Uebergriffe des Rathes die Stadt von neuem mit dem Interdicte belegt hatte, drittheil Jahr bis zu dessen Wiederaufhebung;³⁴⁸⁾ der Rath brachte sogar den

³⁴³⁾ Lünig, Reichsarchiv I. c. S. 429. Falkenstein I. c. S. 108.

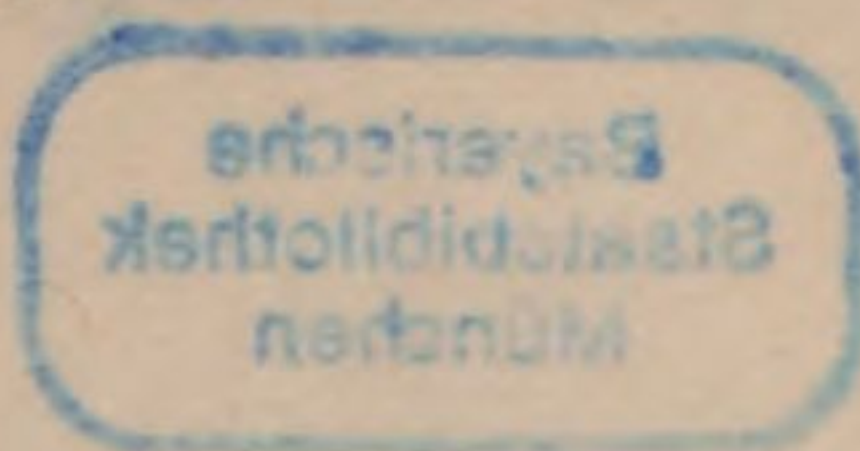
³⁴⁴⁾ Sagittarius, Gleichensch. Histor. S. 61. Lünig I. c. S. 430. Falkenstein I. c. S. 110. Menken, Script. I. 538.

³⁴⁵⁾ Lünig I. c. S. 430. Menken I. c. S. 539. Nachricht von den Begebenheiten der Stadt Erfurt. S. 35. 36.

³⁴⁶⁾ Im Prov.-Archiv zu Magdeburg. Falkenstein I. c. S. 119.

³⁴⁷⁾ Urkunde in Gudenus, Cod. diplom. I. 749. cf. Falkenstein I. c. S. 112, wo die Angelegenheit in das Jahr 1277 gesetzt wird.

³⁴⁸⁾ Falkenstein I. c. S. 113.



Erzbischof noch mehr gegen sich auf, indem er ein Statut errichtete, nach welchem fortan keine liegenden Gründe an Geistliche und kirchliche Stiftungen sollten verkauft oder verschenkt werden dürfen.³⁴⁹⁾ Zuletzt musste sich die Stadt, um endlich einmal wieder Geistliche in ihren Mauern zu sehen, doch fügen³⁵⁰⁾ und mit schwerem Gelde die Wiedererlangung der Gunst des Erzbischofs erkaufen.

Inzwischen waren aber 1280 und 1281 neue Bündnisse mit dem Landgrafen Albert dem Unartigen von Thüringen geschlossen, in denen die den Erzbischof betreffende Formel bereits fortgelassen wurde.³⁵¹⁾ Auch erfuhren bald darauf die Verhältnisse der Stadt zu diesem eine nicht unwesentliche Umgestaltung. Erzbischof Gerhard III. hatte bald nach seinem Regierungsantritt (VI. Idus October 1289) den Mainzischen Domdechanten Geberhard und seinen Bruder Gottfried von Eppenstein als Commissarien nach Erfurt gesendet, um die zwischen beiden Theilen obwaltenden Differenzen zu erledigen. Die Stadt machte sich anheischig, dem Erzbischof die Summe von 800 Mark Silbers zu zahlen und denselben so in den Stand zu setzen, der römischen Curie seine Schuld abzutragen, dafür bestätigte dieser aber³⁵²⁾ (XIII. Kalend. Decembr. 1289) den zwischen seinen Bevollmächtigten und dem Rathe vereinbarten Vertrag, die s. g. Concordata Gerhardi — zugleich merkwürdig als eine der ältesten Urkunden in deutscher Sprache — durch welche die beiderseitigen Rechte genau bestimmt wurden.³⁵³⁾ Dem Erzbischof wurden zuerkannt: die hohe oder peinliche Gerichtsbarkeit, die Frei-

³⁴⁹⁾ 1281 Prid. Calend. Junii. Im Prov.-Archiv zu Magdeburg. Falkenstein l. c. S. 114.

³⁵⁰⁾ Forma compositionis und Urkunde des Erzbisch. Werner von 1282. XII. Kal. April. Falkenstein l. c. S. 115—117.

³⁵¹⁾ Falkenstein l. c. S. 113.

³⁵²⁾ Falkenstein l. c. S. 128. Michelsen l. c. S. 70.

³⁵³⁾ Im Geh. Staatsarch. zu Berlin. Bei Falkenstein l. c. S. 129—135. Kürzlich doch gantzlich Verzeichniss aller und jeder partikular Rechten, welcher und keiner mehr, vor alten zeiten die Erzbischove zu Meintz u. s. w. von und in der freien Stadt Erffurdt, sich damals angemasst haben u. s. w. Gedr. in der freien Stadt Erffurdt durch Melch. Sachsen. 1548. fol. — Authenticitirter Abdruck der Concordatorum und Verträge 'So tempore Gerhardi, Alberti et Bertholdi zwischen dem Ertzstift Mayntz und der Stadt Erffurt aufgerichtet. Gedr. z. Erf. bei F. M. Dedekind. 1650. 4. p. 1—14. in fol. p. 1—10. — Lünig, Reichsarch. P. spec. Cont. IV. 2. Forts. (Bd. 14) S. 435 fg.

zinsen und sonstigen Rechte an den Freigütern, das Münzrecht mit dem Schlageschatz und anderen daraus fliessenden Rechten und Einkünften, der Marktzoll nebst der Markt- und Handelspolizei, besonders die Aufsicht über Maass und Gewicht, desgleichen die Strassen- und Baupolizei. Von eigentlichen landesherrlichen Rechten ist allerdings, etwa abgesehen davon, dass der Rath verpflichtet ward, den erzbischöflichen Beamten zu helfen, wenn er dessen gemahnt werde, nicht die Rede, aber es ist auch keine Verzichtleistung auf solche ausgesprochen und schwerlich beabsichtigt. ³⁵⁴⁾

Gudenus (l. c. Lib. I. §. 25 p. 68) bringt dies Abkommen mit dem scharfen Gericht, das Kaiser Rudolf in Erfurt gehalten haben soll, und bei dem acht der vornehmsten Rathsmitglieder enthauptet wurden, und das Barthold ³⁵⁵⁾ unerklärlicher Weise als die Unterdrückung eines Sturms der Zünfte gegen das Patricierthum ansieht, in Verbindung, doch gewiss mit Unrecht; denn der ganze Zusammenhang und die bezüglichen Urkunden ergeben nicht die mindeste Spur von einer Dazwischenkunft des Kaisers, lassen vielmehr keinen Zweifel darüber, dass Alles friedlich zugegangen.

Die beständigen Geldverlegenheiten des Erzbischofs gaben der Stadt aber bald auch Gelegenheit, von den Rechten, welche derselbe sich vorbehalten, einige zu erwerben, so 1290 das Wasseramt, d. h. die Aufsicht über die 23 an der Gera belegenen Mühlen ³⁵⁶⁾ und 1291 XV. Kalend. April. gegen Zahlung von 1000 Mark, vorläufig auf 11 Jahre, die demnächst gegen Zahlung fernerer 300 Mark noch um drei Jahre verlängert wurden, die Münzgerechtigkeit, das Marktmeisteramt und die Aemter der beiden Schultheissen in der Stadt und im Brühl, sowie das Judenschutzgeld. ³⁵⁷⁾

³⁵⁴⁾ Erhard l. c. S. 21, legt Gewicht darauf: dass der Erzbischof die Stadt nicht seine Stadt nenne. In der Bestätigungsclausel findet sich dieser Ausdruck allerdings nicht, dagegen beginnt das Confirmationsdiplom vom VII. Kal. December 1289 (Falkenstein l. c. S. 128): *Cum igitur Decanus et Germanus nostri praefati auctoritate dicti procuratorii nos cum Magistris consulibus et universitate oppidi nostri Erfordiens. univerint etc.* und schon die Ueberschrift des Vertrages lautet: Hie hebet sich an das Gericht unsers Herrn des Bischoffs von Maintz, dass er hat in der getreuen Statt zu Erffurt.

³⁵⁵⁾ l. c. III. S. 188.

³⁵⁶⁾ Falkenstein l. c. S. 163.

³⁵⁷⁾ Die Urkunden bei Gudenus, Cod. dipl. I. S. 884 — 86. Falkenstein l. c. S. 164 u. 167.

Die Stadt war so in den Besitz einer Anzahl von Rechten gelangt, welche nach den Ansichten jener Zeit für Attribute der Landeshoheit galten. Um diese Geldsumme aufzubringen, belegte der Rath sämtliche Grundstücke der Stadt mit einem Geschoss (dem Heergelde). Da er dies aber auch auf die den geistlichen Stiftungen zugehörigen ausdehnen wollte und gegen dieselben, als sie sich weigerten, executivisch einschritt, so gerieth er wiederum in Conflict mit dem Erzbischof, der, als das von ihm erlassene Inhibitorium unberücksichtigt blieb, von neuem den Bann über die Stadt verhängte. Der Rath appellirte zwar dagegen an den Kaiser, sah sich jedoch, nachdem der Streit sich mehr als fünf Jahre hingezogen, zuletzt (1299) genöthigt, den Erzbischof durch Zahlung von 1600 Mark Silbers zu beschwichtigen. ³⁵⁸⁾

Der Wohlstand der Stadt war zu jener Zeit so bedeutend gestiegen, ³⁵⁹⁾ dass ihr weder die Aufbringung so ansehnlicher Summen schwer fiel, noch so manche erhebliche Unfälle, die von Zeit zu Zeit eintraten, ihn wesentlich zu erschüttern vermochten, sie vielmehr die Kraft in sich fühlte, mächtig in die Geschicke der benachbarten Landschaften einzugreifen. Auch gelang es ihr im Bündniss mit Landgraf Friedrich, zubenannt mit der gebissenen Wange, den Grafen Hermann von Weimar und Orlamünde zu Paaren zu treiben (1303), ³⁶⁰⁾ demnächst aber in Gemeinschaft mit den Reichsstädten Mühlhausen und Nordhausen, die mächtigen Burggrafen von Kirchberg, nachdem sie deren feste Schlösser Kirchberg, Wirtberg, Lehsten und Greifenberg gebrochen, für immer von der Höhe ihres Ansehens hinabzustürzen und zu einem für die Stadt sehr vortheilhaften Frieden zu zwingen (1307). ³⁶¹⁾ Noch günstigere Aussichten schien Anfangs der Zwist zwischen Landgraf Friedrich und seinem Vater, Albert dem Unartigen, zu eröffnen, indem der letztere seine um Erfurt gelegenen Besitzungen, Ringleben, Hassleben, Sömmern und die nach Gotha zu belegenen Ortschaften, die s. g. Bergdörfer, an die Stadt verkaufte. ³⁶²⁾ Aber gerade hierdurch ward diese an

³⁵⁸⁾ Gudenus, Lib. I. p. 72. Chronic. Sampetr. a. 1299.

³⁵⁹⁾ Erfurt gehörte unter andern zu den ersten Städten, welche gepflasterte Strassen hatten, bereits vor dem 13. Jahrh. Barthold l. c. III. S. 11.

³⁶⁰⁾ Dominikus l. c. I. S. 298.

³⁶¹⁾ Dominikus l. c. S. 298. Erhard, S. 22.

³⁶²⁾ Falkenstein l. c. S. 172.

den Rand des Verderbens geführt, indem Friedrich, dem es bei seinem Streben: in Thüringen einen mächtigen Staat zu bilden, sehr ungelegen war, dass die ansehnlichste Stadt, in der Mitte des Landes gelegen, sich seiner Herrschaft entzog und so manche seiner Pläne durchkreuzte, ³⁶³⁾ sie mit Krieg überzog. Aber dass Erfurt, obwohl seine ursprünglichen Verbündeten, der Graf Hermann von Orlamünde, die Stifter Fulda und Hersfeld ³⁶⁴⁾ und die Städte Mühlhausen und Nordhausen es einer nach dem andern allein liessen, und König Heinrich VII., der Anfangs (XV. Kalend. August 1308) gleichfalls ein Bündniss mit Erfurt geschlossen, sich bald wieder, um freie Hand für seinen Römerzug zu gewinnen, mit dem Landgrafen aussöhnte, ³⁶⁵⁾ so lange und doch nicht ganz ohne wechselndes Kriegsglück den Kampf gegen einen so mächtigen und streit-

³⁶³⁾ Erhard l. c. S. 22.

³⁶⁴⁾ Schannat, hist. Fuldens. p. 230.

³⁶⁵⁾ Vertrag zu Prag, 19. December 1310. Pfister, Gesch. der Teutsch. III. S. 146. Barthold, der Römerzug König Heinrich. Thl. I. S. 365. Jenes Bündniss ist nicht ohne Interesse für die Erkenntniss der damaligen politischen Stellung von Erfurt. Der König beurkundet darin: dass die Stadt das Versprechen gegeben habe, gemeinschaftlich mit dem Grafen von Orlamünde, welcher 100 Pferde stellen werde, ihm mit 250 vollgerüsteten Reitern (dextrarii) gegen Friedrich getreulich beizustehen und verspricht ihr dagegen einen geschickten Hauptmann von seinen Getreuen mit 200 Pferden binnen dato und Mariä Geburt nach Thüringen zu schicken, um dem genannten Friedrich desto sicherer zu widerstehen. Diesem Hauptmanne soll jedoch die Stadt 2000 Pfund Erfurter Pfennige für Lebensmittel und Unkosten zahlen. Sobald aber der König wieder mit besagtem Friedrich zu Frieden und Eintracht gekommen sein würde, wolle er der Stadt alle Privilegien, Rechte, Freiheiten, Gnaden und gute Gewohnheiten, die ihr von Kaisern, Königen, Landgrafen von Thüringen oder vom besagten Friedrich selbst ertheilt worden, vollkommen bestätigen. — In einer späteren Urkunde, d. Thuregi. III. Kalend. Maji 1309, ladet denn auch Heinrich die Stadt ein: wegen den Friedensverhandlungen mit dem Landgrafen ihre Gesandten auf den bevorstehenden Reichstag nach Speier zu schicken, wobei er ihr seine Vermittelung zu ihrem Besten zusagt (Michelsen l. c. S. 8). Doch hatte früher derselbe Kaiser, als er sich um die Krone bewarb, dem Erzbischof von Mainz das Versprechen ertheilt: ihm gegen seine widerspenstigen Unterthanen, namentlich die Bürger von Erfurt, Beistand zu leisten. (Conventio Henrici Com. Lucemburg. cum Archiepiscopo et Ecclesia Moguntin. aute electionem suam in Rom. Regem. Rense V. Kal. November 1508. Bodmann, Cod. epistolar. Rudolphi. I. p. 315.) sqq.

baren Fürsten aushalten konnte, beweist am besten, welche politische Wichtigkeit und welchen Reichthum an Hilfsquellen dasselbe besass, und wahrscheinlich würde auch der endliche Ausgang des Kampfes ein günstigerer gewesen sein, wenn nicht damals zuerst ein Schaden hervorgetreten wäre, der fortan nie ganz zuheilte und dem es sehr wesentlich beizumessen ist, wenn Erfurt die von ihm mit so vielen Anstrengungen und Opfern erstrebte Reichsunmittelbarkeit schliesslich doch nicht erreicht hat: die innere Zwietracht, die Missgunst der gemeinen Bürger gegen die freilich meist angemassen und schonungslos gehandhabten Rechte der Patriziergeschlechter.³⁶⁶⁾ Diese Streitigkeiten selbst, die damals (1306) zum Erlass der Statuten, der ältesten Erfurter Willkühr,³⁶⁷⁾ demnächst aber (1310) zur Einsetzung der Vierherren führten, können uns hier nicht weiter beschäftigen, nur mag bemerkt werden: dass sie es dem Erzbischof, dessen Rechte und Ansehen schon auf ein Minimum gesunken waren, möglich machten, sich wieder in die Angelegenheiten der Stadt zu mischen. Denn die Patricier führten, als die gemeinen Bürger sie zur Aenderung der Verfassung zwingen wollten, bei dem Erzbischof Klage, der sie aber zurückwies und die von der Gemeinde aufgestellten 17 Artikel (den s. g. offenen oder Vierherrenbrief) confirmirte.³⁶⁸⁾ — Jene innere Zwietracht war es denn auch, die den Frieden mit Landgraf Friedrich herbeiführte. Da die Kriegspartei, die wehrständigen Geschlechter, trotz ihrer Berufung auf den so oft bewährten Heldenmuth, die sieggewohnte Tapferkeit und noch unerschöpfte Kraft der Stadt, die geringen Erfolge des Landgrafen und die grossen Verluste, mit denen er jeden Versuch, sich Erfurts zu bemächtigen, habe bezahlen müssen, endlich der Wahrscheinlichkeit einer Wiedererneuerung des gegen denselben gerichteten Bundes, doch der Friedenspartei, die in den gemeinen Bürgern ihre Hauptstütze hatte, nachgeben musste.³⁶⁹⁾ Dennoch rettete die Stadt, freilich nur gegen Zahlung von 10,000 Mark Silbers (70,000 Gulden)

³⁶⁶⁾ Barthold l. c. III. S. 188.

³⁶⁷⁾ Abgedruckt bei Heinemann l. c. S. 67—98.

³⁶⁸⁾ Gudenus, Lib. II. §. 1. p. 81. Dominikus l. c. S. 306. Heinemann l. c. S. 40. Erst am 16. Juni 1316 übergab der Rath der Gemeinde die Ausfertigung des Vierherrenbriefes und auch da nur unter Beifügung einer Clausel, durch die er sich die alleinige Cognition über die Handwerksachen vorbehielt.

³⁶⁹⁾ Dominikus l. c. S. 303. 308.

und Anerkennung des landgräflichen Geleitrechts, in dem abgeschlossenen Frieden (1315) die von Landgraf Albert erkauften Besitzungen. ³⁷⁰⁾

Es war dies die letzte ernstliche Fehde Erfurts mit den Landgrafen. Da das Geleitsrecht diesen die Verpflichtung auferlegte, für die Sicherheit der Strassen zu sorgen, und die Stadt wegen ihres schwunghaften und ausgedehnten Handels, der in Folge des durch Kaiser Ludwig dem Bayern, d. Francof. in vigilia nativitat. domini 1331, ertheilte Messprivilegium ³⁷¹⁾ noch an Wachsthum gewann, dabei ganz vorzüglich betheiligt war, so hielt sie es ihrem Interesse gemäss, sich immer näher an die Landgrafen anzuschliessen, und gemeinschaftlich mit diesen und den Städten Mühlhausen und Nordhausen für die Aufrechthaltung des Landfriedens Sorge zu tragen. Obenein glaubte man in dem Landgrafen ein wirksames Gegengewicht gegen die Ansprüche des Erzbischofs zu finden, hoffend: dass jeder von ihnen den andern in Schach halten und es nicht zugeben werde, dass er festen Fuss in der Stadt fasse, wodurch diese am leichtesten zu der so heissersehten Reichsfreiheit gelangen könnte. Es schienen sich hierzu auch günstige Aussichten zu eröffnen, als nach dem Tode des Erzbischofs Mathias (1328) ein neues Schisma bei dem erzbischöflichen Stuhle eintrat; die Stadt erkannte weder den vom Papste eingesetzten Erzbischof Heinrich III., noch den vom Domkapitel erwählten Administrator Balduin von Trier an, und machte sich so faktisch von Mainz unabhängig. ³⁷²⁾ Sie ging so weit, dass sie dem letzteren, obwohl sie sich Anfangs selbst an ihn gewendet, um durch ihn Schutz gegen den Grafen von Hohenstein zu erlangen, ³⁷³⁾ nicht nur die für sein Kriegsvolk geforderten Lebensmittel, sondern auch die Heeresfolge und selbst den Eintritt in die Stadt verweigerte, und sogar den erzbischöflichen Provisor, Hermann von Bibra, den Verfasser des bekannten Bibrabüchleins, in das Gefängniss werfen liess. Balduin, wohl fühlend, dass er mit Gewalt nichts ausrichten werde, brachte gerichtliche Klage bei dem Landgrafen als königlichen Landrichter für Thüringen an. Die Erfurter gingen aber in ihrem Uebermuthe so weit, dass sie zwar der Vorladung

³⁷⁰⁾ Erhard l. c. S. 24. Dominikus l. c. S. 309.

³⁷¹⁾ Im Geh. Staats-Archiv zu Berlin und im Prov.-Archiv zu Magdeburg. cf. Falkenstein l. c. S. 112.

³⁷²⁾ Falkenstein l. c. S. 189.

³⁷³⁾ Brewer, Annal. Trevir. Lib. II. p. 210. Gudenus, Lib. II. §. 17. p. 95.

desselben Folge leisteten, aber mit starker gewappneter Mannschaft sich in Mittelhausen, wo das Geding gehalten wurde, einfanden und den Landgrafen angriffen und verjagten. Letzterer ward hierdurch so aufgebracht, dass er mit Balduin gemeinschaftliche Sache machte. Da die Stadt der vereinten Macht beider Fürsten und ihrer Verbündeten (sechzehn Fürsten sollen damals an der Belagerung von Erfurt Theil genommen haben), ³⁷⁴⁾ trotz der mit den Grafen von Weimar, Kevernburg und Beichlingen eingegangenen Bündnisse, doch auf die Länge nicht gewachsen war, es auch wieder an innerem Zwist nicht fehlte, in dem es dem Administrator gelang, einen Theil des Rathes für sich zu gewinnen, so musste die Stadt sich schliesslich doch fügen, Balduin anerkennen, ihm die Kriegskosten vergütigen, 5000 Mark Silbers zahlen und den erzbischöflichen Provisor freigeben, wofür ihr dann eine Erneuerung der früheren Privilegien zu Theil ward. ³⁷⁵⁾ Die schon gehoffte Unabhängigkeit von Mainz war so wieder in weitere Ferne gerückt.

Als die Stadt vom Erzbischof Heinrich, für dessen Lebenszeit die Nutzungen des Münzrechts und Befreiung vom Schlagenschatz (Zoll) für verschiedene Landesprodukte erwarb, bekannte sie in dem ausgestellten Revers (1341 am St. Lucientag): dass sie dem Erzbischof, ihrem Herrn, seinen Nachfolgern und dem Stift alle Ehren, Freiheiten und Rechte, wie seine Vorfahren sie besessen, gewähren und ihm getreulich dienen wollte, wogegen dieser sie, seinen andern Getreuen gleich, treulich vertheidigen und in ihren Rechten schirmen möge. ³⁷⁶⁾

³⁷⁴⁾ Brewer, ann. Trevir. l. c.

³⁷⁵⁾ Vertrag v. Sonntag nach St. Jacobi 1336, bei Falkenstein l. c. S. 215.

Es heisst darin unter andern: dass wir unsire Herrin, Herrin Baldewin, Pfleger des Stifts von Mentze, sinen Nachkommen und dem Stift von Mentze sollen lassen bey alle ire Rechte und Freyheit, geistlich und weltlich in der Statt zu Erfurte und in dem Lande, on alle Hindernisse und Geverde; wir sollen auch denselben unsirn Herrin und den Stift widersetzen in alle ihre Gewere, Herrschaften, Rente und Gulte u. s. w.

³⁷⁶⁾ Alle diese vorgeschriebene rede sollen und wollen wir stete und ganz halten, dass dick ehegenannten unsers Herrn, sines Nachkommen und sines Stiftes, und auch unsers und der Stadt rechte beder rechte sit unverzogen, hiermit sind wir mit unserm ehegenannden Herrn gütlichen verrichtet, um alle Uflauffe die zwischen ihme und uns auf diesen heutigen Tag entstanden waren, auch soll der vorgenand unser Herr getreulich vertheidigen und beschirmen in unserm Rechte, als andern sine ge-

Wiederholte Zwistigkeiten zwischen dem Erzbischofe und der Stadt suchte Kaiser Ludwig durch ein zu Frankfurt am Montage vor Mariä Geburt 1340 erlassenes Laudum zu beseitigen. Der Kaiser entscheidet darin: dass sie zu bedersite umb dieselben stösse und uffleuffe fur bassgut frund sie sulten, und soll och die Stadt zu Erfurdt den Stifft und den Ertzbischoff zu Mentz by allen Irrn rechten und freyheiten lassen pleiben und sie daran nicht irren, und sie darzu getreulichen furdern. Och soll die Stadt zu Erffurdt dem Stifft und den Ertzbischoff die Brieff die sie haben umb das Hauss zu Mulberg wieder antwurten und gebe, als zu Gotha geredt und geteidingt wart. Es soll och der Ertzbischoff zu Mentz der Stadt zu Erffurdt umb die uffleuffe, die zwischen Ihn geschehen sindt, abenemen und zu frund machen Graf Heinrich von Henneberg, graf Heinrich von Honstein, des Sundershusen ist, graf Gunther von Schwartzburgk, des Arnsteten ist, und alle Ir frunde, diener und helffer. Och soll der vorgenannt Ertzbischoff der Stadt zu Erffurdt bestetten Irren Recht, Privilegia und freyheit die sie haben in der weise, als sin vorfaren Ertzbischoff zu Mentz gethan haben. Und darumb sullen sie Im geben Tussentt mark silbers Erffurdter Gewichts, halb uf unser Frawentag zu Lichtmessen, der hier kumbt, und halb uf die Ostern danach etc. ³⁷⁷⁾

Die geringen Mainz gegenüber erlangten Erfolge hinderten die Stadt auf keine Weise, nach wie vor selbstständig in die politischen Verhältnisse Thüringens einzugreifen, so zur Aufrechthaltung des Landfriedens einen Bund mit Landgraf Friedrich, den Grafen Hermann und Heinrich von Weimar und Orlamünde und den Städten Mühlhausen und Nordhausen einzugehn (1338), in welchem sie sich verpflichtete, auf Erfordern eine bestimmte Anzahl Reiter, Armbrustschützen und Schleuderer gegen die Landfriedensbrecher zu stellen, so wie (1340) die Grafen von Hamelburg und von Schwartzburg mit Krieg zu überziehen. Noch erfolgreicher war der in Verbindung mit dem Landgrafen gegen die Grafen von Schwarzburg, Orlamünde und Weimar, Hohenstein und Beichlingen geführte Krieg (1342), der

truwen ohne Argelist; wir sollen auch unserm ehegenannten Herrn sinne Stifft und allen die sinne bei allen Ehren, Freyheiten und Rechten, als dieselbe unsers Herrn Vorfahren von Alder hergebracht hant, lasen blieben und sollen ihnen getreulich darzu diene ohne Argelist. Falkenstein l. c. S. 219.

³⁷⁷⁾ Herrmannsches Copialbuch Nr. 11.

s. g. Grafenkrieg, in dem hier nicht nur Erfurt zum ersten Male in offener Fehde dem Erzbischofe, der die Grafen unterstützte, gegenüberstand, ³⁷⁸⁾ sondern auch die Macht des vorher so ansehnlichen Hauses Orlamünde für immer gebrochen ward und eine Vergrößerung des städtischen Gebietes (durch Zimmern unterm Ettersberge) die Folge war.

Andere Erwerbungen, wie die von Udestedt, Nottleben, Werningshausen, erfolgten durch Ankauf; ³⁷⁹⁾ die schon früher pfandweise besessene Grafschaft Viselbach wurde 1343 definitiv von den Grafen von Gleichen erkauft. Die festen Schlösser Tondorf und Mühlberg wurden zur Hälfte wieder käuflich erworben (1346). ³⁸⁰⁾ Es waren dies sämmtlich Orte, die nie unter mainzischer Landeshoheit gestanden. Die wichtigste Acquisition war aber der Ankauf der unmittelbar vom Reiche zu Lehn gehenden Herrschaft Kapellendorf, von welcher oben bereits ausführlich gehandelt worden ist. Neben anderen Regalien war mit Kapellendorf auch das Münzrecht verbunden, der Rath erkaufte aber noch die dem Erzbischof von Mainz bisher zuständig gewesene Münzgerechtigkeit in Erfurt dazu. ³⁸¹⁾

Von welcher Bedeutsamkeit Erfurt damals war, ergiebt sich unter andern daraus, dass die Pest 1348 dort 12,000 Menschen fortraffen konnte und in der bald darauf stattgefundenen Judenverfolgung mehr als 6000, nach andern sogar 9000 Juden umgekommen sein sollen. ³⁸²⁾

Diese letztere Begebenheit brachte die Stadt mit dem Erzbischof Gerlach, der damals den mainzischen Stuhl inne hatte, und der durch den in Folge jenes Vorfalls wegfallenden Judenzins eine erhebliche Einbusse in seinen Einnahmen erlitt, in ernste Streitigkeit. Die Stadt musste sich zuletzt zu voller Schadloshaltung bequemen. In dem deshalb vom Rathe ausgestellten Revers, d. Sabbatho ante S. Margarethae 1349, erklärt derselbe unter andern: wie er und alle, die dem Stifte Mainz zugehörig, ihm, dem Erzbischofe, gehorsam und unterthänig sein, auch ihm, als ihrem Herrn und dem Stifte,

³⁷⁸⁾ Erhard l. c. S. 25.

³⁷⁹⁾ Falkenstein l. c. S. 224.

³⁸⁰⁾ Später (1355) auch die dem Erzstifte Mainz zugehörige Hälfte beider Schlösser. Gudenus, pag. 108.

³⁸¹⁾ Vertrag d. Mainz, Sonntag nach Martini 1354. Provinzial-Archiv zu Magdeburg.

³⁸²⁾ Falkenstein l. c. S. 227.

williglich und gerne dienen zu allen Rechten derselben, und ihn und seine Geistlichkeit bei allen ihren Rechten, Ehren und Freiheiten, die ihnen von Alters her zuständen, bleiben lassen wollten.³⁸³⁾ Der Erzbischof bestätigte hierauf die Privilegien der Stadt. Die Fassung der desfallsigen Urkunde (Sabbatho ante diem S. Margarethae 1349³⁸⁴⁾ zeigt deutlich, wie weit die Erzbischöfe auch noch zu dieser Zeit davon entfernt waren, die Stadt als vollkommen unabhängig von ihnen anzusehen, denn sie lautet:

Wir Gerlach etc. den klugen Männern, den Rathsmeistern, dem Rathe und der Gemeinde unserer Stadt Erfurt, den Treuen und Vielgeliebten Gnade und alles Gute. Der gebührende Gehorsam unserer Getreuen ist nicht nur durch Belohnungen zu erhöhen, sondern auch durch erwünschte Wohlthaten zu zieren, damit, sowie die Aufrichtigkeit der Verehrung die Getreuen selbst innerlich schmückt, so ihr auch durch die ihr erwiesene Gunst äusserlich Schmuck zu Theil werde. So haben wir denn in Anbetracht der Bereitwilligkeit eurer Verehrung und Treue, und der guten und gern gesehenen Dienste, die ihr bisher uns und unserem Mainzischen Stift geleistet und die ihr sonder Zweifel künftig leisten werdet, und indem wir das, was euch von unsern Vorfahren, den mainzischen Erzbischöfen, zu irgend welcher Zeit zu Theil geworden, nicht vermindern, sondern haben vermehren wollen, alle Freiheiten, Briefe, Begnadigungen und Indulgenzen, die von unseren Vorgängern, den Erzbischöfen von Mainz, euch und eurer Gemeinde gegeben und verliehen worden, wie sie mit Verständigkeit erlassen sind, durch den gegenwärtigen Brief, so weit sie mit unserer und unserer Mainzischen Kirche, so wie mit unserer Geistlichkeit Rechte in Einklang stehen, bestätigt u. s. w.

In einem zweiten Privilegium von demselben Tage, das bereits oben erwähnt wurde, bewilligte der Erzbischof der Stadt das Recht, sich auf keine vor einem Mainzischen Richter, der ausserhalb Erfurt seinen Wohnsitz habe, angebrachte Klage einzulassen, vielmehr nur

³⁸³⁾ Falkenstein l. c. S. 231 — 33.

³⁸⁴⁾ Erzbischof Gerlachs zu Mainz Vertrag mit der Stadt Erfurt, die Vertreibung der Juden aus Erfurt und andere Gegenstände betreffend. Sonnabend vor S. Margarethentage 1349. — Bestätigung dazu vom Mainzer Domkapitel, d. Mainz, Freitags nach Reminiscere 1354. Im Prov.-Archiv zu Magdeburg. — Falkenstein l. c. S. 229. 282.

vor dem erzbischöflichen Provisor in Erfurt selbst zu Recht zu stehen (Jus de non evocando). ³⁸⁵⁾

So sehr aber der Erzbischof in diesen Erlassen auch die Sprache des Landesherren führte, so fühlte er doch wohl, dass die Zeit vorbei sei, wo er Erfurt als gewöhnliche Landstadt behandeln durfte, um so mehr, als dasselbe sich im Besitze von Gütern befand, über die er keine Landeshoheit in Anspruch nehmen konnte, und er schloss daher, wie mit einer gleichstehenden Macht, 1355 mit der Stadt ein Schutz- und Trutzbündniss, in welchem man sich beiderseitig anheischig machte, sich gegen alle Feinde mit Ausnahme des Reichs und der Stadt Mühlhausen beizustehen, die aber etwa zwischen beiden Theilen entstehenden Irrungen durch ein Schiedsgericht schlichten zu lassen. ³⁸⁶⁾

Das Gebiet der Stadt dehnte sich inzwischen, wenn auch der mit dem Grafen Heinrich von Schwartzburg bereits vereinbarte Ankauf von Liebenstein, Schwarzwald und Wachsenburg vom Landgrafen Friedrich wieder hintertrieben ward, immer mehr aus, denn 1366 erwarb sie von der Abtei Hersfeld Alendorf, Pferdingsleben, ferner Ermstadt und Zimmern, ³⁸⁷⁾ 1368 von den Grafen von Gleichen Walschleben, Elxleben und Münstergehofen, 1387 von Otto von Vippach und den Herren zu Tannrode das Schloss Vippach, ³⁸⁸⁾ 1408 von den Landgrafen von Thüringen die s. g. Grafschaft an der schmalen Gera (Mittelhausen, Riednordhausen u. s. w.), 1418 von Heinrich Grafen von Schwartzburg Grossen-Sömmerda mit Zubehör; von Herzog Wilhelm von Sachsen 1448 Bechstedt an der Wagd, Bischleben und Rödichen; 1453 Apfelstedt, Kornhochheim und Dietendorf; ³⁸⁹⁾ 1450 vom Stift B. Mariae zu Erfurt Gross-Rudestedt; 1466 Rohrborn von Hans von Huisburg; 1417 von den Grafen von

³⁸⁵⁾ Im Prov.-Archiv zu Magdeburg. Falkenstein l. c. S. 230. Dem Erzstift bot sich sogar damals eine Gelegenheit, seine Rechte in Erfurt zu vermehren, indem es von der Familie Vitzthum das bisher von Mainz zu Lehn getragene Vicedomamt zu Erfurt, mit den dazu gehörigen Gerichten, Rechten und Einkünften, käuflich erwarb. Urkunde, am St. Mathiastage 1352 (nach Falkenstein S. 235) oder 1342 (nach Gudenus, Cod. dipl. IV. 844). Funkhänel l. c. S. 176.

³⁸⁶⁾ Falkenstein l. c. S. 252.

³⁸⁷⁾ Falkenstein l. c. S. 265.

³⁸⁸⁾ Falkenstein l. c. S. 276.

³⁸⁹⁾ Falkenstein l. c. S. 313. 315.

Beichlingen u. a. Waltersleben.³⁹⁰⁾ Auch dies waren sämmtlich Orte, die nie unter mainzischer Landeshoheit gestanden.

Es kann unter diesen Umständen nicht auffallen, wenn Erfurt damals in politischer Beziehung eine doppelte Rolle spielte, auf der einen Seite die einer dem Erzstift zugehörigen Stadt, auf der andern die einer demselben gleichberechtigten Macht. So wurde im Jahre 1372 auf Vermittelung des Kaisers zwischen dem Könige von Böhmen, dem Erzbischof von Mainz, dem Bischof von Naumburg, den Grafen zu Gleichen, Schwarzburg, Hohenstein und Stollberg und den Städten Erfurt, Mühlhausen und Nordhausen ein Schutz- und Trutzbündniss geschlossen,³⁹¹⁾ nach welchem bei gemeinschaftlichen Unternehmungen Erfurt eben so viel Kriegsvolk zu stellen hatte, wie der Erzbischof, dessen Contingent lediglich nach dem Eichsfelde bemessen wurde, als wenn er keine andere Besitzung in Thüringen gehabt hätte. Und aus demselben Jahre finden sich andererseits mehrere Urkunden, in welchen der Rath ganz unumwunden Erfurt die Stadt des Erzbischofs nennt und erklärt, dass die Bürger von Alters her keinem andern unterworfen wären, als ihm. Die eine dieser Urkunden (1372 am Ostertage)³⁹²⁾ lautet wörtlich: „Wir Rathmeister, Rätthe und Stadt zu Erfurt bekennen öffentlich an diesem Briefe uff das der Ehrwürdige in Gott Vater und Herr, unser gnädiger Herr, Johannes, Erzbischoff zu Mayntz uns die Bürger und seine Stadt Erffurth und die unsern getreulich und vestiglich schütze, schirme und vertheidige, und bei allen unsern Ehren, Freyheiten und guten Gewohnheiten behalte; So wollen und sollen wir diese nächste zehn Jahr nach einander, alle Jahr uff St. Martinstag, demselben unsern Herrn geben, und gütlich bezahlen anderthalb hundert Mark löthiges Silbers u. s. w.“

Es würden diese Widersprüche unerklärlich sein, wenn nicht das erwähnte zwiefache Verhältniss in Betreff der Stadt selbst, und der ihr gehörenden auswärtigen Besitzungen den Schlüssel dazu lieferte.

³⁹⁰⁾ Falkenstein l. c. S. 354.

³⁹¹⁾ Kaiser Karl IV. Landfrieden, aufgerichtet zwischen dem König von Böhmen, Erzbischof von Mainz, Bischof von Naumburg, den Grafen von Gleichen, Hohenstein, Schwarzburg und Stollberg und den Städten Erfurt, Mühlhausen und Nordhausen, d. Prag, am Ostertage 1372. Im Prov.-Archiv zu Magdeburg.

³⁹²⁾ Falkenstein l. c. p. 270.

Inzwischen war Erfurt an Macht, Reichthum und Ansehen immer höher gestiegen. Schon seit 1338 hielt es, vielleicht zuerst in Deutschland, stehende Truppen.³⁹³⁾ Es war 1373 im Stande gewesen, ohne die Hülfe eines Verbündeten, eine sechzehnwochen-liche erfolglos gebliebene Belagerung durch ein Heer von 30,000 Mann, bei dem sich der Kaiser selbst befand, auszuhalten;³⁹⁴⁾ die städtischen Abgaben brachten, obwohl die Bürger nur 6 Pfennige von jeder Mark ihres Vermögens zu schossen hatten, im Jahre 1400 34,156 $\frac{1}{2}$ Reichsthaler, gewiss eine sehr bedeutende Summe für jene Zeit;³⁹⁵⁾ aus alleinigen Mitteln hatte Erfurt (seit 1378) eine Universität, eine der ersten in Deutschland, gegründet und reichlich dotirt; die Stadt wurde immer dichter angebaut; ausserordentlich viel war für ihre Befestigung gethan; eine grosse Anzahl mächtiger Bauwerke für kirchliche und weltliche Zwecke verschönerte sie; die Bevölkerung soll bis 80,000 betragen haben;³⁹⁶⁾ nach dem Geographen Ortesius war sie die grösste Stadt Deutschlands, die Umwohner meinten, dass sie nicht als eine Stadt, sondern als ein ganzes Land anzusehen wäre. Gross war der Zufluss von Fremden, und doch waren wegen der reichlichen Zufuhr alle Lebensbedürfnisse in der Regel wohlfeil; an stattlicher Kriegesrüstung gebrach es eben so wenig, als an Anstalten für gute Ordnung und Sicherheit im Innern. Wohlstand und Reichthum, aber mit ihnen auch, trotz aller Gesetze, die denselben steuern sollten, Ueberhebung, Prachtliebe und Verschwendung stiegen immer höher. Bei benachbarten Fürsten und Herren war die Stadt so geachtet und zugleich gefürchtet, dass man sich gern zum Bündniss mit ihr verstand, und dass im Hussitenkriege (1426) die Bewahrung der gemeinschaftlichen Kasse ihr anvertraut wurde.³⁹⁷⁾ In der langen und blutigen

³⁹³⁾ Dominikus l. c. I. S. 314. Specielle Instruktionen für dieselben, nach denen sie lediglich vom Rathe abhängig waren, ohne dass irgend wie des Erzbischofs gedacht wird, enthält der s. g. alte Zuchtbrief v. 1351. Falkenstein l. c. S. 274.

³⁹⁴⁾ Historia de Landgrav. Thuring. cap. 120. p. 1352. Gudenus, hist. Erf. p. 117. Falkenstein l. c. S. 273.

³⁹⁵⁾ Falkenstein l. c. S. 285.

³⁹⁶⁾ Es ist dies nicht unglaublich, da z. B. von der Pest im Jahre 1465 nicht weniger als 28,000 Menschen hingerafft werden konnten (Falkenstein S. 331) und bei dem grossen Brande 1472 6000 Häuser in Asche gelegt sein sollen (Muller, Annal. Saxon. p. 41).

³⁹⁷⁾ Erhard l. c. S. 28.

Fehde der Herzöge von Sachsen gegen die Vitzthums fand Erfurt Gelegenheit, das entscheidendste Gewicht in die Wagschale zu legen, sich in seiner ganzen Machtstellung zu zeigen und einen Beweis von der Tapferkeit und Kriegstüchtigkeit seiner Bürger abzulegen.

Unter diesen Umständen konnten die Erzbischöfe wohl befürchten, dass die Stadt sich ganz ihrer Bothmässigkeit entziehen werde; da sie sich nicht stark genug fühlten, aus eigener Macht dies zu verhindern, so suchten sie sich fremder Hülfe zu versichern. Erzbischof Conrad III., der zur Besorgniss um so grössere Veranlassung hatte, als Erfurt in ein Schutzbündniss mit Herzog Erich von Braunschweig getreten war, schloss deshalb (1427) einen Vertrag mit dem Kurfürsten Friedrich dem Streitbaren von Sachsen und dessen Brüdern, in welchem diese sich verpflichteten: dem Erzbischof gegen den Rath zu Erfurt, wenn derselbe ihn in seinen Rechten an die Stadt beeinträchtigen wolle, beizustehen.³⁹⁸⁾ Der Rath, wohl fühlend, dass er dieser zweifachen Macht nicht gewachsen sei, suchte die Pläne des Erzbischofs dadurch zu paralysiren, dass er sich selbst wieder mehr den sächsischen Fürsten näherte, und er erlangte denn auch (1434, 1440, 1445, 1450),³⁹⁹⁾ dass dieselben ihm ihren Schutz und Schirm zusicherten. Ein gleiches versprachen 1435 und 1446 der Landgraf Ludwig III. von Hessen ge-

³⁹⁸⁾ Gudenus l. c. p. 131.

³⁹⁹⁾ Ein Bündniss vom Jahre 1434 erwähnt Müller in den Annal. Saxon. und nach ihm Falkenstein l. c. S. 307, es ist uns aber nicht möglich gewesen eine darauf bezügliche Urkunde zu entdecken, wie bei den übrigen. — Friedrich, Kurfürsten, Wilhelms Herzog zu Sachsen, Friedrichs Landgr. in Thüringen und Ludwigs Landgr. zu Hessen Bündniss mit der Stadt Erfurt auf 6 Jahre, d. Schleusingen am Sonnabend nach Octav. Epiphan. 1440 (Geh. Staatsarch. zu Berlin). — Kurfürst Friedrichs und Herzog Wilhelms zu Sachsen Schutzvertrag mit der Stadt Erfurt, d. Leipzig am Lichtmessabend 1445 (Prov.-Arch. zu Magdeburg). — Derselben Erneuerung des von der Stadt Erfurt mit ihnen und dem verstorbenen Landgrafen Friedrich v. Thüringen vorher auf 6 Jahre geschlossenen Schutz- und Vertheidigungsvertrages auf fernere 25 Jahre, d. Leipzig, am Montage in Pfingsten 1445 (das.). — Kurfürst Friedrich II. zu Sachsen Schutzbrief für die Stadt Erfurt während des Krieges mit seinem Bruder Herzog Wilhelm zu Sachsen in Folge des früheren Bündnisses. Gegeben im Felde bei Molsdorf am Sonnabend nach Mariä Heimsuchung 1450. (Im Geh. Staatsarchiv zu Berlin.) cf. Falkenstein l. c. S. 309, 312, 313.

gen jährliche Zahlung von 100 Goldgulden (später auf 300 Gulden erhöht) ⁴⁰⁰⁾ und Heinrich Herzog zu Braunschweig gegen eine Subsidie von 130 Talenten (etwa 500 Rthlr.). ⁴⁰¹⁾ Auch mit den Städten Mühlhausen und Nordhausen wurden von Zeit zu Zeit erneuerte Schutz- und Trutzbündnisse abgeschlossen. ⁴⁰²⁾ Zu noch grösserer Sicherheit nahm die Stadt die Grafen Siegmund und Heinrich von Gleichen (1443—1452) als Kriegsobersten in ihren Sold. ⁴⁰³⁾

Doch gestattete die Stadt noch dem Erzbischof Dietrich von Erbach 1440, unter der Bedingung, dass er sie in ihren Gerechtsamen nicht verkürze, den Einzug, und verstand sich dazu ihm zu huldigen, bei welcher Gelegenheit durch die s. g. Concordata Dietrichi viele streitige Punkte, besonders in Betreff der geistlichen und weltlichen Gerichtsbarkeit und der Befugnisse der erzbischöflichen Beamten in Polzeisachen, regulirt wurden. ⁴⁰⁴⁾ Er war aber auch, wie Gudenus (l. c. p. 135) sagt, auf zwei Jahrhunderte hinaus der letzte Erzbischof, dem dieses Glück zu Theil wurde, weil der unglückliche bürgerliche Zwist und der bald nachher erfolgte Abfall der Stadt jeden Zugang zu der früheren Gewalt abschnitt, besonders nachdem Albert, den an Macht zu übertreffen Niemand sich schmeicheln konnte, es vergebens versucht hatte, den Einlass zu erzwingen. Allerdings waren aber die Besuche der Erzbischöfe jedesmal mit sehr grossen Ausgaben für die städtische Kasse ver-

⁴⁰⁰⁾ Ludwigs, Landgraf zu Hessen, Schutz- und Vertheidigungsbündniss mit der Stadt Erfurt auf 3 Jahre 1435, Freitags nach Walpurgii. (Prov.-Arch. zu Magdeburg). Ludwigs, Landgrafen zu Hessen, Schutz- und Vertheidigungsbündniss mit der Stadt Erfurt auf 20 Jahre. 1446 an U. L. Fr. Lichtweihabend (das.).

⁴⁰¹⁾ Heinrichs, Herzogs zu Braunschweig, Bündniss- u. Dienstvertrag mit der Stadt Erfurt auf ein Vierteljahr. 1450 Freitags nach Jacobi (das.). cf. Gudenus, p. 133. Falkenstein l. c. S. 312.

⁴⁰²⁾ Mit Nordhausen zuerst 1355, mit Mühlhausen 1368, seit 1387 stets mit beiden Städten jedesmal auf 6 Jahre und bei deren Ablauf erneuert. (Im Prov.-Archiv zu Magdeburg, so wie in den Stadtarchiven zu Nordhausen und Mühlhausen.)

⁴⁰³⁾ Falkenstein, S. 311. 315. Die betreffenden Urkunden im Prov.-Archiv zu Magdeburg.

⁴⁰⁴⁾ Erhard l. c. S. 29. Concordata des Erzbischof Dietrich, d. Erfurt am Dienstage S. Crispini et Crispiniani 1440 im Prov.-Arch. zu Magdeburg.

knüpft ⁴⁰⁵⁾ und die wachsende Verschuldung mahnte dringend zur Abwendung derartigen Aufwandes. Gleich unter Dietrichs Nachfolger, dem Erzbischof Diether von Isenburg, zeigte der Rath, obwohl er nicht lange vorher (1451), vom Grafen Heinrich von Henneberg gedrängt, den Erzbischof gebeten, „dass er der Stadt als ihr rechter natürlicher Erbherr wider ihre Feinde gnädigst beizustehen geruhen möge,“ ⁴⁰⁶⁾ wie wenig er geneigt sei, seinerseits den von Mainz gemachten Anforderungen zu willfahren. Denn anstatt der 20,000 Mann Hülfsstruppen, auf die der Erzbischof in dem Kriege mit dem Pfalzgrafen beim Rhein Friedrich I. gerechnet hatte, schickte die Stadt bloß einen Haufen Reiterei, der noch obenein nichts im Felde unternehmen, sondern sich darauf beschränken sollte, den ihm zum Standort angewiesenen Platz zu vertheidigen. Vergeblich stellte der Erzbischof vor: dass eine solche Hülfe ihm mehr Nachtheil als Nutzen gewähre, dass es der Stadt eben so sehr als ihm Schaden bringen müsse, wenn man hieraus eine zwischen beiden eingetretene Spaltung folgere; der Rath blieb unerschütterlich, so dass Diether es zuletzt für das Beste hielt, das Erfurter Hülfsvolk heimzusenden. ⁴⁰⁷⁾

Das demnächst zwischen Diether und Adolf Grafen von Nassau entstandene Schisma glaubte die Stadt, obwohl Kaiser Friedrich in dem Schreiben, d. Grätz Samstag nach S. Lorenz 1461, in welchem er sie von der Absetzung des ersteren und der Ernennung des letzteren in Kenntniss gesetzt, sie ernstlich bei Verlust aller Gnaden und Privilegien, die ihr vom Reich oder sonst zu Theil geworden, anwies: dem Grafen Adolf, so bald sie von diesem deshalb angegangen würden, „Gelübde und Gehorsam zu thun“ und bei Besitzergreifung des erzbischöflichen Stuhls Hülfe zu leisten, zu gänzlicher Abstreifung der mainzischen Herrschaft ausbeuten zu können. Sie nahm daher den Mainzerhof mit allen Privilegien und Gerechtigkeiten in Sequestration. Die Besorgniss vor Acht und Bann bewog sie zwar zur Rückgabe, sie liess sich dafür aber von Adolf Freitag nach dem Agententage 1463 ein Privilegium er-

⁴⁰⁵⁾ Der Einzug Conrad III. hatte der Stadt 2385 Schock 44 Groschen (Falkenstein S. 300), der Dietrichs von Erbach 7888 Thaler gekostet (ibid. S. 310).

⁴⁰⁶⁾ Falkenstein l. c. S. 313.

⁴⁰⁷⁾ Falkenstein l. c. S. 320.

theilen, in welchem dieser auf die Heeresfolge zu verzichten versprach. ⁴⁰⁸⁾

Nach dem grossen Brande 1472 wirkte Erzbischof Adolf der Stadt bei Kaiser Friedrich die Bewilligung eines Jahrmarktes aus. In der desfallsigen Urkunde (Augsburg Freitag vor Cantate 1473) nennt dieser ausdrücklich Erfurt des Erzbischofs und des Stifts Stadt und sagt: dass er besonders in Rücksicht der von diesem ihm und dem Reiche geleisteten Dienste die gedachte Bewilligung habe eintreten lassen. ⁴⁰⁹⁾ Wie die Stadt 1488, als sie vom Kaiser bei dem bevorstehenden Kriege gegen Frankreich unmittelbar in Anspruch genommen war, sich an den Erzbischof gewendet, diesen, sie dem Reiche gegenüber zu vertreten und sie, wie bisher geschehen, ungetrennt bei dem Erzstift zu belassen, gebeten hat, ist bereits oben erwähnt worden. Ein ewiges principloses Hin- und Herschwanken, das sich von jeder augenblicklichen Strömung die Richtung angeben liess, charakterisirt, so wie überhaupt, so insbesondere in diesem Zeitraume die Politik Erfurts. Es gab gewiss in Deutschland nicht eine bischöfliche Stadt, wo alle Umstände in gleichem Maasse wie hier das Erringen der Reichsunmittelbarkeit begünstigten. Erfurt selbst hat es durch seinen Mangel an Consequenz und Staatsklugheit, durch seine Scheu, kleine Lasten zu übernehmen, um grosse Erfolge zu erreichen, verschuldet, wenn sein endliches Schicksal ein so tragisches gewesen ist.

Allerdings forderte die Lage der Dinge in der Zeit, zu der wir hier gelangt sind, die Stadt dringend auf, ihren Blick mehr nach einem andern Punkt zu richten, als nach dem entlegnen und wegen innerer Zwiste ziemlich ungefährlichen Mainz. Die sächsischen Herzöge, welche nach dem Abgange des letzten Landgrafen von Thüringen (1440) in den Besitz dieses Landes gelangt waren, denen es weder an der Kraft noch an dem Willen fehlte, die Stadt in ihrem Wachsthum zu beschränken, waren jetzt viel gefährlichere Nachbarn wie die Erzbischöfe. Sie hatten sofort das fast verges-

⁴⁰⁸⁾ Gudenus l. c. p. 142. Es bezieht sich dies Versprechen lediglich auf die Person Adolfs, nicht auf das Erzstift überhaupt, also auch nicht auf seine Nachfolger auf dem erzbischöflichen Stuhle, wie es denn auch ohne Zuziehung des Domkapitels ausgestellt war. Mit Unrecht hat daher die Stadt später daraus eine allgemeine Befreiung von der mainzischen Oberherrlichkeit herleiten wollen. Falkenstein l. c. S. 327 — 33.

⁴⁰⁹⁾ Herrmannsch. Copialbuch Nr. 101 und im Prov.-Archiv zu Magdeburg.

sene landgräfliche Geleitsrecht durch Thüringen, so wie die alte Schirmvogtei über das Marienstift in Erfurt wieder hergestellt, suchten aber hieraus allmählig eine Schutzgerechtigkeit über die ganze Stadt zu entwickeln und dabei das Schutzgeld (die Subsidie), zu dem sich Erfurt zuweilen auf eine Reihe von Jahren vertragsmässig und freiwillig verstanden hatte, in eine Verpflichtung und eine fortwährende Leistung zu verwandeln. ⁴¹⁰⁾ Wenn Erfurt auch, namentlich in der Vitzthumschen Fehde, im Bündniss mit Herzog Wilhelm von Sachsen stand, so war dieser doch ein etwas kostspieliger Verbündeter. Fast alljährlich beehrte er die Stadt mit seinem Besuche; der Stadtkasse kam aber diese Ehre ziemlich theuer, in der Regel nicht unter 1000 Schock, zu stehen. Noch bedenklicher wurde dem Rath dieses Verhältniss, als Erzbischof Adolf für aufgewendete Kriegskosten das Eichsfeld an den Herzog verpfändete. Da der Rath besorgte, dass ein Gleiches in Betreff der mainzischen Grundstücke und Gerechtigkeiten in Erfurt geschehen könne, so erwirkte er, nicht ohne bedeutende Kosten, von Papst Pius II. eine Bulle (VI. Cal. Sept. 1462) über die Untrennbarkeit des Mainzerhofes und seiner Pertinenzen von dem erzbischöflichen Stuhl. ⁴¹¹⁾

Noch drohender wurde die Gefahr für die Stadt, als Erzbischof Diether (1472), nachdem die von ihm entsendeten Commissarien sich vergeblich bemüht hatten, Erfurt wieder in grössere Abhängigkeit von dem erzbischöflichen Stuhl zu bringen, und die Stadt sich weigerte, ihm, so lange nicht die über verschiedene streitige Rechte entstandenen Irrungen ausgeglichen wären, ⁴¹²⁾ den Einzug zu gestatten, mit Kurfürst Ernst von Sachsen in Verbindung trat und dessen Sohn Albert das Provisoramt über Erfurt und das Eichsfeld übertrug. ⁴¹³⁾ Der Rath wollte, darauf sich stützend, dass noch nie

⁴¹⁰⁾ Erhard l. c. S. 29.

⁴¹¹⁾ Die Bulle bei Falkenstein l. c. S. 324. 325.

⁴¹²⁾ Falkenstein l. c. S. 348. 351.

⁴¹³⁾ Wir sind bei dieser, je nach dem Parteistandpunkt sehr abweichend dargestellten Begebenheit, vorzugsweise der Erzählung Konr. Stollens (Thür. erfurt. Chron. S. 141 fg.), der als damaliger Vicar zu St. Sever die beste Gelegenheit hatte, das Sachverhältniss zu kennen, gefolgt. Sehr gut wird der Stand der Sache von Nic. v. Siegen, gleichfalls einem Augenzeugen, charakterisirt. Er sagt: In diesem Jahre (1477) begann oder vielmehr steigerte sich ein Zwist der Bürger und des Rathes zu Erfurt mit ihrem Landesherrn, dem Erzbischof Diether von Mainz, weil dieser, wie es seine Pflicht war, wirklicher Herr der Erfurter sein wollte. Aber die

ein Fürst Provisor von Erfurt gewesen, sich dem nicht fügen, und ordnete an: dass Niemand in die Thore eingelassen werden solle, der zum Maintzerhofe einreiten wolle. Der hierüber aufgebrachte Erzbischof verlangte die Hülfe des Kurfürsten Ernst, der bereitwillig auf die Sache einging. Zuerst versuchten die Fürsten, die Handwerker und Zünfte gegen den Rath aufzuhetzen und auf ihre Seite zu ziehn, es misslang dies jedoch, da die Bürgerschaft fest zu dem Rathe stand; der letztere, der nun wohl erkannte, wie ernstlich die bisherige staatliche Stellung der Stadt bedroht sei, appellirte durch eine nach Rom entsendete Gesandtschaft an den heiligen Stuhl, wo ihm jedoch die mainzischen Abgeordneten und Kurfürst Ernst, der sich dieser Angelegenheit wegen persönlich nach Rom begab, erfolgreich entgegenwirkten. Eben so fruchtlos blieben die Schritte, welche der Rath beim Domkapitel that, und wenn auch seine Verwendung beim Kaiser, der allerdings dem Erzbischof Diether die Belehnung verweigerte, ein günstigeres Ergebniss hatte, indem die Stadt dort durch kaiserliche Mandate vom 23. August 1479, 1. Decemb. ej. und 2. Mai 1480 ⁴¹⁴⁾ den gemessenen Befehl erhielt, sich den Anforderungen Diethers nicht zu fügen, vielmehr die erzbischöflichen Besitzungen und Gerechtsame in Erfurt so lange in Sequestration zu nehmen, bis den erzbischöflichen Stuhl wieder ein vom Kaiser Belehnter inne habe, so hatte doch Kaiser Friedrich nicht die Macht, war auch viel zu sehr mit ihm näher liegenden Dingen

Unterthanen, im Uebermaass, wenn es zu sagen oder zu schreiben gestattet ist, rebellisch, bekümmerten sich nicht um ihn. Sei dies wie es will, ich weiss nicht was ich davon sagen oder schreiben soll; nichts auf der Erde geschieht ohne Ursache, und jeder glaubt in seinem Sinne und Kopfe recht zu haben. Die Erfurter sagen und gestehen, dass sie sich unter mainzischer Hoheit befinden, doch in der Weise wie es ihnen beliebt; aber der Erzbischof will in der Wirklichkeit Herr von Erfurt sein. Aber er sei weit von ihnen entfernt, meinen die Erfurter, und wenn sie von den Fürsten oder Grafen beunruhigt würden, so gewähre er ihnen manchmal nur wenig Hülfe; seine Herrschaft bestehe nur darin: dass er stets haben und auspressen, Hülfe verlangen, Geld erhalten wolle, und je mehr man ihm gebe, um so mehr fordere er, und wenn man auch beständig geben wollte, so würde sein Verlangen nach Geld doch nie gesättigt werden können. — Jeder Theil, sowohl der mainzische als der erfurtische, hält seine Sache für die gerechte (Nic. de Siegen, Chronic. ecclesiast. p. 461 fg.).

⁴¹⁴⁾ Bei Falkenstein l. c. S. 381—386. Hierinnen ist ausgedruckt u. s. w. sol. D. vj. fg. Orig. im Prov.-Archiv zu Magdeburg.

beschäftigt, als dass er der Stadt thätige Hülfe hätte gewähren können. Sein an die Reichsstände überhaupt, so wie insbesondere an Markgraf Johann von Brandenburg und den Pfalzgrafen Georg erlassener Befehl, ⁴¹⁵⁾ die Stadt gegen alle, welche sie in der Ausübung der ihr von ihm übertragenen Rechte behindern wollten, zu schützen, blieb ohne alle Wirkung.

Die Stadt überzeugte sich unter diesen Umständen, dass sie auf ihre eigne Kraft gewiesen sei; sie nahm demgemäss die umfassendsten Rüstungen vor, schuf den Cyriaxberg, dessen Kloster mit päpstlichem Consens in die Stadt verlegt ward, mit kaiserlicher Genehmigung in eine starke Feste um, und nahm noch Fremde in Sold, so dass die Besatzung nicht weniger als 9000 Mann betrug. Mit Landgraf Heinrich von Hessen wurde auf 9 Jahre ein Subsidienvvertrag geschlossen, wonach derselbe jährlich 1000 Gulden erhalten, dafür aber verpflichtet sein sollte, der Stadt mit mindestens 1000 Pferden zu Hülfe zu kommen. ⁴¹⁶⁾ Die der Stadt zugehörigen Schlösser wurden in vertheidigungsfähigen Stand gebracht und mit starker Besatzung versehen. Die mainzischen Beamten wurden aus ihren Aemtern entfernt und diese von der Stadt eingesetzten Amtleuten übertragen, nachdem der Kaiser an die Erfurter einen abermaligen ausdrücklichen und scharfen, doch ihnen sehr willkommenen Befehl erlassen hatte, Diethers Anordnungen durchaus keine Folge zu leisten, vielmehr die mainzischen Gerichte und Besitzungen in der Stadt bis auf weitere Bestimmung im Namen des Kaisers und Reichs durch taugliche Personen aus ihrer Mitte selbst zu verwalten. Die Vollziehung dieses Befehls, die so schonungslos ausgeführt ward, dass man die erzbischöflichen Beamten Misshandlungen unterwarf, alle Rechnungen, Register und Urkunden wegnahm, und Alles vernichtete, was an die erzbischöfliche Herrschaft erinnerte, ⁴¹⁷⁾ veranlasste einen heftigen Schriftenwechsel, vermittelt im ganzen Reich verbreiteter und öffentlich angehefteter Placate zwischen dem Erzbischof und dem Rathe, in welchen beide Parteien ihre Forderungen bis auf die äusserste Spitze trieben, indem der erstere behauptete: dass die Stadt dem Erzstift unbedingt unterworfen sei und ihr gar

⁴¹⁵⁾ Beides d. Wien, 21. Mai 1480. Prov.-Archiv zu Magdeburg.

⁴¹⁶⁾ Revers der Stadt Erfurt über das mit Landgraf Heinrich zu Hessen aufgerichtete Schutz- und Vertheidigungsbündniss, Donnerstag nach Petri und Pauli 1479. Prov.-Archiv zu Magdeburg. cf. Falkenstein S. 388.

⁴¹⁷⁾ Schwarz, Diether von Isenburg. S. 212.

keine eigenthümlichen Rechte einräumen wollte, wogegen der Rath vollständige Reichsunmittelbarkeit in Anspruch nahm und dem Erzbischof nur die Rechte eines geistlichen Oberen zugestand.⁴¹⁸⁾

Es traten aber bald Ereignisse ein, welche theils den Hauptbeschwerdepunkt der Stadt: die Ernennung eines Fürsten zum erzbischöflichen Provisor, beseitigten, theils die Macht ihrer Gegner so verstärkten und dieselbe so in ihre unmittelbare Nähe brachten, dass man die Hoffnung aufgeben musste, durch die Gewalt der Waffen einen glücklichen Ausgang herbeizuführen. Denn am 7. Mai 1482 starb Erzbischof Diether, und eben jener sächsische Prinz Albert, den als Provisor anzunehmen Erfurt sich geweigert, wurde dessen Nachfolger auf dem erzbischöflichen Stuhl. Waren schon hierdurch Sachsen und Mainz so enge verbunden, dass die Stadt die bisher befolgte Politik, in dem einen Fürsten einen Stützpunkt zum Widerstand gegen die Ansprüche des andern zu suchen, aufgeben musste, so war es für sie noch schlimmer, dass Kurfürst Ernst nach dem unbeerbten Tode Herzog Wilhelms (1482) — der, wenn auch nicht aus Freundschaft für Erfurt, doch aus Besorgniss: dass bei einem Kriege sein Land am meisten zu leiden haben werde, sich beharrlich geweigert hatte, an feindseligen Unternehmungen gegen die Stadt Theil zu nehmen — in den Besitz von Thüringen gelangte und so deren unmittelbarer Nachbar wurde. Der Rath hielt es bei dieser Lage der Dinge für das Beste, seiner Seits die ersten Schritte zu einer friedlichen Ausgleichung zu thun, und es kam auch zu einem Abkommen, das an demselben Tage (3. Febr. 1483) zu Amorbach mit dem Erzbischof und zu Weimar mit Kurfürst Ernst abgeschlossen wurde.

In dem ersteren (die s. g. *Concardata Alberti Administrato-
ris*)⁴¹⁹⁾ erkannte die Stadt den Erzbischof als ihren rechten Erb-

⁴¹⁸⁾ Erhard l. c. S. 35. Diese Streitschriften sind später unter dem Titel: Hierinnen ist ausgetruet die Gerechtigkeit, der sich etwan der Hochwürdigst von Gott Herr Dietrich, Ertzbischoff zu Meintz, löblicher gedechtniss an der Stadt Erffurth angemast, die er auch öffentlich im Reich hat anschlahen lassen. Dagegen befind man hirynen die Gerechtigkeit, die eyn erbar Rath der Stadt Erffurdt, auch wiederumb zu derselbigen Zeit hat drucken und allenthalben im Reich anschlahen lassen. Erfurt 1553 und öfter, zusammen erschienen.

⁴¹⁹⁾ Im Prov.-Archiv zu Magdeburg. Abgedruckt: *Concordata und Vertrege* so zwischen den Ertzbischoffen und Stifft Maintz etc. und der Stadt Erf-

herrn an, wogegen dieser versprach: den Rath und die Bürger bei ihrem Herkommen bleiben zu lassen. Die Stadt trug von allen ihren Opfern und Anstrengungen keinen Vortheil davon, als den, dass die Rechte des Erzbischofs in Betreff der Gerichtsbarkeit und Polizei in vielen Punkten genauer bestimmt wurden. Zu der Befestigung des Cyriaxberges ward zwar die nachträgliche Genehmigung ertheilt, die Stadt musste sich dafür aber zur Zahlung einer Summe von 40,000 Gulden verstehen. ⁴²⁰⁾

Noch ungünstiger für Erfurt war der weimarische Vertrag. Es musste das sächsische Schutzrecht über die Stadt und ihr Gebiet als eine immerwährende Verpflichtung ausdrücklich anerkennen und sich zu einem jährlichen Schutzgelde von 1500 Gulden verpflichten; es musste sich zur Heeresfolge verstehen, wenn die sächsischen Länder angegriffen würden; doch sollte es nicht ausser Landes zu dienen schuldig sein; es musste die s. g. Grafschaft an der schmalen Gera, Bischleben, Apfelstedt, Dietendorf, Kornhochheim, abtreten und ausserdem für die gehaltenen Unkosten 150,000 Gulden erlegen. Dagegen versprach Sachsen die Stadt in seinen Schutz und Schirm zu nehmen und sie bei ihren Freiheiten und altem Herkommen zu belassen. Gleichzeitig wurde über einige Irrungen in Betreff der Jurisdictions- und Lehnverhältnisse des Erfurter Gebietes Entscheidung getroffen. ⁴²¹⁾

Wir sind hier an den Culminationspunkt der politischen Bedeutsamkeit Erfurts gelangt. Von da ab sank es stetig und schneller, wie es empor gestiegen war, von seiner Höhe hinab.

Die erzählten Ereignisse — die unaufhörlichen Fehden mit den Räubereien und Verwüstungen, die sie in ihrem Gefolge hatten, die Pest von 1465, der grosse Brand von 1472 — hatten dem Wohlstand der Bürger tiefe Wunden geschlagen. Während der vier Jahre,

furdt aufgericht. fol. B. ij. fg. Authenticirter Abdruck u. s. w. S. 15—23. Falkenstein l. c. S. 395—406.

⁴²⁰⁾ In dem mit Erzbischof Barthold, Donnerstag nach Quasimodogeniti 1497, abgeschlossenen Concordate (Prov.-Arch. zu Magdeburg. Concordate etc. fol. B. iiij. fg. Authenticirter Abdruck etc. S. 29—38. Falkenstein l. c. S. 434—441), wurden eigentlich neue Festsetzungen nicht getroffen, sondern nur bereits bestehende erneuert und genauer präcisirt.

⁴²¹⁾ Der Vertrag im Prov.-Arch. zu Magdeburg. Abgedr. in Concordate und Verträge zwischen Churfürsten und Fürsten des löblichen Hauses zu Sachsen und der Stadt Erfurt aufgericht. Fol. viij. fg. Falkenstein l. c. S. 408—416.

die der Zwist mit dem Kurfürsten gewährt, hatte kein Angehöriger der Stadt es wagen können, deren Mauern zu verlassen; den für dieselbe bestimmten Waaren hatte man jeden Durchzug verwehrt, so stockte der Handel, der bisher die Hauptquelle des Reichthums gewesen und bald darauf durch die Entdeckung von Amerika und des Seeweges nach Ostindien, die den Weltverkehr in andere Bahnen lenkten und an die Stelle des Waids, dem Erfurt sehr wesentlich seine commerzielle Stellung verdankte, den Indigo setzten, ⁴²²⁾ für immer von der früheren Bedeutsamkeit hinabsank. Auch liessen die sächsischen Fürsten es sich angelegen sein, Erfurts Handel in ihre Städte zu ziehn, mit solchem Erfolge: dass bald die Wichtigkeit, welche dessen Messen bisher behauptet, auf die von Leipzig übergingen. ⁴²³⁾ Ueberhaupt muss das Anwachsen der Macht Sachsens als eine Hauptveranlassung zur Abnahme der politischen Bedeutsamkeit Erfurts angesehen werden. Ihm gegenüber befand es sich, selbst wenn es auch nicht genöthigt gewesen wäre, dem sächsischen Fürstenhause das Schutzrecht ausdrücklich einzuräumen, in einer durchaus ungünstigeren Lage, als seinen bisherigen Nachbarn, den thüringischen Landgrafen und Grafen, die es alle an Hülfquellen weit übertroffen.

So schlimm aber auch alle diese Umstände waren, so würde die Stadt, die auch nach dem Amorbacher Vertrage zwar nicht die Reichsunmittelbarkeit, aber doch eine nur durch einige Rechte des Erzbischofs beschränkte Selbstständigkeit behielt, eine ehrenvolle und

⁴²²⁾ In der zweiten Hälfte des 16. Jahrh. wurde in Sachsen, namentlich in Leipzig, das Färben mit Cochenille und Indigo eingeführt, nachdem eine grosse Zahl niederländischer Tuch- und Wollenweber in das Land gezogen worden, denn jene Kunst war in den Niederlanden früher als in Deutschland, dem Erzeugungslande der bis dahin beliebtesten Färbepflanzen des Kermes und des Waids, geübt worden. Dadurch erlitt der Anbau dieser Pflanzen in Thüringen den Todesstoss und der Handel Erfurts, des Hauptmarktes deutscher Färbestoffe schlimmen Abbruch. Falk, Gesch. d. deutsch. Handels. II. S. 55. 293.

⁴²³⁾ Im Jahre 1507 erhielt Leipzig von Kaiser Max I. die Bestätigung seiner drei Messen, zugleich mit dem erweiterten Rechte der Niederlage und des Stapels und der Bestimmung: dass künftig in einem Umkreise von 15 Meilen keine Messe noch Niederlage gehalten werden solle. Die ähnlichen älteren Vorrechte Erfurts wurden in derselben Urkunde für aufgehoben erklärt; ohne Erfolg widersprach die zurückgesetzte Stadt. Falk l. c. Thl. II. S. 54.

geachtete Existenz haben fortführen können, wenn sie nicht unheilbar an inneren Gebrechen gesiecht und, in der völligen Verblendung befangen, alle Mittel verschmäht hätte, welche geeignet gewesen wären, einen gesunden Zustand wieder herbeizuführen. Das schlimmste jener Gebrechen war die tiefe Verschuldung und gänzliche Zerrüttung des Stadthaushaltes. Um eine politische Machtstellung einzunehmen, für welche die Grösse der Besitzungen und der Einwohnerzahl allein lange nicht ausreichten, hatte man sich zu grossen Aufwendungen genöthigt gesehen. Die eingetretenen Unglücksfälle hatten auch das Ihre gethan. In den Jahren 1457 bis 1483 hatte der Rath 100,000 Gulden verbaut; ⁴²⁴⁾ allein die Wiederherstellung der durch den grossen Brand zerstörten öffentlichen Gebäude hatte 19,270 Schock, die der Befestigung des Cyriaxberges und der Versetzung des dortigen Klosters gegen 9000 Schock ⁴²⁵⁾ gekostet. Die Theilnahme an der Belagerung von Neuss (1474) verursachte eine Ausgabe von 400,000 Gulden, die, wie ein alter Chronist sagt, ⁴²⁶⁾ meist mit Bankettiren verthan wurden. Ungeheure Summen hatten die Rüstungen gegen die Kurfürsten von Sachsen und Mainz verschlungen; der Amorbacher und Weimarsche Vergleich mussten, abgesehen von den sehr bedeutenden Geschenken an die sächsischen und mainzischen Räte, mit 200,000 Gulden erkaufte werden. Die laufenden Einkünfte der Stadt, mochten sie an sich auch noch so bedeutend sein, und mochte man dieselben auch noch so sehr durch neue Auflagen, ⁴²⁷⁾ die an sich auf den Wohlstand einen um so nachtheiligeren Einfluss ausübten, als sie meist die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse trafen, zu erhöhen suchen, reichten hierzu natürlich nicht aus, und so musste man zu Anleihen schreiten, ⁴²⁸⁾ deren Zinsen die Schuldenlast einer Lawine gleich anschwellen liessen. Anstatt nun sich zu bemühen, durch weise Sparsamkeit und gute Staatswirthschaft sich aus dieser Verlegenheit herauszu-

⁴²⁴⁾ Falkenstein l. c. S. 408.

⁴²⁵⁾ Ibid. S. 406. 417.

⁴²⁶⁾ Ibid. S. 341. Dominikus. I. S. 342.

⁴²⁷⁾ Ibid. S. 425. 444. 445. 448. 449.

⁴²⁸⁾ 1496 betrugen die Schulden der Stadt 100,004 Gulden, die in diesem Jahre wieder um 11,225 Gulden vermehrt wurden. Im folgenden Jahre nahm man wieder neue 21,720 Gulden auf. 1498 — 1505 fernere 44,274½ Gulden, bis 1509 waren die Schulden auf 600,000 Gulden gestiegen. Falkenstein l. c. S. 431. 441. 444. 451.

arbeiten, dachte man weder an die Verbesserung des Gemeindevermögens, noch an die Eröffnung neuer Erwerbsquellen für die Einwohner, verschwendete vielmehr fortgesetzt beträchtliche Summen ohne allen Nutzen an kostbare Feste und andere Dinge, durch die man der Stadt Ehre aufrecht zu erhalten glaubte, in der That aber nur deren Wohlfahrt immer mehr untergrub und das Sittenverderbniss steigerte. Das gewohnte Glück früherer Tage hatte die Erfurter übermüthig und unbesonnen gemacht. Der kriegerische Muth, der bisher die Bürger beseelt, schwand; der Verpflichtung zur Heeresfolge in den Kriegen des Reichs entzog man sich durch Geldzahlung.⁴²⁹⁾ Maschinenmässig liess man in der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten alles seinen Gang gehen; selten wurde durch eine wichtige Verhandlung die Lethargie unterbrochen; nur der Stolz auf die alte Grösse, die man doch sorglos dahinschwinden liess, war geblieben, selbst noch gewachsen. Bei Wenigen fand sich wahrer Eifer für das Gemeinwohl; herrschend wurde dagegen bei den Vornehmen üppiger Hochmuth, bei den gemeinen Bürgern freche Rohheit und Eigennutz in allen Ständen, gepaart mit der leichtsinnigsten Verschwendung. Der Rath fing wieder an, sich das eigenmächtigste Verfahren zu erlauben und die Vierherrn, zur Wahrung der Rechte des gemeinen Bürgers eingesetzt, schlugen sich selbst auf die Seite der Patrizier; also standen aufs Neue Rath und Bürgerschaft als zwei feindliche Lager sich gegenüber. Da man so wenig darauf dachte, die öffentlichen Ausgaben in ein richtiges Verhältniss zu den Einnahmen zu setzen, da so Mancher noch bei der Verwaltung des Gemeindevermögens sich selbst unredlicher Weise zu bereichern suchte, da man, um dies Alles zu verdecken, das Rechnungswesen absichtlich in Unordnung gerathen liess, so war von einer Verminderung der Stadtschuld natürlich gar nicht die Rede, ja es konnten bald die laufenden Zinsen nicht mehr gezahlt werden. Es kam so weit, dass die Gläubiger, nach dem Gebrauche jener Zeit, sich der Person einzelner Bürger zu versichern suchten, und kein Bewohner der Stadt ohne Gefahr seiner Freiheit es mehr wagen konnte, die Grenzen des städtischen Gebiets zu überschreiten. Dieser Zustand war freilich ein unerträglicher, aber das Mittel, was der Rath anwendete, um ihn zu beseitigen: Die Verpfändung von Kapellendorf an Sachsen (1508) war es gerade, welches die

⁴²⁹⁾ Falkenstein, S. 423 fg. Dominikus l. c. I. S. 363.

längst glimmende Flamme des inneren Aufruhrs zum Ausbruch brachte.⁴³⁰⁾

Dieser Aufruhr, der unter dem Namen des tollen Jahres eine so verhängnissvolle Rolle in der Geschichte von Erfurt spielt, kann uns hier nur so weit interessiren, als er auf das staatsrechtliche Verhältniss desselben zum Erzstift von Einfluss gewesen ist.

Seit Jahrhunderten hatte das letztere sich, so oft es auch mit der Stadt in Hader gewesen, keine Einmischung in die inneren Gemeindeangelegenheiten erlaubt. Jetzt wurde es von den Bürgern selbst dazu veranlasst;⁴³¹⁾ als dieselben zum Gegengewicht gegen die Schritte, welche der Rath bei dem sächsischen Hofe gethan, beschlossen, ihre Klagen vor den Erzbischof zu bringen, und trotz der Warnung des Rathes vor den Nachtheilen, welche ein solcher Schritt der Freiheit der Stadt bringen könne, und den gütlichen Erbietungen und demnächstigen Androhungen Seitens der sächsischen Fürsten, jenen Beschluss durch Absendung von Deputirten nach Mainz zur Ausführung brachten.

Der Erzbischof Uriel von Gemmingen nahm bereitwillig diese Sache, die ihm höchst gelegen kommen musste, an, und obwohl seine ersten Abgeordneten nicht bis Erfurt gelangten, da sie von dem Kriegsvolke des Kurfürsten von Sachsen, der hierin einen Eingriff in seine Rechte erblickte, unterwegs überfallen und zur Rückkehr genöthigt wurden, so liess er sich doch nicht abschrecken, ging nun aber vorsichtiger zu Werke und veranstaltete zunächst zu Mühlhausen (Octob. 1509) eine Zusammenkunft von mainzischen und kursächsischen Abgeordneten zur gemeinschaftlichen Berathung über die Beilegung der Erfurter Unruhen, und da man hier nicht zur Einigung gelangte, sendete er andere Commissarien nach Erfurt ab, um nach dem ersten Verlangen der Bürgerschaft die Sache an Ort und Stelle zu untersuchen. Dieselben gelangten auch, wenn auch nach vielen Weiterungen trotz des Widerspruchs des Rathes dazu: dass ihnen die Schlüssel zu den städtischen Kassen, sowie die Rechnungen und andere betreffende Papiere vorgelegt wurden. In den letzteren wollten sie gefunden haben, dass der Rath sich vieler Unbilden schuldig gemacht. Ihr Auftreten und die dadurch herbeige-

⁴³⁰⁾ Erhard l. c. S. 37—39.

⁴³¹⁾ Eine Notiz bei Konr. Stolle, Thüring. Chron. S. 173, lässt vermuthen: dass die Aufreizung der Bürger gegen den Rath ursprünglich von der Geistlichkeit, also wohl im Interesse des Erzbischofs, ausgegangen ist.

führte Besorgniss, es würden so die Geheimnisse der Stadt an Mainz verrathen und die auf diese Weise erlangten Nachrichten zum Nachtheil der Freiheit Erfurts benutzt werden, bewog viele Bewohner, die bisher zur Gemeinde gestanden, sich von dieser zu trennen und sich denen anzuschliessen, welche eine Intervention der sächsischen Fürsten herbeizuführen suchten. Jene Besorgniss erschien um so begründeter, als der Erzbischof (28. Januar 1510) am kaiserlichen Hofe ein Mandat auswirkte: ihm oder seinen Abgesandten Rechnung von der bisherigen Gemeindeverwaltung abzulegen, und sich deren hierauf gerichteten Anordnungen zu unterwerfen, auch der gegen alles bisherige Herkommen von den Bürgern neu eingesetzte Rath von den erzbischöflichen Commissarien genöthigt wurde, einen Huldigungseid zu leisten, der viel weiter ging, wie die früher üblich gewesen, und in welchem der Erzbischof ausdrücklich der rechte Erbherr der Stadt genannt und ihm Treue und Gehorsam zugesichert ward. ⁴³²⁾

In dieser Errungenschaft erhielt sich auch das Erzstift, so hart das über diese Wendung der Dinge aufgebrachte Haus Sachsen die Stadt bedrohte, und so sehr die öffentliche Meinung hin- und herwogte und sich von Mainz, das nicht im Stande war, gegen Sachsen Schutz zu gewähren, wieder abwendete und in völliger Unabhängigkeit sein Heil suchen zu müssen glaubte. ⁴³³⁾

Albert II. von Brandenburg, der Uriels Nachfolger auf dem erzbischöflichen Stuhl geworden, nahm die Abgeordneten der Stadt (10. Octob. 1514), die ihn bitten sollten, die Wiederherstellung der inneren Ruhe und des äusseren Friedens zu vermitteln, zwar mit Wohlwollen aber ganz in der Haltung eines Landesherrn an, dem

⁴³²⁾ Die Formel beider Eide, bei Falkenstein l. c. S. 472; den auf diesen Gegenstand bezüglichen Erlass des Erzbischofs, d. Montag in den Oostertagen 1510, ibid. S. 495.

⁴³³⁾ cf. Kais. Max I., Citation an den Rath zu Erfurt, um zu sehen und zu hören wie derselbe wegen nicht geleisteter Parition (dass sie nämlich den Erzbischof von Mainz als ihren rechtmässigen Landeserbherrn in allen und jeden der Stadt Anliegen imploriren und sich seiner Hülfe und Beistand zu gebrauchen), in die Acht erklärt werden solle, d. 1511. Alenstein Index p. 37. Es war vorausgegangen: Urtheil und Mandat Kais. Max I. an den Rath und Bürger zu Erfurt: dass sie den Erzbischof von Mainz als ihren rechtmässigen Landes- und Erbherrn in allem und jedem der Stadt Anliegen imploriren, sich seiner Hülfe und Beistand bedienen sollen, d. 1510. Ibid. p. 552.

sich abgefallene Unterthanen wieder unterwerfen. In diesem Sinne liess er durch die nach Erfurt abgesendeten Commissarien die Ordnung wieder herstellen, und auch in dem demnächst (29. Januar 1515) erlassenen Friedensgebot ⁴³⁴⁾ spricht er als Herr zu seinen Untergebenen, nicht in aufgetragenem schiedsrichterlichen Amte, sondern aus landesfürstlicher Gewalt. Gleich der Eingang seines Erlasses — Unsere lieben getreuen Bürgermeistern, Räthen, Vormündern von Vierteln und Handwerken, und sonst allen und jeden unsern gemeinen Bürgern in unserer Stadt Erfurth — und weiterhin: Erkennen, ordnen, setzen und wollen in Kraft dieses unseres Briefes — enthielt eine Fassung, wie sie sich keiner seiner Vorgänger erlaubt, die wohl von ihrer Stadt Erfurt, niemals aber von ihren Bürgermeistern und Räthen der Stadt Erfurt gesprochen hatten.

Aber die achtunggebietende Entschiedenheit, mit der Albert auftrat, der Ueberdruß an dem so lange dauernden Unfrieden, die Bedrängniss, in welche die Stadt und jeder Bewohner derselben gerathen war, die Abstumpfung und Gefühllosigkeit, welche nach jedem Rausche eintritt, liessen die Erfurter über alles das Bedenkliche hinweg sehen, welches das Vorgehen des Erzbischofs für sie enthielt, und sich dem Gebote desselben, ohne auch nur eine Verwahrung einzulegen, fügen. So hatte Albert, der erste Erzbischof, der, was seine Vorgänger nur in dunklem Zuge und in schwankender Politik verfolgt, klar vor Augen hatte und in ein festes System brachte, die uneingeschränkte Landeshoheit über die Stadt, wenigstens zu einem sehr wesentlichen Theile erreicht. Selbst zur Leistung der Heeresfolge, deren die Stadt sich noch gegen Erzbischof Berthold hartnäckig geweigert, ⁴³⁵⁾ verstand dieselbe sich jetzt, wenn schon nicht ohne vorherige Weigerung und unter dem Vorbehalte: dieser Verpflichtung wieder ledig zu sein, wenn die Dokumente über deren Ablösung von Neuem aufgefunden würden. ⁴³⁶⁾ Dagegen versprach der Erzbischof, die Stadt gleich seinen anderen Unterthanen in seinen Schutz und Schirm zu nehmen, ⁴³⁷⁾ so dass dieselbe in der That

⁴³⁴⁾ Bei Falkenstein l. c. S. 548 — 552.

⁴³⁵⁾ Falkenstein l. c. S. 517.

⁴³⁶⁾ Kurf. Albert II. zu Mainz Vertrag mit der Stadt Erfurt wegen der Kriegsfolge, d. Aschaffenburg, Mittwochs nach Pfingsten 1515. — Des Raths zu Erfurt Reversalien über den vorstehenden Vertrag, d. cod. Beides im Prov.-Arch. zu Magdeburg. cf. Weinrich l. c. S. 59.

⁴³⁷⁾ Urkunde, Mittwoch nach Pfingsten 1515, im Prov.-Archiv zu Magdeburg. Bei Falkenstein l. c. S. 555 — 57.

völlig in das Verhältniss einer gewöhnlichen Landstadt trat. Wenn der Erzbischof seine Absicht: sich selbst nach Erfurt zu begeben, dort feierlich einzuziehen und sich huldigen zu lassen, wieder aufgab, so waren es weniger die Gegenvorstellungen des Rathes, die ihn hierzu bewogen haben, als die Anstalten, welche die sächsischen Fürsten zur gewaltsamen Verhinderung dieses Planes trafen.

Doch erwachte in der Stadt bald wieder das frühere Streben nach Unabhängigkeit. Man suchte sich näher an Sachsen anzuschliessen, erkannte in einem mit diesem (25. Oct. 1516) abgeschlossenen Vertrage das sächsische Schutz- und Geleitsrecht ausdrücklich von Neuem an, schaffte die Regimentsordnung von 1510 so wie den neuen Rathseid ab, und stellte in diesen Dingen die frühere Verfassung wieder her.⁴³⁸⁾ Der Erzbischof war aber keinesweges gemeint, seine Errungenschaft wieder aufzugeben. Er erwirkte daher am kaiserlichen Hofe (10. und 11. Octob. 1516) Befehle,⁴³⁹⁾ in welchen dem Rathe strenge untersagt wurde, sich einseitig in Verhandlungen mit den sächsischen Fürsten und den Ausgewanderten einzulassen, und als sich dieser (1517) ohne vorher eingeholte Genehmigung des Erzbischofs erlaubte: neue Abgaben einzuführen und das Maass zu verringern, veranlasste der letztere wiederum einen kaiserlichen Befehl (23. Juli 1521),⁴⁴⁰⁾ in welchem dem Rathe bei 60 Mark löthigen Goldes Strafe anbefohlen wurde, dergleichen Neuerungen zu unterlassen.

Die politische Lage Erfurts in dieser Zeit bietet ein sehr unerfreuliches Bild dar. Es steht zwar in dieser Beziehung nicht isolirt. Fast ohne Ausnahme zeigt sich bei den Städten Deutschlands seit dem sechzehnten Jahrhunderte ein Stillstand in dem bisherigen frischen, kräftigen Gedeihen, dem bald ein entschiedenes Rückschreiten folgte.⁴⁴¹⁾ Vielleicht trat aber doch diese Erscheinung nirgends greller hervor, als bei Erfurt. Noch immer konnte es, trotz des gänzlich zerrütteten Stadthaushaltes, und obwohl seine Macht einen unheilbaren Bruch erlitten und die Zeitumstände sich wesentlich geändert hatten, nicht vergessen, dass es einst die Gesetzgeberin der Thüringischen Lande gewesen. Statt das zu thun, was mit dem ihr

⁴³⁸⁾ Erhard I. c. S. 52.

⁴³⁹⁾ Abgedruckt bei Falkenstein I. c. S. 568—571.

⁴⁴⁰⁾ Abgedruckt bei Falkenstein I. c. S. 579—582.

⁴⁴¹⁾ Lanzizolle, Grundzüge S. 80 fg. Ueber die Ursachen des Verfalls, *ibid.* S. 88 fg.

noch verbliebenen Mitteln zu erreichen war und der Ehre und dem wahrhaften Vortheile der Stadt entsprochen haben würde, strebte man noch immer, wie in früheren Jahrhunderten, sich neben Fürsten und Herren zu stellen, und machte dazu manche kostspielige und erfolglose Anstrengungen. Sich zum offenen Kampfe zu schwach fühlend und nach zwei Seiten, nach Sachsen und nach Mainz hin, um weitere Beeinträchtigung besorgt, nahm man zu dem unehrenhaftesten aller Mittel seine Zuflucht, einer schwankenden und betrügerischen Politik, und neigte sich, wie der Vortheil des Augenblicks es rathsam zu machen schien, bald nach der einen, bald nach der andern Seite und machte Zugeständnisse, die zu halten, nie in der ernsten Absicht lag. ⁴⁴²⁾

Auch die Kirchenverbesserung, für die Erfurt eine der ersten Pflanzstätten wurde, und der es sonst manches Gute verdankt, hat in Betreff der politischen Verhältnisse dessen Stellung nicht günstiger gestaltet. Zu den früheren Beschwerden des Erzbischofs gesellten sich nun noch die wegen der durch den Abfall von der katholischen Kirche erfolgten Beeinträchtigung seiner geistlichen Rechte, das s. g. Pfaffenstürmen und das Schutzrecht, welches der Rath über den Clerus in Anspruch nahm, ⁴⁴³⁾ endlich die etwas zweifelhafte Rolle, welche der Rath bei dem Bauernaufbruch gespielt. Dieser versuchte zwar durch Nachgiebigkeit gegen die Katholiken, denen er den Mitgebrauch der Domkirche und einige von den Evangelischen nicht benutzte Kirchen einräumte, auch öffentlichen Gottesdienst gestattete, den Unwillen des Erzbischofs zu beschwichtigen, der letztere war aber damit noch nicht zufrieden gestellt, verlangte vielmehr Rückkehr zur früheren Verfassung und gänzliche Vertreibung der evangelischen Geistlichen. Er wirkte einen kaiserlichen Befehl hierzu aus und schickte sich an denselben mit Gewalt zur Vollziehung zu bringen. Die Stadt suchte Schutz bei Sachsen, durch dessen Verwendung und Vermittelung denn auch durch den vom Kaiser mit der Regulirung dieser Angelegenheit beauftragten schwäbischen Bund der Vertrag zu Hammelburg (5. Febr. 1530) zu Stande kam, ⁴⁴⁴⁾ der in politischer Beziehung zwar die

⁴⁴²⁾ Erhard l. c. S. 54.

⁴⁴³⁾ Kaiserliches Mandat v. 1. December 1524. Falkenstein l. c. S. 589.

⁴⁴⁴⁾ Concordata etc. fol. Cij. Falkenstein S. 594—97. Im Prov.-Arch. zu Magdeburg.

Lage der Stadt, die sich zur Anerkennung der dem Erzbischof eingeräumten Rechte verstehen musste, nicht wesentlich änderte, der aber doch in sofern von grosser Wichtigkeit ist, als er als die staatsrechtliche Grundlage der Erfurter Religionsfreiheit angesehen werden muss.⁴⁴⁵⁾ Die Stadt entzog sich denn auch nicht ohne Erfolg den Anforderungen des Erzbischof Sebastian wegen Annahme des Interims (1548), und wenn auch ihre Bemühungen, in den Augsburger Religionsfrieden (1555) namentlich mit aufgenommen zu werden, misslangen, so blieb ihr doch ihre Religionsfreiheit gesichert.

Mit dieser Errungenschaft nicht zufrieden, erwachte auch bald wieder in demselben Maasse, wie mit der Einkehr ruhigerer Zeiten der Stadthaushalt sich verbesserte,⁴⁴⁶⁾ der Wohlstand wuchs, Gewerbsamkeit und Verkehr sich hoben, der Unabhängigkeitssinn. Der Rath gerieth denn auch bald in neue Streitigkeiten mit dem Erzbischof wegen der Lauheit, mit der er gegen die beim s. g. Cavatensturm (1579) Betheiligten einschritt, und wegen verschiedener Eingriffe in die Rechte der Katholiken.⁴⁴⁷⁾ Diese Streitigkeiten, die von Zeit zu Zeit, so namentlich bei der Einführung der Jesuiten, neue Nahrung erhielten, setzten sich unter verschiedenen Formen fast ununterbrochen durch den Schluss des sechzehnten und den Anfang des siebzehnten Jahrhunderts hindurch fort, und zogen unter andern für die Stadt den Verlust der Aemter Tonndorf und Mühlberg nach sich, indem der Erzbischof Wolfgang, da jene seine Befugniss zum Wiederkauf bestritt, sein Recht an Herzog Friedrich Wilhelm von Sachsen-Altenburg cedirte, der sich (1592) ohne Weiteres mit Gewalt in den Besitz der streitigen Orte setzte.

Wenn auch die während dieser Zeit mehrfach erneuerten Bemühungen um Anerkennung der Reichsunmittelbarkeit erfolglos blie-

⁴⁴⁵⁾ Erhard l. c. S. 68.

⁴⁴⁶⁾ 1556 hatten sich die städtischen Schulden bis auf 300,000 Gulden, also gegen 1508 um die Hälfte vermindert (Falkenstein l. c. S. 636), so dass man bereits ernstlich an die Wiedereinlösung von Kapellendorf zu denken anfang. Doch brachte nach der Behauptung des Raths das Geschoss damals nicht viel über 4000 Fl. jährlich ein (ibid. S. 645).

⁴⁴⁷⁾ Gudenus l. c. p. 238. Falkenstein l. c. S. 654 fg. Kaiserliche Mandate an den Rath vom 22. März 1584, 11. Sept. ej., 24. Febr. 1588 u. s. w. Falkenstein l. c. S. 655 — 67. S. 679 — 81.

ben, so war die Stadt doch noch keinesweges in die Klasse der gewöhnlichen Landstädte hinunter gesunken und behauptete immer noch einen gewissen Grad von Selbstständigkeit. Die Erzbischöfe konnten in ihren Streitigkeiten mit der Stadt nicht selbst die Entscheidung treffen, sie mussten vielmehr beim Reichskammergerichte und beim kaiserlichen Hofe klagen und die Vollstreckung nachsuchen. Noch hatte die Stadt eine Menge auswärtiger Besitzungen, über welche weder dem Erzbischof noch einem andern Reichsstand landeshoheitliche Rechte zustanden. Sie war sogar in der Lage, dem Kaiser Max II. zuerst 30,000, dann 5000 Rthlr., dem Kaiser Rudolf II. zur Bestreitung der Kosten der Türkenkriege 30,000 fl. und dem Kurfürsten August von Sachsen 30,000 Rthlr., der Stadt Eger aber sogar 60,000 fl. zu leihen.⁴⁴⁸⁾ Der Rath schaffte sich selbst wieder eigne Truppen an, welche 1605 zum ersten Male die Wache bezogen.⁴⁴⁹⁾

Es kann dies aber nur als ein neuer Belag für die schlechte Finanzwirthschaft, welche in der Verwaltung der Stadt sich heimisch gemacht, angesehen werden. Jenen Darlehen, durch welche der Rath sich die Gunst von Kaisern und Fürsten zu verschaffen suchte, gegenüber, machte er selbst neue Schulden.⁴⁵⁰⁾ Die oben erwähnten Bemühungen versprachen aber um so weniger Erfolg, als Erfurt in politischer Beziehung damals bereits zur fast völligen Bedeutungslosigkeit hinabgesunken war. Die Hauptschuld hierbei traf die Bewohner selbst. Ueber jene ewigen erfolglosen Streitigkeiten

⁴⁴⁸⁾ Maximilian II. Rescript an den Rath zu Erfurt, d. 1576, dass die Wiederbezahlung des Kapitals von 30,000 Rthlr. noch vier Jahre nachgesehen werden möchte. — Desselben Danksagung, d. 1576 und 1577, dass der Rath sowohl die gedachte Post als die geliehenen 5000 Rthlr. noch einige Zeit wolle stehen lassen (Alenstein Index. S. 918. 919). Kaiser Rudolf II. Schuldverschreibung über 30,000 Rthlr., d. Prag, d. 18. Jan. 1602 (Prov.-Archiv zu Magdeburg). Kurf. August von Sachsen Danksagungsschreiben an die Stadt Erfurt, dass sie die Wiederbezahlung der geliehenen 30,000 Rthlr., welche zu bezahlen fällig sein, noch ein Jahr unabgelegt wolle stehen lassen, d. 1572 (Alenstein Index. S. 918). Anlehen von der Stadt Erfurt à 60,000 Rfl. hat die Stadt Eger 1596 erhalten und giebt darüber eine Versicherung (ibid. p. 921).

⁴⁴⁹⁾ Falkenstein l. c. S. 677.

⁴⁵⁰⁾ So nahm er 1615 bei Barthol. Viatis und Martin Peller in Nürnberg 50,000 Gulden auf. Verhandl. der Martin Pellerschen Erben, d. Nürnberg, 1. Jan. 1657 im Prov.-Archiv zu Magdeburg.

verloren sie das, was ihnen reellen Vorthail hätte bringen können, die Förderung der Gewerbsamkeit, den Aufschwung des Handels, die Verbesserung der Bildungsmittel beinahe ganz aus dem Auge. Es versiegten allmählig die alten Quellen des städtischen Wohlstandes, denn man versäumte, sie im Flusse zu erhalten oder neue an ihrer Stelle zu eröffnen. Das Stapelrecht und der Strassenzwang, sonst für Erfurt so bedeutend, ging theils durch die Nachlässigkeit der Einwohner, theils durch die Eifersucht der sächsischen Fürsten und Städte ⁴⁵¹⁾ fast spurlos verloren. Vor Allem aber war es ein Hauptübel, dass einzelne Familien sich immer ausschliesslicher fast aller einträglichen Geschäfte bemächtigten und zu wenig von den Vorthailen derselben auf ihre Mitbürger übergehen liessen, so dass fast in demselben Verhältniss, wie diese einzelnen, jetzt grösstentheils ausgestorbenen, Familien ihren Privatwohlstand erhöhten, die öffentliche Wohllhabenheit und mit ihr das Interesse für das Gemeinwohl abnahm. ⁴⁵²⁾

So war der gänzliche Untergang der städtischen Freiheit und Unabhängigkeit vollständig vorbereitet, als das Ereigniss eintrat, was wenigstens mittelbar die Schlusskatastrophe herbeiführte, der dreissigjährige Krieg. Die kurze Episode einer Wiederkehr zur ehemaligen Freiheit, der wir darin begegnen, war blos das letzte Aufflackern einer Flamme, der es an Nahrung gebricht, und die daher nothwendig bald ganz erlöschen muss, und diente nur, die bald eintretende Nacht um so düsterer erscheinen zu lassen.

Es kann hier nicht Zweck sein, alle die Leiden, das unsägliche Elend, die grossen Verluste, die schweren Unkosten, von denen der Beitrag von 60,000 Gulden zur kurmainzischen Kriegssteuer bei weitem die geringsten waren, die jener Krieg für die Stadt und ihr Gebiet herbeigeführt, zu schildern, dagegen muss der Verhältnisse,

⁴⁵¹⁾ Im Jahre 1590 verlangte der Rath zu Erfurt: dass die Waaren, welche von Lüneburg, einem Vermittelungsplatz des unteren Elbgebietes nach Nürnberg, oder von letzterem Orte nach dem ersteren geführt würden, in Erfurt Niederlage halten sollten. Dagegen erhob aber Leipzig, das um diese Zeit das entschiedenste Uebergewicht über seine Nachbarn und Nebenbuhler, sowohl im Handel nach Antwerpen wie nach dem Osten und Nordosten gewonnen hatte, kräftigen und erfolgreichen Widerspruch. Falk, Gesch. des deutsch. Handels. II. S. 48 fg. S. 53 fg.

⁴⁵²⁾ Erhard l. c. S. 72.

welche die Besitznahme Erfurts durch die Schweden in ihrem Gefolge hatte, näher gedacht werden. Nachdem Gustav Adolf bei seiner Anwesenheit (22. Sept. 1631) der Stadt bereits einen Schutzbrief ertheilt und ihr die erzbischöflichen Domanialbesitzungen, auch die s. g. Küchengüter geschenkt, übereignete ihr der Reichskanzler Axel Oxenstierna (3. Jan. 1633) die dem Erzbischof bisher zugestandenene Gerechtigkeiten, namentlich die Gerichtsbarkeit. Wenn die Stadt auch noch nicht zur völligen Unabhängigkeit gelangt war, da die landesherrlichen Rechte grösstentheils durch einen schwedischen Residenten versehen wurden, so glaubte man doch auf unmittelbarem Wege dazu zu sein und traf dem entsprechend alle seine Einrichtungen. Aber der zwischen dem Kaiser und Kursachsen am 20. Mai 1635 zu Prag abgeschlossene Frieden, dem die Stadt, so bedenklich auch dieser Schritt schien, doch in der Hoffnung beitrug, so von den unerträglichsten Kriegslasten frei zu werden, machte all dieser Herrlichkeit schnell ein Ende. Denn also bald fand sich auch der vorher verjagte mainzische Vicedom wieder ein und stellte alle früheren Verhältnisse, namentlich auch die erzbischöflichen Gerichte wieder her (26. Sept. 1635), ohne dass man es gewagt hätte, sich zu widersetzen; und als die Schweden sich (22. Dec. 1636) abermals in den Besitz von Erfurt setzten, wurde gleich ausbedungen: dass die Rechte des Kurfürsten von Mainz, seiner Beamten und der katholischen Geistlichkeit ungeschmälert bleiben sollten. Doch konnte von einer Regierung von dem entfernten Mainz aus der Natur dieses Krieges nach nicht füglich die Rede sein, und da die Schweden, die bis zu dessen Beendigung im Besitz der Stadt blieben, sich, abgesehen davon, dass die städtischen Truppen ⁴⁵³⁾ mit ihnen gemeinschaftliche Sache machen mussten, in die Verwaltungsangelegenheiten nicht einmischten, so war Erfurt während dieser zwölf Jahre thatsächlich fast ganz unabhängig von Mainz.

So erwachte von Neuem der Wunsch, das Band, was die Stadt an das Erzstift knüpfte, ganz abzustreifen, und man beschloss daher, als die Friedensunterhandlungen in Münster und Osnabrück eröffnet wurden, dieselben durch besondere Gesandte zu beschicken. Der Obrist-Rathsmeister Hallenhorst und der Stadtsyndikus Geissler, welche mit diesem Auftrage betraut wurden, setzten denn auch Anfangs ihre Zulassung zu den Verhandlungen durch. Ihr Antrag

⁴⁵³⁾ Es waren 4 Kompagnien, zusammen 800 Mann. Falkenstein l. c. S. 726.

in denselben ging dahin: Erfurt für vollkommen unabhängig von Mainz zu erklären und als Reichsstadt anzuerkennen. Zur Begründung führten sie an: Erfurt stehe seit dem h. Bonifacius in einer kirchlichen, nicht aber in einer politischen Verbindung mit Mainz. In staatsrechtlicher Beziehung sei es vielmehr vollkommen frei und unabhängig, denn es komme in den Reichsmatrikeln von 1431, 1467, 1474, 1487, 1489 vor. Es habe seine besondere Reichsanlage in Ansehung der Römerzüge und Türkensteuern gehabt, und diese theils für sich, theils gemeinschaftlich mit Mainz entrichtet. Es wäre zu den Reichstagen und Kirchenconcilien geladen und auf dem Concil zu Kostnitz durch drei Ritter und zwei Rathsmitglieder vertreten gewesen, denen dort Sitz und Stimme eingeräumt worden. In der goldnen Bulle Karls IV. sei seiner neben den Reichsstädten gedacht und ihm die Verpflichtung auferlegt, den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg das Geleit zu gewähren, in welchem Rechte die Stadt zu schützen. Sachsen in dem Weimar'schen Vertrage von 1483 sich verpflichtet habe. Mainz würde gewiss nicht 1378 und 1389 sich dafür verwendet haben, dass der Stadt erlaubt werde, eine Universität zu errichten, wenn es nicht selbst die Unmittelbarkeit der ersteren anerkannt hätte. Die Stadt habe das Recht: Bündnisse, Verträge, Transactionen und Recesse mit den Erzbischöfen und anderen Reichsständen, selbst protestantischen, abzuschliessen stets unangefochten ausgeübt. Eben so sei ihr das Recht der Kriegführung, Anlegung von Befestigungen, Aufgebot und Bewaffnung der Bürger, Verfolgung der Feinde in fremde Territorien und Hinrichtung der Straffälligen an gewissen Orten nicht bestritten worden. Erfurt habe fiskalische Rechte bei Erhebung von Strafgeldern, caduc gewordenen Gütern und gefundenen Schätzen allezeit ausgeübt und sei von den Grafen von Gleichen als Reichsvögten hierin geschützt. Es sei seit Jahrhunderten berechtigt, Land und Leute zu erkaufen und über dieselben alle obrigkeitliche Gewalt auszuüben. Der Rath habe seinen Gerichtsstand unmittelbar unter dem Reichskammergericht gehabt und sich grossentheils im Genuss der Regalien befunden. ⁴⁵⁴⁾

⁴⁵⁴⁾ Dominikus l. c. I. S. 410. Abdruck des summarischen Berichts, welcher denen Königl. Schwedischen Herrn Plenipotentiaris im Namen des hochlöbl. Erzstifts Mainz wider die Stadt Erfurt bei den Universal-Friedens-

Gegen diesen Anspruch der Stadt erhob sich nicht nur Kurmainz, das in einer dem schwedischen Gesandten zu Osnabrück übergebenen Deduction v. 11. Juni 1646 die Gründe jener zu widerlegen suchte, was wieder einen Gegenbericht der städtischen Abgeordneten herbeiführte, dem eine wiederholte Remonstration, Contradiction, Salvation und ausführliche Refutationsschrift Mainzischer Seits, ⁴⁵⁵⁾ endlich eine Unvermeidliche Antwort auf die also genannte Refutations-Schrift von Seiten der Stadt folgte, ⁴⁵⁶⁾ sondern auch Kursachsen fand sich bewogen, sich in diese Angelegenheit einzumischen. Es beschränkte sich dabei aber nicht darauf, die Mainzischen Ansprüche zu entkräften, sondern es trat auch mit der Behauptung auf: dass ihm selbst die Landeshoheit über Erfurt zustehe. ⁴⁵⁷⁾ Mit einer solchen Hülfe konnte der Stadt wenig gedient sein, sie sah sich vielmehr genöthigt, gleichzeitig gegen Sachsen Front zu machen und auch gegen dessen Ansprüche eine Gegenschrift ausgehen zu lassen. ⁴⁵⁸⁾

Tractaten zu Osnabrück übergeben worden, den 11. Juni a. 1646. — Ohnumgänglicher und beständigster Gegenbericht auf der bei jetziger zu Osnabrück und Münster noch während höchst ansehnlichen Versammlung, im Namen des Hochlöbl. Erzstifts Mainz wider die Stadt Erfurt überreichten Bericht, sammt ohnwiderleglicher Darthung, dass Hochgedachtes Erzstift in oder an der Stadt Erfurt niemals omnimodae superioritatis auch nicht omnimodae jurisdictionis vielweniger aber hohen Regalien berechtigt gewesen etc. Gedruckt zu Erfurt bei Friedr. Dedekind 1646. fol.

- ⁴⁵⁵⁾ Abgedrungene in jure et facto wohlgegründete Refutation, wiederholte Contradiction, Salvation und ausführliche Remonstrations-Schrift des hochlöbl. Erzstifts Mainz über dessen unmittelbare Churfürstl. Stadt Erfurt. Gedruckt zu Mainz bei Nic. Heyll 1647.
- ⁴⁵⁶⁾ Ohnvermeidliche Antwort, auf die also genannte Refutation, Contradiction, Salvation und Remonstrations-Schrift u. s. w. Gedruckt zu Erfurt bei Friedr. Melchior Dedekind 1648. fol.
- ⁴⁵⁷⁾ Des Kur- und fürstlichen Hauses Sachsen unvermeidliche und ge gründete durch das hochl. Erzstift Mainz, vermittelt der ohnlängst in loco tractatum Pacis addictaturum gebrachter vermeinter Deduction veranlasste Anzeige und Gegeninformation, 1647 in fol. und 4.
- ⁴⁵⁸⁾ Nothwendige Gegenanzeige und wohlgegründete Ursachen, warum (vorstehende Anzeige) — Rathmeister und Rath zu Erfurt, so weit es sie betrifft, mit Stillschweigen nicht übergehen, noch die assertiones einräumen können. 1647. fol. Sachsen liess hierauf, aber erst nach zwei Jahren,

Diese doppelte Remonstration gegen die Ansprüche der Stadt bei dem Friedenscongress hatte denn doch die Folge: dass Erfurt aus der Liste der Reichsstädte, in die es bereits eingetragen war, wieder gestrichen und seiner in dem Friedensinstrument gar nicht Erwähnung gethan wurde. Hatte sich der Congress auch eines ausdrücklichen Ausspruchs darüber: welche von den drei Parteien Recht habe, enthalten, so war doch durch sein Verfahren die Frage über die politische Stellung von Erfurt mittelbar definitiv entschieden. Da durch den westphälischen Frieden die Grundlagen des deutschen Staatsrechts festgestellt und die Rechte der Stände genau bestimmt wurden, so war für einen Ort, dessen darin nicht erwähnt war, der also kein Reichsstand sein konnte, und der doch keine gewöhnliche Municipalstadt sein wollte, kein Platz im deutschen Staatsleben mehr vorhanden. Die Zwitterstellung, welche Erfurt bisher inne gehabt, musste nothwendig aufhören, und es würde dies, vielleicht nur etwas später, geschehen sein, wenn auch nicht ein so staatskluger und energischer Fürst, wie Kurfürst Johann Friedrich von Schönborn gerade damals (1647) den erzbischöflichen Stuhl von Mainz bestiegen hätte. Ob der Friedenscongress nicht durch sein Verfahren der Stadt wirklich zu nahe getreten, ob man nicht der Ausnahmsstellung, welche dieselbe nicht nur faktisch, sondern zum Theil auch rechtlich inne gehabt, insbesondere dem Umstande, dass sie eine grosse Zahl auswärtiger Güter besass, welche, wenn sie auch seit der Veräusserung von Capellendorf keins derselben unmittelbar von Kaiser und Reich zu Lehn trug, nicht unter fremder Oberhoheit standen, wenigstens gewiss nicht derselben, wie die Stadt selbst, hätte Rechnung tragen sollen, würde hier eine müssige Untersuchung sein.

Auch diesmal waren es wieder zunächst innere Streitigkeiten, die Erbitterung der Gemeinde gegen den Rath, welchem Ueberschreitung seiner Befugnisse, Uebermuth gegen die Bürger und Ausbeutung der allgemeinen Noth zu eignem Vortheil zum Vorwurf gemacht wurde, die dem Erzstift Veranlassung zur Einmischung gaben. Kurfürst Johann Philipp, an den sich die Gemeinde wegen Abhülfe

eine „Nothwendige Information und respective Protestation des Kur- und fürstlichen Hauses Sachsen uff die wider dasselbige bishero angemassete Reichsimmedietät zum Druck beförderte Schrift: Nothwendige Gegenanzeige etc., Weimar 1649 fol.“, folgen.

ihrer Beschwerden wendete, und der sich bereits eine kaiserliche Exekutions-Commission erbeten, um vermittelst derselben die geschmälernten erzbischöflichen Rechte wieder herstellen zu lassen, ersuchte den Kaiser unter dem Vorgeben, dass der Rath sich weigere, seinen Befehlen Folge zu leisten, auch die Vermittelung jener Irrungen der genannten Commission zu übertragen.⁴⁵⁹⁾ Es gelang dieser denn auch unterm 8./18. Juli 1650, den s. g. Restitutionsrecess zwischen Kurmainz und Erfurt, durch den die früheren Gerechtsame des ersteren, insbesondere die Jurisdictionsverhältnisse der kurfürstlichen Behörden in bürgerlichen und peinlichen Sachen, namentlich auch rücksichtlich des Wasseramtes wieder hergestellt und die kurfürstlichen Güter und Gerechtsame, die der Rath an sich gezogen, zurückgewährt wurden, und am 9./19. Sept. ej. den s. g. Compositionsrecess zwischen dem Rathe und der Bürgerschaft zu Stande zu bringen.

Eine Frage war aber hierbei unerledigt geblieben, die über die Betheiligung der Bürger bei der Wahl der Vierherren.⁴⁶⁰⁾ Auch

⁴⁵⁹⁾ Schriftlicher Abschied der Handlung, welche der R. K. Majestät verordnete Herren Kommissarien, deren Fürsten und Herren Melchior Otten, Bischoff zu Bamberg, und Herrn Eberhard, Herzog zu Würtemberg, Hochansehnliche Subdelegirte zu Verbesserung des Stadt-Regiments zu Erfurt mit des Raths und Bürgerschaft daselbst Deputirten getroffen. Bei Melch. Dedekind, 1650. fol. S. 12. Copia eines an die Röm. Kays. Majestät wie auch an das dazumahlen in Nürnberg anwesende Collegium deputatorum von Herrn Melchior Otto, Bischof zu Bamberg, und Herrn Eberh. Herz. zu Würtemberg als verordnete Commissarien d. Stadt Erfurt Irrung betreffend abgelassenen und am Mon. Aug. 1650 überreichten Schreibens und resp. Relation. Erf. 1651 bei F. M. Dedekind. 4. cf. Falkenstein l. c. S. 745.

⁴⁶⁰⁾ Röm. Kays. Maj. Schreiben in Puncto der Abwechslung des Stadt-Regiments zu Erfurdt und denen der Zeit nach herbeyrückenden Wahlen eines Neuen Raths und Vierherrn, sampt der von denen ausser dem Regiment befindlichen Vier Räthen darauf abgelassenen Antwort Gemeiner Bürgerschaft daselbst zur Nachricht in offenen Truck gegeben. Arnstadt, K. Schmidt 1651. 4. Auch Erf. F. M. Dedekind 1651. 4. An des H. Röm. Reichs bei instehendem Reichstage zu Regensburgk versammelten Fürsten und Ständen der Vier-Räthe ausserhalb des Stadtreiments in Erfurt Ohnvermeintliche Information und Bericht über der daselbst zwischen denen Räthen und theils das Burgerschaft annoch obwaltenden Innerlichen Misshelligkeit mit — Bitte bei der Röm. Kays. Maj. — der Vierherren und Unterkämmererwahl halber. — — Arnstadt. K. Schmid 1654. 4.

verweigerte der Rath, das in dem Restitutionsrecesse vorgeschriebene Kirchengebet für den Erzbischof, theils weil es ihm für die Religionsfreiheit nicht unbedenklich schien, ⁴⁶¹⁾ theils weil er sich von dem Gedanken an die Reichsunmittelbarkeit noch immer nicht lossagen konnte, zu der diese Gebetsformel allerdings nicht passte. Diese Weigerung führte eine neue kaiserliche Commission und neue Verträge zwischen Erfurt und Mainz (10./20. Febr. 1655) und zwischen Rath und Bürgerschaft (^{26. März}_{4. April} ej.), beide zum Nachtheil des Rathes, herbei. ⁴⁶²⁾

Aber auch dies vermochte nicht die endliche Katastrophe mehr abzuwenden. Für den vorliegenden Zweck wird es genügen, kurz darauf hinzuweisen, wie es auch dem in Folge der zuletzt gedachten Abkunft zum Vierhern erwählten bisherigen Rector der Andreas-Schule, Volkmar Limprecht, in dessen Hände die Zügel des Stadtreiments gelangten, trotz aller seiner Gewandheit und Staatsklugheit nicht glückte, den einmal über die Ufer getretenen Volksgeist wieder in sein Bette zurückzuzwingen, wie namentlich der Widerspruch gegen die Gebetsformel fort dauerte und mit ihm auch andere Streitpunkte wieder auftauchten, besonders nachdem auch Sachsen sich wieder einzumischen anfang. ⁴⁶³⁾

Wie innere Zwietracht und Parteiwuth immer ungestümer ihr Haupt erhoben und der Hass gegen die Fürsten, besonders den Erz-

⁴⁶¹⁾ Gründliche Deduction und Wahrhafter Bericht, dass die Stadt Erffurdt in Puncto des von Ihr Churfürstl. Gnaden zu Mainz bei derselben gesuchten Kirchen-Gebehts und sonst keine strafbare Widersetztlichkeit oder Ungebühr wie Ihr solche ungütlich beygemessen werden wöl, verübe u. s. w. Erf. J. G. Hertzen. 1663. 4. Des gesammten Evang. Ministeri in Erffurth einmüthige Erklärung die Parition in parito precum betreffend. ibid. 4.

⁴⁶²⁾ Der Röm. Kays. Maj. naher Erffurt abgeordnet gewesener Commissariorum H. J. Ph. v. Bose und Ph. W. v. Emmerich wegen der Vierherren-Raths- und Unterkämmererwahlen auch anderer die Verbesserung des Stadt-Regiments betreffender Punkte im Jahr 1655 den 27. Jan. aufgerichtete Recess. Erf. D. M. Dedekind. fol.

⁴⁶³⁾ Abdruck der Churf. Sächs. Versicherung, dass ihr der Stadt Erffurt die Einführung das gemeinen Gebehts für Ihre Churf. Gn. zu Mainz und dero Ertz-Stift weder an der Religion noch andern Geist- und Weltlichen Freyheiten und Gerechtigkeiten zu einigen Nachtheil gereichen solle. Gedr. z. Erffurdt b. J. G. Hertzen (1664). 4.

bischof, immer maassloser wurde, und zuletzt zu offenem Aufruhr und den grössten Excessen führten, wie der kaiserliche Herold, Lidl von Schwanau, welcher die, da alle gütlichen Ermahnungen und Aufforderungen ungehört verhallten, endlich verhängte Reichsacht verkünden sollte, von dem Pöbel auf das schrecklichste misshandelt wurde, und nur kaum dem Tode entging, ⁴⁶⁴⁾ wie, als nun mainzische Truppen sich zur Vollstreckung der Reichsacht anschickten, die sinnlose Wuth des Pöbels immer höher stieg, und ihm selbst der einst so hochgefeierte Limprecht, obwohl der Kaiser ihn noch in seinen besonderen Schutz nahm, zum Opfer fiel, ⁴⁶⁵⁾ wie endlich aber, als die vom Erzbischof herangezogenen französischen Hülfs-truppen sich zur Belagerung anschickten und die gehoffte sächsische Hülfe ausblieb, die Einwohner schrecklich aus dem Rausche erwachten und der sinnlosen Raserei gänzliche Entmuthigung folgte, und jene sich dann mittelst Kapitulation vom 5./15. October 1664 unbedingt, nur unter Vorbehalt der Amnestie und Religionsfreiheit dem Erzbischof unterwarfen, das Alles mag hier nur kurz angedeutet werden.

Kurfürst Johann Philipp, der am 11./21. Octob. 1664 als anerkannter, unumschränkter Landesherr zu Erfurt, das seit mehr als 200 Jahren keiner seiner Vorgänger auf dem erzbischöflichen Stuhle hatte betreten können, seinen feierlichen Einzug hielt, nahm, da die gänzliche Zerrüttung des Stadthaushaltes dies nöthig machte, deren

⁴⁶⁴⁾ Relation an die Röm. Kays. Maj. von Deroselben Commissarien über die beschene Achts-Erklärung der Statt Erffurt abgegangen. Würzburg H. Hertzen. 1663. 4. — Gehorsambste Relation wie nemblich die Publication der Achtserklärung zu Erffurt abgangen, so durch mich Jac. Lydl von Schwanau als Kais. Reichsherolde verrichtet. Beschehen den 8. Okt. s. l. 1663. 4. — Gehors. Relation an Ihr. Kays. Mayst. wie nemblich die Publication der Achtserklärung ist abgangen zu Erffurt So durch mich Jac. Lidl v. Schwanau verrichtet. Würtzb. H. Hertzen. 1663. 4.

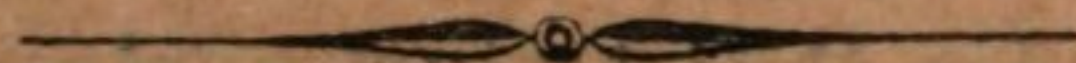
⁴⁶⁵⁾ Summarischer Bericht wie der zu Erffurt gewesene Ober-Vierherr M. Volcmar Limprecht verschuldet, dass Er am 20. Nov. 1663 — hingerichtet worden. Aus denen Orig. Actis gezogen. Erf. J. G. Hertzen. 1663. 4. — Kurtz abgefasster Gegenbericht Ueber die von denen in des Heil. Reichs Acht erklärten Erffurthern an ihrem gewesenen Ober-Vierherrn M. Volcm. Limprecht den 20. Nov. 1663 verübte Tyranney und vollbrachte Mordthat. Aus den inquisitionis und andern Original-Actis gezogen. s. l. 1664. 4.

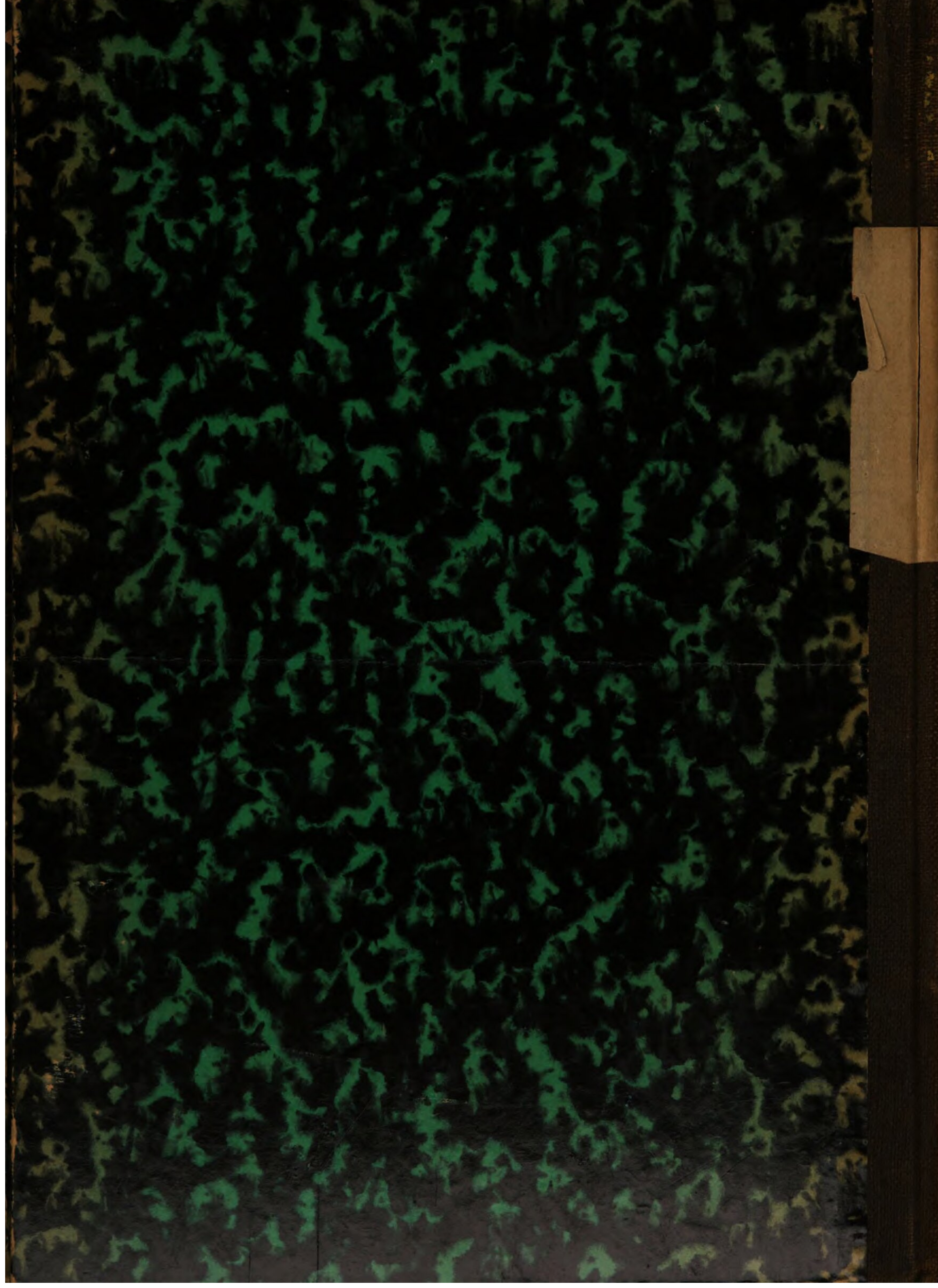
gesamtes Vermögen mit Einschluss ihrer auswärtigen Besitzungen unter unmittelbare landesherrliche Verwaltung; die Kämmerei wurde (1666) eine fürstliche Kammer, der ein Kammerdirector vorstand; ⁴⁶⁶⁾ an Stelle des bisherigen von der Stadt selbst gewählten Rathes trat ein landesherrlicher Stadtrath, dessen Mitglieder vom Erzbischof ernannt wurden. Für die Rechtspflege in der Stadt ward ein Stadtgericht eingesetzt, die in den drei Vogteien, Walschleben, Nottleben und Kerspleben, ward der Oberstadtvogtei übertragen. Den vermöge der Regimentsordnung von 1665, als im Regierungs-Collegium mit sieben Räten unter dem Vorsitze des an die Stelle des Vicedoms tretenden Statthalters constituirten Vicedomamte, ward die obere Leitung der Rechtspflege und Verwaltung zugewiesen. Die höchste Instanz für die Gerichtssachen bildete fortan das Hofgericht zu Mainz. Nur für die evangelisch-geistlichen Angelegenheiten blieb der Stadtrath unabhängig, und um ihm diese Selbstständigkeit zu sichern, wurde zugestanden, dass die Regierung stets aus Mitgliedern beider Religionsparteien bestehen solle. Auch die bisherige evangelisch-geistliche Unterbehörde, das Ministerium ecclesiasticum, aus den meisten evangelischen Geistlichen, denen für die Ehe- und Gewissenssachen zwei Rathsglieder und der Syndicus beigegeben waren, bestehend, blieb in der bisherigen Verfassung. Für das städtische Gebiet wurden fünf landesherrliche Amtmänner eingesetzt.

Die von Seiten des sächsischen Hofes erhobenen Ansprüche, die sich auch namentlich auf den Lehnsnexus bezogen, in welchem viele Orte des Erfurter Gebietes zu Sachsen standen, wurden durch den Leipziger und den Erfurter Executionsrecess von 1665 und 1667 beseitigt, und es ward auch von diesem Staate die unbedingte Territorialherrschaft des Erzbischofs über Erfurt und sein Gebiet anerkannt, und nur die Erhaltung der evangelischen Religion und zu deren Sicherung die Besetzung mindestens der Hälfte aller öffentlichen Aemter durch Evangelische ausbedungen.

⁴⁶⁶⁾ Dominikus l. c. I. S. 454. Heinemann l. c. S. 44. Schon von 1667 ab wurde die Kämmererechnung nicht mehr als eine städtische, sondern als eine churfürstliche, jedoch noch vom Stadtkämmerer geführt. Von 1689 ging die Führung der Hauptrechnung auf das Kurfürstl. Zahlamt über, und die Stadtrathsrechnung beschränkte sich auf die kleine Einnahme von Bürgerrechtsgeldern, Strafgeldern etc., die ebenfalls an das Zahlamt abgeführt wurden. (Hartung), Rückblicke auf das Gemeinde-Vermögen der Stadt Erfurt. Erfurter Zeitung p. 1859. Nr. 227.

So war denn Alles, was an die frühere Unabhängigkeit und Machtstellung der Stadt hätte erinnern können, bis auf die leiseste Spur vertilgt; selbst das Recht, sich die Obrigkeit selbst zu wählen und das eigenthümliche Vermögen selbst zu verwalten, dessen sich doch sonst die meisten gewöhnlichen Landstädte erfreuten, war nicht einmal geblieben, und erst dem preussischen Scepter war es vorbehalten, Erfurt diese Befugnisse zurückzugewähren und so für sein Wiederaufblühen einer neuen Aera den Anfang zu geben, welche an die schönsten Tage der Vergangenheit erinnert.





Tettau, Wilhelm J. A. <<von>>,

Über das staatsrechtliche Verhältnis von Erfurt zum Erzstift Mainz ein
Vortrag gehalten in der öffentlichen Sitzung der Akademie gemeinnütziger
Wissenschaften zu Erfurt den 15. Oktober 1859

Erfurt 1860

J.publ.g. 802 m

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10561532-0